

Regierungseinigung auf Sparbudget

SPÖ und ÖVP wollten aktuelle Wirtschaftszahlen abwarten, um dem Nationalrat ein – wie es heißt – ausgewogenes Budget vorzulegen. Es soll aus der »Schuldenfalle« führen.



Foto: BKA/HOPT-Media - Bernhard W. Holzner

Bundeskanzler Werner Faymann (l.) und Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll bei der Regierungsklausur in Bad Loipersdorf

Auch wenn es der Regierung gelungen war, mit dem im Dezember 2009 zur Konjunkturbelebung und Beschäftigungsförderung beschlossene, fast zwei Milliarden Euro schwere Konjunkturpaket II die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise für unser Land verhältnismäßig gering zu halten (und zwar anerkannterweise besser, als es vielen anderen gelungen ist), es muß „jetzt“ irgendwo herkommen. Und genau darüber wurde in den vergangenen Monaten hitzig debat-

tiert. Naturgemäß brachte sich jede/jeder, der von den angekündigten Einsparungen betroffen sein könnte, in Position, um möglichst deutlich zu machen, wie gefährlich Einschnitte für die Allgemeinheit in den jeweiligen Einflußbereich wären. Viele unserer heimische Medien waren überfüllt mit tollen Vorschlägen, wo, besser gesagt: auf wessen Kosten, Einsparungen getätigt werden könnten, untermauert mit eindeutigen Beweisen dafür, daß die eigenen Förderun-

gen ohnedies zu knapp bemessen wären. Und nicht nur mögliche Einsparungen, ja sogar ein unverändertes Fortführen der Budgets hätte schon katastrophale Auswirkungen. Und schnell sind Institutionen ausgemacht, die zuallererst zur Kasse gebeten werden sollten: etwa im Gesundheits- und Bildungsweisen; aber auch National- und Bundesrat, Landesregierungen und Gemeinden stehen an erster Stelle.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3



Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
 nach der letzten Gesetzesänderung war es ruhig geworden um das Briefwahlrecht – Wahlbetrug bei einer Landtagswahl und der darauf folgende Rücktritt eines Bürgermeisters verliehen der Frage über neue gesetzliche Regelungen aber neue Brisanz. Die Verfassungssprecherin der Grünen, Daniela Musiol, hatte ein Expertenhearing einberufen, in dem Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk, Gesandte Brigitte Blaha (AuslandsösterreicherInnen-Abteilung im Außenministerium), Robert Stein vom Innenministerium und Jürgen Em vom AÖWB ihre Standpunkte darstellten. Lesen Sie mehr darüber in der Ausgabe 90, die am 30. November einscheinen wird.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 89

Sozialpartnerdialog	9	Wasseraufbereitungsanlage für die Slowakei	56
Steirischer Landeshauptmann angelobt	11	Zehntausende beim Wiener Sicherheitsfest	57
Volkstagsgruppentag im Parlament	12	»Haus der Natur« und Nationalpark - eine starke Symbiose	58
Teuerungsabgeltung	13	Individuelle Trauerfeiern	59
Wirtschaftspolitische Steuerung	14	Fest des jugendlichen Ideenreichtums	60
Engagement für Frauen in Konfliktsituationen	16	KWP-Geburtstagsfest mit Bürgermeister Häupl	61
Gemeinsame Vorstellungen für Gemeinsame Agrarpolitik	17	Viel Vergnügen im alten Wien	62
Zu Gast in einem zerrissenen Land Österreich brachte New York zum Tanzen	23	Having a Good Time in Old Vienna	62
»Wiener Ball« in Noordwijk.	24	Er hieß Maurer...	
Ein Shtetl in Ägypten? Von Rudolf Agstner.	25	Alt-LH Andreas Maurer ist im 91. Lebensjahr verstorben	64
So feierte Österreich den Nationalfeiertag 2010 in Wien	27	Goldene Ehrenmedaille an Albert Hochleitner	68
Erlebnis Bundesheer Von Michael Ellenbogen.	31	Schwungräder speichern Öko-Energie	69
Nationalfeiertag in Tel-Aviv, Haifa, Zürich, London und München	33	Paketbomben: Frühwarnung ist möglich	70
»Burgenland Journal«		Infrarot-Halbleiterlaser entwickelt	71
Eisenstadt wird E-Mobil	36	Forschungszentrum für Wölfe und Hunde	72
Startschuß für 90 neue »Green Jobs«	37	Potential für die berühmte Mariazellerbahn	74
Risikokapitalfonds zur Belegung der heimischen Wirtschaft	38	Picasso: Frieden und Freiheit in der Wiener Albertina	76
Gute Idee, Burgenland	39	Harun Farocki - Weiche Montagen / Soft Montages	82
Ein Fest für Bischof Iby	40	POWER UP – Female Pop Art	84
Karl Prantl ist gestorben	41	Window Shopping im Wien Museum am Karlsplatz	86
Giselbert Hoke in Eisenstadt	42	50 Jahre Österreichische Mediathek...	88
Int. Jugend-Klavierwettbewerb im Südburgenland	44	eBooks, eAudios, ePapers	90
Alfons Benedikter ist am 3. November in Bozen gestorben.	45	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich – diesmal: Gustav von Seyffertitz	91
Für Binnenmarkt und Bürgerrechte	46	Abbazia	
Recht auf faires Verfahren	48	Von Michael Ellenbogen	94
Neues vom Arbeitsmarkt	49	Übernachten einmal anders	97
Platz 2 in der Euro-Zone	51	Auf Kufen über Schnee und Eis	99
Österreichs Industrie schwungvoll in den Winter	52		
Geringste Weinernte seit 13 Jahren	53		
Wien 74 Mio. Euro durch Ballssaison	55		



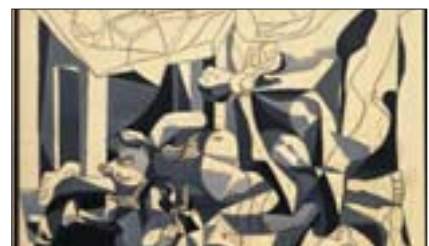
Nationalfeiertagsfeiern 2010 S 27



Eisenstadt wird E-Mobil S 36



Alt-LH Andreas Maurer ist gestorben S 64



Picasso: Frieden und Freiheit S 76



Übernachten einmal anders S 99

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: BKA/HOPI-Media - Bernhard W. Holzner; S.2: ORF/Hans Leitner; BLMS; ZVG; The Museum of Modern Art, New York © Succession Picasso/VBK, Wien 2010; SkiWelt Wilder Kaiser - Brixental.

Innenpolitik

➤ Wie eingangs erwähnt, wollte vor allem Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) die weitere Entwicklung der Konjunktur abwarten, bevor er das anstehende Sparpaket schnüren wollte. Die sei, wie er sagte, entscheidend dafür, in welcher Relation Kürzungen bei den Ausgaben zu nötigen Einnahmen stünden. Je mehr, so Pröll, durch steigende Einnahmen aus den laufenden Steuern lukriert werden könne, desto weniger müßten Steuern erhöht werden, um die notwendigen Einnahmen zu erreichen. Unterstützung erhielt er darin von Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ), der zwar Banken und „Reiche“ nach dem Verursacherprinzip für die Beseitigung der entstandenen Schäden verstärkt zur Kasse

bitten wollte, aber durchaus auch dafür war, die Budgettreue des Finanzministers zu verschieben. In einem Brief an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer haben Faymann und Pröll am 2. Juli angekündigt, daß der 22. Oktober als Termin für die Vorlage des Budgetentwurfs für 2011 (wie prinzipiell in der Verfassung festgeschrieben 10 Wochen vor Jahresbeginn) nicht eingehalten werden könne. Stattdessen wurde mit dem 9. Dezember ein Termin genannt, der aber ein Inkrafttreten des Budgets mit 1. Jänner 2011 noch gewährleiste.

Terminverschiebung stößt auf Kritik

Wenige Tage später, am 7. Juli, stellten sich Faymann und Pröll in einer Nationalratssitzung unter dem Thema „Verfassungsbruch oder Gebot vorsichtiger Budgeterstellung?“ der geschlossenen und scharfen Kritik der Oppositionsparteien FPÖ, BZÖ und Grüne. Faymann kündigte an, die Regierung werde „Ende Oktober alle wesentlichen Maßnahmen vorstellen. Uns ist wichtig, daß alle Maßnahmen – ausgaben- und einnahmenseitig – für Stabilität sorgen. Wir wollen politische Rahmenbedingungen schaffen, die fair und gerecht sind.“ Die Budgetbegleitgesetze würden bereits Ende Oktober in Begutachtung gehen. Er wies überdies darauf hin, wie wichtig es sei, bei der Budgeterstellung auf das Wirtschaftswachstum und damit auf die Beschäftigung zu achten. „WIFO und IHS haben ihre Prognosen für 2011 zwar angehoben, aber Grund zur Entwarnung ist das noch keiner. Jeder ist ein Scharlatan, der jetzt

schon zu wissen glaubt, wann die Krise vorbei ist“, so der Kanzler. Dennoch geben die Prognosen Anlaß, stolz „auf die Leistungen in unserem Land zu sein“.

Finanzminister Pröll definierte sein Ziel für die Budgetsanierung mit „Sozial verträglich, wirtschaftlich vernünftig und finanziell nachhaltig“. Unter dieser Prämisse gelte es nun: „Zuerst sparen und Effizienzen steigern“, so Pröll. „Alles, was wir tun, muß



sozial gerecht und leistungsgerecht sein. Alles, worüber wir reden, muß sozial verträglich und wirtschaftlich vernünftig sein. Und alles, worüber wir reden und was wir tun, muß das zukünftige Wachstum in den Mittelpunkt stellen. Wir werden Österreich mit dieser Budgetsanierung wieder auf den Wachstumspfad zurückführen“, so Pröll weiter.

„Unser gemeinsames Ziel ist es, am 1. Jänner 2011 ein Budget vorzulegen“, so Pröll, der in diesem Zusammenhang auch auf die frühzeitige Information an das Parlament über die Verschiebung verweist. „Mit dem jetzt vorgeschlagenen Zeitplan ist ein Beschluß noch dieses Jahr möglich und dieser bietet ausreichend Zeit, die vorgeschlagenen Maßnahmen eingehend zu diskutieren. Besondere Zeiten bedürfen besonderer Maßnahmen“, so Pröll abschließend.

Die Opposition tobte.

Heinz-Christian Strache, Bundesparteiobmann der FPÖ, erklärte, „was sich die Bundesregierung mit der Verschiebung des Budgets für 2011 erlaubt, ist nun einmal ein glatter Verfassungsbruch. Und es ist ein Schlag ins Gesicht des Parlamentarismus und der Demokratie.“ Faymann und Pröll würden Nationalrat und Bevölkerung verhöhnern. Strache bezeichnete die Vorgangsweise der Bundesregierung als entlarvend. Einziger Hintergrund seien die Landtagswahlen in Wien und in der Steiermark. „Sie nehmen einen Verfassungsbruch in Kauf, um den Menschen nicht vor diesen Wahlen die Wahrheit eingestehen zu müssen“, kritisierte

er. Die Wahrheit, die die Bundesregierung den Menschen bis nach den Wahlen verschweigen wolle, sehe so aus, daß „Faymann und Pröll den Österreichern im Budget 2011 ein milliardenschweres Steuererhöhungspaket unter den Christbaum legen werden“, warnte Strache.

Auch BZÖ-Obmann Josef Bucher wies darauf hin, daß der Grund für die Budgetverschiebung die zwei Landtagswahlen in

Wien und der Steiermark seien. „Die Wählerinnen und Wähler sollen ganz offensichtlich nichts vom rot-schwarzen Belastungsbudget erfahren. Pröll belügt monatelang die Menschen und haut dann den Steuerzahlern und dem Mittelstand mit der Steuerkeule eine

über den Kopf. Das ist blanker Zynismus“, zeigte sich Bucher empört.

Die Menschen und die Wirtschaft würden sich gerade in diesen Zeiten Verlässlichkeit erwarten. „Wir brauchen eine Bundesregierung, die durch Mut besticht endlich die notwendigen Reformen anzugehen. Rot und Schwarz laufen aber vor Reformen in der Verwaltung, bei den Pensionen, im Gesundheitssystem, im Schulwesen usw., die uns auf die Dauer nicht erspart bleiben, davon. Diese Verzögerungstaktik werden die Steuerzahler leider noch zu spüren bekommen.“

Eva Glawischnig, Bundessprecherin der Grünen, sprach ebenfalls von einem Verfassungsbruch durch die Regierung und zeigte sich bestürzt darüber, daß „dieser Gesetzesbruch sanktionslos bleiben“ solle. Sie schlug ironisch vor, man möge die Verfassung dahingehend ändern, daß die Gesetze für alle BürgerInnen, mit Ausnahme der Bundesregierung, bindend seien. „Recht muß aber Recht bleiben“, so Glawischnig.

Man habe es hier mit einer eindeutigen Verfassungsbestimmung zu tun und die Verfassung müsse unbedingt eingehalten werden! „Sonst muß man sich fragen, was überhaupt noch etwas zählt in dieser Republik.“ Sie verlangte Fairness gegenüber der Bevölkerung, welche die Möglichkeit haben müsse, in die Budgetberatungen adäquat eingebunden zu sein. Dies umso mehr, als zu befürchten stehe, daß dieses neue Budget massive Einsparungen und Kürzungen im Sozialbereich bringen werde. Und dagegen werde ihre Fraktion härtesten Widerstand leisten.

Innenpolitik



Foto: ÖVP / Jakob Glaser

v.l.: Wirtschafts-Staatssekretärin Christine Marek (ÖVP), Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka (ÖVP), Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ), Umweltminister Niki Berlakovich (ÖVP), Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ), Verkehrsminister Doris Bures (SPÖ), Innenministerin Maria Fekter (ÖVP), Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll (ÖVP), Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ), Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ), Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) auf der Regierungsbank bei der Budgetdebatte am 7. Juli 2010 im Hohen Haus.

Die Wahlen sind vorbei

Zwei Tage nach der Gemeinderatswahl in Wien zeigte sich Finanzminister Pröll am 12. Oktober nach dem Ministerrat froh über die Einigung hinsichtlich des Budgetfahrplans. Der festgelegte Zeitplan sah eine Ausarbeitung sämtlicher budgetrelevanter Themen in vier Arbeitsgruppen mit den Ländern, die sich mit den Themen Pflege, Bildung, Budget, Stabilitätspakt sowie Deregulierung und Gesetzesdurchforstung beschäftigten. Zehn Tage später zogen sich die Koalitionspartner zu einer Regierungsklausur in den steirischen Kurort Bad Loipersdorf zurück, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammenzuführen und die notwendigen Kompromisse zu finden. Viele wundern sich, wie so eine Entscheidungsfindung so kompliziert ist – vergessen aber, daß hier zwei Parteien zusammenarbeiten (müssen), die grundsätzlich verschiedene Zugänge zur Umsetzung politischer Inhalte haben. Und dazu gezwungen sind, der jeweils eigenen Basis klarmachen zu müssen, daß auch noch so wichtige Ziele ohne Einverständnis des Regierungspartners nichts anderes sind, als Wünsche. Und da meist ziemlicher Zeitdruck herrscht, werden Einigungen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner oft zu Erfolgen – jeder will den Rückhalt in der eigenen Partei sichern und, schließlich, bei der nächsten Wahlauseinandersetzung Erster werden.

Die Kompromisse

Faymann: Das Budget eine »Gemeinschaftsleistung«

Am 23. Oktober, dem zweiten Klausurtag, gab Bundeskanzler Werner Faymann gemeinsam mit Finanzminister Josef Pröll die Regierung-Einigung für das Budget 2011 bekannt. Wesentliche Maßnahmen reichen bis 2014. 400 Millionen Euro jährlich investiert die Bundesregierung für Schulen (80 Mio.) und Universitäten (80 Mio.) sowie für die thermische Sanierung (100 Mio.). 40 Millionen Euro fließen in den Kassenstrukturfonds. „Mit den Offensivmitteln können 80.000 zusätzliche Ganztagschulplätze geschaffen werden“, so der Bundeskanzler, „wir erhöhen auch die Studienqualität.“

Der Kanzler würdigte überdies, daß „die Verhandlungen konstruktiv waren“ und das Budget eine „Gemeinschaftsleistung“ sei. Besondere Sorgfalt sei auf dessen soziale Ausgewogenheit gelegt worden. „Die Menschen standen im Mittelpunkt der Budgetverhandlungen. Das Vertrauen in die Politik zu stärken ist unser oberstes Ziel“, so Faymann. Wirtschaftsaufschwung, Sparsamkeit und die „konkrete soziale Verantwortung“ seien die entscheidenden Parameter der Verhandlungen gewesen.

Zwei Drittel der neuen Steuern wird die Bundesregierung von Banken, Vermögenszuwächsen und Teilen der Wirtschaft ein-

nehmen. „Fünf Punkte meines Programms konnten verwirklicht werden“, zeigte sich Faymann erfreut. Bankenabgabe, Abschaffung der Kreditvertragsgebühr, eine Anhebung der Stiftungsbesteuerung, zusätzliche Umsatzsteuereinnahmen, ein Aus des Zinsenabzugs bei der Anschaffung von Konzernanteilen sowie eine Kapitalertragssteuer von Wertpapieren tragen eine klare sozialdemokratische Handschrift. „Alle Maßnahmen sind unbefristet“, stellte der Bundeskanzler klar.

Die Hacklerregelung bleibt, wie versprochen, bis 2013 bestehen. „Wir haben Verbesserungen im System vorgenommen“, sagte Faymann. Ab 2014 wird das Pensionsalter für Langzeitversicherte um zwei Jahre von 60 auf 62 Jahre angehoben. Der Kauf von Zeiten wird dann nicht mehr möglich sein und bereits ab nächstem Jahr teurer werden.

Pröll: Budgetpaket ist Weg aus der Schuldenfalle

„Mit diesem Paket schlagen wir den Weg aus der Schuldenfalle ein“, erklärte Finanzminister Josef Pröll. „Es wird mehr gespart und es gibt – im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen – weniger Steuern“, so Pröll, der für die Zukunft einen Defizitpfad für 2012 von bereits 2,9 Prozent, für 2013 2,5 Prozent und 2014 2,2 Prozent prognostiziert. „Wir haben somit nicht nur das Detailbudget für

Innenpolitik

2011 geschnürt, sondern auch eine klare Tangente bis 2014 vorgelegt.“

„Jeder wird in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation seinen Beitrag leisten, doch mit einer gerechten Lastenverteilung in Verbindung mit klugem Sparen sichern wir nicht nur Wohlstand und Arbeit, sondern schaffen auch die Rahmenbedingungen für wichtige Investitionen und geben Österreich somit eine Perspektive für eine nachhaltige Zukunft“, so Pröll, der die Schwerpunktsetzung des Budgetfahrplans skizzierte: „Wir müssen forciert in jenen Bereichen handeln und sparen, wo mehr Geld ausgegeben wird, als wir uns leisten können. Sowohl auf der Ausgabenseite als auch bei den Einnahmen steht eine gute, faire Balance für uns im Mittelpunkt.“

Der Beschluß einer „Kostenbremse“ bei den Pensionsregelungen ist ein Schwerpunkt des Budgetplans: „Wir haben einen Weg gefunden, um die Kostendynamik im Pensionssystem zu bremsen“, so Finanzminister Josef Pröll, der darauf verweist, daß durch die unveränderte Fortführung der Hacklerregelung zwischen 2014 und 2019 bis zu 4,8 Milliarden Euro an Zusatzkosten anfallen würden. „Durch die neue Übergangsregelung, die wir jedoch nicht im Dauerrecht implementiert haben, fallen nur 280 Millionen pro Jahr an“, erklärte Pröll und verwies auf weitere Maßnahmen zur Kostenreduktion: Geplant ist auch eine Änderung bei den Invaliditätspensionen, die Aliquotierung der Sonderzahlungen und das Aussetzen der Pensionsanpassung im ersten Jahr.

„Wir haben uns in den Verhandlungen an das Prinzip 60 Prozent ausgabenseitige Sanierung und 40 Prozent einnahmenseitige gehalten. Es ist ein Paket, das uns ermöglicht, den Schuldenstand Österreichs in den Griff zu bekommen und die Defizite zu reduzieren. Daher sind wir übereingekommen, den Mittelstand nicht durch leistungshemmende Eigentums- oder breite Vermögenssteuern zu belasten“, so der Finanzminister, der auch betont, daß man „nicht nur fantasielos gekürzt oder Steuern erhöht“ habe, sondern immer auch im Gegenzug darauf geachtet hat, daß die Menschen entlastet werden. „Wir haben die Bankenabgabe eingeführt, aber im Gegenzug die Menschen durch die Streichung der Kreditvertragsgebühr entlastet. Die Mineralölsteuer wird erhöht, im Gegenzug auch die Pendlerpauschale“, so Pröll.

Insgesamt bedeutet das Steuereinnahmen in der Höhe von 1,169 Milliarden Euro für 2011. Diese Summe setzt sich unter anderem

aus Maßnahmen wie die Einführung der Bankenabgabe, einer Kapitalertragssteuer auf Wertpapiere, der Anhebung der Zwischensteuer zur Stiftungsbesteuerung auf 25 Prozent, einer Flugticketabgabe oder einem CO₂-Zuschlag zur NOVA (Normverbrauchsabgabe) und der Mineralölsteuer zusammen. So trägt die Erhöhung der Tabaksteuer im Ausmaß von 150 Millionen Euro dazu bei, den Kassenstrukturfonds zu speisen. „Wir haben die Ausgabenstruktur des Landes beim Sparen gehalten. Das ermöglicht uns, zusammen mit der Konjunktur, auch Spielraum für Offensivthemen. Das Ergebnis ist ein Kompromiß, der für Österreich wichtig ist und den ich mit vollem Herzen trage“, so Pröll abschließend.

Strache: Statt echter Verwaltungsreform wird weiterdilettiert

Mit dem Schröpfungsbudget bereite die Bundesregierung den ÖsterreicherInnen einen traurigen 26. Oktober, erklärte FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache. Anstatt unser Heimatland zukunftsfähig zu machen, werde gnadenlos abkassiert, vor allem bei Familien, Kranken und Senioren. Dies sei völlig inakzeptabel.

Gerade die Kürzungen im Familienbereich würden zeigen, daß die Bundesregierung noch immer nichts dazugelernt habe. Für immer mehr Familien werde das Leben unleistbar, warnte Strache. Die Armutsfalle schnappe gerade hier immer gnadenloser zu. Dies betreffe auch immer mehr Mittelstandsfamilien. Es könne wohl kaum in Sinne der Gründerväter der Zweiten Republik sein, Österreich zu einem Land der Kinderlosen zu machen, wo sich bald nur mehr Reiche Nachwuchs leisten könnten.

Wieder einmal hätten SPÖ und ÖVP die Chance verpaßt, mit einer echten Verwaltungsreform die Grundprobleme anzupacken, kritisierte Strache. Stattdessen dilettiere man weiter vor sich hin und schaue ungeniert zu, wie der Mittelstand immer weiter zerbröle.

Auch bei den Pensionen ziehe die Bundesregierung eine blutige Spur durch den Mittelstand, auf den sie es offenbar besonders abgesehen habe, ergänzte der freizeithilfliche Seniorensprecher, Werner Neubauer. Damit schwäche die rot/schwarze Bundesregierung die Kaufkraft der wichtigsten Konsumentengruppe, zum massiven Schaden der Wirtschaft. „Viel ungeschickter kann man sich nicht anstellen“, stellte er fest. Wenn nicht einmal der Obmann des ÖVP-Seniorenbundes, Andreas Khol und der Präsident des SPÖ-Pensionistenverbandes,

Karl Blecha, mit dem Ergebnis zufrieden seien, dann müsse es sich um einen besonderen Pfusch handeln.

Bucher: Was hier vorliegt, ist der blanke Wahnsinn

„Die Katze ist jetzt aus dem Sack. Was hier vorliegt, ist der blanke Wahnsinn. Finanzminister Pröllnocchio hat es tatsächlich zustande gebracht, Massensteuern einzuführen“. Mit diesen scharfen Worten kritisierte BZÖ-Bündnisobmann Josef Bucher das „SPÖ-ÖVP-Halloween-Budget“.

Was uns jetzt blühe, sei der Preis für das jahrelange Zuwarten. „Seit 2006 ist diese rot-schwarze Koalition am Werken. Vier Jahre hätte man schon sehen können, daß Reformen nötig sind. Jetzt werden diese Reformen naturgemäß immer teurer und werden auch all jene treffen, die überhaupt nichts für diese Finanzmarktkrise können“, meinte Bucher.

„Dieses 60:40 ist ein einzigartiger Bluff. Ursprünglich wollte Pröllnocchio nämlich 60 Prozent über Einsparungen und 40 Prozent über Steuern hereinbekommen. Jetzt geht er aber den Weg, daß er auch bei den Einsparungen auch jenen das Geld wegnimmt, die das Geld am dringendsten brauchen – nämlich den Familien, den Pflegebedürftigen, den Studierenden und den sozial Schwachen. Das ist an Perversion nicht mehr zu überbieten. Das ist ein Praktikantenbudget, das im Grunde jeder an einem Nachmittag zustande bringt. Jetzt müssen all jene zum Aderlaß, die für diese Krise nichts können“, so Bucher und weiter: „Diese Bundesregierung hat ihren Job nicht verstanden, denn Rot und Schwarz hätten bei diesem Budget auf die Langzeitperspektive sehen und auf die Generationengerechtigkeit achten müssen. Durch dieses Budget werden die Familienerhalter und die Jugend bestraft, die eigentlich für die Zukunft die Verantwortung tragen sollen.“ Der richtige Weg sei gewesen, an die Strukturen heranzugehen und Reformen zu setzen.

Kogler zu Budget: Unambitioniert, uninspiriert und ungerecht

„SPÖ und ÖVP sind offensichtlich in dieser Konstellation nicht zu den notwendigen finanz- und wirtschaftspolitischen Reformen in der Lage“, erklärte der Budget- und Finanzsprecher der Grünen, Werner Kogler. „Unambitioniert und uninspiriert ist dieses Paket. Von Investitionen in Bildung und Universitäten in der notwendigen Höhe ist weit und breit nichts zu sehen. Die dafür vorgese-

Innenpolitik

henen Ausgaben sind angesichts des Bedarfs eine Provokation.“ Die groß angekündigten SPÖ-Vorhaben seien, so Kogler, auf dem Weg versumpert. „Auch nach diesem Paket bleibt die riesige Gerechtigkeitslücke im österreichischen Steuersystem bestehen. Es ist einfach nicht einzusehen, daß Millionen-erben in Österreich immer noch steuerfrei gehen.“ Von einer Beseitigung oder auch nur Halbierung der Privilegien im Stiftungsbereich könne nach einer ersten Bewertung keine Rede sein.

Heftige Kritik übte Kogler an den nicht vorhandenen Strukturreformen im Budget. „Die überhöhten Förderungen und Strukturprobleme bei den Förderungen werden überhaupt nicht angegangen“, sagte Kogler. „Diese Regierung und die Bundesländer sind zu wirklichen Staats- und Verwaltungsreformen nicht fähig und nicht willig.“

„Die Wirtschafts- und Budgetkrise wäre eine große Chance für Strukturreformen. Das wird offensichtlich nicht begriffen. Eine wirkliche Ökologisierung des Steuersystems ist nicht erkennbar. Die von Pröll viel strapazierten grünen Arbeitsplätze werden mit dieser Budgetstruktur durch öffentliche Anreize jedenfalls nicht unterstützt. Wir werden sie auch weiter mit der Lupe suchen können.“

Die Präsentation der Budgeteinigung von Bad Loipersbach löste auch außerhalb der Parteien eine Welle der Entrüstung aus, die Liste ist lang und reicht von kirchlichen Einrichtungen wie Caritas und Diakonie, Familienverband und Familienbund, über Autofahrervereinigungen.

Am Beispiel Universitäten

Die lautstärksten Proteste kamen bisher von Studierenden, die ja im Herbst 2009 vor allem durch die Besetzung des Audimax an der Universität Wien und zahlreiche Demonstrationen auf sich und die, wie sie sagen, unzumutbaren Studienbedingungen an Österreichs Universitäten aufmerksam machten. Auch wenn sie sich später auf Pressekonferenzen und einzelne Aktionen zurückgezogen hatten, in denen sie, neben anderen Forderungen, mehrere Hundert Millionen Euro zusätzlicher Budgetmittel reklamierten, sind sie nun wieder auf die Straße gegangen: in Wien, Graz, Salzburg und Linz.

Die 80 Millionen Euro, die im Budget als zusätzliche Zahlung an die Universitäten eingeplant sind, lehnt die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) als „Bodenlose Frechheit“ ab, die Kürzung der Familienbeihilfe vom bisher 25. auf das 24. Lebensjahr sieht

sie als „leichtfertige Zerstörung von Österreichs Zukunft“, die man sich nicht bieten lasse. „Der Budgetplan der Regierung ist ein brutaler Rundumschlag gegen die Studierenden“ sagte Sigrid Maurer vom ÖH Vorstand.

Die zuständige Wissenschaftsministerin, Beatrix Karl, erklärte in der ORF-Sendung „Pressestunde“ unter anderem, die Universitäten hätten bis 2013 ein abgesichertes Budget. Ab dann werde es einen finanziellen Mehrbedarf von ungefähr 250 Millionen Euro geben. „Da die öffentlichen Ausgaben für die Universitäten weit über dem OECD-Schnitt liegen“, möchte Karl „vor allem die private Finanzierung forcieren. Dieser ‚Finanzierungsmix‘ soll aus öffentlichen Mitteln, Studienbeiträgen und Beiträgen aus der Wirtschaft bestehen“, so Karl.

ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenecker ergänzt, Studienbeiträge mit einem treffsicheren Stipendiensystem seien eine sozial gerechte Maßnahme und brächten eine Umverteilung von oben nach unten. „Das Modell der Studienbeiträge ist fair und gerecht ... Wenn die österreichischen Universitäten von denjenigen, die es sich leisten können, Studienbeiträge bekommen würden, könnten die heimischen Hochschulen auf eine deut-

lich bessere finanzielle Ausstattung zurückgreifen, wovon letztendlich das gesamte Bildungssystem profitieren würde.“ Klar sei, daß der unregulierte Hochschulzugang Massenstudien erzeugt habe und diese sozial selektiv wirkten.

Unterstützung finden die protestierenden StudentInnen von mehreren Seiten, nämlich vom Unterstützung bekamen die Studenten auch von der Universitätenkonferenz. Rektorenschef Hans Sünkel bat alle Rektoren um Nachsicht für jene Studierende, die Lehrveranstaltungen fernbleiben, um an den Demos teilnehmen zu können. Zuvor hatte Sünkel die Kürzung der Familienbeihilfe als unangewogen und nicht sinnvoll kritisiert.

Grünen-Chefin Eva Glawischnig sicherte den StudentInnen volle Unterstützung für die Proteste zu, das BZÖ ließ verlauten, man halte die Kürzung der Familienbeihilfe für verfassungswidrig.

»Nicht so schlecht«, wenn auch nicht begeistert

Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

sieht die Ergebnisse distanziert: „Die Budgetpläne der Regierung weisen in etlichen Bereichen in die richtige Richtung. So ist

Einsparungen im Außenministerium

Die Budgetpläne der österreichischen Bundesregierung werden sich auch auf den internationalen Auftritt Österreichs auswirken. „Es wird mir nichts anderes übrig bleiben, als Botschaften zu schließen“, erklärte Außenminister Michael Spindelegger am 25. Oktober gegenüber der Austria Presseagentur (APA) unmittelbar vor dem EU-Außenministerrat in Luxemburg. Auch in seinem Ressort werde es schmerzliche Einschnitte geben, auch Botschaften müßten geschlossen werden, welche, wollte er noch nicht verraten. Zuerst wolle er mit den Partnerländern in dieser Sache auch das Einvernehmen herstellen. „Es soll niemand aus der Zeitung erfahren, daß in seinem Land eine Botschaft geschlossen wird“, so Spindelegger.

Stolz könne man auf die Budgetpläne zwar nicht sein, hier habe man aber realistischere den Fokus auf das gelegt, was notwendig sei: nämlich Einsparungen zu bewerkstelligen, damit es überhaupt eine Zukunft gebe. „Wir sind dramatisch in unserem Budgetdefizit angestiegen, und das bedarf einer Antwort“, so das Regie-



Foto: BKA/HOP/Media - Bernhard W. Holzner

Außenminister Michael Spindelegger

rungsmitglied. Die Antwort müsse in Richtung Reformen gehen, und die seien schmerzlich, das sei gar keine Frage. „Aber ich sehe keine Alternative“, so der Außenminister. ■

Innenpolitik

Foto: BKA/HOP1-Media - Bernhard W. Holzner



v.l.: Staatssekretär Josef Ostermayer (SPÖ), Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (VP), Umweltminister Niki Berlakovich (ÖVP), Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP), Wirtschafts-Staatssekretärin Christine Marek (ÖVP), Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ), Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll (ÖVP), Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ), Verkehrsminister Doris Bures (SPÖ), Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ), Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ), Gesundheitsminister Alois Stöger, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ), Innenministerin Maria Fekter (ÖVP), Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka (ÖVP), Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (ÖVP), Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ) und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP)

etwa die Förderung der thermischen Sanierung und die Abschaffung der Kreditvertragsgebühr ebenso zu begrüßen wie die Absicht, mehr Geld für Schulen, Universitäten und Forschung zur Verfügung zu stellen. Große Strukturreformen etwa in der öffentlichen Verwaltung oder im Gesundheitswesen fehlen aber praktisch zur Gänze. Da vermisse ich Pläne, gemeinsam mit den anderen Gebietskörperschaften verbindliche Ziele und Maßnahmen zu fixieren. Jetzt müssen sich auch die Länder bewegen. Da erwarte ich mir erste Ergebnisse bei der Budgetrede des Finanzministers im Parlament“. Und: „Viele der Steuermaßnahmen wären nicht nötig gewesen, hätte man größere Strukturreformen angepackt. Erneuern statt besteuern wäre besser gewesen. Aber immerhin wird der Mittelstand – er trägt schon jetzt die Hauptlast bei den Steuern – nicht überproportional belastet. Hier konnten ärgste Bedrohungen abgewendet werden. Finanzminister Josef Pröll blieb auch auf Sparkurs, alle Bevölkerungsgruppen werden in die Budgetsanierung einbezogen.“

Herbert Tumpel, Präsident der Arbeiterkammer

sieht die Kürzungen der Familienbeihilfe am Budgetentwurf der Bundesregierung kritisch. Man müsse schon überlegen, ob es gerecht sei, bildungswillige Familien zu treffen. Als Härte bezeichnet Tumpel die Streichung der Familienbeihilfe für jugendliche Arbeitsuchende. „Da sieht man, daß das von der ÖVP immer verlangte ausgabenseitige Sparen die Familien große Einkommens-

einbußen kostet“, sagte Tumpel und schlägt vor, in diesem Bereich „die Details noch genau zu diskutieren“.

Insgesamt sieht daher die Arbeiterkammer in den Fragen der Familienmaßnahmen noch Klärungsbedarf, etwa bei der studentischen Mitversicherung. Als positiv bezeichnet Tumpel jene Absichtserklärungen, die eine Fortführung der Kinderbetreuungsmilliarde ankündigen – dafür müsse nun aber auch tatsächlich Geld gewidmet werden, verlangte der AK-Präsident. Die Unklarheiten „zeigen ganz deutlich welche dramatischen Auswirkungen sich ergeben hätten, wenn – wie von Wirtschafts- und Industrie-seite gefordert – nur ausgabenseitig saniert worden wäre“, so Tumpel.

Erich Foglar, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

sieht „auf den ersten Blick wesentliche Forderungen des ÖGB bei der Budgetsanierung wieder, vor allem was einnahmenseitige Maßnahmen betrifft, die nicht zulasten der sozial Schwachen gehen“. Das Paket liege nun in groben Zügen vor, es sei positiv, daß sich die Bundesregierung offenbar geeignet habe. „Wir beurteilen es als äußerst positiv, daß die Bundesregierung die Forderung des ÖGB nach einnahmenseitigen Maßnahmen aufgegriffen hat, denn noch vor wenigen Monaten war nur von ausgabenseitigem Sparen die Rede“, sagt Foglar. „Vorhaben wie Bankenabgabe, Ende der Stiftungsprivilegien oder vermögensbezogene Steuern werden wesentlich dazu beitragen das Defizit zu reduzieren.“ Daß der Vertrauensschutz

bei der Langzeitversichertenregelung gewahrt bleibe und es keine vorzeitigen Änderungen beim Eintrittsalter geben werde, beurteilt der ÖGB-Präsident positiv, „und ebenso die Tatsache, daß es auch nach 2014 möglich sein wird, nach 45 Jahren abschlagsfrei in Pension zu gehen.“

Da ein wesentlicher Teil der Mehreinnahmen den Bundesländern über den Finanzausgleich zufließen werde, erwarte der ÖGB, daß ein wesentlicher Teil davon zweckgebunden für Pflege und Betreuung (im Rahmen der Sozialmilliarde) verwendet werde.

Ein Wermutstropfen sei die Erhöhung der Mineralölsteuer, der ÖGB bleibe dabei, daß es sich dabei nicht um eine Ökosteur handle. Allerdings scheine es mit Verbesserungen für PendlerInnen doch einen gewissen Ausgleich zu geben.

Nach Vorliegen aller Details werde der ÖGB eine abschließende Beurteilung vornehmen. „Unser Jahresschwerpunkt FAIR TEILEN hat offenbar gewirkt, von rein ausgabenseitigen Maßnahmen, wie es noch zu Jahresbeginn geheißt hat, ist die Bundesregierung im Verlauf der vergangenen Monate abgekommen.“

Veit Sorger, Präsident der Österreichischen Industriellenvereinigung

bezeichnete die Ergebnisse der Budgetgespräche der Bundesregierung als „zweischneidig“. Grundsätzlich positiv seien die verstärkten Mittel für die „Zukunftsthemen“ Universitäten und Schulen sowie Investitionen in thermische Sanierung und das schnelle Sinken des Defizits auf unter drei

Pröll: »Jeder leistet seinen Beitrag«

Weg aus der Schuldenfalle

Von heutigen 4,1 Prozent wird die Neuverschuldung bis 2012 unter 3 Prozent, bis 2014 unter 1,9 Prozent liegen. Das ist sogar besser als ursprünglich geplant. Die Neuverschuldung wird reduziert, indem teure und ungerechte Strukturen – etwa bei der Hacklerregelung – verändert werden.

Weniger neue Steuern – mehr Zukunftsinvestitionen

Mit diesen Maßnahmen sind weniger neue Steuern nötig als geplant. Dafür gibt es ab 2011 mehr Zukunftsinvestitionen. Insgesamt gibt es 400 Millionen Euro pro Jahr:

- 100 Millionen Euro für Forschung und Entwicklung,
- 100 Millionen Euro für die Umwelt,
- 80 Millionen Euro für die Schulen,
- 80 Millionen Euro für die Universitäten und
- 40 Millionen Euro für die Gesundheit.

Kostenbremsen im Pensionsystem und bei Pflege

Damit das Pensionssystem finanzierbar bleibt und nicht unter dem Ansturm auf die Frühpensionen zusammenbricht, werden Kostenbremsen eingebaut. Statt Mehrkosten von 4,8 Milliarden Euro entstehen nur Mehrkosten von 280 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren. Das Eintrittsalter für die Hackler-Regelung wird ab 2013 angehoben, der Nachkauf von Schul- und Studienzeiten wird verteuert, der Nachkauf von Ausübungsersatzzeiten wird kostenpflichtig gemacht. Durch das neue Pflegepaket kommt es zu weiteren Einsparungen.

Prozent. „Es ist insbesondere auch gelungen, von Regierungsseite zuvor angedachte Verschlechterungen etwa bei der Gruppen- sowie Vermögenssubstanzbesteuerung abzuwenden. Das ist ein standortpolitischer Erfolg. Die Industrie vermisst gleichzeitig in weiten Bereichen notwendige strukturelle Reformen, die den Industrie- und Arbeitsstandort Österreich im internationalen Wettbewerb nachhaltig absichern sollten“, so Sorger. Insbesondere bei der „Hackler-“ und Invaliditätspension seien die Vereinbarungen „sicherlich nicht weitgehend und mutig genug“.

„Die Industrie hat sich immer mit Nach-

13. Familienbeihilfe gerettet

Mit einer Modifikation konnte die 13. Familienbeihilfe gerettet werden. Künftig werden vom 6. bis 15. Lebensjahr pauschal 100 Euro ausgezahlt. Zu einer Reduktion kommt es bei der Anspruchsdauer und dem einkommensabhängigen Mehrkindzuschlag. Dafür wird der Selbstbehalt bei Schulbüchern abgeschafft.

Mehr Effizienz bei Wirtschaftsförderung

Eine Effizienz bei diversen Programmen der Wirtschaftsförderung bringt rund 5 Millionen Euro jährlich. Zusätzlich wird der Eigenaufwand gekürzt.

Landwirtschaft: Einkommen bleiben unangetastet

Gute Nachricht für die Bauern: Das Einkommen wird nicht angetastet, Flächenzahlungen bleiben unberührt. Reduziert werden lediglich die Projektfördergelder, mehr Effizienz und Qualität gibt es bei Projektbeurteilungen.

Kreditvertragsgebühr wird abgeschafft

Bei den Banken wird die Kreditvertragsgebühr abgeschafft. Dadurch werden die Konsumenten entlastet: Bei einem Kredit von 100.000 Euro erspart man sich z.B. 800 Euro. Die Bankenabgabe wird jährlich rund 500 Millionen Euro bringen. Kleine und mittlere Regionalbanken werden davon nicht betroffen sein.

Keine Eigentumssteuer

Das private Vermögen bleibt unangetastet, die Vermögenssteuer kommt nicht.

druck gegen neue oder erhöhte Steuern ausgesprochen. Ausgabenseitige Konsolidierungen – das haben Erfahrungen in anderen Staaten gelehrt – sind grundsätzlich zielführender und nachhaltiger als schwerpunktmäßig einnahmenseitige Ansätze. Wenn schon neue Steuern eingeführt oder bestehende angehoben werden, sollte dies in jedem Fall Lenkungseffekte und keine wachstumsdämpfenden Auswirkungen haben“, betonte Sorger hinsichtlich die steuerlichen Belastungen in den Bereichen Treibstoff, Tabak, Banken und Aktien. Man werde daher die Umsetzung der einnahmenseitigen Maßnahmen und ihre „gesamtwirtschaftlichen Auswirkun-

gen sehr genau beobachten und die Stimme zeitgerecht sehr deutlich erheben“.

Steuersystem wird ökologisiert, Pendler werden entlastet

Das Steuersystem wird ökologisiert. Mehr Geld gibt es für thermische Sanierung und „Green Jobs“. Dafür wird eine Flugticketabgabe eingeführt (8 Euro bei Flügen in Europa, 40 Euro für längere Distanzen). Bei der NOVA wird ein CO₂-Zuschlag eingeführt. Bei der Mineralölsteuer wird ein CO₂-Zuschlag eingeführt (4 Cent pro Liter Benzin, 5 Cent pro Liter Diesel). Pendler werden entlastet (+5% Pendlerpauschale), Spediteure müssen weniger Kfz-Steuer für ihre LKWs zahlen.

Weitere Maßnahmen

Die Erhöhung der Tabaksteuer bringt jährlich rund 150 Millionen Euro – ebenso viel wie ein Betrugsbekämpfungspaket. Das sorgt dafür, daß die ehrlichen Steuerzahler nicht draufzahlen.

Korrekturen

Nach teils sehr heftigen Protesten, die aus den Religionsgemeinschaften, den Familienvertretern und aus dem Bildungsbereich kamen, erklärten sich Bundeskanzler und Vizekanzler bereit, mit Vertretern von jenen, die sich am meisten als ungerecht behandelt fühlen, Gespräche zu führen mit dem Ziel, dort und da noch „abzufedern“ und Härten auszugleichen. Das Sparpaket an sich solle aber keinesfalls wieder aufgeschnürt werden.

gen sehr genau beobachten und die Stimme zeitgerecht sehr deutlich erheben“.

Der weitere Fahrplan

Plenarberatungen des Nationalrats sind für den 17. und 18. November vorgesehen. Der Finanzminister wird seine Budgetrede am 30. November halten. Die Ausschussberatungen über den Budgetentwurf sollen am 9. Dezember beginnen und am 10. sowie vom 13. bis 16. Dezember fortgesetzt werden. Im Plenum wird der Bundesvoranschlag vom 20. bis 22. Dezember beraten, womit er vor Weihnachten beschlossen werden und mit 1. Jänner 2011 in Kraft treten kann. ■

Sozialpartnerdialog

Umfassendes Paket gegen Lohn- und Sozialdumping und für Integration – Sozialpartner präsentierten gemeinsame Vorschläge

Zum Auftakt des „Sozialen Dialogs der Sozialpartner“ in Bad Ischl präsentierten die vier Präsidenten der Sozialpartnerorganisationen Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund, Landwirtschaftskammer und Arbeiterkammer am 18. Oktober ein umfassendes Paket, das Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping und Vorschläge für künftige Zuwanderung, Stichwort „Rot-Weiß-Rot-Card“ enthält. Thema der heurigen Beratungen war „Wachstum – Beschäftigung – Integration“.

Leitl: Leistungsträger mit offenen Armen empfangen

„Die Sozialpartner packen heiße Eisen an und formen daraus brauchbare Werkzeuge“, begrüßt WKÖ-Präsident Christoph Leitl das Gesamtpaket der Sozialpartner: „Das ‚Ausländerthema‘ wird politisch mißbraucht, wie kein anderes Thema. Mit der ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ wollen wir dem entgegenzutreten, dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung entsprechen, Sorgen nehmen und Ängste abbauen. Leistungsträger, die in der ganzen Welt begehrt sind und ihre Qualifikationen in unseren Standort einbringen wollen, sollen in Österreich mit offenen Armen empfangen werden. Sie stützen den Wirtschafts- und Sozialstandort, zahlen Steuern und Abgaben und erbringen wichtige Arbeiten.“ Der Wirtschaftskammerpräsident nahm auf die guten heimischen Arbeitsmarktdaten Bezug: „In Europa kann kein anderes Land mit besseren Arbeitslosenzahlen aufwarten als Österreich. Hier sind wir Nummer eins. Damit das auch weiterhin so bleibt, legen die Sozialpartner die ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ vor und appellieren auf eine rasche Gesetzzerdung.“ Leitl begrüßt auch Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping: „Die Wirtschaft tritt für einen fairen Wettbewerb ein.“

Foglar: Unterentlohnung ist strafbare Handlung

„Wer seine Mitarbeiter ab 1. Mai 2011 unter Kollektivvertrag bezahlt, begeht eine strafbare Handlung und muß mit Konsequenzen rechnen. Die Sozialpartner haben sich auf Vorschläge zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping geeinigt, wir hoffen, daß die Regierung diese rasch auf-

greift“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Lohn- und Sozialdumping ist ein sozialpolitisch unerwünschter Effekt: Menschen wird für ihre Arbeit der gerechte Lohn vorenthalten und der Sozialversicherung und dem Staat fehlen Einnahmen“, sagte Foglar. Die Vorschläge der Sozialpartner würden klare Regeln schaffen. Behörden könnten überprüfen, ob Unterentlohnung vorliege, egal ob die Beschäftigten ÖsterreicherInnen seien oder aus neuen EU-Ländern kämen.



Das sei sowohl im Sinn der Arbeitnehmer als auch im Interesse aller Unternehmen, die ihre Beschäftigten schon korrekt bezahlen. Die Behörden müßten auch personell aufgestockt werden, fordert Foglar. Bei der „Rot-Weiß-Rot-Card“ sei es der Arbeitnehmerseite besonders wichtig gewesen, daß es nicht ausschließlich ein kriterien-, sondern ein bedarfsgeleitetes System der Zuwanderung geben soll. „Der Bedarf muß sich nach dem Arbeitsmarkt richten und wird von den Sozialpartnern gemeinsam festgelegt“, sagte Foglar.

Wlodkowski: Landwirtschaft auch nach 1. Mai 2011 auf Erntehelfer angewiesen

Die Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für die Länder Mittel- und Osteuropas ab 1. Mai 2011 stellt die Landwirtschaft vor neue Herausforderungen, da sie auch danach auf Erntehelfer und Saisoniers angewiesen sein wird. Diese tragen nämlich wesentlich dazu bei, die Ernte rechtzeitig

einzubringen und so Handel und Konsumenten mit frischen, hochqualitativen Lebensmitteln zu versorgen. Zur Lösung dieser Frage laufen derzeit Gespräche mit den Sozialpartnern und dem Sozialministerium, so der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, Gerhard Wlodkowski. Im Sinne von Wachstum und Beschäftigung, dem Generalthema der heurigen Bad Ischler Gespräche, unterstützte der LK Präsident den Vorschlag für ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping und führte als Negativbeispiel Vorgänge in Schlachthöfen Deutschlands an, die auch auf heimischen Verarbeitungsbetriebe negative wirtschaftliche Auswirkungen hätten.

Tumpel: Bestmögliche Ausbildung bleibt Ziel

Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel erklärte, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Absenkung der Arbeitslosigkeit in Österreich unverändert wichtig ist. Daher muß Qualifizierung und Ausbildung weiter Zielsetzung bleiben. Tumpel setzt daher auf die Fortsetzung des bisherigen Kurses, damit die Jungen die bestmögliche Ausbildung für die Zukunft bekommen. Für bereits im Inland lebende Menschen mit nicht österreichischem Hintergrund fordert Tumpel verstärkte Integrationsbemühungen. Dazu zählen die Erwerbung einer ausreichenden Sprachkompetenz und die Errichtung von Kompetenzzentren. In diesen Zentren sollen die Qualifikationen und Fähigkeit der Menschen bewertet und anerkannt und eventueller Qualifizierungsbedarf erhoben werden. Darüber hinaus soll das AMS ihr Angebot an diese Zielgruppe verbessern, um die Integration am Arbeitsmarkt zu verstärken.

Fischer: Schritt in richtige Richtung

Bundespräsident Heinz Fischer hat für „klare, nachvollziehbare, vernünftige Regeln“ für eine „bedarfsgerechte“ Einwanderung appelliert. Das Thema Migration werde aufgrund seiner Reichweite, Langfristigkeit und Emotionalität in ganz Europa diskutiert, und sei „oft auch zentrales Wahlkampfthema“, sagte Fischer am 21. Oktober bei einer Konferenz zum Thema „Demografie, Migration und europäische Identität“ im

Innenpolitik

Radio Kulturhaus in Wien, ohne speziell die jüngste Wien-Wahl anzusprechen. „Die ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ ist glaube ich ein Schritt in die richtige Richtung“, so Fischer.

Fischer sprach weiters das Fehlen europäischer Regelungen bei Migrationsfragen an. „Gemeinsame europäische Regelungen waren bisher nicht möglich.“ Der Einwanderungsdruck auf die Länder Europas, aber auch die Erwartungshaltungen seien sehr unterschiedlich.

Mitterlehner: Rot-Weiß-Rot-Card macht Wirtschaftsstandort Österreich attraktiver

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sieht die Sozialpartner-Einigung als Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Österreich: „Die ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ wird genau jenen hoch qualifizierten Menschen, die wir in Österreich dringend brauchen, die Zuwanderung erleichtern. Durch das neue Punktemodell gibt es dafür künftig klare und transparente Kriterien“, freut sich Mitterlehner. „Damit sind unsere Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe deutlich konkurrenzfähiger.“

Neben dem bedarfsorientierten Fachkräfte-Zuzug begrüßt Mitterlehner auch die geplanten Erleichterungen für die Universitäts-Absolventen aus Nicht-EU-Staaten sowie bis Ende 2013 aus Rumänien und Bulgarien: „Ausländische Studenten können künftig leichter in Österreich bleiben, wenn sie ihr Studium abgeschlossen haben“, sagt Mitterlehner. „Wir bilden also künftig nicht mehr nur für teures Geld aus und schicken die Absolventen dann nach Hause, sondern können ihr Wissen auch in den heimischen Unternehmen besser nützen. Gerade für eine stark exportorientierte Volkswirtschaft wie Österreich sind die interkulturellen Kompetenzen der Beschäftigten ein wichtiger Erfolgsfaktor“, so Mitterlehner.

Darüberhinaus ist die „Rot-Weiß-Rot-Card“ für Mitterlehner ein wichtiger Schritt, um Österreich fit für den demographischen Wandel zu machen. Ohne eine qualifizierte Zuwanderung bekäme Österreich mittel- und langfristig gesellschaftliche Probleme, weil es schon bis 2025 um ein Viertel weniger Menschen zwischen 20 und 24 Jahren geben würde. „Durch die Rot-Weiß-Rot-Card wird die Zuwanderung besser gesteuert und läuft bedarfsorientiert ab. Damit erhöhen wir nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sondern schaffen auch bessere Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration von Migranten in Österreich“, schloß Mitterlehner.

Csörgits: Lohn- und Sozial-dumping Riegel vorschieben

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits sagte, „durch das geplante Paket ist es in- und ausländischen Firmen nicht möglich, eine Entlohnung unter dem österreichischen kollektivvertraglichen Lohnniveau anzubieten.“ Das Paket sichert gleiche Arbeitsmarkt- und Lohnbedingungen für alle Arbeitsverhältnisse nach Auslaufen der Übergangsfristen ab und schützt so die ArbeitnehmerInnen.

Eine Bezahlung unter Kollektivvertrag wäre nach den Vorschlägen der Sozialpartner ab 1. Mai 2011 somit eine strafbare Handlung. „Menschen sollen für ihre Arbeit gerecht entlohnt werden“, betont Csörgits. Das neue Paket garantiert, daß nach Öffnung des Arbeitsmarktes für die neuen EU-Mitgliedsstaaten die heimische Wirtschaft ausreichend vor unlauterem Wettbewerb geschützt bleibt. Weiters werde der faire Wettbewerb zwischen den Unternehmen gewährleistet und sichergestellt, daß die vorgegebenen Abgaben und Sozialbeiträge ins Sozialsystem einbezahlt werden. „Die Ergebnisse zur ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ sind eine Basis für weitere Gespräche, die in den nächsten Tagen zwischen Sozial- und Innenministerium und den Sozialpartnern stattfinden werden.“

Kickl: Verschiebung der Arbeitsmarktöffnung ist wirksamster Schutz

„Der einzig wirksame Schutz gegen die Bedrohungen des heimischen Arbeitsmarktes durch billige Arbeitskräfte aus unseren östlichen Nachbarländern ist die Verschiebung der Öffnung des Arbeitsmarktes auf unbestimmte Zeit“, sagte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl in Richtung Bundesregierung. Es sei erste Aufgabe einer verantwortungsbewußten Politik, „sich Gefahren, die vorherzusehen sind, erst gar nicht auszusetzen.“

Eine Verschiebung der Öffnung des Arbeitsmarktes bis zu einem Zeitpunkt, wo Lohnniveau und Wirtschaftskraft in den neuen EU-Ländern zumindest annähernd das österreichische Niveau erreicht hätten, sei das die einzig effektive Schutzmaßnahme. Ein österreichisches Gesetz gegen Sozialdumping sei zur Verhinderung von Arbeitsanreizen für Beschäftigte, deren Mindestlöhne in Ungarn, der Slowakei oder Tschechien bei rund 300 Euro liegen würden bzw. für Arbeitslose, die in den neuen EU-Ländern verglichen mit Österreich nicht einmal eine Minimalabsicherung hätten, nicht das geeignete Mittel, so Kickl, weil sich dadurch die Unterschiede zwischen österreichischen

Mindeststandards und jenen der Erweiterungsländer nicht in Luft auflösen würden.

„Die so genannte ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ ist in Wahrheit in erster Linie eine ‚Afrika-Karte‘, d.h. eine Karte zur Einschleusung von Billigarbeitskräften aus Drittstaaten im Interesse der Großkonzerne, denn innerhalb der EU gibt es ja die Arbeitnehmerfreizügigkeit und daher die Möglichkeit, bei Bedarf Arbeitskräfte zu lukrieren“, erläuterte Kickl im Zusammenhang mit den diesbezüglichen Plänen der Bundesregierung. Es sei eine Tatsache, daß bereits das jetzt vorhandene Kontingent an sogenannten Schlüssel-arbeitskräften, wo es Einkommensuntergrenzen gebe, nicht annähernd ausgeschöpft werde. Welche Schlüssel-arbeitskräfte wolle man also mit dieser Karte lukrieren? „In Wahrheit geht es der Regierung und den Sozialpartnern darum, einen Zuwanderungskurs für Menschen aus anderen Gesellschaftsordnungen und Kulturkreisen mit einer Wischi-Waschi-Karte zu tarnen und so zu tun, als handle es sich um ein strenges Kontrollinstrument für den Zugang zum Arbeitsmarkt, wo es sich in Wahrheit um organisierte Zuwanderung inklusive Familienangehöriger handelt.“

Ebner: Rot-Weiß-Rot-Card darf nicht Freikarte für Einwanderung werden

BZÖ-Generalsekretär Christian Ebner sieht die Gefahr, daß sich die von den Sozialpartnern vorgestellte „Rot-Weiß-Rot-Card“ zu einer Einwandererfreikarte entwickelt. „Der Ansatz, daß nur eine kleine Zahl von auch wirklich benötigten Arbeitskräften nach Österreich kommen darf, ist richtig und wird seit Jahren vom BZÖ gefordert. Es darf aber nicht sein, daß die ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ zur Eintrittskarte für unbeschränkte Zuwanderung auf den österreichischen Arbeitsmarkt wird. Dieses Modell der Sozialpartner ist völlig unausgegoren und hätte daher besser in der Schublade bleiben sollen“, so Ebner.

Ebner sieht in diesem Zusammenhang große Probleme beim Familiennachzug und bei der Zuwanderung von Akademikern. „Es muß sichergestellt sein, daß nicht willkürlich Angehörige nach Österreich einwandern, die dann wiederum das Sozialsystem belasten. Auch ist es bei der hohen Akademiker-arbeitslosigkeit undenkbar, daß alle Akademiker aus Nicht-EU-Ländern automatisch nach Österreich kommen dürfen, um hier ein halbes Jahr einen Job zu suchen.“

Der BZÖ-Generalsekretär fordert die rot-schwarze Bundesregierung auf, endlich das

Innenpolitik

BZÖ-Ausländer-Check-Modell umzusetzen. „Damit wird sichergestellt, daß nur die Guten von den Besten als Schlüsselarbeitskräfte nach Österreich geholt werden können. Mittels Punktesystem nach kanadischem oder australischem Vorbild sollen diejenigen Arbeitskräfte ins Land geholt werden, die die Wirtschaft wirklich braucht und aus dem eigenen Arbeitslosenpool und innerhalb der EU nicht zu besetzen sind. Derzeit gibt es, abgesehen von einer kleinen Anzahl von Schlüsselarbeitskräften, ohnehin keinen Bedarf.“ Nur wer den ‚Ausländer-Check‘ bestehe, dürfe nach Österreich zuwandern, habe dabei aber noch keinerlei Anspruch auf Familien- und Sozialleistungen des Staates, „sondern muß sich diesen Anspruch erst erarbeiten. Durch Leistungen wie legale Arbeit, bezahlte Steuern und Beiträge sowie Integrationsleistungen können Punkte erarbeitet werden, die einen sukzessiven Zugang zu den Leistungen gewähren. So müssen der Integrationswille, die Anerkennung der Kultur und der Gesetze, die Sprache sowie eine gesicherte Existenz nachgewiesen werden“, erklärte Ebner.

Koron: »Rot-Weiß-Rot-Card« schwammig bis zur Inexistenz

„Die heutige Ankündigung der Sozialpartner zur angeblich fertig verhandelten ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ besteht wieder einmal bloß aus Überschriften. Daß man Hochqualifizierten- und AkademikerInnen-Einwanderung will ist eine Binsenweisheit, alle Eckpunkte wie Gruppengröße, genauere Bedingungen, Art und Länge des Aufenthaltsrechts der Betroffenen bleiben uns die Sozialpartner allerdings schuldig. Vor allem auch die Antwort auf die Frage, aufgrund welcher Anreize jemand, der sich als Hochqualifizierter zwischen den USA, Kanada, Australien und Österreich entscheiden kann, für Österreich entscheiden soll“, erklärt die Integrationssprecherin der Grünen, Alev Korun.

Qualifizierte und FacharbeiterInnen sollen erst ab 1. Mai 2012 einwandern dürfen. Bis dahin wird die unpraktische und sinnfreie Schlüsselkraftregelung also fortgesetzt – wissend, daß sie eher der Verhinderung der qualifizierten Arbeitsmigration dient als zur Beschäftigung von benötigten FacharbeiterInnen. Und die Saisonarbeiterregelung, die mit einer Saisonbeschäftigung überhaupt nichts mehr zu tun hat und für „billige“ und rechtlose Arbeitskräfte sorgt, soll völlig unangetastet bleiben. „Das ist kein Einwanderungskonzept, sondern ein dahergewandeltes Papier, um nach dem Wiener Wahlergeb-

nis der ‚Großparteien‘ Aktivität bei der Einwanderungspolitik vorzutauschen. Die Grünen haben ein konkretes Arbeitsmigrationsmodell ausgearbeitet, das sich die Sozialpartner wenigstens anschauen hätten können. Über ein Punktesystem Ausbildungen, Kenntnisse, Berufserfahrungen, Mangelberufe, Sprachkenntnisse und Bindungen zu

Österreich zu bewerten und berücksichtigen, macht beim flexiblen Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts viel mehr Sinn als die konturlose Aufzählung von Migrantengruppen ohne Konzept, wie und mit welchen Spielregeln man sie ins Land holen will. Nach den derzeit bekannten – wenigen – Details kann man nur sagen: Nicht genügend, setzen.“ ■

Steirischer Landeshauptmann angelobt

Neue Landesregierung der Steiermark einstimmig gewählt – Konstituierende Sitzung des Landtages Steiermark



Foto: Foto Frankl

LH Franz Voves (l.) und LH-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer

Bei der konstituierenden Sitzung des Landtages Steiermark wurden am 21. Oktober die Abgeordneten zum Landtag Steiermark angelobt, weiters wurden das Landtagspräsidium mit Manfred Wegscheider als Erstem Landtagspräsidenten, Franz Majcen als Zweitem Landtagspräsidenten und Ursula Lackner als Dritter Landtagspräsidentin sowie die Mitglieder der steirischen Landesregierung gewählt.

Der wiedergewählte Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) versicherte, er werde „alles tun, um weiterhin ein Landeshauptmann für alle Steirerinnen und Steirer zu sein“. Bei der anstehenden Budgetkonsolidierung gäbe es große Brocken zu erledigen. Es sei wichtig, die vorhandenen Mittel effizient einzusetzen, ohne aber die sozial Schwächsten dabei zu übersehen, so Voves.

Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann

Schützenhöfer (ÖVP) sprach von einer „Reformpartnerschaft der Vernunft mit wachsendem Vertrauen“. „Wir haben den absoluten Willen, unseren Beitrag zu leisten, damit dieses Land eine gute Zukunft hat. Es ist schwer in Zeiten, wo es enger wird und die Mittel weniger werden, gerecht zu bleiben. Wir versuchen es, denn wir wollen, daß die Steiermark gewinnt.“

Umwelt- und Verkehrslandesrat Gerhard Kurzmann (FPÖ) unterstrich in seiner Rede den Wählerauftrag, den man erhalten habe, „um für das Land und die Bevölkerung zu arbeiten“. „Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.“

Am 22. Oktober wurde Franz Voves von Bundespräsident Heinz Fischer in dessen Amtsräumen in der Wiener Hofburg für die nächsten fünf Jahre als Landeshauptmann angelobt. ■

Volksgruppentag

Podiumsdiskussion über »Perspektiven der Jugend« – SchülerInnen messen zweisprachigem Unterricht große Bedeutung zu

Österreich habe allein schon wegen seiner Geschichte eine enorme Verantwortung, was Minderheitenrechte betreffe. Das erklärte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Perspektiven der Jugend“ anlässlich des Volksgruppentags im Parlament am 19. Oktober. Im Anschluß an das zweisprachige Theaterstück „Koroško kolo / Kärntner Reigen“ der Gruppe Sanjelovec/Traumtänzer diskutierten Schülerinnen und Schüler aus Kärnten, Burgenland, Wien und Südtirol unter anderem über die Bedeutung von muttersprachlichem Unterricht, Vorurteile gegenüber Mitgliedern der österreichischen Volksgruppen, fehlende zweisprachige Ortstafeln in Kärnten und den einen oder anderen schiefen Blick bei Verwendung der Muttersprache in der Öffentlichkeit.

In ihrem Impulsreferat hob Nationalratspräsidentin Prammer insbesondere die Notwendigkeit hervor, in politische Bildung bzw. „Demokratiebildung“ zu investieren. Demokratie sei die einzige Gesellschaftsform, die gelernt werden müsse, meinte sie, es gehe unter anderem um Partizipation, das Aufbringen von Verständnis für Minderheiten und das Bewußtmachen des Umstands, daß Menschenrechte unteilbar seien. Hier stehe man, so Prammer, vor großen Herausforderungen. Allgemein machte Prammer geltend, daß Sprache wesentlich zur Identität beitrage, und wertete es als enorme Bereicherung, zweisprachig aufzuwachsen.

Am Podium saßen neben Prammer und Moderatorin Ani Gülgün-Mayr (ORF) vorwiegend Schülerinnen und Schüler aus zweisprachigen Schulen bzw. Schulen mit Unterricht in einer Volksgruppensprache. Sie werteten es als großen Vorteil, auch in ihrer Muttersprache und nicht nur in Deutsch unterrichtet zu werden.

Fehlender Unterricht in der Muttersprache führe zu Assimilierung, gab etwa Lara Domeneghetti von der Südtiroler Kunstschule Cademia zu bedenken und äußerte die Befürchtung, daß kleine Sprachgruppen wie die ladinische auszusterben drohten. Auch die Burgenlandkroatin Lisa Racz wies auf das Problem der Assimilation von Kindern und Jugendlichen hin. Teresa Wild, Schülerin des zweisprachigen Gymnasiums in



Foto: Parlamentsdirektion / Carina Ott

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Ulrike Truger und Rudolf Sarközi

Oberwart, zeigte sich überzeugt, daß jemand, der zweisprachig aufwache, toleranter gegenüber fremden Sprachen und gegenüber Fremden im allgemeinen sei.

Pavel Brezina machte auf die lange Tradition der tschechischen Komensky-Schule in Wien aufmerksam. Er selbst sei als Kind von Tschechien nach Wien gekommen, schilderte er, und profitiere vom bilingualen Unterricht in allen Fächern. Seine ganze Familie seien Tschechen, durch den Tschechisch-Unterricht von Kindheit an, könne er sich mit ihnen problemlos verständigen. Alexander Sarközi, Schüler einer deutsch-englischsprachigen Schule im 22. Wiener Gemeindebezirk, verwies darauf, daß Romanes erst seit kurzem eine „kodifizierte“ Sprache sei und damit unterrichtet werden könne. Als positives Beispiel für Sprachenvielfalt und gelungene Integration im Unterricht hob Johanna Fritz ihre Schule, das GRG Ödenburgerstraße in Wien 21, hervor.

Die beiden Kärntner Schüler am Podium, Dominik Urak vom slowenischen Gymnasium und Fabian Türk von der zweisprachigen Handelsakademie in Klagenfurt, sprachen auch politische Aspekte an. So wertete es Urak als unverständlich, daß zweisprachige Ortstafeln in Kärnten nach wie vor

umstritten seien, und plädierte dafür, die slowenische Umgangssprache stärker zu fördern. Türk unterstrich, die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Kärnten sei Voraussetzung, um bestehende Ressentiments zwischen „Deutschkärntnern“ und Kärntner Slowenen zu beseitigen und eine Grundlage für ein künftiges Miteinander zu schaffen. Er forderte zudem, den Staatsvertrag in vollem Umfang zu erfüllen.

Weitere Podiumsdiskussionen im Rahmen des Volksgruppentags fanden zu den Themen „Vertretung der Volksgruppen“ (Impulsreferat Staatssekretär Josef Ostermayer), „Schule und Bildung“ (Impulsreferat Unterrichtsministerin Claudia Schmied) sowie „Wirtschaft und regionale Zusammenarbeit“ (Impulsreferat Staatssekretär Reinhold Lopatka) statt. Zu den Podiumsteilnehmern gehörten unter anderem Rudolf Vouk, Rudolf Sarközi, Susanne Weitlaner und Martin Ivancsics.

Parallel zu den Podiumsdiskussionen wurde mit Musikdarbietungen, der Puppentheatergruppe Lutke Mladje KDZ, Lesungen sowie Filmen von Ingrid Konrad, Gisa Ruland, Milena Osip, Marika Schmiedt und Emmerich Gärtner-Horvath auch viel Kulturelles geboten. ■

Teuerungsabgeltung

91 Prozent der ASVG-Pensionisten erhalten 1,2 Prozent

Die Kommission zur langfristigen Pensions-sicherung hat in ihrer Sitzung vom 19. Oktober den Richtwert für die Pensions-erhöhungen 2011 festgestellt. Dieser Richtwert wird aus dem Durchschnitt der Inflationsrate von August 2009 bis Juli 2010 errechnet. Es ergibt sich daraus ein Wert von 1,2 Prozent. Damit liegt er zwar etwas niedriger als die Inflationsrate im Sommer 2009, aber wesentlich höher als zum Zeitpunkt der Feststellung des letzten Richtwertes vor einem Jahr. Damals wurden die Pensionen um 1,5 Prozent erhöht, obwohl die aktuelle Inflationsrate unter 1 Prozent betrug.

Der Richtwert ist nicht automatisch gleichbedeutend mit der faktischen Pensions-erhöhung. Nach dem Gesetz hat der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumenten-schutz den Anpassungsfaktor für die Pensionen durch Verordnung festzulegen, wobei er auf den Richtwert zwar Bedacht zu nehmen hat, aber nicht daran gebunden ist. Durch die geltende Rechtslage ist eine nach der Pensionshöhe differenzierende Erhöhung nicht vorgesehen, wie dies bis 2010 der Fall war, als höhere Pensionen nur mit einem Fixbetrag erhöht wurden. Eine vergleichbare Regelung für 2011 könnte aber per Gesetz vorgesehen werden.

Abgesehen von der Feststellung des Richtwertes wurde in der Pensionskommission auch die Aufwertungszahl der Pensionen für die Berechnung der Bemessungsgrundlagen bei der Pensionsberechnung festgelegt. Dieser Wert beträgt 1,021 und entspricht der Veränderung der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen im Jahr 2009 gegenüber 2008.

Weiters wurde die Höchstbeitragsgrundlage für 2011 ermittelt. Sie wird monatlich 4200 Euro und täglich 140 Euro betragen. Bis zu diesen Grenzen sind Beiträge für das selbstständige Erwerbseinkommen zu zahlen, dementsprechend werden auch nur ArbeitnehmerInnen-Einkommen bis zu dieser Grenze für die Pensionsbemessung anerkannt.

In der gleichen Sitzung wurde auch die kurzfristige Prognose über die Einnahmen und Ausgaben in der Pensionsversicherung diskutiert und zur Kenntnis genommen. Die jüngsten Daten bestätigen den Trend, der seit

Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 merkbar ist und auch in der Langfristanalyse vor wenigen Wochen zum Ausdruck kam. Danach ist in den nächsten Jahren mit einem höheren Bundesbeitrag zu rechnen, als dies noch vor 2 Jahren prognostiziert worden ist. In erster Linie ist dies auf die zu erwartenden, wesentlich geringeren Steigerungen der Beitragseinnahmen als in den Jahren bis 2008 zurückzuführen. Die Zuwachsraten der Aufwendungen sind in diesen Prognosen höher als jene der Einnahmen.

Hundstorfer: Pensionen stabilisiert

„Es ist uns bei den Budgetverhandlungen gelungen, in sozial ausgewogener Form die Ausgabendynamik bei den Pensionen für die kommenden Jahre zu stabilisieren. Insgesamt werden wir 2011 286 Mio. Euro in diesem Bereich einsparen, wobei uns die höhere Beitragsgerechtigkeit besonders am Herzen gelegen war“, erklärte Sozialminister Rudolf Hundstorfer am 27. Oktober. Mit dem Volumen von 286 Mio. Euro liege man sogar über den Vorgaben aus dem Budgetpfad, der eine Verringerung der Ausgaben in der Höhe von 247 Mio. Euro festschrieb. Mit strukturellen Eingriffen, die ab 2014 zu wirken beginnen, werden die Ausgaben für die Langzeitversichertenregelung stark zurückgeführt. „Ab 2014 und den folgenden Jahren werden wir über vier Milliarden Euro für die Langzeitversichertenregelung weniger ausgeben müssen“, so Hundstorfer.

Der größte Einzelposten bei den Einsparungen ist auch ein wichtiger Schritt für mehr Beitragsgerechtigkeit. Der Bund wird schrittweise seine Partnerleistung für die Pensionsversicherungsbeiträge der Bauern und Gewerbetreibenden reduzieren.

Blecha: Ein Plus für die große Mehrheit

„91 Prozent der ASVG-Pensionisten erhalten eine Teuerungsabgeltung von 1,2 Prozent“, gab PVÖ-Präsident Karl Blecha am 25. Oktober nach dem Ende der letzten Pensionsverhandlungsrunde im Bundeskanzleramt bekannt. „Unsere Forderung Pensionen bis 2000 Euro brutto die Teuerung abzugelten wurde erfüllt. Bundeskanzler Werner Faymann hat sich dafür eingesetzt, daß klei-

ne und mittlere Pensionen eine Wertanpassung erhalten müssen“, so Blecha in einer ersten Stellungnahme. Die Seniorenvertreter betonten, daß die Pensionisten mit einer halben Milliarde Euro einen großen Anteil zur Budgetkonsolidierung leisten.

„Daß die Regierung Pensionen zwischen 2000 und 2310 Euro geringer erhöht und darüberliegende Pensionen keine Erhöhung erhalten, konnte nur angenommen werden, weil die Regierung versprochen hat, mit uns über die Schaffung eines Pflegefonds, zur Neuregelung der Pensionskassen-Pensionen und über Änderungen beim Alleinverdienerabsetzbetrag für Pensionisten zu verhandeln“, so Blecha.

Die Aussetzung der Pensionsanpassung im ersten Pensionsjahr, die vom Pensionistenverband (PVÖ) abgelehnt wird, waren nicht Gegenstand der Verhandlungen. „Durch die konsequenten Verhandlungen und durch die Unterstützung von Bundeskanzler Werner Faymann ist es uns gelungen für die große Mehrheit ein Plus herauszuholen und Kürzungen zu verhindern, so Blecha abschließend. Das sei einzigartig in Europa.

Khol: Vertretbares Ergebnis

„Der heutige Abschluß der Pensionsverhandlungen liefert für kleine und mittlere Pensionen ein vertretbares Ergebnis – 90 Prozent der gesetzlichen Pensionen wurden somit die Teuerung abgegolten. Pensionisten über 2.310,- Euro brutto leisten jedoch ein zum Teil schmerzliches Solidaropfer. Erstmals müssen diese eine Null-Lohnrunde hinnehmen“, hält Andreas Khol, amtierender Präsident des Österreichischen Seniorenrates und Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes, nach dem Abschluß der Pensionsverhandlungen fest.

„Zu Verhandlungsbeginn hatten wir selbst Einsparungsmöglichkeiten im Pensionssystem durch nachhaltige Reformen vorgelegt. Ein Teil davon wurde zur künftigen Sicherung der Pensionen umgesetzt – leider nicht alle. Insgesamt haben wir Pensionisten durch die Reformen und die Pensionsanpassung zur nötigen Budgetkonsolidierung eine halbe Milliarde Euro beigetragen“, hält Khol weiter fest. ■

Wirtschaftspolitische Steuerung

Zur Bewältigung der Herausforderungen, die durch die jüngste Finanzkrise zutage getreten sind, bedarf es grundlegender Veränderungen bei der wirtschaftspolitischen Steuerung in Europa. Zu diesem Zweck hat der Europäische Rat den Bericht der Arbeitsgruppe »Wirtschaftspolitische Steuerung« gebilligt.



Foto: European Union, 2010

Erste Reihe, v.l.: Silvio Berlusconi, Brian Cowen, Donald Tusk, José Manuel Barroso, Nicolas Sarkozy, Dalia Grybauskaitė, Yves Leterme, Herman Van Rompuy, Demetris Christofias, Traian Basescu, Jerzy Buzek, Victor Orbán, Lars Løkke Rasmussen, George Papandreu and Catherine Ashton; Zweite Reihe, v.l.: José Luis Rodríguez Zapatero, Fredrik Reinfeldt, Borut Pahor, José Socrates, Angela Merkel, Mari Kiviniemi, Werner Faymann, Boyko Borissov, Andrus Ansip, David Cameron, Lawrence Gonzi, Iveta Radicová, Mark Rutte, Jean-Claude Juncker and Valdis Dombrovskis

Die Umsetzung dieses Berichts wird ein wesentlicher Schritt hin zur Stärkung der wirtschaftlichen Säule der WWU sein: Die Finanzdisziplin wird gestärkt, die Überwachung der Wirtschaftspolitik ausgeweitet und die Koordinierung vertieft werden. Der Bericht enthält ferner die Leitprinzipien für einen soliden Rahmen für das Krisenmanagement und für stärkere Institutionen. Der Europäische Rat hat sich auf das weitere Vorgehen im Anschluß an die Arbeit der Arbeitsgruppe geeinigt. Wie auf seiner Tagung vom 16. September 2010 vereinbart, hat der Europäische Rat auch einen Gedankenaustausch zur Vorbereitung auf das G20-Gipfeltreffen in Seoul und die Klimakonferenz von Cancún sowie die Gipfeltreffen mit den Vereinigten Staaten, Rußland und der Ukraine geführt.

Der Europäische Rat billigt den Bericht der Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitische Steuerung“. Durch die Umsetzung dieses Berichts wird es möglich sein, die Finanzdisziplin zu stärken, die Überwachung der Wirtschaftspolitik auszuweiten, die Koordinierung zu vertiefen und einen soliden Rahmen für das Krisenmanagement sowie stär-

kere Institutionen zu schaffen. Der Europäische Rat ruft zu einem beschleunigten Vorgehen bei der Annahme der sekundären Rechtsvorschriften auf, die für die Umsetzung eines großen Teils der Empfehlungen erforderlich sind. Ziel ist es, daß der Rat und das Europäische Parlament bis zum Sommer 2011 Einigung über die Gesetzgebungsvorschläge der Kommission erzielen, wobei zu beachten ist, daß die im Bericht der Arbeitsgruppe und die in jenen Vorschlägen behandelten Fragen nicht vollkommen deckungsgleich sind. Dadurch wird gewährleistet, daß die neuen Überwachungsregelungen so bald wie möglich wirksam umgesetzt werden. Dies wird zu einer erheblichen Stärkung der wirtschaftlichen Säule der WWU führen, was einen Vertrauenszuwachs bewirken und somit zu nachhaltigem Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit beitragen wird.

Der Europäische Rat ersucht den Rat, die Arbeiten zu der Frage, wie den Auswirkungen der Rentenreform bei der Durchführung des Stabilitäts- und Wachstumspakts Rechnung getragen wird, zu beschleunigen und dem Europäischen Rat im Dezember 2010

hierüber Bericht zu erstatten. In Anerkennung der Bedeutung der Reformen der Rentensysteme sollten gleiche Rahmenbedingungen innerhalb des SWP gewährleistet werden.

Vor dem Hintergrund des Berichts der Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitische Steuerung“ und zur Gewährleistung eines ausgewogenen und nachhaltigen Wachstums sind sich die Staats- und Regierungschefs darin einig, daß die Mitgliedsstaaten einen ständigen Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet einrichten müssen, und ersuchen den Präsidenten des Europäischen Rates, mit den Mitgliedern des Europäischen Rates Konsultationen über eine begrenzte Vertragsänderung zu führen, die hierzu erforderlich ist, wobei Artikel 125 AEUV („no bail out“-Klausel) nicht geändert würde.

Der Europäische Rat begrüßt die Absicht der Kommission, in enger Absprache mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Vorbereitungsarbeiten zu den allgemeinen Merkmalen eines künftigen neuen Mechanismus durchzuführen, unter anderem zu der Rolle der Privatwirtschaft und der Rolle des IWF

Österreich, Europa und die Welt

sowie den äußerst strikten Auflagen, an die die Durchführung solcher Programme geknüpft sein sollte.

Der Europäische Rat wird sich auf seiner Tagung im Dezember 2010 erneut mit diesem Thema befassen, damit die endgültige Entscheidung über die Grundzüge eines Krisenmechanismus und eine begrenzte Vertragsänderung getroffen wird, so daß etwaige Änderungen spätestens Mitte 2013 ratifiziert werden können.

Der Präsident des Europäischen Rates beabsichtigt, anschließend im Benehmen mit den Mitgliedsstaaten die Frage des Rechts der Mitglieder des Euro-Währungsgebiets auf Teilnahme an den Beschlußfassungsverfahren mit Bezug zur WWU im Falle einer permanenten Gefährdung der Stabilität des gesamten Euro-Währungsgebiets zu prüfen.

Die Staats- und Regierungschefs heben hervor, daß es – parallel zur Stärkung der Finanzdisziplin in der Europäischen Union – von entscheidender Bedeutung ist, daß der Haushaltsplan der Europäischen Union und der nächste mehrjährige Finanzrahmen die Konsolidierungsbemühungen widerspiegeln, die die Mitgliedsstaaten unternehmen, um Defizite und Schulden auf einen nachhaltigeren Pfad zu führen. Unter Achtung der Rolle der verschiedenen Organe und der Notwendigkeit, Europas Ziele zu erfüllen, wird der Europäische Rat auf seiner nächsten Tagung erörtern, wie sichergestellt werden kann, daß mit der Ausgabenpolitik auf europäischer Ebene angemessen zu diesen Anstrengungen beigetragen wird.

G20-Gipfeltreffen in Seoul

Die Weltwirtschaft erholt sich allmählich von der Krise. Nach wie vor gibt es jedoch eine Reihe von Fragen, denen auf globaler Ebene weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, darunter die Risiken für die finanzielle Tragfähigkeit, die unvollständige Instandsetzung des Finanzsektors, die hohe Arbeitslosigkeit, die Volatilität der Weltrohstoffpreise und wieder auftretende globale makroökonomische Ungleichgewichte. Der Europäische Rat hat die vom Rat vereinbarten Leitlinien bestätigt und die Prioritäten erörtert, für die sich die Vertreter der EU und der EU-Mitgliedsstaaten, die der G20 angehören, auf dem Gipfeltreffen in Seoul einsetzen werden. Von dem Gipfeltreffen muß ein ehrgeiziges Signal für die konkrete und rasche Durchführung der Maßnahmen ausgehen, die in dem Rahmen für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum vereinbart wurden, insbesondere

hinsichtlich der Pläne zur Haushaltskonsolidierung, der Reform der Finanzmarktregulierung, des sozialen Zusammenhalts, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Notwendigkeit weiterer Strukturreformen. Auch muß besonders auf die Wiederherstellung eines ausgewogenen Weltwirtschaftswachstums geachtet werden. Die Europäische Union erwartet, daß die Baseler Vereinbarung, die einen wichtigen Schritt zur Stärkung der globalen Stabilität der Finanzmärkte darstellt, auf dem G20-Gipfeltreffen bestätigt wird. Die Europäische Union betont, daß die Märkte weiterhin offen bleiben müssen, den Doha-Verhandlungen neue Dynamik verliehen werden muß und eine wachstumsorientierte Entwicklungsagenda verabschiedet werden muß. Sie unterstreicht, daß Protektionismus in jeder Form ebenso wie Wechselkursmaßnahmen, die auf kurzfristige Wettbewerbsvorteile abzielen, vermieden werden müssen.

Die auf der G20-Ministertagung vom 23. Oktober 2010 erzielte Einigung über die Reform des Internationalen Währungsfonds wird dazu beitragen, die Wirksamkeit, Glaubwürdigkeit und Legitimität des IWF zu erhöhen, und ihn in die Lage versetzen, seine Rolle bei der Unterstützung des Funktionierens des internationalen Währungs- und Finanzsystems zu erfüllen. Die Quotenreform sollte zusammen mit der Reform der Führungsstruktur des Fonds zu einem einzigen und umfassenden Paket geschnürt und im selben Zeitrahmen beschlossen werden.

Weitere Arbeiten sind auf dem Gebiet der Abgaben und Steuern für Finanzinstitute sowohl auf internationaler als auch auf interner Ebene erforderlich. Im Einklang mit dem Bericht des Rates sollte eine weiter reichende Koordinierung zwischen den verschiedenen bestehenden Abgabesystemen erfolgen, damit Doppelbelastungen vermieden werden. Der Rat wird ersucht, dem Europäischen Rat im Dezember 2010 hierüber Bericht zu erstatten. Ferner sollten die verschiedenen Optionen zur Besteuerung des Finanzsektors wie auch bewährte Verfahren zur Verhinderung von Steueroasen und Steuerhinterziehung geprüft werden.

Faymann: Stimmrechtsentzug für Defizitsünder wäre Unsinn

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) hat zum Abschluß des EU-Gipfels einen Stimmrechtsentzug für Länder mit zu hohem Budgetdefizit als „unvorstellbar und unsinnig“ kritisiert. Zuvor hatte Deutschlands Bundeskanzlerin Merkel diese Forderung

erhoben. Eine verfrühte Diskussion über Vertragsänderungen würde die EU lähmen.

Ufern die Schulden eines EU-Landes aus, gibt es bereits die Möglichkeit vorbeugender Eingriffe. Überdies hat die EU für derartige Fälle ein Frühwarnsystem entwickelt. „Da braucht man niemandem mit der politischen Keule drohen“, sagte Faymann über den Vorschlag Deutschlands und Frankreichs. Lediglich vier bis sechs Staaten hätten sich dafür ausgesprochen.

Faymann betonte, daß für die Bereitstellung eines dauerhaften Euro-Rettungsschirms 2013 keine Vertragsänderung erforderlich sei. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso bekräftigte, daß kein EU-Land darüber abstimmen müsse, wenn etwaige Änderungen nur den Haftungsschirm betrafen. Im Dezember wird diese Frage wieder diskutiert werden.

Pröll warnte vor jahrelanger Blockade

Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) hat anlässlich eines Treffens der Europäischen Volkspartei im Umfeld des EU-Gipfels davor gewarnt, daß eine EU-Vertragsänderung durch Volksabstimmungen in EU-Ländern jahrelang blockiert werden könnte. Dem deutsch-französischen Vorstoß stehe er kritisch gegenüber. Zur deutschen Forderung nach einem EU-Stimmrechtsentzug als ultimative Sanktion für Defizitsünder sagte Pröll, er sehe das sehr kritisch, sei aber auf einer Linie mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, daß man Defizitsünder stärker an die Kandare nehmen müsse. „Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die kurzfristig deutliche Verbesserungen bringen und ohne Vertragsänderung unverzüglich umgesetzt werden können.“

In Hinblick auf den von Deutschland geforderten permanenten Euro-Krisenmechanismus mit Einbeziehung privater Gläubiger sehe er „Handlungsbedarf“, um eine Perspektive für nach 2013 zu haben, sagte Pröll. Es könne einen Kompromiß geben, allerdings müßten die Europäische Zentralbank (EZB) und der EU-Finanzministerrat (Ecofin) dazu noch Detailarbeit leisten. Die Frage, ob dazu eine Änderung des EU-Vertrags notwendig sei, sei zu diskutieren, allerdings glaube er nicht, daß dies die EU weiterbringe.

Ab 1. Jänner werde es das sogenannte „Europäische Semester“ geben. Hier gehe es darum, daß die EU schon früher über nationale Haushaltspläne der Mitgliedsländer informiert wird, ohne daß dabei in das nationale Budgetrecht eingegriffen werde. ■

Engagement für Frauen in Konfliktsituationen

Außenminister Spindelegger fordert im Sicherheitsrat zusätzliches Engagement: »Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen immer noch beschämend niedrig«

Auch wenn Fortschritte zu verzeichnen sind, insgesamt ist die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen noch immer beschämend niedrig“, konstatierte Außenminister Michael Spindelegger nach der Sitzung des UN-Sicherheitsrates vom 26. Oktober, die dem zehnjährigen Jubiläum der Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ gewidmet war.

In einem gemeinsamen Pressegespräch mit der US-Außenministerin Hillary Clinton betonte Spindelegger das Engagement Österreichs für den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten. „Frauen und Mädchen sind in den modernen Kriegen zu einer besonderen Zielscheibe geworden. Vergewaltigungen werden brutal als Kriegsmittel eingesetzt. Die Mehrheit der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder“, so der Außenminister.

Die vor zehn Jahren vom Sicherheitsrat beschlossene Resolution 1325 zielt genau in diese Richtung: verbesserter Schutz für Frauen und stärkere Einbindung von Frauen bei Friedensverhandlungen und beim Wiederaufbau. „Wir wissen mittlerweile von vielen Beispielen, daß es effizienter und effektiver ist, Entwicklungshilfe über die betroffenen Frauen der Region abzuwickeln“, so Spindelegger. „Wir haben es allerdings noch nicht geschafft, diese Erkenntnis auch international zu institutionalisieren.“

Der Außenminister begrüßte Fortschritte wie etwa die Schaffung der UN-Organisationseinheit „UN Women“ unter der Leitung der früheren chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet sowie die Bestellung von Margot Wallström als Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt in Konflikten. „Generalsekretär Ban Ki-moon bekennt sich zu einer stärkeren Einbindung von Frauen und hat viel dazu beigetragen, daß mehr Frauen innerhalb der UNO in hochrangigen Funktionen Verantwortung für Friedensarbeit übernehmen“, so Spindelegger.

Bei dieser Sicherheitsratssitzung wurde einstimmig eine Erklärung angenommen, in der unter anderem auch die Einführung von Indikatoren unterstützt wurde. „Diese Indikatoren sind mehr als simple Statistik. Ohne



Foto: BMeIA / Bernhard J. Holzner © HOPL-MEDIA

US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton und Außenminister Michael Spindelegger

konkrete Ziele und Messlatten, um den Erfolg oder Mißerfolg bei der Umsetzung der Resolution zu messen, können wir keine Schritte nach vorne machen. Sie werden helfen, die internationale Gemeinschaft dorthin zu lenken, wo noch am meisten zu tun ist“, sagte Spindelegger. „Wenn zum Beispiel

nach aktuellen Schätzungen die Beteiligung von Frauen in Friedensverhandlungen unter zehn Prozent liegt und in 300 Friedensverträgen der letzten 20 Jahre nur in 18 Bezugnahmen auf sexuelle Gewalt enthalten sind, dann ist dies ein klares Signal, daß akuter Handlungsbedarf besteht.“ ■

Neues zwischen Österreich und Mazedonien

Kultureller Austausch auf allen Ebenen vertieft die Kenntnis und verbessert das Vertrauen für die Position des anderen. „Die Weiterentwicklung der Kulturbeziehungen zwischen Österreich und Mazedonien – parallel zur Stärkung der politischen und menschlichen Beziehungen – ist uns deshalb ein besonderes Anliegen. Mit dem neuen Kulturabkommen wollen wir unser enges und freundschaftliches Verhältnis auch insbesondere in den Themenbereichen Wissenschaft, Bildung und Kultur weiter intensivieren“, so Außenminister Michael Spindelegger im Rahmen der Unterzeichnung des Kulturabkommens mit der mazedonischen Kulturministerin Elizabeta Kanceska-Milevska in Wien. Spindelegger weiter: „Das neue Abkommen schafft die formelle Basis

für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Österreich und Mazedonien. Erstmals bietet es uns die Gelegenheit, gemeinsam Vorhaben auf dem universitären und schulischen Sektor ebenso wie in den Bereichen Kunst und Kultur sowie der Jugend und des Sports zu realisieren. Auch die im Dezember 2009 erfolgte Visaliberalisierung ist ein Zeichen dieses immer enger zusammenwachsenden Europas.“

Abschließend bekräftigte der Außenminister auch Österreichs Haltung gegenüber einem EU-Beitritt Mazedoniens: „Österreich unterstützt Mazedoniens Weg in Richtung Europäische Union. Eine Annäherung und ein späterer Beitritt sind Schlüsselkomponenten für Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in der Region.“ ■

Gemeinsame Vorstellungen für Gemeinsame Agrarpolitik

Bilaterales Arbeitsgespräch der Landwirtschaftsminister Aigner und Berlakovich: Kämpfen für Sicherheit und Leistung – »Gutes Geld für gute Arbeit!«

Die Zukunft der europäischen Agrarpolitik nach 2013 ist das bestimmende Thema für die Landwirte in Europa. „Ich freue mich, daß meine deutsche Amtskollegin Ilse Aigner der Einladung nachgekommen ist, um diese wichtigen Themen zu diskutieren“, so Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich anlässlich des bilateralen Arbeitsgesprächs Österreich/Deutschland mit der deutschen Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner am 19. Oktober. „Für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 ist es wichtig, daß wir uns austauschen und den engen Dialog weiterführen“, so Aigner und Berlakovich.

Berlakovich verdeutlicht seinen Standpunkt: „Ich bin für Evolution statt Revolution, ich kämpfe für Sicherheit und Leistung, das heißt ‚Gutes Geld für gute Arbeit‘“. Insbesondere kämpft Berlakovich dabei für Sicherheit und Leistung, denn die Krise im Vorjahr hat gezeigt, daß eine Einkommenssicherung für unsere Bauern notwendig ist. Zudem muß es eine leistungsgerechte Verteilung der EU-Mittel geben. „Die Beibehaltung einer finanziell gut ausgestatteten Zwei-Säulen-Struktur ist für uns beide einer der Grundpfeiler in der Landwirtschaftspolitik“, erklärte Aigner

Beide Minister begrüßten die Ankündigung von EU-Agrarkommissar Dacian Cioloş, Mitte November seine Vorstellungen zu präsentieren.

Gemeinsame Positionen

So sind sich Deutschland und Österreich darüber einig, daß es keine Renationalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik geben soll. „Seit über 40 Jahren ist die GAP der wichtigste gemeinsame Politikbereich der EU, so soll es bleiben“, so Aigner und Berlakovich. Zudem sprechen sich die Ressortchefs für eine Beibehaltung der 2-Säulen-Struktur, eine ausreichende finanzielle Ausstattung, eine Weiterentwicklung der GAP, eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und eine nachhaltige, umweltgerechte Produktion aus. Eine begrenzte Mitelumschichtung zugunsten von Mitglieds-



Foto: BMLFUW/Kern

Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich und seine deutsche Amtskollegin Ilse Aigner trafen einander zu einem Arbeitsgespräch in Wien.

staaten mit derzeit besonders niedrigen Direktzahlungen ist für beide Ressortchefs vorstellbar, jedoch keine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip.

Direktzahlungen

Beim Thema „Direktzahlungen“ sprechen sich Aigner und Berlakovich für die 1. Säule als Grundeinkommen aus, sie sei wichtig für Planungssicherheit. Abgelehnt wird eine Verschiebung der Ausgleichszulage in die 1. Säule sowie eine EU-weite einheitliche Flächenprämie („flat-rate“). Fakultativ für Mitgliedsstaaten soll es bestimmte limitierte Möglichkeiten gekoppelter Zahlungen geben, ebenso eine Flexibilität für die Mitgliedsstaaten bei der Mittelverteilung im Mitgliedsstaat. Eine Vereinfachung von Cross Compliance Bestimmungen wird angestrebt.

Ländliche Entwicklung

Aigner und Berlakovich sind sich darüber einig, daß die „Ländliche Entwicklung“ von zentraler Bedeutung für Aufrechterhaltung der ländlichen Räume ist. Daher sind sie auch für die Beibehaltung der Kofinanzie-

rung in der 2. Säule mit den bisherigen Kofinanzierungssätzen, sowie für die Beibehaltung des bisherigen Verteilungsschlüssels auf die Mitgliedsstaaten. Zudem muß es weiterhin Maßnahmen geben, um die Bewirtschaftung in den Berggebieten abzusichern.

Markt

Aigner und Berlakovich sprechen sich für die Beibehaltung und Stärkung der Marktorientierung aus, Stichwort Wettbewerbsfähigkeit. Zudem ist aufgrund zunehmender Preisschwankungen ein Sicherheitsnetz notwendig. Die beiden Ressortchefs sprechen sich für mehr Markttransparenz und Marktmacht für landwirtschaftliche Produzenten sowie für eine Stärkung von Erzeugerorganisationen und Branchenverbänden aus.

Resümee

Für Aigner und Berlakovich ist klar: „Die Internationalisierung hat unserer Landwirtschaft gut getan. Europa hat hier schon vor Jahren den richtigen Weg eingeschlagen. Jetzt darf Europa aber auch nicht nachlassen.“ ■

Zu Gast in einem zerrissenen Land

Die zweite Bürgermeisterreise des Jahres 2010 führte ins Machtzentrum der Europäischen Union, der belgischen Hauptstadt Brüssel. Bei vielen politischen Terminen und einem intensiven Gemeindebesuch stach vor allem eines ins Auge: Die Zerrissenheit des belgischen Staates, die Probleme zwischen Flamen und Wallonen dominieren den politischen Alltag.



Foto: Österreichischer Gemeindebund

Die zweite Bürgermeisterreise des Jahres 2010 führte 50 Bürgermeister nach Brüssel ins Machtzentrum der Europäischen Union.

Im Jahr der Staatsgründung Belgiens, 1831, verfügte das Land über eine Gemeindestruktur, die der heutigen österreichischen Gliederung ähnlich ist. Inzwischen hat sich die Anzahl der Gemeinden von 2739 auf nun 589 Gemeinden reduziert. Die Zusammenlegung von Gemeinden ist auch heute noch ein politisch gewünschtes Ziel und wird vom belgischen Staat mit Geldprämien unterstützt. Bis zu 1,5 Millionen Euro zahlt die Bundesebene jenen Gemeinden, die sich für eine Fusion entscheiden, erfuh die rund 50köpfige Gemeindebund-Delegation bei einem Arbeitsbesuch im flämischen Innenministerium.

18.000 Einwohner in einer durchschnittlichen Gemeinde

Dementsprechend liegt die durchschnittliche Einwohnerzahl einer belgischen Gemeinde derzeit bei 18.000 Einwohnern. Mehr als die Hälfte der Gemeinden hat zwischen 10.000 und 25.000 Einwohner. Auch in den

Aufgaben unterscheiden sich die belgischen Gemeinden zum Teil sehr deutlich von den österreichischen Kommunen, wie die heimischen Bürgermeister bei einem Besuch der neuen Bürgermeisterin Marleen Mertens der Gemeinde Grimbergen, in der Nähe von Brüssel gelegen, feststellten. So ist etwa die Sicherheit Gemeindegache, jede Gemeinde verfügt über einen eigenen Polizeiwachkörper, der auch bezahlt werden muß. Blankes Erstaunen rief auch die Tatsache hervor, daß etwa die Feuerwehren zwar auch Gemeindeangelegenheit sind, es jedoch in sehr vielen Gemeinden keine eigenen Wehren gibt. „Grimbergen, immerhin eine Stadt mit rund 35.000 Einwohnern, hat keine eigene Feuerwehr, sondern bedient sich der Wehr aus der Nachbargemeinde“, wunderte sich Gemeindebund-Vizepräsident Alfred Riedl. Die Kosten dafür sind enorm. Rund 40 Euro pro Einwohner und Jahr kostet Grimbergen die Feuerwehr. In Österreich liegt dieser Wert, trotz vielfacher Anzahl an Wehren, deutlich

darunter. „In diesem Bereich gibt es in Belgien kaum Freiwillige“, weiß Gemeindebund-Chef Mödlhammer. „Wir fahren mit dem österreichischen System hier viel besser und zumindest um die Hälfte billiger.“

Schwellenwerte auch ein europäisches Thema

Schon vor dem Besuch in Grimbergen, am Beginn der Reise, hatten die österreichischen Bürgermeister ein höchst anspruchsvolles Programm zu absolvieren. Die meisten Teilnehmer waren aufgrund der frühen Flugzeiten schon um vier Uhr früh aufgestanden, der erste Tag war voll mit politischen Terminen und Arbeitsgesprächen auf europäischer Ebene. Beim Besuch des EU-Parlamentes und im Gespräch mit EU-Parlamentarier Paul Rübig deponierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer auch die Forderungen der Gemeinden. „Die Verlängerung der Schwellenwertverordnung ist auch ein europäisches

Österreich, Europa und die Welt

Thema“, so Mödlhammer. „Hier wünschen wir uns die Unterstützung des EU-Parlamentes.“ Diese Forderung hatte er auch schon zuvor bei einem Treffen mit Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, deponiert und sich seiner Unterstützung versichert. „Es ist gerade in der Krise für die Wirtschaft und für die Gemeinden essentiell, daß die Vergabeverfahren im niederschweligen Bereich nicht ewig dauern“, so Mödlhammer.

Die sogenannten „Einheimischenmodelle“ standen auch auf der Agenda der Gespräche mit MEP Paul Rübiger und danach mit dem österreichischen EU-Botschafter in Brüssel, Hans-Dietmar Schweisgut. „Es gibt viele Gemeinden in Österreich, vor allem Tourismusgemeinden, in denen sich junge Familien Grundstücke zu Marktpreisen gar nicht mehr leisten können. Hier ist es notwendig, daß die Gemeinde auch Grundstücke für Einheimische zu besseren Konditionen anbieten kann, sonst nimmt die Flucht aus diesen Gemeinden zu“, so Mödlhammer.

Stabilitätspakt wird von Brüssel genau beobachtet

Nicht zuletzt waren auch, vor allem im Gespräch mit Botschafter Schweisgut, der demnächst als EU-Vertreter nach Tokio geht, die finanziellen Sorgen der Gemeinden sowie die Zukunft der ländlichen Räume ein wichtiges Thema. „Die derzeitigen Verhandlungen zum Stabilitätspakt in Österreich werden von der Europäischen Union sehr genau beobachtet“, erklärte Schweisgut. „Zur Bewältigung der Krise ist es wichtig, daß die Nationalstaaten ihre Budgets in den Griff bekommen. Daran hängt zum Teil auch die Frage, wieviel an Geldern für die neue Förderperiode von 2013 bis 2020 zur Verfügung steht.“

Seit Monaten keine Regierung in Belgien

Nach einer kurzen Stärkung in der österreichischen EU-Botschaft in Brüssel ging es schließlich weiter zu einem weiteren Arbeitstermin, dieses Mal im flämischen Innenministerium. „Mir war nicht bewußt, wie groß die Zerrissenheit dieses Landes ist“, merkte ein Bürgermeister an. Tatsächlich ringt man in Belgien seit Monaten um eine neue Regierung, die Spannungen zwischen dem nördlichen Landesteil Flandern, in dem niederländisch gesprochen wird, und dem südlichen Landesteil Wallonien, in dem französisch gesprochen wird, nimmt mit jedem Jahr zu. Den Flamen geht es wirtschaftlich besser, hier gibt es auch einen großen Anteil



Auch bei dem österreichischen EU-Spitzendiplomaten Hans-Dietmar Schweisgut fanden die Gemeindevertreter offene Ohren.



Fotos: Österreichischer Gemeindebund

Arbeitsbesuch in der Gemeinde Grimbergen bei Bürgermeisterin Marleen Mertens

in der Bevölkerung, der sich für eine Lösung von Belgien und Wallonien ausspricht. Dem entgegen stehen die Wallonen, die eine Trennung vehement ablehnen. Die Hauptstadt Brüssel wiederum – geographisch in Flandern gelegen – ist inzwischen weitgehend von den französischen Wallonen dominiert. „Ein fast unlösbares Dilemma“, stöhnt Mödlhammer. „Ich bin froh, daß wir bei uns derartige Probleme nicht haben, das lähmt den gesamten Staatsapparat.“

Mit Stadtrundfahrten durch Brüssel und nach Brügge schließlich konnten die öster-

reichischen Bürgermeister das Land auch touristisch ein wenig erkunden. Vor allem die Hauptstadt Brüssel ist strukturell und touristisch sehenswert. Das Machtzentrum der EU verfügt einerseits über zahllose Glaspaläste, andererseits über eine entzückende alte Innenstadt, aus einer Zeit in der Brüssel nur 100.000 Einwohner hatte. Inzwischen sind es weit mehr als eine Million Bewohner und EU-Mitarbeiter, die sich in der europäischen und internationalsten Metropole des Kontinents tummeln. ■

<http://www.gemeindebund.at>

Österreich, Europa und die Welt

Botschafter der Kompetenz und der Hilfsbereitschaft Österreichs

Bundeskanzler Werner Faymann zeichnete die drei Retter der Bergleute in Chile mit Goldenen Verdienstzeichen der Republik Österreich aus.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann, Heinrich Tilz, Johannes Pemberger, Peter Laschober und Staatssekretär Josef Ostermayer (v.r.) im Bundeskanzleramt

Ich habe das erste Mal die Gelegenheit, Lechte Helden zu ehren, die durch technisches Know-how und hohe Einsatzbereitschaft Menschenleben gerettet haben“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann bei der Überreichung des Goldenen Ehrenzeichens der Republik Österreich an jene drei Österreicher, die Mitte Oktober an der spektakulären Rettung von 33 Bergleuten in Chile beteiligt gewesen waren: Peter Laschober aus dem burgenländischen Oberwart sowie die beiden Kärntner Johannes Pemberger aus Hüttenberg und Heinrich Tilz aus Knapfenberg. „Ich war selbst aufgeregt und habe bei der Übertragung im Fernsehen mitgefiebert“, sagte der Bundeskanzler. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit hätten diese drei Männer gezeigt, daß Österreich in der Technik eine herausragende Rolle spiele.

„Österreich braucht noch mehr Techniker und Technikerinnen, denn sie tragen viel zur

Wertschöpfung bei, Forschung und Entwicklung erhalten unser hohes Beschäftigungsniveau“, sagte der Kanzler. Das müsse auch in das Bildungssystem noch stärker einfließen. „Viele Menschen wissen nicht, was alles an Technik notwendig ist, um den Wohlstand zu sichern. Trotzdem stehen Techniker oft im Hintergrund. Durch ihre Leistung haben sie dazu beigetragen, das Bild des Technikers aufzuwerten.“

Im Beisein des chilenischen Botschafters Labbe Villa, des Geschäftsführers der Firma ÖStU-Stettin, Harald Pacher, dem Arbeitgeber der Männer, den Familienangehörigen sowie Staatssekretär Josef Ostermayer und zahlreichen geladenen Gästen übergab der Kanzler die hohen Auszeichnungen: „Sie sind Botschafter der Kompetenz, der Einsatzfreude und der Hilfsbereitschaft Österreichs. Wir sind sehr stolz auf sie“, schloß der Bundeskanzler. ■

China erweist Österreich höchste Ehre

Begonnen hat die Reihe hochrangiger chinesischer Besucher im Österreich-Pavillon auf der Expo Shanghai bereits vor der Eröffnung im Mai des Jahres mit dem Besuch von Chinas Nummer fünf, Li Changchun. Den krönenden Abschluß bildete am 31. Oktober der Überraschungsbesuch von Chinas wichtigster Frau: Mit Liu Yandong, seit 2007 einziges weibliches Politbüromitglied, erwies der Gastgeber China dem kleinen Österreich am letzten Expo-Tag noch einmal alle Ehre. „Wir verstehen es als ein Zeichen höchsten Respekts, daß unser Pavillon einige der wichtigsten chinesischen Regierungsmitglieder im Rahmen der Expo begrüßen durfte“, erklärte Regierungskommissär Hannes Androsch. „Gerade im Vorfeld des 40jährigen Bestehens diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und China

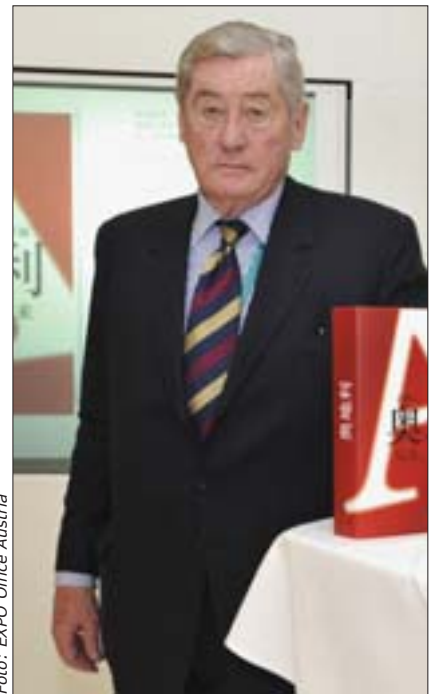


Foto: EXPO Office Austria

Regierungskommissär Hannes Androsch

im Jahr 2011 war die Expo eine ausgezeichnete Gelegenheit, um unsere guten Beziehungen zu vertiefen.“

Die größte Weltausstellung aller Zeiten ist am 31. Oktober nach sechs Monaten mit einem Besucherrekord von 73 Millionen Menschen zu Ende gegangen. Auch der Österreich-Pavillon war ein voller Erfolg: Rund 3,3 Millionen Besucher haben in dem von BMWFJ und WKÖ finanzierten Pavillon High-Tech aus Österreich bestaunt. ■

Buch über Clemens Holzmeister in Ankara

Am 19. Oktober wurde das von der türkischen Architektin Aydan Balamir in Türkisch und Englisch neu herausgegebene Buch über Clemens Holzmeister an der Middle East Technical University in Ankara vorgestellt. Die Herausgabe des Buches wurde durch das Außenministerium, das Wissenschaftsministerium und durch Sponsorenmittel der Gemeinden Wien, Innsbruck und Salzburg sowie des Vereins der Freunde

der Salzburger Festspiele ermöglicht. Clemens Holzmeister verbrachte insgesamt ca 17 Jahre in der Türkei. Er wurde von Atatürk als einer der deutschsprachigen Architekten zum Bau der neuen Hauptstadt Ankara eingeladen. Seine Gebäude prägen bis heute das Stadtbild Ankaras. Die wichtigsten Bauten dabei sind das Parlament, der Präsidentenpalast, das Ministeriumsviertel und, u.a., einige Banken. ■

Österreich, Europa und die Welt

Herwig van Staa übernimmt wichtige Funktion im Europarat

Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa wurde am 26. Oktober anlässlich der Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen (KGRE) in Straßburg einstimmig für die neue Funktionsperiode zum Präsidenten der Kammer der Regionen im KGRE gewählt.

Für Präsident van Staa, der schon seit geraumer Zeit Mitglied des KGRE ist, kam diese Wahl durchaus überraschend. Umso erfreuter zeigte er sich über das einstimmige Ergebnis: „Ich empfinde diese Wahl natürlich auch als eine Bestätigung und Wertschätzung meiner umfangreichen politischen Aktivitäten auf europäischer Ebene im Dienste der Länder und Gemeinden.“ Als wichtige Themen in der Kammer der Regionen und im Europarat generell sieht van Staa für die nächste Zeit die Verabschiedung des Entwurfes einer Europäischen Charta für



Foto: AdR-Pressstelle

Landtagspräsident Herwig van Staa bei seiner Rede im KGRE

Bergregionen und des Entwurfes einer Europäischen Charta für regionale Selbstver-

waltung. Ein besonderes Augenmerk wird Präsident van Staa auch auf die aktive Mitarbeit am Stabilitätspakt für Südosteuropa legen.

van Staa ist bereits seit 1995 Leiter der österreichischen Delegation im KGRE. 1996 wurde er zum Vizepräsidenten der Kammer der Gemeinden, 1998 zu deren Präsidenten und 2002 zum Präsidenten des KGRE gewählt und übte diese Funktion für zwei Jahre aus. Er ist Mitglied des Präsidiums des KGRE und weiters Vorsitzender der EVP-Fraktion.

Der KGRE ist das Organ der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Europarat. Es kann Entschlüsse und Empfehlungen an die Parlamentarische Versammlung und an das Ministerkomitee richten, hat also, ähnlich dem EU-Ausschuß der Regionen, beratenden Charakter. ■

<http://www.coe.int/congress>

Innsbruck zu Besuch in Tiflis

Im Juli dieses Jahres überbrachten Gesandte aus Tiflis Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer die offizielle Einladung zum Stadtfest in der Hauptstadt Georgiens. Vom 23. bis zum 25. Oktober besuchte deshalb Innsbrucks Bürgermeisterin gemeinsam mit StRin Marie-Luise Pokorny-Reitter die georgische Hauptstadt. „Wir konnten im Rahmen dieser Reise nicht nur die Städtepartnerschaft selbst intensivieren, sondern werden uns auch für humanitäre Projekte in der Region engagieren“, so Oppitz-Plörer.

Begleitet wurden die beiden Politikerinnen von einer kleinen Delegation, bestehend aus Barbara Kobler (Büro der Bürgermeisterin, zuständig für internationale Angelegenheiten), Karin Bauer (Diözese Innsbruck) und Paul Kummer (ehemaliger Stadtrat von Innsbruck). Kummer wurde die Ehre zuteil, im Rahmen der Feierlichkeiten in Tiflis die Ehrenbürgerschaft der Stadt verliehen zu bekommen. Sein intensiver Einsatz für die seit 1982 bestehende Städtepartnerschaft schuf das Fundament für eine enge Beziehung, die nun wieder verstärkt gepflegt werden soll.

Wichtige Programmpunkte des Besuches waren unter anderem das Treffen mit Oberbürgermeister Giorgi Ugulava. Dieser brachte im Gespräch mit der Innsbrucker Stadtdelegation den Wunsch zum Ausdruck, die erfolgreichen Aktivitäten der Partnerschaft weiter zu vertiefen, etwa die Hochschulkur-



Foto: Bauer

v.l.: Andrea Wagner-Hager (CARE Österreich), Paul Kummer, Mamuka Katsarava (Leiter Amt für Soziales und Kultur), Bgm. Christine Oppitz-Plörer, Nina Mataradze (Leiterin Amt für Internationale Beziehungen), Oberbürgermeister Giorgi Ugulava, Giorgi Korkashvili (Leiter Amt für Ökologie und Grünanlagen), StRin Marie-Luise Pokorny-Reitter und Karin Bauer (Diözese Innsbruck).

se an der Universität Innsbruck. Auch die Teilhabe am Know-How Innsbrucks bezüglich der Ausrichtung Olympischer Winterspiele ist für Ugulava von Interesse, möchte sich Tiflis doch für die Europäischen Olympischen Winterjugendspiele 2015 bewerben. Außerdem schlug Bgm. Oppitz-Plörer einen Schüler-Austausch vor, der georgischen Kindern den Besuch des städtischen Ferienlagers Wildmoos ermöglicht. Ugulava betonte aber die Absicht, dies in erster Linie Kranken oder Kindern aus sozial schwachen Familien zu ermöglichen.

Bgm. Oppitz-Plörer stellte ihren Besuch aber auch ins Zeichen humanitärer Projekte.

Die internationale Hilfsorganisation CARE betreibt in Khurvaleti in der Nähe von Tiflis ein Flüchtlingslager für georgische Vertriebene der letzten militärischen Konflikte in der Region. Unter anderem wurde eine Trutthahnfarm besichtigt, die für die Flüchtlinge errichtet wurde und ihnen eine geregelte Arbeit ermöglicht. Besonders beeindruckt zeigte sich Bgm. Oppitz-Plörer von einem Hilfsprojekt in Gori, das auf Aus- und Weiterbildung für Flüchtlingsfrauen setzt. Hier möchte sie in Innsbruck engagierte Frauen finden, die sich für entsprechende Einzelprojekte in der Region um Tiflis einsetzen. ■

<http://www.innsbruck.gv.at>

Österreich, Europa und die Welt

WKÖ eröffnet neue Außenhandelsstelle in Almaty/Kasachstan

Am 3. November eröffnete die Außenwirtschaft Österreich der Wirtschaftskammer Österreich offiziell die neue österreichische Außenhandelsstelle in Almaty, der größten Stadt Kasachstans. WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz hat, gemeinsam mit

ist kein einfaches Land, Bürokratie und mangelnde Rechtssicherheit erschweren die Marktbearbeitung. Gerade für Erstexporteure ist es hier nicht leicht, wenn sie auf sich alleine gestellt sind. Das war Grund genug für die AWO, ihr Engagement in dieser

Impulse für das Miteinander

Mit Jahresende wird Vorarlberg den Vorsitz in der Internationalen Bodenseekonferenz wieder turnusmäßig abgeben. Landeshauptmann Herbert Sausgruber zog am 2. November im Pressefoyer ein positives Resümee der zu Ende gehenden Vorsitzperiode: „Es ist gelungen, in vielen Bereichen wertvolle Impulse für das Miteinander in der Bodenseeregion zu setzen.“

Zu den Schwerpunkten des Vorarlberger IBK-Vorsitzes im Jahr 2010 zählte das Thema Jugendbeschäftigung. Mehr als 160 Lehrlinge haben heuer am Lehrlingsaustauschprogramm Xchange teilgenommen. Im Rahmen einer Fest- und Informationsveranstaltung werden ihnen ihre Diplome überreicht. Es sei erfreulich und wichtig, daß immer mehr Lehrlinge die Möglichkeit nutzen, um Auslandserfahrungen zu sammeln und als Teil ihrer Ausbildung ein Praktikum in einer anderen Region oder einem anderen Land zu absolvieren, sagte LH Sausgruber.

Der Gesundheitsförderung wurde im Rahmen der IBK-Zusammenarbeit ebenfalls große Aufmerksamkeit gewidmet. Vorarlberg spiele hier schon lange eine führende Rolle, betonte IfS-Geschäftsführer Stefan Allgäuer und verwies als Beispiel auf das erfolgreiche Modell der kostenlosen Vorsorgeuntersuchung. Für das IBK-Symposium „Für Gesundheitsförderung und Prävention“ mit der Verleihung des IBK-Gesundheitspreises am 11. November rechnen die Veranstalter mit bis zu 400 TeilnehmerInnen.

Als weiteren Schwerpunkt nannte Sausgruber den „6. österreichischen Lokale Agenda 21-Gipfel“, bei dem die Frage „Was hält die Gesellschaft zusammen?“ im Mittelpunkt stand. Auch die künftige EU-Regionalpolitik wurde von den Regierungschefs der Bodenseeanrainerländer eingehend diskutiert. Dabei wurde vereinbart, gemeinsam und aktiv die Belange der Bodenseeregion in die europaweite Debatte einzubringen.

Eines der wesentlichen Projekte der IBK im Bereich Bildung ist die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH). Dieser europaweit beachtete Hochschulverbund besteht aus inzwischen 29 Hochschulen und feiert bereits sein 10-Jahre-Jubiläum. „Es war wichtig, diesen Schwerpunkt im Bereich Bildung zu setzen. Die positive Entwicklung der Kooperation ist für das Aus- und Weiterbildungsangebot der gesamten Bodenseeregion von Bedeutung“, resümierte Sausgruber. ■



Foto: Außenwirtschaft Österreich

v.l.: Sektionschef Josef Mayer, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Erbol Shormanov, stv. Gouverneur der Stadt Almaty, Ursula Fahringer, Österr. Botschafterin in Kasachstan, Michael Müller, Österr. Handelsdelegierter in Kasachstan, Richard Schenz, Vize-Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Karl Hartleb, stv. Leiter der Außenwirtschaft Österreich (AWO)

der österreichischen Botschafterin in Kasachstan, Ursula Fahringer, dem neuen Handelsdelegierten in Kasachstan, Michael Müller, sowie hochrangigen kasachischen Vertretern aus Politik und Wirtschaft die Eröffnungszeremonie vorgenommen.

„Unser neuer AWO-Stützpunkt, der 115. in unserem globalen Netzwerk aus Außenhandelsstellen und Marketingbüros, dem weltweit zweitgrößten Außenwirtschaftsnetzwerk nach den USA, liegt an der Schnittstelle Europas mit Asien und wird die Brückenkopffunktion für österreichische Unternehmen auf ihrem Weg nach Zentralasien, in eine der Boom- und Hoffungsregionen für unsere Exportwirtschaft, darstellen“, erklärte Schenz. Kasachstan mit seinen nur 16 Millionen Einwohnern ist flächenmäßig der neuntgrößte Staat der Erde und verfügt wie kaum ein anderes Land dieser Welt über einen gigantischen Reichtum an Rohstoffen: von Erdöl und Erdgas, über Kohle, Erze und Mineralien bis hin zu Uran. Eine gezielte Modernisierung der Infrastruktur und die forcierte Industrialisierung des Landes versprechen eine mittelfristig hohe Wachstumsdynamik. Schenz: „Kasachstan

Region zu verstärken, denn ein österreichisches Büro vor Ort ist von enormer Bedeutung, damit unsere Unternehmen die bestehenden Geschäftschancen in Zentralasien wahrnehmen können.“

Generell setzt die kasachische Regierung auf Modernisierung des Landes und Diversifizierung der Wirtschaft, um die Rohstofflastigkeit zu überwinden. Unter anderem werden der Ausbau der Agrarindustrie, die Ansiedlung von verarbeitender Industrie und der Infrastrukturausbau forciert. Gerade für österreichische Unternehmen, die in diesen Gebieten mit Know-how und High-Tech punkten können, bieten sich künftig entsprechend viele Chancen. Die sieht Handelsdelegierter Müller für österreichische Unternehmen in den Bereichen Zulieferung zur Öl- und Gas-, Bergbauindustrie, Anlagen für die rohstoffverarbeitende Industrie, Modernisierung und Neubau von Infrastruktur, Agroindustrie, Konsumprodukte hoher Qualität sowie bei erneuerbarer Energie, Umwelttechnik. Die Außenhandelsstelle Almaty ist auch für Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan zuständig.

http://portal.wko.at/wk/startseite_ch.wk?chid=5

Österreich brachte New York zum Tanzen

Österreich Werbung sorgte mit »Dance Austria!« für publikumswirksame Aktion



Foto: Österreich Werbung / David Plakke

4000 New YorkerInnen folgten der Einladung der Österreich Werbung zu »Dance Austria!« auf den Josie Robertson Plaza.

Die Österreich Werbung lud am 16. Oktober zum Open Air-Walzertanzen vor der berühmten Oper in New York. Beim großen Tanzevent „Dance Austria! The Big Waltz @ Lincoln Center“ fanden sich über 4000 Tanzbegeisterte vor der Kulisse der Lobmeyr Luster der Met ein, um auf dem Josie Robertson Plaza zu den Klängen von Johann Strauß zu tanzen und ein hochwertiges Kulturprogramm zu genießen. „Es ist ein schönes Gefühl zu sehen, wie begeistert österreichische Kultur in dieser Weltstadt aufgenommen wird – ist doch das kulturaffine New Yorker Publikum eine besonders wichtige Zielgruppe für den österreichischen Tourismus“, zeigte sich ÖW-Geschäftsführerin Petra Stolba, die eigens aus Wien anreiste, vom Enthusiasmus der New Yorker begeistert.

Die USA sind mit über 1,1 Millionen Nächtigungen der wichtigste Übersee-Herkunftsmarkt für den österreichischen Tourismus. Nach durch die Wirtschaftskrise bedingten Rückgängen in den vergangenen drei Jahren kann derzeit eine sehr positive Entwicklung beobachtet werden. „Seit Jahresbeginn konnten wir ein Plus von 10 Pro-

zent bei den Gästen aus den USA verzeichnen, in der bisherigen Sommersaison stiegen die Ankünfte sogar um 17 Prozent. Wir gehen davon aus, daß sich dieser Trend fortsetzen wird“, freut sich Stolba über die Zuwächse auf dem US-amerikanischen Markt. Um die Gäste aus den USA für Österreich zu begeistern, setzt die Österreich Werbung in ihrer Marktbearbeitung vor allem auf die Bereiche Kultur, Architektur und Design.

Das Programm rund um den gemeinsamen Donauwalzer brachte ein Stück österreichischer Kultur mitten ins Herz von New York: Eröffnet wurde der Event mit einem Expreß-Walzerkurs von zwei erfahrenen Broadway Choreographen. Eigene Tanzlehrer in der Menge sorgten dafür, daß auch Ungeübte die Kunst des Walzertanzens erlernen konnten. Es folgten Darbietungen von Balletttänzern, Volksopern Soprano-Star Beate Ritter, dem Tiroler Jazz-Trompeter Franz Hackl, sowie Walzer-Klänge gespielt von einem Ensemble der Juilliard School of Music und Tanzdarbietungen, die Wiener Walzer und Broadway verschmelzen ließen.

Zum Sonnenuntergang fand der Abend mit dem gemeinsamen „Big Waltz“ seinen

Höhepunkt: Tausende Tanzbegeisterte drehten ihre Runden zu den Klängen des Donauwalzers über das „Tanzparkett“ und verwandelten den Josie Robertson Plaza für 15 Minuten in den wahrscheinlich größten Freiluft-„Ballsaal“ der Welt. Im Anschluß an das große Walzerfinale wurde unter den Teilnehmern der Gewinner einer Traumreise für zwei von New York nach Wien gezogen. Der Preis inkludiert Flugtickets von Austrian Airlines, drei Nächte im Hotel Sacher Wien, sowie zwei Eintrittskarten zur Fête Impériale in der Spanischen Hofreitschule im Juli 2011.

Zufrieden zeigte sich auch Michael Gigl, Organisator des Events und Region Manager der Österreich Werbung Nordamerika und Australien: „Mit traditioneller Werbung alleine ist es immer schwieriger, mit unserer Botschaft anzukommen. „Dance Austria!“ ist ein Versuch, unsere Gäste auch auf einer emotionalen Ebene anzusprechen. Die Begeisterung des Publikums zeigt uns, daß die Rechnung voll aufgegangen ist.“ Unterstützt wurde der Event von Austrian Airlines, Hotel Sacher Wien, der Spanischen Hofreitschule und dem Radiosender WQXR. ■

<http://www.austria.info>

Österreich, Europa und die Welt

»Wiener Ball«

Am 5. Feber 2011 lädt die »Stiftung Österreich Kultur & Wirtschaft« in den Niederlanden zum 45. Debutantenball nach Noordwijk.

Im Jahre 1965 ergriff die Tochter des damaligen Konsuls in den Niederlanden, Veronica von Brunner, die Initiative, einen Ball in den Niederlanden gemäß der österreichischen Tradition zu organisieren. Die Organisation des Balles lag damals in Händen des "Vereines der Österreicher in den Niederlanden".

Der erste Ball wurde in Amsterdam abgehalten. Dieser Ball war sehr erfolgreich und es entwickelte sich – trotz einiger Ausfälle – eine jährlich zurückkehrende Tradition, die in den Niederlanden seinen Niederschlag fand und zu einem der schönsten Bälle auserkoren wurde. Inzwischen ist dieser Ball eine Visitenkarte geworden zur Auswechslung der österreichischen und niederländischen Tradition – und traditionell wird der Ball in der Faschingszeit abgehalten. Der „Wiener Ball“ ist der einzige Debutantenball in den Niederlanden und ist seinem großen Vorbild, dem „Wiener Opernball“, nachempfunden. Und wenn auch einige Ortswechsel vorgenommen wurden, Regie und Planung des Balles selbst blieben immer dieselbe. In den vergangenen zehn Jahren liegen sie in den Händen der „Stiftung Het Oostenrijkse Debutantenbal“, zu Deutsch „Stiftung Österreich Kultur & Wirtschaft“ (ÖKW).

Dieses Jahr ist das Grand Hotel Huis ter Duin in Noordwijk ein vollwertiger Partner in der Organisation des Balles. Der Vorstand der Stiftung ÖKW weiß sich unterstützt durch den Österreichischen Botschafter in den Niederlanden, Wolfgang Paul, durch das Ehrenkomitee, das Damenkomitee, das Grand Hotel Huis ter Duin und durch viele freiwillige Mitarbeiter – und natürlich durch die festliche Anwesenheit der Gäste.

Ebenso willkommen sind natürlich Sponsoren, wie sie seit vielen Jahren die Abhaltung des Balles ermöglichen. Viele Varianten werden hier vom ÖKW angeboten und neue Ideen sind gerne willkommen: ob Sie nun mit „Naturalien“ für die Tombola oder mit Geldspenden beitragen wollen, ob Sie Ihre Produkte im Umfeld des Balles präsentieren oder Einschaltungen im Ballprogramm buchen wollen; besonders einladend klingen dann auch die Sponsorpakete „Mozart“, „Schubert“ und „Strauß“, die wohl vor allem dafür gedacht sind, die



Prof. Harry Kopietz, Erster Wiener Landtagspräsident, Graaf Dennis Festetics de Tolna, General-Honorarkonsul von Ungarn, Marlene Koelewijn-Usel, Präsidentin der ÖKW, Isabelle Vinkeles Melchers, Vorstandsmitglied, Jörg Bele, Honorarkonsul von Österreich (Eindhoven) und Paul Erkelens, Kassier der ÖKW, »Regie« (v.l.) beim »Wiener Ball« 2009 im Grand Hotel Huis ter Duin in Noordwijk.



Foto: Stiftung Österreich Kultur & Wirtschaft

Impression von der traditionellen Eröffnungszeremonie des »Jungdamen- und Jungherrenkomitees«

Familie, Freunde oder Geschäftspartner einzuladen. In jedem der Pakete ist ein „VIP Dinner“ für 10 Personen mit Getränkeauswahl von 21:00 bis 03:00 Uhr enthalten; je nach Preis besteht die Möglichkeit der Firmenpräsentation auf Eintrittskarten, Speise-

karten und vieles andere mehr. Der ÖKW wird Ihnen sicher gerne alle Details dazu erklären – damit Sie zum Gelingen des „Wiener Balls“ am 5. Feber 2011 beitragen können. ■

<http://wienerball.huisterduin.com/>

Ein Shtetl in Ägypten?

Ein Besuch von Maadi bei Kairo

Von Rudolf Agstner *)

Touristen, denen Ägypten in einer Woche geboten wird, davon ein oder zwei Tage in Kairo, verirren sich selten dorthin – in diese englische Gartenstadt 10 km südlich von Kairo. Sie erschließt sich dem Besucher auch nicht auf den ersten Blick – am Nil ist sie durch eine Ansammlung häßlicher Hochhäuser, deren leider immer mehr werden, im Osten durch neue Stadtviertel umgeben. Siedlungen nach englischem Vorbild waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts überall ein vogue – in Wien erinnert das „Cottage“ im 18. Bezirk, in Bern das von der „Berne Land Company“ erschlossene Kirchenfeld und in Brüssel die „Cité Floréal“ an diese Epoche gepflegter Villenarchitektur. In Ägypten hätte man derlei aber kaum erwartet.

Die Geschichte des modernen Maadi begann mit Heluan, dem vom deutschen Arzt Wilhelm Reil auf schachbrettartigem Grundriß gegründeten Luft- und Schwefelbad 32 km südlich von Kairo. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war „Helouan les Bains“ ein weltberühmter Kurort, wo gekrönte Häupter, Aristokraten und „the rich and famous“ den Winter verbrachten. Heute ist Heluan eine Industriestadt mit über 500.000 Einwohnern, einem Stahl- und mehreren Zementwerken, deren Qualm die Sonne verdunkelt, und die jeden Gedanken an einen Heil- und Kurort vertreiben.

Um den Kurgästen die umständliche Anreise mit Nil-Dampfer und Kutsche zu ersparen, schlugen 1888 die drei Bankiers Moise Cattau, Jacques de Menasce und Felix Suares dem Khediven Tawfik, der in Heluan einen Palast besaß, den Bau einer Eisenbahnlinie Kairo – Heluan vor. Am 30. April 1888 erhielt ein Konsortium der Firmen Jacub Moise Cattau Fils & Cie., Menasce Fils & Cie. und Suares Frères & Cie. die Konzession zum Bau, Betrieb und Verwaltung der Eisenbahn.

Felix Suares (1844-1906), verheiratet mit Henriette Aslan Cattau, begann westlich der



Foto: <http://www.interamericaninstitute.org> / Jewish Heritage / James B. Kiracofe

Die Shaar Hashamaim- Synagoge in der Adly-Straße im Zentrum von downtown-Kairo.

geplanten Bahnlinie in Richtung Nil Land zu kaufen, und nannte rasch 138 feddan (zu je 4200 m² oder 58 Hektar) sein Eigentum. Baron Jacques de Menasce (1850-1916), Enkel von Yacoub Cattau Bey und Neffe von Moise Cattau (1849-1924), investierte sein Geld im Osten der alten Militäreisenbahn. Als 1889 die als Suares-Linie bekannte Bahn nach Heluan fertiggestellt war, kauften Victor Moussa Mosseri (1873-1923) und Elie Nessim Mosseri (1879-1940) in der Nähe von Maadi al Khabiri Land zu beiden Seiten des Schienenstranges auf. Bis 1904 waren die Mosseris Eigentümer von 434 feddan (182 Hektar). Elie Mosseri war Cousin von Jacques de Menasce und mit Felix Suares und Moise Cattau Bey verwandt.

Was sollte nun mit diesem Landbesitz

geschehen? Glücklicherweise war Jacques de Menasce im Vorstand der Egyptian Delta Light Railways Ltd., die im Nil-Delta ein Schmalspureisenbahnnetz betrieb und nach Investitionsmöglichkeiten suchte. Am 20. April 1904 gründete diese Gesellschaft ein Tochterunternehmen namens „Egyptian Delta Land and Investment Company“ (EDLICO). Unter den Gründungsmitgliedern der EDLICO war wieder Baron de Menasce zu finden.

Eine Weichenstellung erfolgte schon wenige Tage später, als am 29. April die Teilhaber der Egyptian Delta Light Railways vor der Wahl standen, entweder mit der „Cairo Metropolitan and Helwan Company“ oder mit der „Société Anonyme des Tramways du Caire“ zu fusionieren. Hinter der

*) Gesandter Dr. Rudolf Agstner ist Angehöriger des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Der Historiker hat einige Bücher und unzählige Arbeiten zur österreichischen Geschichte veröffentlicht.

Österreich, Europa und die Welt

„Cairo Metropolitan“ standen die Familien Cattai, Menasce und Soares, hinter der Kairoer Tramwaygesellschaft der belgische Baron Empain.

Schließlich blieben die Cattais, Menasces und Soares unter sich. Aus diesem Grund sollte sich Maadi mit jüdischem Kapital und britischen Verwaltern zu einer englischen Gartenstadt entwickeln. Baron Empain und seine Gesellschaft mußte sich anderswo umsehen und begann 1906 östlich von Kairo mit dem Bau von Heliopolis, das durch französische und belgische Architekten phantasievoll im hindu-sarazenischen Stil gebaut wurde.

Eine der ersten Aktivitäten der EDLICO betraf im Dezember 1904 den Ankauf des den Brüdern Mosseri gehörenden Arealen von 1,8 km². EDLICO zahlte 200 ägyptische Pfund per feddan; die Mosseris hatten ursprünglich zwischen 42 und 50 Pfund bezahlt; es blieb ein Gewinn von 65.000 ägyptischen Pfund. Victor Mosseri Bey, der ältere der Brüder, war großzügig: 1905 stiftete er das Land für die Shaar Hashamaim-Synagoge in der Adly-Straße im Zentrum von downtown-Kairo. Daß sie von seinem Cousin, dem Architekten Moritz Yousef Cattai und dessen Partner, dem Wiener Architekten Eduard Matasek errichtet wurde, war wohl kaum Zufall; daß sie im Wiener Jugendstil gehalten ist, überrascht den Besucher, der sich durch die bewaffneten Wächter nicht abschrecken läßt, aber doch.

Als 1907 der Preis auf 540 Pfund per feddan gestiegen war, verkauften auch die Erben des 1906 verstorbenen Felix Soares ihre 138 feddan an EDLICO. Das Areal des 1916 verstorbenen Jacques de Menasce konnte EDLICO erst 1926 erwerben.

Nach dem ursprünglichen Plan bestand Maadi aus 143 Parzellen zu je 2 feddan, die wiederum in 8 Bauflächen zu 1050 m² geteilt wurden; daneben gab es 137 Parzellen von jeweils 500 m². Das Straßennetz wurde jenem Khartoums, der Hauptstadt des anglo-ägyptischen Sudans, nachempfunden, das gerade zuvor von britischen Ingenieuren angelegt worden war. Dann wurden Bäume gepflanzt, Poincianas, Jacarandas, Lebbekhs und Tacomas. Zum Chefarchitekten wurde Ariston St. John Diamant bestellt (1874-1950), der später die American University in Kairo baute. 1908 standen die ersten 15 Häuser nach englischem Vorbild, 1909 wurde der Bahnhof gebaut, so daß Maadi nun mit der Kairo-Heluan-Bahn erreichbar war, 1910 das erste Café eröffnet. Eine detaillierte und jedermann verpflichtende Bauordnung legte

die maximale Bauhöhe, das Verhältnis bebauter Fläche zu Garten, Farbe der Fensterläden, Dachform, Breite der Gehsteige u.ä. fest und stellte damit sicher, daß sich Maadi zu einer typisch englischen Gartenstadt entwickelte. Schon bald kamen die ersten Einwohner, darunter nicht nur Engländer oder ägyptische Paschas, auch Österreicher, Deutsche und Schweizer und zahlreiche Juden.

Der Umstand, daß Moise Cattai 1904 die ungarische Staatsbürgerschaft erworben hatte – die Menasces hatten diese schon seit 1849 – und die anderen Cattais unter österreichisch-ungarischem Schutz standen, führte dazu, daß vor 1914 auch österreichische Architekten in Maadi bauten. Es lag nahe, daß Eduard Matasek, Partner von Moritz Youssef Cattai, seine eigene Villa in Maadi errichtete; er bezog sie nie, da er vor deren Fertigstellung 1912 in Alexandrien starb. Die Villa wurde 1995 abgerissen. Ein Baumeister von Cattai & Matasek, Carl Schejnoha aus Budweis, errichtete vor 1914 vier Häuser in Maadi, darunter die „Villa Austria“ für den Postkartenverleger Joseph Max Lichtenstern (1876-1958) aus Wien; die Villa wurde bis zu ihrem Tod 1996 von seiner Tochter Anni Gismann bewohnt. Die Möglichkeit, die Villa günstig als Residenz für den österreichischen Botschafter in Kairo zu kaufen, wurde von Österreichs Außenministerium leider nicht genutzt.

Im 1. Weltkrieg hatten die Österreicher und Deutschen Maadi verlassen – nun kamen Soldaten aus Australien und Neuseeland. In der Periode zwischen den beiden Weltkriegen – Ägypten war seit 1923 ein unabhängiges Königreich – installierten sich in der nun fashionablen Gartenstadt weitab von Kairo Ägypter, Levantiner, Franzosen, Türken, Griechen, Schweizer, Mitteleuropäer und noch mehr Engländer. Die größte Bevölkerungsgruppe bildeten Juden; die Gegend südlich der 83. Straße hatte den Spitznamen „jüdisches Viertel“. Meir Biton, der Gärtner der EDLICO, stiftete 1932 eine Synagoge, die heute noch steht. Maadi ist der einzige Ort Ägyptens, der zuerst eine Synagoge und erst später eine Moschee erhielt – die König Fuad I-Moschee wurde 1939 errichtet.

Im 2. Weltkrieg dienten die Kasernen am Rande von Maadi insgesamt 76.000 neuseeländischen Soldaten unter General Freyberg als Quartier. Die ersten jüdischen Bewohner verließen Maadi schon 1942, als sich Rommels Afrika-Korps Alexandrien näherte. Andere änderten einfach den Namen – aus

Levy wurde Lee. Die Gründung des Staates Israel und der Krieg von 1956 hatten auf die gutsituierten jüdischen Einwohner Maadis noch kaum Auswirkungen.

In dem südlich von Maadi gelegenen Heluan arbeiteten seit Ende der 50er-Jahre deutsche und österreichische Ingenieure im Auftrag von Präsident Gamal Abdel Nasser an Raketen und dem Kampfflugzeug „HA (Heluan Aircraft) 300“, mit denen Ägypten den zionistischen Nachbarstaat zerstören wollte. Viele dieser gut bezahlten Techniker wohnten in Maadi. Der letzte Österreicher aus dieser ursprünglich mehrere Dutzend umfassenden Runde betrieb später in Kairo-Mohandessin das Restaurant „Tirol“, er starb vor kurzem.

Erst Nassers Nationalisierungswelle von 1960 bis 1962 läutete das Ende des jüdischen Maadi ein. 1962 wurde die EDLICO verstaatlicht. Der Sechs-Tage-Krieg bedeutete 1967 das endgültige Aus für die jüdischen Bewohner Maadis, die in die USA, nach Großbritannien, Frankreich, fallweise auch nach Israel auswanderten. Mit ihrem Exodus wurden Straßen und Plätze, die nach Cattai, Menasce, Soares und Rolo benannt waren, nach ägyptischen Politikern umgetauft. Viele Villen wechselten sehr preiswert den Eigentümer, manche auf mysteriöse Art... Erinnerungen an das Jahr 1938 in Österreich werden wach, und ein Vergleich mit dem Schicksal so mancher Villa im Cottage-Viertel um den Wiener Türkenschanzpark drängt sich auf.

Niemand kümmerte sich mehr um die Bauordnung, und mit der von Präsident Sadat verkündeten Wirtschaftspolitik der „Öffnung“ bestimmten ab den 70er-Jahren zunehmend Bauspekulanten das Gesicht von Maadi. Die Menasces, Cattais und Soares würden ihre englische Gartenstadt Maadi heute nicht mehr wiedererkennen. Zahlreiche Villen wurden abgerissen, unförmige Hochhäuser traten an ihre Stelle. Sie rücken auch immer näher an den 1000 Jahre alten jüdischen Friedhof von Bassateen heran, der noch vor hundert Jahren einsam auf halbem Weg zwischen Kairo und Maadi lag. Dort ist auch Maadi-Mitgründer Elie Mosseri begraben – vielleicht ist es gut, daß er den Verfall Maadis nicht mehr erlebt.

Heute gibt es wieder ein bescheidenes, „expatriate“ jüdisches Leben in Maadi. Es beherbergt die Residenz des israelischen Botschafters in Kairo und ist bevorzugte Wohngegend der israelischen Diplomaten. Auch die Meir Biton-Synagoge wird zu hohen Festtagen geöffnet. ■

So feierte Österreich den Nationalfeiertag 2010



Foto: Bundesheer / Foto: Gerhard Simader

Ein Blick auf den Wiener Heldenplatz mit den TeilnehmerInnen am Sonderministerrat (Bildmitte) und den RekrutInnen.

Der Nationalfeiertag 2010 begann traditionell mit den Kranzniederlegungen beim Grab des unbekanntes Soldaten in der Krypta des Äußeren Burgtores. Der Oberbefehlshaber des Österreichischen Bundesheeres, Bundespräsident Heinz Fischer, und die Bundesregierung, angeführt von Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll, gedachten der Opfer und der Gefallenen der beiden Weltkriege, die für Österreichs Freiheit ihr Leben lassen mussten. Dort legten auch die Verbände der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, der politisch Verfolgten und des KZ-Verbandes einen Kranz nieder. Bisher fand die Zeremonie der Opferverbände am 30. Oktober unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Feierliche Angelobung am Heldenplatz

Rund 1170 Soldaten aus der Bundeshauptstadt Wien und aus Niederösterreich leisteten ihr Treuegelöbnis auf die Republik Österreich am Wiener Heldenplatz. Bundes-

präsident Fischer zu den Rekruten: „Sie leisten heute ihr Treuegelöbnis an einem besonderen Platz und an einem besonderen Tag.“ Weiters erinnerte Fischer an die Ereignisse im Jahr 1955, die Verabschiedung des Neutralitätsgesetzes und die Wiedererrichtung des Österreichischen Bundesheeres: „Das Bundesheer wurde auf Basis der Wehrpflicht errichtet und ist in der Verfassung verankert“, so der Oberbefehlshaber.

Faymann: Österreich bekennt sich voll zur Neutralität

„Wir danken den Soldaten und Soldatinnen für den Einsatz, den sie in der Vergangenheit und in der Gegenwart für unser Land geleistet haben und leisten“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann. Dieser Dank gelte nicht nur für die Arbeit im Katastrophenschutz, sondern auch jenen, die ihren Dienst beim Auslandseinsatz leisten, wofür Österreich in der Welt besonders geachtet werde. Die Rede des Kanzlers und der tradi-

tionelle Sonderministerrat fanden diesmal nicht im Bundeskanzleramt, sondern im Rahmen der Angelobung von rund 1170 RekrutInnen des Österreichischen Bundesheeres am Heldenplatz statt.

Erstmals nahmen an den Feierlichkeiten am Heldenplatz die Vertreter des österreichischen Widerstandes gegen das NS-Regime sowie die Opferverbände teil. Ihnen dankte Bundeskanzler Werner Faymann ganz besonders. „Viele haben für ihren Widerstand mit dem Tod, viele mit der Internierung in Konzentrationslagern bezahlt. Sie, deren Verwandte von den Nazis ermordet wurden, sollen wissen: Das heutige Österreich schuldet den Toten und den Überlebenden des österreichischen Widerstandes Dank und Anerkennung“, sagte Faymann.

In den Mittelpunkt seiner Rede stellte der Bundeskanzler drei aktuelle Punkte: die Neutralität Österreichs sowie die bisherigen Leistungen und die künftige Entwicklung des Österreichischen Bundesheeres.

Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 26. Oktober

Foto: Bundesheer / Foto: Gerhard Simader



Bundeskanzler Werner Faymann legt in der Krypta des Äußeren Burgtores am Grab des unbekanntem Soldaten einen Kranz nieder.

Foto: BKA/HBF / Haralds Minich



Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Josef Pröll, Verteidigungsminister Norbert Darabos und Generalstabschef Edmund Entacher beim Abschreiten der Ehrengarde.

„Es wäre ein Fehler, am heutigen Tag zu sagen, daß wir die Neutralität nicht mehr brauchen“, sagte der Kanzler. Österreich bekenne sich auch weiterhin voll zur Neutralität. „Österreich hat seine Neutralität als Chance gesehen. Als Chance, über eine glaubwürdige Politik dem kleinen Land im Herzen Europas Respekt und Ansehen in der Staatengemeinschaft zu verschaffen. Als Chance, sich in Konflikten auf die Seite der Menschlichkeit zu stellen. Als Chance dafür, auf der richtigen Seite zu stehen.“ Wer Öster-

reichs Neutralität in Frage stelle, erweise dem Land einen schlechten Dienst.

Faymann betonte, daß das Österreichische Bundesheer sich heute mit Fug und Recht als international tätige Friedenstruppe sehen könne. „Wo immer ich im Ausland hinkomme, genießt unser Land großes Ansehen für seine Einsätze“, sagte Faymann. Vom Golan bis nach Zypern, von Bosnien bis zum Tschad, vom Kongo bis zum Kosovo gelte Rotweißbrot als Banner des Friedens und der Völkerverständigung. „Dafür muß

man dem Österreichischen Bundesheer und seinen Soldatinnen und Soldaten aufrichtig danken“, sagte der Kanzler.

Die Sicherheitsstrategie und die sich daraus ableitende Organisation des Bundesheeres seien in den nächsten Monaten neu festzulegen. Damit sei der Start für eine offene Diskussion gegeben. Die Erfahrungen und Modelle anderer Länder Europas, die sich für ein Berufsheer entschieden haben, seien dabei einzubeziehen. „Es darf sich niemand der Diskussion verschließen. Wer sich vor der Frage drückt, wie die militärische Landesverteidigung von morgen in einem geeinten Europa aussehen kann, der erweist dem Land keinen guten Dienst“, sagte Faymann. Daher gelte es zu analysieren, zu diskutieren, abzuwägen und dann zu entscheiden.

Die wichtigsten Fragen dabei seien: Wie der Katastrophenschutz auch in Zukunft gewährleistet werden könne, wie Österreichs Bundesheer seine international anerkannte, hohe Qualität für die Zukunft wahren und ausbauen könne und welche Erfordernisse an die Landesverteidigung im 21. Jahrhundert zu stellen seien.

„Ganz Österreich ist auf ihre Aufgaben und auf ihre Leistungen stolz“, sagte der Bundeskanzler abschließend zu den RekrutInnen, die im Rahmen dieser Feier angeklagt wurden.

Pröll: Unseren Kindern ein sicheres gut entwickeltes Land übergeben

Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll ging in seiner Rede auf die wichtigsten Herausforderungen für die Republik der nächsten Zukunft ein: „Das grundlegende Ziel unserer Arbeit für Österreich soll es sein, unseren Kindern ein sicheres, gut entwickeltes und mit allen Chancen ausgestattetes Land zu übergeben. Das ist die erste Seite des Generationenvertrags. Dazu zählt als oberste Priorität ein geordneter finanzieller Haushalt und daher der Abbau der Schulden. Schulden sind aber nicht nur ungerecht gegenüber der nächsten Generation. Sie sind auch eine Umverteilung von unten nach oben. Denn je mehr Zinsen wir für unsere Schulden zahlen müssen, desto abhängiger ist unser Land vom internationalen Finanzmarkt. Österreich muß bereits Schulden aufnehmen, um die acht Milliarden Euro Zinsen für unsere derzeitigen Schulden zu tilgen. Wir müssen uns von dieser Abhängigkeit der Finanzmärkte lösen und wieder mehr Spielraum für eigenständige Politik schaffen. Mit dem Budget 2011 sowie dem Budgetpfad bis 2014

Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 26. Oktober

haben wir einen groben Kurs aus der Schuldenfalle eingeschlagen, diesen Kurs sollten wir einhalten. Nur damit sichern wir uns auch den Spielraum für Investitionen in neues Wachstum und damit neue und sichere Arbeitsplätze“, so Pröll.

Zur Bedeutung des Bundesheeres sagte Pröll: „Die Wehrpflicht garantiert die Sicherheit unseres Landes und ist ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Identität. Allerdings gilt es, diese ins 21. Jahrhundert zu bringen und den gesamten Bereich der Landesverteidigung, der auf eine Rolle zu Zeiten des Kalten Krieges ausgerichtet ist, neu zu positionieren. Erst nach der Definition der neuen Aufgaben des Heeres werden wir daran gehen, das Bundesheer neu zu organisieren“, sagte Pröll, der die Wichtigkeit des österreichischen Bundesheeres vor allem entlang von drei Säulen skizziert: den Katastrophenschutz, die humanitären Einsätze im Ausland und die Zukunft des Zivildienstes als unbezahlbaren Beitrag für Gesundheit und Soziales.

Für die gedeihliche Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum des Landes bezeichnet der Parteiohmann die zwei Themen Bildung und Umwelt als entscheidend. „In der Ausbildung unserer Kinder steckt der Schlüssel für die Fortentwicklung der Republik, gezielte und vernünftige Investitionen sind das Ziel unserer Politik“. Nicht zuletzt entscheidend seien der Bereich Umwelt und die Nutzung erneuerbarer Energien. „Der Ausbau von modernen Umwelttechnologien ist nicht nur eine Verantwortung sondern auch eine große Chance, die darin bestehenden Wachstumschancen zu nutzen“, so Pröll abschließend.

Darabos: Bundesheer ist notwendiger Bestandteil Österreichs

Verteidigungsminister Norbert Darabos erklärte: „Wir brauchen das Bundesheer für die Sicherheit in unserem Land.“ Die ÖsterreicherInnen hätten einen Anspruch darauf, daß ihnen das Bundesheer zur Seite stehe wenn sie Hilfe brauchen. Die Neutralität, so der Minister weiter, habe sich absolut bewährt und müsse daher auch künftig sicherheitspolitische Leitlinie bleiben. „Das hindert uns nicht, im internationalen Krisenmanagement solidarisch zu sein“, sagte der Minister.

Besucherrekord

Nach der feierlichen Angelobung der RekrutInnen nutzten rund 750.000 BesucherInnen die seltene Gelegenheit, die Trup-



Foto: BKA/Zimmer

Tag der offenen Tür im Bundeskanzleramt. Im Bild der grüne Tisch, an dem die Ministerräte tagen. Die Schilder zeigen, wer der Regierungsmitglieder wo sitzt.

penenteile und deren Aufgaben aus der Nähe zu erleben (siehe Seite 31). Der ganze Tag bot Interessantes und auch selten zu Sehendes: die Wiener Museen luden ebenso zum „Tag der offenen Tür“, wie die Präsidentschaftskanzlei, das Parlament, das Palais Epstein, das Bundeskanzleramt, das Außenministerium und das Haus der Europäischen Union. Auf dem Rathausplatz wurde ein „Si-

cherheitsfest“ veranstaltet, im Rahmen dessen eine Leistungsschau der Blaulichtorganisationen geboten wurde.

Die traditionelle Fernsehansprache

Am Abend hielt dann Bundespräsident Heinz Fischer seine alljährliche Ansprache, die das ORF Fernsehen übertrug. Lesen Sie diese hier im Wortlaut:



Foto: © Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles/ Mike Ranz

Tag der offenen Tür im Parlament und Palais Epstein: Warteschlange vor dem Parlamentsgebäude

Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 26. Oktober

Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute, am 26. Oktober, feiern wir unseren Nationalfeiertag. „Warum gibt es eigentlich einen Nationalfeiertag?“, bin ich kürzlich von einem Schüler gefragt worden. Die Antwort lautet: Weil es das Bedürfnis gibt, einen historisch bedeutsamen Tag dem eigenen Land, der eigenen Geschichte und unseren gemeinsamen Werten zu widmen.

Aus diesen Gründen gibt es in fast allen Ländern der Welt einen Nationalfeiertag.

In Österreich ist dies der 26. Oktober, der Tag an dem 1955 das Neutralitätsgesetz beschlossen wurde, nachdem der letzte ausländische Besatzungssoldat unser Land verlassen hatte.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Am 8. Juli 2010 hat nach einem sehr erfreulichen Wahlergebnis meine zweite Amtsperiode als Bundespräsident begonnen. Die Prinzipien der Überparteilichkeit, der Ausgewogenheit und des Brückenbauens, sowie die Bedachtnahme auf das Wohl des ganzen Landes werde ich auch in meiner 2. Amtsperiode hochhalten.

Heute möchte ich drei Themen besonders ansprechen:

Erstens: Wir haben jetzt genügend Beispielfälle, um zu erkennen, daß wir im Bereich des Flüchtlingswesens, der Asylpolitik und der Zuwanderung aus Fehlern lernen und einiges besser machen müssen.

Es steht außer Streit, daß es keine unbegrenzte, unregelte Zuwanderung nach Österreich geben kann. Das gibt es in keinem Land Europas.

Daher muß die Zuwanderung nach klaren Regeln und unter Bedachtnahme auf die Interessen unseres Landes organisiert sein. Ohne die Probleme zu übersehen, die damit verbunden sind, aber auch ohne die Chancen zu übersehen, die in einer vernünftig geregelten Zuwanderung liegen. Die in Vorbereitung befindliche Rot-Weiß-Rot-Card sollte ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Und was den Umgang mit Menschen betrifft, die schon viele Jahre hier sind, die unsere Sprache sprechen und integriert sind und wo allenfalls auch Kinder betroffen sind, da entstehen die meisten Härtefälle. Diesem Personenkreis nach bestimmten Kriterien ein Bleiberecht zu geben, würde viel Arbeit sparen, aber auch viele Tränen und viel Kritik.

Vergessen wir nicht: Jedes Aktenstück enthält das Schicksal einer Familie. Und hinter jedem Namen steht ein Mensch.



Foto: ORF/Hans Leitner

Am Abend des Nationalfeiertags stand traditionell die Rede von Bundespräsident Heinz Fischer auf dem ORF-Programm.

Meine Damen und Herren!

Ein zweites Thema, das mir aufgrund meiner Funktion sehr am Herzen liegt, ist unser Bundesheer. Das Österreichische Bundesheer kann mehr und leistet mehr als viele von uns annehmen. Dennoch ist es legitim, immer wieder über Reformen nachzudenken und zu diskutieren. Aber die Grundregel muß lauten: Von dem in der Verfassung und auch in der gemeinsamen Regierungserklärung verankerten Prinzip der Allgemeinen Wehrpflicht – ergänzt um Berufs- und Milizsoldaten – wird nur abgegangen, wenn ein eindeutig besseres Modell auf dem Tisch liegt. Besser heißt auch, daß es nicht teurer ist als das bestehende System. Mit einem Wort: zuerst prüfen, dann entscheiden.

Noch einen dritten Punkt möchte ich heute ansprechen: Es kann nicht oft genug gesagt werden, wie wichtig Schule, Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Zukunft unseres Landes sind.

Unser Bildungssystem muß auf der Erfahrung und dem Wissen unserer Bildungsexperten beruhen, sich an den Interessen von Eltern und Kindern orientieren und von motivierten Lehrerinnen und Lehrern getragen werden. Denn das beste Bildungssystem ist gerade gut genug! Da ist kein Platz für Kompetenz- und Machtspiele, denn es geht um Regelungen für die Zukunft unserer Kinder in ganz Österreich.

Das führt mich zum Thema Wissenschaft und Forschung: Was wir auf diesem Gebiet heute an notwendigen Investitionen unter-

lassen, bezahlen wir morgen doppelt in Form von verringerter Konkurrenzfähigkeit, von verlorenen Arbeitsplätzen und schlechter Platzierung in der internationalen Wissensgesellschaft.

Daher habe ich Verständnis für die Sorgen von Wissenschaftlern, Lehrenden und Studierenden.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die Bundesregierung hat am vergangenen Wochenende – wenn auch verspätet gegenüber dem von der Verfassung vorgegebenen Zeitplan – Grundzüge für den Staatshaushalt 2011 vorgelegt. Man kann darin das Bemühen zur Dämpfung des Budgetdefizites auf der Basis eines Kompromisses zwischen den beiden Regierungsparteien erkennen und anerkennen. Was wir aber darüber hinaus benötigen, ist ein längerfristiger Reformkompaß, eine Perspektive 2020, die erkennen läßt, daß wir Verantwortung für die Zukunft übernehmen und dabei das Prinzip der sozialen Ausgewogenheit nicht außer Acht lassen.

Jetzt liegen zwei Landtagswahlen hinter uns, die viel Kraft gekostet und viel Aufmerksamkeit gefunden haben. Daher ist es wichtig, daß die beiden kommenden Jahre genutzt werden, um bisher ungelöst gebliebene Aufgaben zu lösen und an einer solchen längerfristigen Perspektive zu arbeiten. Damit kann auch das Vertrauen in die Politik und in unser demokratisches System gefestigt werden. Und das ist dringend notwendig! ■

Erlebnis Bundesheer

Am 26. Oktober jeden Jahres feiert die Republik Österreich ihren Geburtstag.

Von Michael Ellenbogen *)



Alle Fotos: Michael Ellenbogen

Jene Organisation, die maßgeblich als Garant für die Sicherheit des Landes bezeichnet werden kann, das Österreichische Bundesheer, präsentierte sich auch heuer wieder mit einer umfassenden Leistungsschau auf dem Wiener Heldenplatz.

Immer wieder wird dieses Datum mit dem Abzug des letzten Besatzungssoldaten der Besatzungsmächte in Verbindung gebracht und diese nur teilweise zutreffende Tatsache als Grund für die alljährlich statt findenden Gedenkfeiern angegeben. Der wahre Grund, warum gerade der 26. Oktober als „Nationalfeiertag“ im Jahre 1965 per Gesetz eingeführt wurde, ist die Verabschiedung des Bundesverfassungsgesetzes über die österreichische Neutralität zehn Jahre zuvor, also im Staatsvertragsjahr 1955. In den ersten 10 Jahren der II. Republik Österreich wurde dieser Zeitpunkt als „Tag der Fahne“ bezeichnet, an dem die Staatsbürger allerdings noch ihren beruflichen Verpflichtungen nachgehen mußten. Die gesetzliche Feiertagsruhe für den Nationalfeiertag gilt erst seit 1967. Neben den zahlreichen Festveranstaltungen haben die Bürger die Möglichkeit, staatstragende Institutionen, wie das Parlament, das

Bundeskanzleramt oder die Präsidentschaftskanzlei auch „von innen“ kennen zu lernen.

Jene Organisation, die maßgeblich als Garant für die Sicherheit des Landes bezeichnet werden kann, das Österreichische Bundesheer, präsentierte sich auch heuer wieder mit einer umfassenden Leistungsschau. Trotz immer wieder auftretender Imagekrisen stellt sich die Institution als moderner und hochprofessioneller Dienstleistungsbetrieb dar, der im Bedarfsfall auf verschiedenen Ebenen tätig wird. Ob nach den Flutkatastrophen oder bei den verheerenden Muren- oder Lawinenabgängen hilft das Bundesheer und unterstützt dabei auch zivile Organisationen. Bei der Leistungsschau auf dem Wiener Heldenplatz konnte sich der Besucher über die umfangreiche Ausbildung der Soldaten zu Rettungssanitätern oder Bergespezialisten informieren. Ein auf dem Heldenplatz aufgestelltes Feldspital fokussierte nicht nur die staunenden Blicke der Damen und Herren aller Altersgruppen auf

dessen Einrichtung und Ausrüstung, sondern lud auch zum Verweilen ein. Ein älterer Mann, von den vielen Eindrücken und Attraktionen sichtlich ein wenig erschöpft, nutzte die Gelegenheit sich kurz auf dem weichen Lager auszuruhen. „Ist das fein, da liegt man aber weich“, stellte dieser fasziniert fest und erhob sich alsbald wieder.

Noch mehr Interesse bedingte der Kampfpanzer Leopard 2A4, der dem Publikum vor den Pforten zur Nationalbibliothek seine Wendigkeit mit zahlreichen außergewöhnlichen Manövern unter Beweis stellte. Der „Leopard“ sicherte in der Folge auch die Präsentation eines speziell ausgerüsteten Entschärfungskommandos, das mittels eines ferngesteuerten, sich auf Ketten fortbewegenden Roboters, die Schiebetüre eines Mercedes-Kleinbusses, in dem sich „der Sprengsatz“ augenscheinlich befand, vorsichtig öffnete. Speziell ausgebildete Suchhunde hatten bei dem Fahrzeug zuvor Alarm geschlagen.

Auch das Faltstraßengerät der Pioniere, das bei instabilem Untergrund zur sichern

*) Michael Ellenbogen lebt und arbeitet als freier Journalist in Wien und hat sich auf Geschichte und militärhistorische Themen spezialisiert.

Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 26. Oktober

Fortbewegung von Heeresfahrzeugen verwendet wird, mutete nahezu futuristisch an. Die faltstraße aus Kunststoffelementen kann in Bedarfsfall von einem ÖAF-Spezialfahrzeug aufgerollt werden. Die Leistungsschau der österreichischen Streitkräfte begeisterte besonders Kinder und Jugendliche. Eine Gruppe von Knaben interessierte sich für den Puch G 290/LP „Sandviper“, jenem bewährten Geländewagen, der beim Tschad-Einsatz des Bundesheeres zum Einsatz kam. Ein junger Soldat in heller Tarnuniform hob einen der Jungen auf das Fahrzeug und erklärte ihm das überschwere Maschinengewehr MG 2. Der Bub lächelte fasziniert und faßte nach dem Haltegriff der Waffe, um diese zu drehen. Einige Meter weiter erklärte ein engagierter Unteroffizier einem älteren Paar die Panzerhaubitze M 109 A5Ö. Sie blickten nahezu ehrfürchtig auf den stählernen Riesen, der schützend vor dem Reiterdenkmal Prinz Eugens zu stehen schien. „Die jungen Männer müssen alle schlank und rank sein, wenn sie in den Panzer steigen“, stellte die Dame fest, nachdem sie eingehend die engen Luken des schweren Fahrzeuges begutachtet hat.

Auch die Vielfalt der zahlreichen Spezialausstattungen und Ausrüstungen, wie jene der Kampfschwimmer und Kommandoeinheiten, beeindruckten junge und alte Besucher gleichermaßen. Ein Familienvater, mit zwei kleinen Buben an den Händen, meinte zu seiner Frau: „Der sieht ja aus wie der Wurzelsepp“, als er sich dem Soldaten in einem grünen Tarnanzug mit langen Fäden und zweigartigen Accessoires näherte, der aus der Ferne tatsächlich wie eine exotische Pflanze aussah.

Wie ein stählerner Flugsaurier präsentierte sich der S-70 „Black Hawk“, der modernste Hubschrauber des Bundesheeres, und zog die Blicke Hunderter neugieriger Betrachter magisch an. Das dunkelgrüne High-Tech-Fluggerät wurde nach dem tragischen Lawinenunglück von Galtür angekauft und bildet heute das Rückrat der Hubschrauberflotte des Bundesheeres. Ein junger, sportlicher aussehender Mann umarmte seine Freunde und meinte lächelnd: „Wenn ich mir den Black Hawk so ansehe, fahre ich viel ruhiger in den Schiurlaub.“

Jahrzehntelang war der Schutz des österreichischen Luftraumes ein Thema das bei Bürgern aber auch bei Fachleuten kritische Diskussionen auslöste. Durch die Beschaffung des Eurofighter EF 2000 wird eine zeitgemäße Luftraumüberwachung rund um die Uhr und zu jeder Jahreszeit garantiert. Die



Bei der Leistungsschau auf dem Wiener Heldenplatz konnte sich der Besucher über die umfangreiche Ausbildung der Soldaten zu Rettungssanitätern informieren.



»Der sieht ja aus wie der Wurzelsepp«: ein Soldat in einem grünen Tarnanzug mit langen Fäden und zweigartigen Accessoires.

Bevölkerung kann also beruhigt schlafen, denn ein unerlaubtes Eindringen fremder Luftfahrzeuge, ohne entsprechende militärische Gegenreaktion ist heute nicht mehr möglich. Lange Besucherschlangen drängten sich vor der Stiege des Ausstellungsmodells im Maßstab 1:1 das der EADS-Konzern anlässlich der Leistungsschau zur Verfügung gestellt hatte. Die Veranstaltung des Bundesheeres ist alljährlich ein Publikums-magnet.

Rund 750.000 Besucher fanden heuer den Weg auf den Heldenplatz um sich über die

Waffengattungen und die Vielfalt des Leistungsspektrums der größten österreichischen Friedens- und Einsatzorganisation zu informieren. Junge Menschen interessierten sich auch vermehrt für die Ausbildungs- und Jobangebote des Bundesheeres. Das Militär ist in wirtschaftlich turbulenten Zeiten ein sicherer Arbeitgeber bei dem Fähigkeiten, Interessen und Talente junger Österreicher gefördert werden. Auch heuer war die umfassende Heeresschau wieder ein großer Erfolg. ■

<http://www.bundesheer.at>

Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 26. Oktober

Generalkonsulat Zürich – zwei hohe Auszeichnungen

Am 25. Oktober, dem Vorabend des dies-jährigen Nationalfeiertags, lud die Generalkonsulin der Republik Österreich in Zürich, Petra Schneeberger, zu einer Feierstunde in die traditionsreiche Aula der Universität Zürich, in der Winston Churchill einst seine berühmte Europarede („Let Europe arise“) hielt.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden den beiden gebürtigen Vorarlbergern, Prof. Ernst Fehr und Gerhard Schwarz, die von Bundespräsident Heinz Fischer verliehenen Ehrenzeichen übergeben.

Nachdem sich die Generalkonsulin beim „Hausherrn“, Rektor Prof. Fischer, für die Gastfreundschaft bedankt hatte, gab sie ihrer Freude Ausdruck, „daß viele unserer Schweizer Freunde dieser heutigen Einladung gefolgt sind: stellvertretend für alle hier Anwesenden begrüße ich in unserer Mitte ganz herzlich – fast einen weiteren Hausherrn, nämlich den Regierungspräsidenten des Kantons Zürich, Hans Hollenstein – sowie Regierungsrat Roland Brogli und Staatssekretär Peter Grünenfelder. Sehr willkommen heiße ich auch den Zürcher Kantonsratspräsidenten Gerhard Fischer, sowie die Kantonsrätinnen Rosmarie Frehsner und Regine Sauter, die Zürcher Gemeinderatspräsidenten Marina Garzotto und die Nationalräte Corina Eichenberger und Hans Kaufmann.“ Als „treue Gäste unserer Empfänge“ begrüßte sie die Stadtpräsidenten Franz Hostettmann (Stein am Rhein) und Rudolf Lüscher (Laufenburg). Dann wies die Generalkonsulin auf eine Besonderheit hin: „Es entspricht durchaus nicht den diplomatischen Gepflogenheiten, daß zwei Österreicher als Botschafter in einem Land akkreditiert sind, doch in der Schweiz ist dies möglich. Begrüßen Sie mit mir, stellvertretend für alle heute hier anwesenden Österreicherinnen und Österreicher, den Botschafter der Republik Österreich in Bern, Herrn Dr. Hans-Peter Manz, sowie den aus Tirol stammenden EU-Botschafter in der Schweiz, Dr. Michael Reiterer.“

Was die beiden Geehrten verbindet

„Kommen wir nun zu den Protagonisten des heutigen Abends. So mögen sich manche unter Ihnen fragen, was die beiden – Prof. Dr. Ernst Fehr und Dr. Gerhard Schwarz – miteinander verbindet. Gut, es handelt sich um zwei Österreicher, genauer gesagt um zwei gebürtige Vorarlberger, die schon seit



Foto: Österreichisches Generalkonsulat Zürich

Generalkonsulin Petra Schneeberger mit Gerhard Schwarz und Prof. Ernst Fehr (r.)



Foto: Universität Zürich; Tom Haller

Prof. Ernst Fehr



Foto: Österreichisches Generalkonsulat Zürich

Gerhard Schwarz

ihrer frühesten Jugend mit der Schweiz in Verbindung stehen. Beide lassen sich in die Kategorie ‚Ökonomen‘ einreihen; der eine ist Journalist, der andere Wissenschaftler und ihre geistige Ausrichtung, ihre Interpretation wirtschaftlicher Vorgänge, würde man salopp ausgedrückt, als unterschiedlich beschrei-

ben. Dennoch haben die beiden im Jahr 2002 gemeinsam ein Buch – ‚Psychologische Grundlagen der Ökonomie‘ herausgegeben‘, leitete die Generalkonsulin die Ehrung der beiden Wissenschaftler ein.

Professor Ernst Fehr, seit 1994 als ordentlicher Professor der Mikroökonomik und experimentellen Wirtschaftsforschung an der Universität Zürich tätig, hat das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst erhalten. Er ist weltweit führender Ökonom und Vertreter der „psychologischen Wende in der Ökonomie“. Die Generalkonsulin: „Ich weiß, Herr Prof. Fehr will in seiner Bescheidenheit nicht, daß ich es erwähne, doch ich muß es dennoch tun: er gehört schon seit einigen Jahren immer wieder zu den Top-Favoriten für den Nobelpreis in der Sparte Wirtschaft – den Schweizer Nobelpreis, den Marcel Benoist-Preis, hat er ja bereits 2008 erhalten.“

Gerhard Schwarz erhielt das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Schwarz, der als „die brillianteste Feder unter den deutschen Wirtschaftsjournalisten“ gilt, sollte eigentlich den väterlichen Betrieb übernehmen und entschloß sich zu einem Wirtschaftsstudium in St. Gallen mit dem eigentlichen Ziel, sich der Wissenschaft zuzuwenden. Doch es kam anders, ein Praktikum beim ORF brachte ihn zum Journalismus. Da ihn Qualitätsjournalismus interessierte, bewarb er sich bei der „Neuen Züricher Zeitung“, wo er, nach einem kurzen Umweg in die Wirtschaft, schließlich doch aufgenommen wurde. Derzeit ist er Wirtschafts-Chefredakteur und stellvertretender Chefredakteur. ■

Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 26. Oktober

Die Tiroler Militärmusik in Israel

Anlässlich des österreichischen Nationalfeiertags am 26. Oktober gaben, wie jedes Jahr, der österreichische Botschafter Michael Rendi und seine Frau, Rendi-Wagner, den traditionellen Empfang in der Residenz des Botschafters. Ebenfalls unter den Gastgeber waren Oberst Nikolaus Egger, der Militärattaché von Österreich, und seine Frau, sowie Gabriele Feigl, die Direktorin des österreichischen Kulturforums in Tel Aviv. Diesmal war eine Rekordzahl von Gästen erschienen – zwischen 550 und 600 Personen – und sie wurden kulinarisch sehr verwöhnt: von den Köchen des „Ausbatt“, des österreichischen Batallions der UNO Truppe auf den Golanhöhen (besser bekannt unter „Blauhelme“), das für die Überwachung der Ruhe an der Grenze zu Syrien zuständig ist. In seiner Ansprache – in ausgezeichnetem Englisch – erwähnte der Botschafter die exzellenten Beziehungen zwischen den beiden Staaten, was sich, unter anderem, in den zahlreichen Staatsbesuchen in Israel des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Vizekanzlers und verschiedenen Bundesministern ersehen läßt. Auch in der zweijährigen Amtszeit Österreichs als nicht-ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrats der Vereinten Nationen hat es konsequent die Sanktionen gegen den Iran – wegen dessen Nuklearprogramms – unterstützt. Die Regierung Israels war durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Mosche („Bogey“) Ya'alon repräsentiert, der in seiner Rede ebenfalls darauf hinwies, daß das Verhältnis zwischen den beiden Staaten das denkbar beste ist.

Während der Veranstaltung spielten sechs Musiker der Tiroler Militärmusik, unter der Leitung des Oberstleutnants Hannes Apfolterer, leichte Unterhaltungsmusik. Wie bereits vorher besprochen, kamen die Musiker am nächsten Tag nach Haifa, um in einem Seniorenheim des Vereins der Mitteleuropäer vor den Bewohnern und den Mitgliedern der Freundschaftsgesellschaft Israel-Österreich in Haifa zu spielen; am selben Vormittag waren sie bereits im „Schneider Kinderspital“ bei Tel Aviv aufgetreten. Der Musiknachmittag in Haifa war ein ganz grosser Erfolg, das sehr zahlreich erschienene Publikum war begeistert vom ausgezeichnet zusammengestellten – und ebenso gespielten! – Programm (keine Märsche!), wobei Obstlt. Apfolterer die elektronische Orgel spielte. Daß die Tiroler Militärmusik auch



Militärmusiker mit MilKpm Obstlt. Hannes Apfolterer, Rektor Markus Bugnyar, Österr. MilAttaché Oberst Nikolaus Egger mit Gattin im Österr. Hospiz in Jerusalem



Konzert der Militärmusik Tirol im Schneider-Kinderspital in Petah Tiqua

nach Haifa kam, war wohl kein reiner Zufall: der Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft Israel-Österreich in Haifa (der Verfasser dieser Zeilen) ist nämlich mütterlicherseits Tiroler Abstammung, seine Eltern haben in Innsbruck gelebt und sind dort begraben. Zum Abschluß der Veranstaltung, bei der jede Nummer starken Applaus ernte,

überreichte der Vorsitzende dem Oberstlt. Apfolterer eine CD mit israelischer Musik (Noomi Schemer) und erhielt zwei CDs mit Programmen der Tiroler Militärmusik. Es war ein denkwürdiger Nachmittag, an den alle Teilnehmer noch lange mit Vergnügen zurückdenken werden. ■

Peter F. Michael Gewitsch

Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 26. Oktober

Österreichisch-Bayerische Gesellschaft in München

Am 26. Oktober 2010 fand traditionell der Festakt im Großen Konzertsaal der Hochschule für Musik München statt.

Rund 700 Gäste waren der Einladung der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft unter ihrem Präsidenten, C. P. Wieland, gefolgt, davon 30 Persönlichkeiten des Konsularischen Korps. Der Bayerische Ministerpräsident, Horst Seehofer, wurde von Martin Zeil, Staatsminister für Wirtschaft, vertreten, die Staatskanzlei von Protokollchef Ministerialdirigent Axel Bartelt und vielen Ministerialräten. Die Polizeipräsidenten von Bayern, München und Oberbayern, die Präsidenten des Landgerichtes I und Amtsgericht München waren gekommen, ebenso Vertreter der IHK, Banken, der Messe München und viele Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur bewiesen damit die Verbundenheit mit Österreich.

Zum Anlaß des Nationalfeiertags erläuterte Wieland in seiner Ansprache, neben der Begrüßung der vielen Ehrengäste, den Anwesenden dessen Geschichte bzw. Entstehung und Österreichs Stellung in der EU. Staatsminister Martin Zeil überbrachte Grußworte der Bayerischen Staatsregierung. Er brachte die hervorragenden Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich und die hervorragende Zusammenarbeit zum Ausdruck. In diesem Jahr organisierte die Österreichisch Bayerische



Foto: Evelyn Watzka

Ein Eindruck von den Feierlichkeiten der Österreicher-Bayerischen Gesellschaft

Gesellschaft den Festakt gemeinsam mit dem Österreichischen Generalkonsulat. Generalkonsulin Ingrid Pech dankte in ihrer Rede dem Präsidenten und seiner Frau für die hervorragende Organisation. Nach dem Bericht über Österreichs Außenpolitik kam der künstlerische Teil des Festaktes.

Es war ein herausragendes Konzert mit einem Wunderkind als Pianistin: die 9jährige spielte – zum Erstaunen aller Gäste – Frederic Chopins „Impromptu cis-moll, op. 66“ auswendig und fehlerfrei auf einem Steinway-Konzertflügel. Es folgten noch großartige Darbietungen der weiteren fünf Hochbegabten, die alle im Mozarteum Salzburg aus-

gebildet werden. Künstler, die eine große Zukunft vor sich haben.

Nach diesem Kunstgenuß bedankte sich Präsident Wieland mit mehreren Blumensträußen und bat zum Empfang in das Foyer der Hochschule für Musik: zu köstlichem Wiener Gulasch mit Semmelknödel, Weine der Winzer Krems, Trumer-Bier und Vöslauer Mineralwasser, Säfte von Rauch Vorarlberg, sowie sehr viel Süßes von Manner Wien – was die Festgäste bei bester Laune hielt. Nach guten Gesprächen trennte man sich erst gegen Mitternacht. Auch der Staatsminister fühlte sich im Kreis der Mitglieder der Gesellschaft und deren Gäste besonders wohl. ■

Österreichischer Klub London

Am Nachmittag des wunderschönen 24. Oktober lud der Österreichischer Klub London zur traditionellen Nationalfeiertags-Feier ein. Es ist schon fast Tradition, daß man sich im K & K George in Earls Court zu dieser Feier trifft. Zahlreiche ÖsterreicherInnen fanden sich ein, um gemeinsam die Bundeshymne zu singen. Jürgen Bischof, Präsident des ÖKL, hielt die Festansprache. Anschließend wurde das Buffet eröffnet: Leberknödel- und Frittatensuppe, Schweinsbraten mit Sauerkraut und Knödel, Wiener Schnitzl mit Kartoffelsalat, Kaiserschmarrn, Sachertorte und Apfelstrudel – alles was das Herz des Österreichers höher schlagen läßt. Musikalisch wurde man auch verwöhnt, mit einer Ziehharmonika wurde so richtig österreichisch aufgespielt. Es war ein wunderbarer Nachmittag mit lieben ÖsterreicherInnen, an dem gemeinsam ein Land gefeiert wurde: unser Österreich – unsere Heimat. ■



Foto: Austrian Club London

Das K & K George in Earls Court war wieder Ort der Feierlichkeiten in London.

Eisenstadt wird E-Mobil

560.000 Euro für E-Cars und E-Car-Sharing – Landwirtschaftsminister Berlakovich: Internationale E-Mobilitäts-Vorreiter nun flächendeckend in Österreich



Foto: BLMS

Eisenstadt erhielt den Zuschlag zur E-Mobilitätsmodellregion aus dem Förderprogramm des Klima- und Energiefonds. Im Bild v.l.: Niki Berlakovich (Umweltminister), Ingmar Höbarth (Klimafonds-Geschäftsführer), Andrea Fraunschiel (Bürgermeisterin von Eisenstadt), Josef Münzenrieder (Vorstandsdirektor Bewag), Erwin Tinhof (Umweltstadtrat), Peter Engert (GF Raiffeisen-Leasing) und Hans Lukits (Bewag Vorstandssprecher).

2008 initiierte der Klima- und Energiefonds den Aufbau von E-Mobilitäts-Modellregionen und unterstützt ihn seither gemeinsam mit dem Umweltministerium. Nun ist auch Eisenstadt eine von fünf in ganz Österreich: Im Rahmen der diesjährigen Ausschreibung hat die burgenländische Landeshauptstadt neben Wien und Graz das Rennen gemacht. Zukünftig werden in Eisenstadt nun vor allem E-Cars und E-Car-Sharing-Autos unterwegs sein und für ein besseres Klima sorgen.

Umweltminister Niki Berlakovich zeigt sich ganz besonders erfreut, daß nun auch Eisenstadt E-Mobilitäts-Modellregion ist: „In E-Mobilitäts-Modellregionen wird die Zukunft gelebt und wichtige Erfahrungen für die breite Markteinführung von E-Mobilität gewonnen. Wir haben in der Energiestrategie das Ziel formuliert, 250.000 Elektroautos bis

zum Jahr 2020 auf Österreichs Straßen zu bringen. Nun gibt auch Eisenstadt einen wesentlichen Impuls zur Zielerreichung. Die Zukunft der Mobilität muß klimafreundlich sein“, so Niki Berlakovich.

Insgesamt gibt es in Österreich fünf E-Mobilitäts-Modellregionen (Rheintal - Vlotte, Salzburg, Wien, Graz, Eisenstadt). Unterschiedliche Zielgruppen, geografische und demografische Voraussetzungen sowie Geschäftsmodelle werden erprobt und bereiten Österreich für den unaufhaltbaren Megatrend E-Mobilität vor.

Klimafonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth: „Wir setzen schon heute internationale Standards für E-Mobilitäts-Modellregionen auf der ganzen Welt. Eisenstadt wird mit seinem E-Car-Sharing und E-Ruf-Taxi-Modell einzigartig in unserem Programm. Wir versprechen uns von Eisenstadt daher

richtungsweisende Praxisergebnisse, die dann wiederum in andere Regionen einfließen können.“

Fraunschiel: Setzen den Verkehr unter Strom und e-mobilisieren Eisenstadt!

„In Eisenstadt wird Zukunft gelebt. Ich bin stolz darauf, daß wir vom Klima- und Energiefonds als Modellregion ausgewählt wurden“, freut sich Eisenstadts Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel. Mit dem Projekt „Eisenstadt e-mobilisiert“ bringt die Freistadt Innovationen auf die Straße und nimmt eine Pionierrolle in Österreich ein. Die EisenstädterInnen wollen beweisen, daß ihre Stadt als Wirtschaftszentrum, Schul- und Einkaufsstadt sowie Einpendlergemeinde ein idealer Standort ist, um Elektromobilität nachhaltig auf verschiedenen Ebenen einzuführen. „Klimaschutz ist uns sehr wichtig –

mit unserer Modellregion setzen wir hier einen bedeutenden Schritt in die Zukunft“, so die Bürgermeisterin.

BEWAG: Elektro-Mobilität als zentrales Thema der kommenden Jahrzehnte

Die Verbreitung von E-Mobilen wird mit dem Projekt „Eisenstadt e-mobilisiert“ modellhaft für das ganze Burgenland vorangetrieben, der gesteigerte Strombedarf dafür aus zusätzlichen erneuerbaren Energiequellen gedeckt. Unter der Marke ElectroDrive Burgenland will die BEWAG einen Teil des burgenländischen Individualverkehrs auf elektrisch betriebene Fahrzeuge umstellen. Bis Jahresende sollen im Burgenland außerdem zehn Ladestationen errichtet werden. „Elektro-Mobilität ist ein zentrales Thema der

kommenden Jahrzehnte, mit dem wir einen relevanten Beitrag zum Umweltschutz leisten und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern minimieren“, sind sich BEWAG Vorstandssprecher Hans Lukits und sein Vorstandskollege Josef Münzenrieder einig.

Raiffeisen-Leasing: Innovatives Bike-Sharing bei Wohnhausanlagen

Neben der Optimierung des Pendlerverkehrs ist das in Eisenstadt entwickelte Modell des Bike-Sharing für Wohnhausanlagen besonders interessant: Rund 80 Prozent der täglichen Verkehrswahl wird zu Hause getroffen. Durch Bike-Sharing bei Wohnhausanlagen soll fossiler innerstädtischer Verkehr durch kostengünstig gemietete Bikes, Scooter und City-Cars vermieden

werden. Die Bewohner solcher Anlagen können sich die Fahrzeuge einfach nach Bedarf flexibel ausleihen und die Verrechnung erfolgt über die Betriebskosten. Peter Engert, Geschäftsführer der Raiffeisen-Leasing: „Bei allen großen Initiativen, die die Einführung von Elektromobilität in Österreich forcieren, hat sich die Raiffeisen-Leasing als Partner engagiert. Die hier in Zukunft gewonnenen Erfahrungen werden uns die Weiterentwicklung dieses Systems in anderen österreichischen Städten ermöglichen.“

<http://www.lebensministerium.at>

<http://www.klimafonds.gv.at>

<http://www.eisenstadt.at>

<http://www.bewag.at>

<http://www.raiffeisen-leasing.at>

Startschuß für 90 neue »Green Jobs«

Das Burgenland setzt auf Windkraft als Zukunftstechnologie.

Das Burgenland macht große Schritte in Richtung Stromautarkie. Nachdem in der Kalenderwoche 42 die Genehmigungsbescheide für zwei neue Windparks mit insgesamt 69 Windrädern erteilt wurden, präsentierten Landeshauptmann Hans Niessl, KO Christian Illedits und Volker Kendziorra, Serviceleiter der Firma Enercon GmbH, international renommierter Hersteller und Entwickler von Windkraftanlagen, ein Konzept zur Schaffung von 150 sogenannten hochwertigen „Green Jobs“, die im Zuge eines neuen Servicezentrums für den Anlagenaufbau im Technologiezentrum in Neusiedl am See geschaffen werden sollen.

Die ersten 90 Interessenten für diese „Green Jobs“ werden schon ab jetzt gesucht. Eine entsprechende Ausschreibung wird bis Ende des Jahres laufen. Für all diese „Green Jobs“, die in nächster Zeit entstehen werden, gibt es verschiedene Maßnahmen, die zeitlich aufeinander abgestimmt sind. So können sich ab sofort Arbeit suchende Elektriker, die bereits in einem Dienstverhältnis stehen, für eine Höherqualifizierung bewerben. Die Kosten dafür werden vom AMS für Arbeitssuchende bzw. von der Firma Enercon für Elektriker, die derzeit einen Job haben, übernommen. Die Ausbildung erfolgt in Kooperation mit dem bfi in Neusiedl am See.

Die zweite Maßnahme bildet eine Facharbeiterintensivausbildung. Diese dauert 18 bis 21 Monate und ist eine Mischung aus den Berufen Elektrik und Mechatronik. Diese



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Volker Kendziorra, Serviceleiter der Firma Enercon, Landeshauptmann Hans Niessl und KO Christian Illedits (v.l.)

Berufe werden als Windkraftanlagentechniker bezeichnet. In zwei Tranchen werden insgesamt 24 Personen ausgebildet. Die Vorbereitungsarbeiten dazu sollten im Dezember abgeschlossen sein, im März wird bereits gestartet. Ergänzend dazu sollen bis September 2011 weitere 30 Elektriker höher qualifiziert werden. Die Aufnahme dafür wird ab März 2011 erfolgen.

Zusätzlich sollen ab September 2011 in verschiedenen Tranchen rund 50 Lehrlinge ausgebildet werden. Dabei werden insgesamt 24 Lehrlinge überbetrieblich – das bedeutet über Lehrwerkstätten des bfi ausgebildet. Außerdem soll es auch eine betriebliche Ausbildung geben. Bei dieser betrieb-

lichen Ausbildung wird die Firma BEWAG einen Lehrlingsverbund mit der Enercon bilden. Das bedeutet konkret, daß die Basisausbildung bei der BEWAG, die Facharbeiterausbildung im Enercon-Stammwerk in Deutschland durchgeführt wird. Die Ausbildung wird insgesamt 3,5 Jahre dauern. Bereits im Dezember wird es dazu zwei Lehrlingsinfotage im bfi Neusiedl bzw. im bfi Mattersburg geben, bei denen diese Berufe beworben werden. Details zu den Stellenausschreibungen der Enercon Austria GmbH sind im Internet bei Enercon unter dem Stichwort „Karriere“ in Erfahrung zu bringen.

<http://www.enercon.de>

Risikokapitalfonds zur Belebung der heimischen Wirtschaft

15,7 Mio. Euro für burgenländische Klein- und Mittelbetriebe

Landeshauptmann Hans Niessl und sein Stellvertreter Franz Steindl stellten am 20. Oktober gemeinsam mit Wirtschaftskammer-Vize-Präsident GD Julius Marhold sowie den WiBAG-Vorständen Peter Schmitl und Franz Kast und dem Vorstandsvorsitzenden der BRM Burgenländische Risikokapital Management AG, Klaus Stinakovits, den neuen Risikokapitalfonds vor.

„Der neue Fonds wurde ins Leben gerufen, um den KMU frisches Eigenkapital zuzuführen, das den Unternehmen zur Finanzierung von Veränderung bereit stehen soll“, erklärte WiBAG-Vorstand Peter Schmitl bei der Vorstellung des neuen Risikokapitalfonds. Dessen Volumen beträgt vorerst 15,7 Mio. Euro, könnte aber in den nächsten Jahren noch ausgestockt werden. Finanziert wurde der Risikokapitalfonds zu 64 Prozent von der WiBAG über EU- und Landesmitteln und zu 36 Prozent über im burgenländischen Finanzmarkt tätige Banken und Versicherungen sowie der Wirtschaftskammer. „Der Fonds dient zur Stärkung des Eigenkapitals von Unternehmen und zur Finanzierung von Veränderungsstrukturen etwa bei Akquisitionen, Nachfolgelösungen, Betriebsansiedlungen und Spin-Offs. Damit werden auch Arbeitsplätze gesichert“, informierte dazu WiBAG-Vorstand Franz Kast. Grundsätzlich richtet sich der Fonds an alle Branchen.

Landeshauptmann Hans Niessl: „Wir müssen gute Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung schaffen – der Risikokapitalfonds ist hier eine wichtige Maßnahme“. Niessl weiter: „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten war auf die Klein- und Mittelbetriebe Verlaß. Nach der Wirtschaftskrise benötigen die burgenländischen KMU für betriebsnotwendige Investitionen und die Umsetzung ihrer Wachstumsenergie frisches Eigenkapital, das der neue Fonds rasch und unbürokratisch zur Verfügung stellen kann.“

„Eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung von Unternehmens-Projekten ist die entsprechende Finanzierung. Deshalb haben wir uns Ende 2008 angesichts der Finanzkrise besonders um die Finanzierung angenommen und neue Richtlinien erstellt, die



Foto: BLMS

LH Hans Niessl und LH-Stv. Franz Steindl stellten gemeinsam mit WK Vize-Präsident GD Julius Marhold sowie den WiBAG-Vorständen Peter Schmitl und Franz Kast und dem Vorstandsvorsitzenden der BRM Burgenländische Risikokapital Management AG, Klaus Stinakovits, den neuen Risikokapitalfonds vor.

Haftungen des Landes für Unternehmenskredite ermöglichen“, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl. „Mit dem Risikokapitalfonds haben wir ein modernes Instrument zur Belebung der Wirtschaft geschaffen“, so Steindl abschließend.

WK-Vize-Präsident GD Julius Marhold sieht die Wirtschaftskrise auch im Burgenland noch nicht als völlig überwunden an, ist aber überzeugt, daß die am Markt offensiv agierenden burgenländischen Unternehmen mit Unterstützung der Wirtschaftspolitik und

der WiBAG als ausführendes Organ ihren Erfolgsweg fortsetzen werden. Mit dem neuen Fonds sollen die Gestaltungsmöglichkeiten der Betriebe gestärkt werden.

„Der Risikokapitalfonds richtet sich an burgenländische Unternehmen, die das Kapital für Veränderungsstrukturen benötigen“, betonte auch BRM VD Klaus Stinakovits. Der Fonds soll den Unternehmen in einer Road-Show in Eisenstadt und Oberwart präsentiert werden. ■

<http://www.brm-ag.at>

Empfang für Chile-Retter im Landhaus

Der Seilwindenfahrer Peter Laschober aus Oberwart, der an der Rettung der 33 Kumpel im Bergwerk von San Jose in Chile beteiligt war, wurde am 22. Oktober von Landeshauptmann Hans Niessl und dem Oberwarter Bürgermeister LAbg. Gerhard Pongracz im Landhaus in Eisenstadt in Empfang genommen. Laschober ist einer von drei Mitarbeitern des Leobener Bau-

konzerns Östu-Stettin, der die Minenarbeiter mit einer Schachtförderanlage aus 600 Metern Tiefe zurück ans Tageslicht geholt hatte. „Bei dieser einzigartigen Rettungsaktion federführend dabei zu sein, das ist auch eine Landesauszeichnung wert, weil das ein Vorbild ist für unsere Gesellschaft im Bereich der Einsatzbereitschaft und der Kompetenz“, so der Landeshauptmann. ■

Gute Idee, Burgenland

»Innovationsoffensive« soll Forschungsquote ankurbeln – Aktionsplan wird nun umgesetzt

Der Wirtschaftsstandort Burgenland soll durch eine höhere Forschungs- und Entwicklungsquote künftig weiter aufgewertet werden. Aus diesem Grund beauftragte Landeshauptmann Hans Niessl die Wirtschaftsservice Burgenland Aktiengesellschaft (WiBAG) mit der Erstellung des Aktionsplanes „Innovationsoffensive Burgenland 2020“. Die von Niessl und seinem Stellvertreter, Franz Steindl, dazu eingerichtete Task Force hat nun den fertig erstellten Aktionsplan vorgelegt. Damit beginnt die schrittweise Umsetzung, der gezielte Aufholprozess des Burgenlandes bei Innovation, Forschung und Entwicklung.

Ausgangspunkt für den Aktionsplan war ein Innovationsgipfel mit nationalen und burgenländischen Wirtschaftsexperten sowie der burgenländischen Sozialpartner. Gemeinsam wurde intensiv diskutiert, um gemeinsam gezielte und auf die burgenländische Wirtschaftsstruktur abgestimmte Maßnahmen einzuleiten. Am 14. Oktober wurde der nunmehr fertiggestellte Aktionsplan präsentiert und die Umsetzung der „Innovationsoffensive Burgenland 2020“ unter dem Slogan „Gute Idee, Burgenland“ gestartet. Hauptziel ist die Anhebung der derzeitigen F&E-Quote von 0,6 auf 1,5 Prozent des burgenländischen Bruttoregionalprodukts (BRP). Der Aktionsplan „IOB 2020“ wurde unter der Leitung der WiBAG erstellt und umfasst drei Aktionsfelder, die sich mit den Themen IFE-Bewusstseinsbildung und Standortmarketing (AF1) sowie IFE-Förderungen und Leitthemen (AF2) und IFE-Beratungen und Kooperationen (AF3) befassen.

Dazu Landeshauptmann Hans Niessl: „Um die Stärkung von Forschung und Innovation zu erzielen, hat das Land Burgenland die „Innovationsoffensive Burgenland 2020“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, die burgenländische Forschungs- und Entwicklungsquote bis zum Jahr 2014 auf 1,5 Prozent zu heben. Weiters soll die Standortattraktivität des Burgenlandes für Wissen und Innovation gehoben sowie bei Wirtschaft und Beschäftigung ans österreichische Mittelfeld angenähert werden. Bis zum Jahr 2020 werden auf unterschiedlichen Ebenen Zeichen gesetzt, um das Burgenland als innovativen Wirtschaftsstandort auszubauen“. Nur dann würden der

seit 1995 eingeläutete Strukturwandel der burgenländischen Wirtschaft sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes nachhaltig sein. Bis 2014 stehen dafür 50 Mio. Euro zur Verfügung.

LH-Stv. Franz Steindl sagte, daß Innovation, Forschung und Entwicklung bis 2020 ein unverzichtbarer Schwerpunkt der burgenländischen Wirtschaft sein müsse damit der

„IOB 2020“ für die burgenländischen Unternehmungen hervor, der für die weitere Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit einen hohen Stellenwert habe. Nur durch eine optimale Zusammenarbeit zwischen den Förderstellen des Bundes und des Landes sowie der burgenländischen Unternehmungen und ihrer finanzierender Banken könnte das angestrebte Ziel einer Verdoppelung der der-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Franz Kast und Peter Schmitl, Gen. Dir. KommR Julius Marhold, LH-Stv. Franz Steindl und LH Hans Niessl (v.l.) stellen den fertigen Aktionsplan vor.

wirtschaftliche Aufholprozess des Burgenlandes weiter anhalte und das Burgenland nicht wieder zur „verlängerten Werkbank“ werde. Er fordert dafür eine verstärkte Kooperation mit den Bundesförderstellen Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft GmbH (FFG) und der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (AWS) sowie die rasche Erstellung „niederschwelliger Förderrichtlinien“ für IFE-Projekte der burgenländischen KMU ein. „Die Förderungen müssen für alle Betriebe zugänglich sein, vor allem sollen auch Klein- und Kleinstbetriebe intensiv von Coaches begleitet werden“, so Steindl.

Gen. Dir. KommR Julius Marhold, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Burgenland, hob als Interessensvertreter der burgenländischen Wirtschaft die Bedeutung einer optimalen Umsetzung des Aktionsplanes

zeitigen F&E-Quote bis 2020 tatsächlich Realität werden. „Innovation ist die Triebfeder des Wirtschaftswachstums“, ist Marhold überzeugt.

Die WiBAG-Vorstände Peter Schmitl und Franz Kast sowie Hans Binder, Geschäftsführer der Technologieoffensive Burgenland GmbH (TOB), heben die optimale Zusammenarbeit aller Task Force-Mitglieder hervor. Nur so konnte in extrem kurzer Zeit der Aktionsplan „IOB 2020“ erarbeitet werden, wodurch nunmehr bei konsequenter Umsetzung eine Verdoppelung der burgenländischen F&E-Quote und in weiterer Folge das Heranführen der Standortqualität des Burgenlandes für Wissen und Innovation und der burgenländischen Wirtschaft sowie Beschäftigung ans österreichische Mittelfeld gelingen sollte. ■

<http://www.lnf2010.at/>

Ein Fest für Bischof Iby

Bischof Iby: »Bin ein überzeugter und fanatischer Burgenländer« – Das Land bedankte sich beim emeritierten Bischof mit einer Festveranstaltung.

Ganze 18 Jahre lang stand Bischof Paul Iby an der Spitze der Diözese Eisenstadt. 1992 wurde er zum Bischof ernannt und im Jänner 1993 geweiht. Im August dieses Jahres gab er bei der Vigilfeier zum 50. Jahrestag der Gründung der Diözese Eisenstadt offiziell seinen Abschied bekannt. Das Land Burgenland bedankte sich am 29. Oktober in einer Festveranstaltung im Landtagssitzungssaal des Eisenstädter Landhauses beim Bischof für seine Verdienste und den Einsatz für das Burgenland. Zu den Festgästen zählten neben Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, Landesrätin Michaela Resetar, Landtagspräsident Gerhard Steier und Landesamtsdirektor Robert Tauber, Bischof Āgidius Zsifkovic und Superintendent Manfred Koch sowie Vertreter der Kirche.

„Bischof Dr. Paul Iby steht für eine Kirche des Dialogs und des Miteinanders, dieses Miteinander ist ein wichtiger Bestandteil der burgenländischen Identität“, sagte Landeshauptmann Hans Niessl bei der Verabschiedung von Bischof Paul Iby im Landhaus. Der Landeshauptmann bezeichnete den Bischof in seiner Festrede als „Brückenbauer zwischen den Menschen, zwischen den Konfessionen und über die Grenzen des Landes hinaus“. Er habe sich herausragende Verdienste um das Burgenland, gerade in der Funktion als Jugendbischof auch für die Republik Österreich erworben, so Niessl weiter. „Das Land Burgenland und Bischof Dr. Paul Iby – diese Kombination war immer von einem gemeinsamen Weg geprägt“, hob der Landeshauptmann weiters hervor. Als Mensch Paul Iby sei er ein Burgenländer mit Leidenschaft und Heimatverbundenheit. „Das Burgenland und seine Menschen waren und sind immer ein Teil seines Herzens“, betonte Niessl und zählte in seiner Rede die vielen Facetten der Persönlichkeit Paul Iby auf. Das wären die Begeisterung für Musik, seine humorvolle Seite, seine Dialogbereitschaft und seine Reisefreude. Anschließend überreichten Niessl und Steindl dem „reisefreudigen Bischof“ einen Reisegutschein nach Singapur.

Superintendent Manfred Koch hob in seiner Festrede die gute Zusammenarbeit zwi-



LH-Stv. Franz Steindl mit dem Reisegutschein nach Singapur, Bischof Paul Iby (mit einem Foto mit Papst Benedikt XVI.) und LH Hans Niessl (mit einem geschnittenen Relief) bei der Verabschiedung (v.l.) im Landhaussaal in Eisenstadt.

schen den Evangelischen Christen des Burgenlandes und Bischof Iby hervor: „Es gibt sehr viele Beispiele, wo diese gute Zusammenarbeit zum Ausdruck kommt. So haben wir gemeinsam einen Brief zum Tag des Judentums gemeinsam verfaßt und der Opfer des Faschismus gemeinsam gedacht. Eine gute Zusammenarbeit hat es auch beim Ökumenischen Sozialfonds gegeben“. Das Trennende der beiden christlichen Kirchen sei nie verschwiegen worden, aber die Hauptkraft wurde in das Verbindende gelegt, so Koch weiter und wünschte Bischof Iby viel Kraft und Segen.

„Ich freue mich sehr über die vielen anerkennenden Worte und die Dankesfeier“, sagte Bischof Paul Iby und blickte in seiner Rede auf einige Höhepunkte des gemeinsamen Weges der Diözese und dem Land Burgenland zurück, dabei „stand das Gemeinsame immer im Vordergrund“. „Ich blicke

mit Freude auf die Bischofsjahre zurück, wobei mir der Dialog für das Burgenland sehr wichtig war. Sehr gerne denke ich an die Seligsprechung von Ladislav Batthyány-Strattmann am 23. März 2003 in Rom, sowie an die 80- und 85-Jahr Feier des Burgenlandes und der Gedenkfeier zum Fall des Eisernen Vorhanges“. Und der Bischof bedankte sich bei Landeshauptmann Hans Niessl und bei den Regierungsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und auch für die Unterstützung der Renovierung der Domkirche seitens des Landes.

Bischof Iby wurde 1991 mit dem Komturkreuz des Landes ausgezeichnet und 2003 mit dem Komturkreuz mit Stern und ist Ehrenbürger zahlreicher burgenländischer Gemeinden. „Ich bin ein überzeugter und fanatischer Burgenländer und das werde ich auch künftig bleiben“, sagte der Bischof abschließend. ■

Karl Prantl ist gestorben

Er war einer der prägendsten Bildhauer Österreichs – sein Lebenswerk war der Steinbruch in St. Margarethen.

Ob tonnenschwere Kolosse oder kleine Meditationssteine – Steine sind in Ihren Händen mehr als ein Material. Sie sind Anstoß und Ausgangspunkt einer spirituellen Auseinandersetzung“, sagte Kulturministerin Claudia Schmied am 25. November 2008 in ihrer Ansprache anlässlich der Verleihung des „Großen Österreichischen Staatspreises 2008“, die höchste Kunst-Auszeichnung der Republik Österreich, an den Bildhauer Karl Prantl. Neben der Würdigung seines Werkes wies Schmied auch auf Prantls unermüdliches Ringen um Akzeptanz für sein Lebenswerk im Steinbruch St. Margarethen hin. Nicht einmal zwei Jahre später verstarb Prantl am 8. November im 87. Lebensjahr.

Karl Prantl wuchs in seinem Geburtsort Pötsching im Burgenland in einer österreichisch-ungarischen Beamtenfamilie auf. Von 1946 bis 1952 studierte er an der Akademie der bildenden Künste Wien bei Albert Paris Gütersloh und erhielt als Abschluß ein Diplom für Malerei. Sein großes

Verdienst ist es, mit der Idee der Bildhauersymposien und deren Nachfolgeprojekte, den Skulpturenstraßen, eine neue Entwicklung angestoßen zu haben, die Kunst für alle unmittelbar sicht- und erlebbar im öffentlichen Raum etablierte.

„Karl Prantl hat mit seiner Kunst höchste internationale Anerkennung erlangt. Für Österreich war er einer der bedeutendsten Bildhauer der Zweiten Republik“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann. „Durch die Gründung des internationalen Bildhauersymposiums in St. Margarethen im Burgenland wurde er weit über die nationalen Grenzen hinaus bekannt und geschätzt. Er hat damit einen hohen Maßstab für die Kunstszene gesetzt“, so Faymann. Dieses Erbe gelte es nun zu bewahren.

„Karl Prantl war einer der prägendsten Bildhauer Österreichs, ein wichtiger und streitbarer Advokat der Kunst. Seine Bot-



Bildhauer Karl Prantl †

schaften fand er in seinen Werkstoffen. Er nutzte sie, um die Menschheit an das Universelle und Essenzielle zu erinnern. Im Steinbruch St. Margarethen hat er ein monumentales Erbe der Bildhauerei geschaffen und hinterlassen, dem sich Österreich verpflichtet fühlt. Für mich waren die Begegnungen mit Karl Prantl an seinen Wirkungsstätten im Burgenland oder in seinem Atelier im Prater stets eine besondere persönliche Bereicherung“, so Kulturministerin Claudia Schmied.

„Mit Karl Prantl verliert Österreich einen der bedeutendsten Vertreter der Bildhauerei dieses Jahrhunderts“, zeigte sich Staatssekretär Josef Ostermayer von der Nachricht des Todes von Karl Prantl betroffen.

„Die Möglichkeit der öffentlichen Auseinandersetzung mit Kunst, des unmittelbaren Erlebens setzte der Träger des Großen Österreichischen Staatspreises für Bildende Kunst mit seinen Skulpturenstraßen beispiel-

gebend um. Ich hatte zuletzt Ende Juli die Möglichkeit ihn persönlich in Pötsching zu besuchen“, so Ostermayer.

„Vor unserem gemeinsamen burgenländischen Hintergrund möchte ich meinen hohen Respekt für seine Erfolge als Künstler und Impulsgeber zum Ausdruck bringen. Ohne sein Engagement wäre St. Margarethen mit dem Symposium Europäischer Bildhauer nicht zur Geburtsstätte zahlreicher weiterer Impulse in Europa, Amerika und Asien geworden“, so Ostermayer.

„Mit Karl Prantl ist ein Altmeister der burgenländischen und österreichischen Kunstszene von uns gegangen“, sagte Burgenlands Kulturlandesrat Helmut Bieler: „Für die heimische Kunstszene ist es ein trauriger Tag, denn der gebürtige Pötschinger hat sehr viel für die Kunst und Kultur seines Heimatlandes geleistet.“

Prantls größtes Verdienst sei die Initiative und Durchführung zum Internationalen Bildhauersymposium in St. Margarethen, wodurch er international Künstler ins Burgenland gebracht und somit auch das Kunstland Burgenland mitbegründet hat.

„Prantls Name wird auch dauerhaft mit dem Burgenland verbunden sein.“ Das 50jährige Jubiläum des Symposiums im Vorjahr konnte er noch mitfeiern.

Zahlreiche Auszeichnungen haben schon zu seinen Lebzeiten Prantls Bedeutung als Bildhauer hervorgehoben. 1923 in Pötsching geboren, ist er zeitlebens mit seiner Heimatgemeinde verbunden geblieben und hat auch hier einen großen Teil seiner Arbeiten aufgestellt. „Ein großer Künstler ist von uns gegangen. Er hat seine Spuren hinterlassen, die den nachfolgenden Generationen Orientierung sein können“, so Bieler.

Allen Reaktionen war gemeinsam, daß der Familie des Verstorbenen tiefe Anteilnahme gelte. ■

<http://www.karlprantl.at>

<http://www.roemersteinbruch.at>

Giselbert Hoke in Eisenstadt

Die kaum bekannte Eisenstädter Arbeit von Giselbert Hoke, einem führenden Vertreter der österreichischen Malerei der Nachkriegszeit, nimmt innerhalb der monumentalen Wandmalerei und kirchlichen Kunst nach 1945 einen hohen Rang ein.



Foto: Bundesdenkmalamt

Das Giselbert Hoke-Werk »Christus in Emmaus« im heutigen Gymnasium der Diözese Eisenstadt

Insbesondere im Burgenland blieb dieses Werk der damaligen Avantgarde ohne vergleichbares Beispiel, entspricht jedoch in seinem selbstbewußten künstlerischen Ausdruck dem starken Erneuerungs- und Modernisierungswillen im Land, der auch von der Kirche geteilt wurde, nach dem Zweiten Weltkrieg.

Auf einem Grundstück, das ehemals der jüdischen Familie Wolf gehörte, wurde westlich oberhalb des Esterházy-parks in Eisenstadt 1959/60 die „Bildungs- und Erziehungsstätte“ der Diözese Eisenstadt (Katholische Lehrerbildungsanstalt, heute Gymnasium der Diözese Eisenstadt) errichtet. Der stark funktional orientierte Bau erhielt anschließend in den Stiegenhausfoyers eine bemerkenswerte künstlerische Ausstattung, für die ein Wettbewerb ausgeschrieben worden war.

Durch die Unterstützung des Malers Prof. Josef Dobrowsky innerhalb einer von der Apostolischen Administratur Burgenland einberufenen Jury, der sich u.a. auch der bedeutende Kunsthistoriker Otto Benesch und Msg. Otto Mauer angehörten, erhielt der damals 33jährige Giselbert Hoke den Auftrag für die Wandgemälde. Hoke durfte durch Dobrowsky zur Teilnahme am Wettbewerb in Eisenstadt eingeladen worden sein, wobei Dobrowsky erst nach intensiver Kontroverse mit Otto Mauer seinen Favoriten durchsetzen konnte.

Hoke, geboren 1927, absolvierte sein Studium an der Akademie der Bildenden Künste in Wien. Sein erster großer Auftrag, die Wandmalereien für den neuen Hauptbahnhof in Klagenfurt (Entwurf 1949/51, 1954-56 ausgeführt), hatte damals für einen öffentlichen Skandal gesorgt, heute gelten

sie als eines der bedeutendsten Beispiele der österreichischen Monumentalmalerei nach 1945. Sowohl in der Ausführungstechnik als auch stilistisch schließt die Eisenstädter Arbeit an die Klagenfurter Bilder an.

Die sechs Wandgemälde sind auf jeweils zwei im rechten Winkel zusammenlaufende Wände des Foyers aufgeteilt und umgeben damit einen zentralen, allgemeinen Aufenthaltsbereich. Die Bildfelder erstrecken sich über die gesamte Raumhöhe von 2,9 Meter und weisen je nach Wandfläche eine Breite zwischen etwa 4 bis 5,5 Meter auf. Als Maltechnik hat Hoke im Prinzip das klassische Fresko gewählt, allerdings in seiner charakteristischen, pastosen Mischtechnik überarbeitet. Der Zyklus trägt im 2. Obergeschoß die Signatur: „G. HOKE 60“.

Das vom Künstler wohl weitgehend selbst erstellte ikonographische Konzept – eine kon-

krete inhaltliche Vorgabe seitens des Auftraggebers gab es nicht – hat als Grundthema die religiöse und geistige Bildung. Dabei geht Hoke von traditionellen biblischen Inhalten und Motiven des Neuen Testaments aus.

Kräftig-intensive Farbakkorde in großflächigem Auftrag dominieren die Bildfelder, in die wenige Figuren wirkungsvoll hineingesetzt sind; der Bildraum selbst wird weitgehend in große Farbflächen aufgelöst. Die Farbigkeit mit den damit verbundenen Symbolwerten unterstreicht, interpretiert bzw. dominiert schließlich das Bildprogramm, wobei die Gegenständlichkeit grundsätzlich weitgehend erhalten bleibt.

Stilistisch steht der Künstler unter dem Einfluß der klassischen Moderne, insbesondere in seiner offenkundigen Orientierung am Expressionismus, Kubismus und Fauvismus, wobei sich besonders die Nähe zu Picasso und Matisse zeigt. Der Einfluß eines Paris-Aufenthalts des jungen Künstlers scheint sich hier bemerkbar zu machen, doch entwickelt Hoke daraus eine für die frühe Schaffensphase unverwechselbare selbstständige Handschrift.

In den letzten beiden Jahren erfolgte – parallel zur Unterschutzstellung – die Restaurierung dieser über einen langen Zeitraum fast in Vergessenheit geratenen Arbeiten im Einvernehmen mit dem Landeskonservatorat für Burgenland. Es ist ein besonders schöner Aspekt der Restaurierung, daß die Tochter des Künstlers selbst, eine ausgebildete Restauratorin, den Auftrag dafür erhalten hat.

Bereits eingearbeitet und geschult an der speziellen Freskotechnik des Vaters durch die vorangegangene Restaurierung der Klagenfurter Bahnhofsgemälde, konnte sie die Arbeiten ohne relevante methodische und technische Probleme durchführen. Die Malereien präsentierten sich aufgrund der Maltechnik in einem sehr soliden, kompakten Zustand, die Positionierung in den Foyers einer Schule brachte allerdings naturgemäß über die Jahre diverse mechanische Beschädigungen mit sich, sodaß es sich vorwiegend um eine Reinigung und umfangreiche Retuschierarbeit von zahlreichen kleinen Fehlstellen in den unteren Bildzonen handelte. Dadurch wurde schließlich die ursprüngliche Wirkung der Malerei wiedergewonnen, sodaß die intensive Leuchtkraft und Frische der Farbigkeit den Betrachter durch die Kraft dieser Bilder von Neuem beeindruckt. ■

Dankend entnommen der Serie „Denkmal des Monats“ des Bundesdenkmalamts (BDA)

<http://www.bda.at>



Foto: Bundesdenkmalamt

2. Obergeschoß



Foto: Bundesdenkmalamt

Die Restauratorin, gleichzeitig Tochter des Künstlers, während der Retusche.



Foto: Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported

Fresko »Wand der Kläger« im Bahnhof Klagenfurt

Int. Jugend-Klavierwettbewerb im Südburgenland

Ein neuer Klavierwettbewerb feierte in Oberschützen seine höchst erfolgreiche Premiere – Nachwuchspflege trägt Intentionen von Jenő Takács Rechnung



Foto: Institut Oberschützen der Grazer Kunstuniversität

Jenő Takács war – vergleichbar mit Haydn und Liszt in den Jahrhunderten davor – sicherlich der bedeutendste burgenländische Komponist des 20. Jahrhunderts. Zeitlebens setzte sich der Komponist und Pianist als Pädagoge aber auch eifrig für die musikalische Frühförderung ein. Die Jugend lag ihm ganz besonders am Herzen, was sich auch in seinen Kompositionen widerspiegelt. Dieser Wettbewerb richtet sich an den Tastennachwuchs der Jahrgänge 1994 bis 2000 und steht damit voll und ganz im Sinne von Jenő Takács“, sagte dazu Burgenlands Kulturland-derat Helmut Bieler.

Preisgelder im Wert von 8000 Euro wurden durch eine renommierte, internationale Fachjury vergeben. Die einzelnen Wertungsrunden wurden im Kammermusiksaal des Instituts Oberschützen der Kunstuniversität Graz vom 28. bis 31. Oktober 2010 öffentlich ausgetragen.

Ausgeschrieben wurde der Wettbewerb von der Jenő Takács-Stiftung und dem Institut Oberschützen der Grazer Kunstuniversität. Ziel war es, in Österreich einen international ausgerichteten Jugendwettbewerb zu etablieren, der dem Schaffen des großen, im Burgenland geborenen Komponisten und Pädagogen Jenő Takács (1902-2005) verpflichtet ist. Dem Aufruf folgten 44 junge PianistInnen aus den zehn Ländern Deutschland, Estland, Israel, Lettland, Österreich, Rumänien, Serbien, Slowakei, Tschechien und Ungarn, um sich dem Urteil der Ju-

rorInnen Christoph Sischka (Deutschland), Elisabeth Schonefeld-Fheodoroff (Österreich), Johannes Kutrowatz (Österreich), Zuzana Niederdorfer-Paulechova (Slowakei), Balasz Szokolay (Ungarn) und Jerry Perkins (USA) unter dem Vorsitz von Eugen Jakab (Österreich) zu stellen. Der vom Institut Oberschützen unter Federführung von Aima Labra Makk durchgeführte Wettbewerb gliederte sich in drei Alterskategorien: die Kategorie A (10-12 Jahre), B (13-15 Jahre) und C (16-18 Jahre). Hierfür standen, gestiftet u.a. von den Klavierfirmen Steinway und Yamaha, den Grazer Klavierhäusern Streif und Fiedler, der Takács-Stiftung und dem Land Burgenland Preisgelder im Gesamtwert von 8200 Euro zur Verfügung. Den von Rundfunk, Fernsehen und Printmedien viel beachteten Wettbewerb unterstützten weiters eine Reihe von lokalen Sponsoren (Gemeinde Oberschützen, Kulturzentrum Oberschützen, Kur- und Thermenhotel Bad Tatzmannsdorf, Zonta International Burgenland, Stadthotel Pinkafeld, Café Restaurant Kulturzentrum Oberschützen, Firma Europrint, Hotel Restaurant Spiegel Bad Tatzmannsdorf).

In allen Kategorien waren Pflichtstücke (u.a. jeweils ein Werk von Takács) und frei gewählte Werke vorzutragen. Das hohe künstlerische Niveau erlaubte es, sämtliche Preise (inklusive eines Sonderpreises für die beste Wiedergabe eines Werkes von Jenő Takács) zu vergeben. Die Preisträgerinnen und Preisträger 2010 sind:

Kategorie A: 1. Preis: Ilona Csanálosi (Ungarn)

2. Preis: Johannes Gugg (Österreich)

3. Preis: Marie-Sophie Decker (Deutschland)

Kategorie B: 1. Preis: Maximilian

Karl Kromer (Österreich)

2. Preis: Mitra Kotte (Österreich) (zugleich Preis für die beste Interpretation eines Werkes von Jenő Takács)

3. Preis: Bobita Andrejsik (Ungarn) und Ádám Balogh (Ungarn)

Kategorie C: 1. Preis: Beatrice Stelmüller (Österreich)

2. Preis: Ivett Gyöngyösi (Ungarn)

3. Preis: Tobias Kaltenbrunner (Österreich)

Die Preisträgerinnen und Preisträger bestritten am 31. Oktober in Oberschützen das Abschlußkonzert des Wettbewerbs, bei dem auch die Preise verliehen wurden.

Es ist geplant, diesen Wettbewerb künftig im Abstand von zwei Jahren fortzusetzen. 2012, zum 110. Geburtstag von Takács, wird er wiederum Ende Oktober in Oberschützen stattfinden. Er hat beste Chancen, sich zu einem weithin ausstrahlenden Markenzeichen der musikalischen Nachwuchsförderung im Burgenland zu entwickeln. ■

<http://www.takacscompetition.org>

Prägende Gestalt der Autonomie-Geschichte

Alfons Benedikter ist am 3. November in Bozen gestorben.

Alfons Benedikter war eine prägende Gestalt der Südtiroler Nachkriegsgeschichte, einer der Architekten der Autonomie und der Vater unseres Raumordnungs-Systems.“ Mit großem Bedauern hat Landeshauptmann Luis Durnwalder am 3. November die Nachricht vom Tod Alfons Benediktors aufgenommen, der nicht zuletzt über drei Jahrzehnte lang Mitglied der Südtiroler Landesregierung war.

Auch wenn nicht immer einer Meinung, so hat Benedikter doch gemeinsam mit Silvius Magnago, dessen Stellvertreter als Landeshauptmann er fast 30 Jahre hindurch gewesen war, maßgeblich am Südtiroler-Autonomiegebäude mitgebaut. „Südtirol hatte das große Glück, in seiner schwierigsten Zeit zwei so außergewöhnliche Köpfe wie Magnago und Benedikter an der Spitze zu haben, die mit ihrem Einsatz, ihrem Verhandlungsgeschick und ihrer Beharrlichkeit die Autonomie wesentlich geprägt, die sich gleichzeitig aber auch bestens ergänzt haben“, so Landeshauptmann Durnwalder.

Benedikter habe, so Durnwalder, in den Verhandlungen mit Rom immer als Hardliner gegolten, habe sich deshalb auch gegen das Paket und danach gegen die Streitbeilegung gestellt. „In den Verhandlungen mit Italien war es wichtig, auf Persönlichkeiten wie Alfons Benedikter verweisen zu können um zu zeigen, daß das Paket keine großzügige Geste Italiens Südtirol gegenüber war, sondern ein Kompromiß, dem auch die Südtiroler selbst nur schweren Herzens zustimmen konnten“, so der Landeshauptmann.

Trotz seiner Paket-Gegnerschaft habe sich Benedikter bei dessen Umsetzung besonders hervorgetan und dabei in Rom an nicht weniger als 60 Ministerratssitzungen teilgenommen, bei denen es um so wichtige Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut ging, wie die Regelung der Zweisprachigkeit, des ethnischen Proporz oder die Finanzregelung für Südtirol. Benedikter habe sich dabei als ebenso harter wie geschickter Verhandler erwiesen, betont Durnwalder, der dafür Giulio Andreotti als Zeugen anführt, der behauptet hatte, die italienischen Verhandler hätten stets schwierige



Foto: Autonome Provinz Bozen - Südtirol

Alfons Benedikter war eine prägende Gestalt der Südtiroler Nachkriegsgeschichte.

Zeiten erlebt, wenn Südtirol Benedikter als Verhandlungspartner stellte: Benedikter habe Gesetze, Dekrete und Rundschreiben der Ministerien auswendig gekannt und auch nicht davor zurückgeschreckt, die Ministerialbeamten ruhig und kühl auf Fehler hinzuweisen, so Andreotti.

Neben der Bedeutung Benediktors für die Autonomiegeschichte erinnert Durnwalder heute auch an dessen Verdienst, früh genug den Wert einer rigiden Landschaftsschutz- und Raumordnungspolitik erkannt zu haben. „Benedikter war ein Naturschützer, noch bevor es diesen Begriff überhaupt gegeben hat, denn er hat begriffen, wie wichtig es ist, die Kultur- und Naturlandschaften vor allzu weitgehenden Eingriffen zu schützen“, so der Landeshauptmann. Dank der Benedik-

terschen Raumordnung und des von ihm auf den Weg gebrachten ersten Landschaftsschutzgesetzes sei Südtirol das Schicksal allzu weitgehender Zersiedelung erspart geblieben. „Das ist eine Leistung, die wir nicht hoch genug einschätzen können“, so Durnwalder, der allen Angehörigen des verstorbenen ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreters auch im Namen der gesamten Landesregierung sein Beileid ausgedrückt hat.

„Benedikter“, so das Fazit des Landeshauptmanns, „wird als prägende Gestalt in unsere Autonomiegeschichte eingehen, ich werde ihn als fleißigen, detailverliebten Politiker und Verwalter in Erinnerung behalten, als zähen Verhandler, als gewieften Juristen, als loyalen politischen Partner und streitbaren Kontrahenten.“ ■

Verzicht auf 150 Millionen

Auf fast 150 Millionen Euro an möglichen Steuerzuschlägen verzichtet die Landesregierung, um die Bürger nicht weiter zu belasten. Dies ist am 25. Oktober mit der endgültigen Genehmigung von Haushalts- und Finanzgesetzentwurf 2011 festgeschrieben worden. ■

Großer Verdienstorden

Den Großen Verdienstorden des Landes Südtirol hat Landeshauptmann Luis Durnwalder am 3. November dem Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Thomas Gruber, überreicht. Er habe auch maßgeblich dazu beigetragen, daß Südtirol das deutsche Fernsehen beziehen könne, so Durnwalder. ■

Für Binnenmarkt und Bürgerrechte

Die Europäische Kommission will Stärkung des Binnenmarkts durch Wirtschaftswachstum und den Ausbau der Rechte der Bürger bessern.



Foto:

Viviane Reding, Vizepräsidentin und Kommissarin f. Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft und Michel Barnier, Kommissar f. d. Binnenmarkt

Der EU-Binnenmarkt bildet das Fundament für mehr als 60 Jahre europäische Integration. Die Barrieren, die einst den freien Verkehr der Waren und Dienstleistungen zwischen Lissabon und Helsinki versperrten, wurden aus dem Weg geräumt. Heute profitieren die Unternehmen von einem Markt mit 500 Millionen Verbrauchern. Wer ins Ausland gereist ist, dem dürften die drastisch gesunkenen Mobiltelefongebühren nicht entgangen sein. Die gemeinsame Währung erleichtert das Reisen und Einkaufen im Ausland. Arbeitnehmern wurden wesentliche Rechte zuerkannt. Die Menschen können in jedem der 27 Mitgliedsstaaten leben, arbeiten und studieren. Die Europäer können auf diese Erfolge stolz sein; aber Unternehmen und Bürger wissen auch, daß die Wahrnehmung ihrer Rechte noch immer mit Hindernissen verbunden ist. In zwei am 26. Oktober veröffentlichten Berichten zeigt die Europäische Kommission eine Reihe von konkreten Lösungen auf, mit denen sie das Vertrauen in den Binnenmarkt stärken will.

In ihrem Bericht über die Unionsbürgerschaft schlägt die Kommission Maßnahmen vor, mit denen das Leben der Bürger einfa-

cher wird, wenn sie ihre EU-Rechte ausüben, z.B. bei der Heirat, beim Hauskauf oder bei der Autozulassung in einem anderen Mitgliedsstaat.

Bei der Akte für den Binnenmarkt geht es darum, Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Fortschritt mittels Maßnahmen zu fördern, die allen Marktteilnehmern – Unternehmern, Verbrauchern und Arbeitnehmern – das Leben erleichtern.

„Die Freizügigkeit ist ein hoch geschätztes Gut in der Europäischen Union. Mit dem unaufhaltsamen Verschwinden der Binnengrenzen für Waren, Dienstleistungen und Menschen kamen Unternehmen und Bürger in den Genuß immenser Vorteile. Ich möchte auf unsere bisherigen Erfolge aufbauen, damit jeder – ob Tourist, Student, Arbeitnehmer oder Firmenchef – vom europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts voll profitieren kann“, sagte Viviane Reding, Vizepräsidentin und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft. „Heute geht es mir darum sicherzustellen, daß die letzten Hindernisse, mit denen Bürger bei der Ausübung ihrer Rechte konfrontiert sind, beseitigt werden. Die Bürger

sollen sich wohlfühlen, wenn sie ins Ausland reisen, dort studieren oder ihren Wohnsitz wählen. Und überall müssen Bürger dieselben Rechte haben.“

Michel Barnier, Kommissar für den Binnenmarkt, erklärte: „Die Märkte müssen für die Wirtschaft und unsere Bürger von Nutzen sein. Das macht unsere Gesellschaft aus. Doch gerade jetzt leistet der EU-Binnenmarkt für Wachstum und sozialen Fortschritt nicht so viel wie er könnte. Er sollte mehr bieten, damit die Bürger und große wie kleine Unternehmen auf ihre Kosten kommen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Europa kann es sich nicht leisten, sein Potenzial ungenutzt zu lassen. Deshalb legen wir heute 50 Vorschläge vor, die bis 2012 in Kraft treten sollen, damit der Binnenmarkt noch besser funktioniert.“

Den Bürgern das Leben erleichtern

Im Bericht über die Unionsbürgerschaft – dem ersten seiner Art – werden die täglichen Probleme von Bürgern behandelt, die in bestimmten Bereichen ihres Lebens Grenzen überwinden, sei es, indem sie in einem anderen EU-Land reisen, studieren, arbeiten oder

Europa

sei es, indem sie dort heiraten, ein Haus oder ein Auto kaufen. Der Bericht umfaßt 25 Maßnahmen, die die Kommission in den nächsten drei Jahren ergreifen will, um den europäischen Bürgern das Leben zu erleichtern:

○ *Touristen/im Ausland lebende Bürger:*

Die Kommission möchte die Vorschriften zum Schutz von Ferienreisenden beispielsweise vor dem Bankrott ihres Reiseveranstalters während ihres Urlaubs aktualisieren. Außerdem sieht sie zusätzliche Möglichkeiten, die Rechte der Fahrgäste für alle Verkehrsarten auszubauen und die Rechte von Fluggästen (z.B. bei erheblichen Verspätungen und wenn Flüge gestrichen werden) durchzusetzen. Sie baut das Recht auf konsularischen Schutz von EU-Bürgern aus, deren Heimatstaat nicht in einem Drittland vertreten ist, indem sie den rechtlichen Rahmen konkretisiert und sowohl die Bürger als die Konsularbediensteten für dieses Thema sensibilisiert.

○ *Verbraucher:* Die Kommission unterstützt die Bürger dabei, im Fall von Problemen mit einem Händler entschädigt zu werden, indem sie durch die Förderung alternativer Streitschlichtungsverfahren und Mediation rasche und kostensparende grenzübergreifende nichtgerichtliche Vergleichsmöglichkeiten erleichtert.

○ *Paare:* Die Kommission wird Rechtsakte vorschlagen, die für internationale Paare die Frage klären, welches nationale Recht auf ihr gemeinsames Haus oder Bankkonto anwendbar ist und welche Gerichte zuständig sind.

○ *Arbeitnehmer:* Die Kommission entwickelt ein neues System für den elektronischen Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden, um für Menschen, die in einem anderen EU-Land arbeiten, die Übertragung ihrer Sozialversicherungsansprüche zu vereinfachen und zu beschleunigen.

○ *Autobesitzer:* Die Kommission wird Rechtsakte vorschlagen, um Bürokratie und Formalitäten für die Zulassung des in einem anderen EU-Land gekauften Autos zu reduzieren. Außerdem wird sie eine Lösung für Fälle finden, in denen von Bürgern verlangt wird, die Zulassungssteuer zweimal zu zahlen.

Neues Programm

»Europa für die Bürger«

Das Programm „Europa für die Bürger“, mit dem u.a. Städtepartnerschaften und Programme für die Bürger gefördert werden,

wird derzeit überarbeitet. Die Kommission beginnt aktuell mit der öffentlichen Konsultation zur Neuauflage des Programms, an der man sich in allen 23 Amtssprachen der EU im Internet beteiligen kann.

Ein Binnenmarkt für mehr Wachstum

Unsere 20 Millionen Unternehmen mit ihren 175 Millionen Arbeitsplätzen spielen eine Schlüsselrolle, wenn wir wieder Wachstum erreichen wollen. Die Akte für den Europäischen Binnenmarkt beinhaltet wesentliche Erleichterungen für den Mittelstand, der über 99 Prozent der europäischen Unternehmen stellt. Aber der Wohlstand und das Wachstum Europas hängen nicht ausschließlich von den europäischen Unternehmen ab. Ein gutes Sozialsystem, hochwertige Bildung, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und Löhne sind ebenso wichtig. Die Binnenmarktakte soll Europas in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft stärken und stellt die Menschen als Verbraucher, Steuerzahler, Arbeitnehmer, Investoren, Unternehmer, Patienten oder Rentner ins Zentrum des Binnenmarkts.

Wichtigste Prioritäten für die Unternehmen

○ *Kapital für KMU:* KMU haben es oft schwer, notwendige Finanzmittel zu finden. Die kleineren europäischen Unternehmen werden von potenziellen Investoren kaum wahrgenommen, und die Voraussetzungen für die Börsennotierung sind komplex. Die Kommission wird vorschlagen, dies zu ändern, die KMU durch die Vereinfachung der Rechnungslegungsvorschriften finanziell zu entlasten und ihnen einen besseren Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu verschaffen. Um weitere Kosteneinsparungen auf den Weg zu bringen, wird die Kommission die Einführung einer gemeinsamen Steuerbemessungsgrundlage für grenzübergreifend tätige Unternehmen prüfen.

○ *Initiative für soziales Unternehmertum:* Europa verfügt über ein enormes Potential für die Entwicklung des sozialen Unternehmertums. In den letzten Jahren haben viele Einzelpersonen, Stiftungen und Unternehmen Initiativen ergriffen, um bedürftigen Personen mit Lebensmitteln, Unterkunftsmöglichkeiten, ärztlicher Versorgung, Arbeitsplätzen und Bankdienstleistungen unter die Arme zu greifen. Damit mehr grenzübergreifende Aktionen möglich werden, wird die Kommission, um die Sozialwirtschaft

voranzubringen, europäische Satzungen für solche Organisationen vorschlagen. Die Kommission wird ferner längerfristige – auch ethisch motivierte – Investitionen fördern und Optionen für etwaige Kennzeichnungsregelungen ausloten.

Wichtigste Prioritäten für die Verbraucher

○ *Online-Handel:* Die jungen Europäer können nicht verstehen, warum sie ihre Musik nicht einfach jederzeit auf jeder Website kaufen können. Der Online-Markt ist heute äußerst leistungsschwach. Daher wird die Kommission 2011 Bestimmungen vorlegen, damit die Urheber und Künstler ihre Produkte in ganz Europa mittels einer Zentralstelle verkaufen können und angemessen für ihre Arbeit entlohnt werden. Darüber hinaus werden sich die vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie und neue Regeln für den elektronischen Geschäftsverkehr positiv auswirken.

○ *Berufliche Qualifikationen:* In den Mitgliedsstaaten sind derzeit 4600 Berufe unterschiedlich reguliert. Deswegen ist eine Überarbeitung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsabschlüssen überfällig. Die Kommission ist überzeugt, daß die Einführung eines „Berufsausweises“ erheblich zum Bürokratieabbau beitragen würde.

Den Binnenmarkt zu einem Erfolg machen

Ohne wirkungsvolle Durchsetzung käme der Binnenmarkt rasch zum Stillstand. Die EU-Mitgliedsstaaten sind für die rechtzeitige und ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Vorschriften in ihr nationales Recht verantwortlich. Über die üblichen Durchsetzungsmaßnahmen hinaus wird die Kommission mit den Mitgliedsstaaten regelmäßig Gespräche über beispielsweise die Bewertung von EU-Rechtsakten und alternative Streitbeilegungsmöglichkeiten führen.

Um den Prozeß voranzutreiben, eröffnet die Kommission eine offene, umfassende europaweite Diskussion mit sämtlichen interessierten Kreisen über die Akte für den Binnenmarkt. Die Kommission wird die Zivilgesellschaft noch intensiver an Dialog und Konsultation beteiligen. Insbesondere möchte sie ihre Expertengruppen für Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsvertreter und Gebietskörperschaften zugänglich machen. ■

http://europa.eu/index_de.htm

Recht auf faires Verfahren

Justizminister der EU schreiben Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren fest

Die Justizminister der EU-Staaten haben einen Richtlinienvorschlag angenommen, der das Recht auf Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen in Strafverfahren gewährleistet. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament hatten der Regelung bereits im Juni zugestimmt. Dies ist die erste EU-Maßnahme überhaupt, mit der gemeinsame Mindestnormen für Verteidigungsrechte in Strafverfahren festgelegt werden. Sie garantiert den Betroffenen das Recht auf Hinzuziehung eines Dolmetschers in Strafverfahren vor allen Gerichten der EU und auf Rechtsberatung in ihrer Sprache. Eine solche Maßnahme, die EU-weit faire Verfahren für jedermann sicherstellt, ist längst überfällig. Ihr werden weitere Maßnahmen zur Festlegung gemeinsamer EU-Normen für Strafverfahren folgen. Die EU-Mitgliedsstaaten haben nun drei Jahre Zeit, um die EU-Regelung in innerstaatliches Recht umzusetzen.

„Die Verabschiedung der ersten Richtlinie über Verfahrensrechte ist ein Meilenstein bei den Bestrebungen, den Bürgern ein faires Verfahren zu garantieren. Für die Europäische Kommission ist dies ein wichtiger erster Schritt zur Stärkung der Rechte der Verteidigung in Europa und zur Korrektur des ungleichen Kräfteverhältnisses zwischen Verteidigung und Anklage“, so Vizepräsidentin Viviane Reding, die für das Ressort Justiz zuständig ist. „Es ist ein großer Verdienst der Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Baroness Sarah Ludford, sowie des spanischen und belgischen Vorsitzes, daß diese Vorschriften so schnell angenommen werden konnten. Jetzt ist es an den Mitgliedsstaaten, sie möglichst bald in innerstaatliches Recht umzusetzen und anzuwenden, damit sie den Bürgern zugute kommen. Wir sollten den Moment nutzen und mit verstärkter Kraft auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Befugnissen der Anklage und den Verfahrensrechten der Verteidigung hinarbeiten. Ich würde es daher sehr begrüßen, wenn Parlament und Rat auch den Vorschlag der Kommission vom Juli über die Rechtsbelehrung schnell aufgreifen würden.“

Am 9. März legte die Kommission die erste einer Reihe von Maßnahmen zur

Festlegung gemeinsamer EU-Normen für Strafverfahren vor. Danach müssen die EU-Länder dafür sorgen, daß Verdächtige und Beschuldigte umfassende Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen in Anspruch nehmen können.

Das Europäische Parlament stimmte im Juni mit großer Mehrheit dem ausgehandelten Entwurf zu. Voraussetzung dafür war ein Kompromiß, auf den sich Rat, Kommission und Parlament am 27. Mai verständigt hatten. Das Parlament bestätigte diesen Kompromiß am 15. Juni.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Die Richtlinie garantiert den Bürgern das Recht auf Verwendung ihrer eigenen Sprache in Verhandlungen und Vernehmungen in allen Abschnitten eines Strafverfahrens vor einem Gericht der EU. Darüber hinaus haben sie Anspruch auf Information und Rechtsberatung in ihrer eigenen Sprache.

Die Kommission bestand auf das Recht auf Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen in Strafverfahren, weil es entscheidend dazu beiträgt, die uneingeschränkte Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Rechtsprechung des Straßburger Gerichtshofs sowie der Charta der Grundrechte zu garantieren.

Die Richtlinie garantiert zudem, daß die Bürger eine schriftliche Übersetzung aller maßgeblichen Unterlagen wie der Anklageschrift erhalten und bei allen Anhörungen und Vernehmungen sowie bei Treffen mit ihren Rechtsanwälten Anspruch auf Beiziehung eines Dolmetschers haben. Auf diese Rechte kann nur verzichtet werden, wenn der Betreffende zuvor eine Rechtsberatung

erhalten hat oder umfassend über die Konsequenzen eines solchen Verzichts informiert worden ist.

Die Kosten der Übersetzung und Verdolmetschung trägt nicht die betroffene Person, sondern der Mitgliedsstaat. Ohne gemeinsame Mindestnormen, die ein gerechtes Verfahren garantieren, werden Justizbehörden eine Person nur ungern an ein Gericht in einem anderen Land überstellen. Das kann zur Folge haben, daß EU-Vorschriften zur Verbrechensbekämpfung – wie der Europäische Haftbefehl – nicht in vollem Umfang angewandt werden. 2007 wurde in 11.000 Fällen ein Europäischer Haftbefehl ausgestellt, 2005 nur in 6900 Fällen. Nach Ansicht der Kommission sollten die EU-Bestimmungen über die Verfahrensrechte, darunter das Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung, bei diesen Haftbefehlen in Zukunft grundsätzlich Anwendung finden.

Statt der üblichen zwei Jahre haben die EU-Mitgliedstaaten nun drei Jahre Zeit, diese Vorschriften umzusetzen, damit die erforderlichen Übersetzungen angefertigt werden können.

Hintergrund

Nach dem Vertrag von Lisabon kann die EU Maßnahmen zur Stärkung der Rechte der EU-Bürger erlassen.

Da die ersten, umfassenden Vorschläge über Verfahrensrechte zur Gewährleistung fairer Verfahren, die die Kommission 2004 unterbreitet hatte, nicht die einstimmige Unterstützung der EU-Regierungen erhielten, verfolgt die Kommission jetzt, wie im Stockholmer Programm vom Dezember 2009 vorgesehen, einen Stufenansatz: in den nächsten vier Jahren wird sie nach und nach Maßnahmen zu Verfahrensrechten vorlegen, die faire Verfahren garantieren sollen. Den Vorschlag für die zweite Maßnahme – das Recht auf Rechtsbelehrung – legte die Kommission im Juli vor. Rat und Parlament sind bereits mit dem Kommissionsvorschlag befaßt. Als nächstes plant die Kommission für 2011 eine Richtlinie über das Recht auf Rechtsbeistand und das Recht auf Kommunikation mit Angehörigen, Arbeitgebern und Konsularbehörden. ■

http://ec.europa.eu/index_de.htm

Neues vom Arbeitsmarkt

Besonders bei Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen – Stark sinkende Arbeitslosigkeit in der Metall- und der Baubranche

Der erfreuliche Trend am österreichischen Arbeitsmarkt setzt sich auch im Oktober weiter fort. Mit 226.137 vorgezeichneten Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 19.386 (-7,9 Prozent) deutlich gesunken“, sagte Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) zu den aktuellen Arbeitsmarktdaten für den Monat Oktober. Erfreulich sei zudem, daß die Arbeitslosigkeit in acht Bundesländern zurückgeht – besonders stark in Vorarlberg (-19,7 Prozent), in der Steiermark (-16,5 Prozent) und Oberösterreich (-15,1 Prozent). Die Zahl Schulungsteilnehmer (71.827 Personen) ist im Oktober ebenfalls um 1.970 Personen (-2,7 Prozent) gegenüber dem Vorjahr rückläufig. „Durch die besser laufende Wirtschaft, hat sich auch die Arbeitsmarktlage klar verbessert. Als Instrument zur Bekämpfung der Krise haben wir in den vergangenen beiden Jahren die Schulungsmaßnahmen stark ausgeweitet, hier können wir nun aufgrund der besseren Arbeitsmarktlage das Angebot reduzieren“, so der Sozialminister.

Der Rückgang bei Arbeitslosen und Schulungsteilnehmer zusammengezählt macht mit 21.356 den stärksten Rückgang seit März 2008 aus, verdeutlichte Hundstorfer.

Für Hundstorfer ist es ein besonderer Erfolg der aktiven Arbeitsmarktpolitik, daß die Langzeitarbeitslosigkeit (-20,3 Prozent) und die Jugendarbeitslosigkeit (-9,8 Prozent) auch im Oktober im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück gegangen ist. „Wir haben mit zahlreichen Maßnahmen in diesen schwierigen Segmenten klare Impulse geben können, so daß wir uns bei der Jugendarbeitslosigkeit zu den Besten in Europa zählen können“, so Hundstorfer. „Wir werden 2011 trotz eines leicht rückläufigen Budgets in der aktiven Arbeitsmarktpolitik weitere Schwerpunkte in der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit setzen. Durch das Aktivie-

rungsgeld stehen für Maßnahmen zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen im kommenden Jahr um 56 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden verstärkt Beschäftigungsprojekte, sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte unterstützt.“



Die Betriebe nehmen mehr Lehrlinge auf als im Vorjahr

Es gebe im Oktober auch weniger Lehrstellensuchende und mehr offene Lehrstellen, sodaß die Lehrstellenlücke kleiner geworden ist. „Wir werden uns in den kommenden Monaten besonders darum bemühen, daß Jugendliche, die derzeit in überbetrieblichen Ausbildungsstätten ihren Beruf erlernen, eine Anstellung in einem Unternehmen finden. Durch die besser werdenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten, ist es den Betrieben möglich, wieder mehr Lehrlinge aufzunehmen“, zeigt sich Hundstorfer zuversichtlich.

Die Arbeitslosigkeit sinke in allen Kategorien und Berufsgruppen. Besonders in den Metall- und Elektroberufen ist die Arbeitslosigkeit mit -26,8 Prozent und in der Baubranche mit -10,7 Prozent stark zurückgegangen. Die Metallbranche sei von der

Krise am stärksten betroffen gewesen. Der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Bereich zeige daher, daß die Krise nachläßt. „Der kräftige Zuwachs offener Stellen um 18,5 Prozent auf 32.915 erleichtert Arbeitslosen den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben“, schloß der Minister.

Mitterlehner: Gute Arbeit der Unternehmen schafft neue Jobs

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) sieht die Arbeitsmarktdaten als Beleg für die gute Arbeit der österreichischen Unternehmen. „Der Aufschwung der Wirtschaft gewinnt an Breite und beflügelt in allen Branchen auch den Arbeitsmarkt. Viele Betriebe sind den Strukturwandel in der Krise aktiv angegangen und können daher jetzt neue Jobs anbieten. Diesen Erfolgsweg wollen wir gezielt unterstützen“, sagt Mitterlehner. Positiv auswirken werde sich auch die Offensive für die thermische Sanierung, die ab 2011 jährlich mit 100 Millionen Euro dotiert ist. „Damit schaffen wir in Verbind-

ung mit unseren neuen Förderungen für Öko-Innovationen zusätzliche Green Jobs“, so Mitterlehner.

Einen erfreulichen Trend gibt es bei der Jugendarbeitslosigkeit, die im Vergleich zum Vorjahr um fast zehn Prozent zurückgegangen ist. Gleichzeitig hat sich die Lehrstellenlücke verringert, die Zahl der offenen Lehrstellen ist um 15,8 Prozent gestiegen. „Unsere gute Lehrlingsausbildung trägt entscheidend dazu bei, daß wir im EU-Vergleich die dritt niedrigste Jugendarbeitslosigkeit verzeichnen. Die Betriebe nehmen mehr Lehrlinge auf als im Vorjahr und brauchen wegen des demographischen Wandels auch langfristig zusätzliche Fachkräfte“, so Mitterlehner, der vor allem die duale Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule forcieren will.

Wirtschaft

Kickl: Letztes Zwischenhoch vor dem Ansturm aus Osteuropa

Als letztes Zwischenhoch vor dem Ansturm aus Osteuropa bezeichnet FPÖ-Sozialsprecher Herbert Kickl die Arbeitsmarktdaten. „Ab 1. Mai 2011 droht den österreichischen Arbeitnehmern enorme Gefahr, wenn nämlich die EU-Übergangsfristen für den Schutz des heimischen Arbeitsmarkts auslaufen“, so Kickl. Es sei daher völlig unverständlich, daß die Regierung auf EU-Ebene noch immer keine Maßnahmen ergriffen und Versuche unternommen habe, die Frist für Österreich zu verlängern. „Wir sind durch die immense Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer völlig anderen Situation konfrontiert. Dem muß auch die EU Rechnung tragen. Unser Arbeitsmarkt ist nach wie vor viel zu labil, um so viele Menschen aufzunehmen“, erklärt Kickl.

Auf der anderen Seite schütze ein Arbeitsplatz heutzutage nicht mehr vor Armut. „Der Großteil jener Stellen, die seit dem Vorjahr geschaffen wurden, sind Jobs und nicht Arbeitsplätze, die einen Menschen, geschweige denn eine Familie ernähren können“, so Kickl. Die Löhne würden seit Jahren immer mehr an Kaufkraft verlieren. Armut trotz Arbeit sei ein weitverbreitetes Phänomen.

Genau in diese triste Entwicklung schlage nun auch noch die Regierung mit ihrem Sparbudget. „Faymann und Pröll lassen einfach die Menschen die Zeche zahlen, anstatt sich auch nur ein bißchen mit Struktur- und Verwaltungsreformen auseinander zu setzen.“

Ebner: Österreich hinkt hinter Deutschland her

„Der Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen ist kein Verdienst der Regierung, sondern nur der internationalen Konjunktur – insbesondere der deutschen – zu verdanken. Österreich hinkt hinter Deutschland her“, erklärte BZÖ-Generalsekretär Christian Ebner. Im Vergleichszeitraum sei die Arbeitslosigkeit in Deutschland um 8,8 Prozent zurückgegangen, zudem werde durch die tausenden Schulungen die Statistik geschönt.

Im Gegensatz zu den Jahren 2000 bis 2006 ist Deutschland im Wirtschaftswachstum wieder vor Österreich. Für Ebner ist dies „der traurige Verdienst der Reformen verweigernden Bundesregierung. Der dauernde Griff ins Börsel der Menschen und das Drehen an der Schraube ist zudem Gift für eine positive Entwicklung der Wirtschaft“, warnte Ebner.

Schatz: Jugendarbeitslosigkeit bleibt massives Problem

„Jeder Jugendliche, der keinen Job findet und herumsitzen muß, braucht die volle Aufmerksamkeit und Unterstützung. Daß ÖVP-PolitikerInnen die Streichung der Familienbeihilfe für diese Zielgruppe unter dem Titel ‚verstärkte Anreize zur Aufnahme eines Jobs‘ schön reden, ist zynisch. Das darf so nicht durchgehen!“, fordert Birgit Schatz, ArbeitnehmerInnensprecherin der Grünen anlässlich der Oktober-Arbeitsmarktdaten und fast 40.000 arbeitslosen Jugendlichen.

Durch die aktuell vorgeschlagenen Budgetkürzungen sollen künftig die Eltern arbeitsloser Jugendliche zwischen dem 18. und 21. Lebensjahr keine Familienbeihilfe mehr ausbezahlt bekommen. „Diese Streichung wird massive Probleme verursachen. Meist sind die betroffenen Familien nicht wohlhabend und kommen jetzt schon kaum durch. Und die Jungen? Die sind frustriert, weil sie nicht arbeiten, eigenes Geld verdienen und ausziehen können. Ohne Familienbeihilfe werden sie dann noch zum finanziellen Klotz am Bein. Das ist sicher keine motivierende Ausgangsposition, für den Einstieg in eine perspektivenreiche Zukunft“, ist die ArbeitnehmerInnensprecherin überzeugt. „Statt jene auszupressen, bei denen kaum mehr was zu holen ist, sollte die ÖVP stärker in Richtung Besteuerung der wirklich Reichen gehen. Da tut sich ja bei diesem Budgetpaket kaum was.“

Schatz fordert weiter, daß Jugendlichen eine gute Bildung und Ausbildung ermöglicht werden muß, damit sie eine reale Chance auf stabile Arbeitsplätze, von deren Einkommen man leben kann, erhalten. Leider verfolge die ÖVP aber offenbar eine völlig andere Strategie. Schatz: „Die ÖVP sorgt mit ihrer Politik dafür, daß jene, die die ÖVP-Parteikasse füllen, immer genug Billigstarbeitskräfte zur Verfügung haben. Anders ist die konsequente Verweigerung einer Bildungsreform und auch das jetzige Daumenschraubenansetzen bei den arbeitslosen Jugendlichen nicht zu interpretieren.“

Kaske: Arbeitslosigkeit sinkt, Leih- und Zeitarbeit nimmt jedoch zu

„Es ist erfreulich, daß sich der Arbeitsmarkt weiter erholt. Dennoch bemerken wir, daß in den letzten Monaten – gerade in der Metallbranche, wo es im Oktober einen starken Beschäftigtenzuwachs gab – die Zeit- und Leiharbeit stark gestiegen ist“, erklärte vda-Bundesvorsitzender und ÖGB-Arbeitsmarktsprecher Rudolf Kaske. Dieser Trend

ist weniger erfreulich, das Ziel müsse sein, daß die Menschen direkt in den Betrieben fixe Beschäftigung finden, fordert Kaske.

Die Arbeitslosigkeit ging im Oktober im Jahresvergleich um 7,9 Prozent zurück. Insgesamt waren 226.137 Menschen ohne Arbeit, 71.827 Männer und Frauen befanden sich in Schulungen. Trotz der positiven Zahlen dürfe jetzt nicht bei Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gespart werden. Gerade jetzt sei es wichtiger denn je, daß die Regierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit höchste Priorität widmet, denn mittelfristig gäbe es noch keine Entwarnung, heißt es vom ÖGB-Arbeitsmarktsprecher.

„Wir müssen abwarten, wie sich die Budgetkonsolidierung national und international auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Wir sind noch nicht über den Berg. Gerade Beschäftigungsverhältnisse wie Leih- oder Zeitarbeit seien ein Indiz dafür, daß die Krise noch nicht ganz vorüber ist“, so Kaske abschließend.

Tumpel: Gute Nachrichten vom Arbeitsmarkt – aber nicht für alle gleich gut

Mit rund 298.000 Arbeitssuchenden (rund 226.000 registrierte Arbeitssuchende und fast 72.000 Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS) setzt sich der rückläufige Trend auch im Oktober fort. Das ist ein Rückgang um rund 22.000 gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr. An sich also eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. „Aber es gibt bestimmte Gruppen, die es trotzdem auf dem Arbeitsmarkt weiterhin schwer haben“, sagt Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel zur Lage auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere gilt das aktuell für Langzeitbeschäftigungslose und für Frauen, bei denen der Rückgang weniger stark war. „Hier müssen wir gegensteuern“, sagt Tumpel: „Was wir jetzt brauchen, sind qualitativ hochwertige Maßnahmen für Langzeitbeschäftigungslose und für Frauen, um deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu sichern.“ Bei Frauen kommt es vor allem darauf an, daß sie nach einer Babypause weniger als bisher einen beruflichen Abstieg hinnehmen müssen. „Dazu brauchen Frauen auch die Unterstützung der Arbeitsmarktpolitik. Wir können uns keine Verschwendung von Know-How leisten“, betont Tumpel. Der AK-Präsident setzt daher auf eine stärkere Fokussierung der Arbeitsmarktpolitik auf Qualitätsmaßnahmen statt auf billige Massenkurse. „Nur so können wir bestimmten Gruppen wie Langzeitbeschäftigungslosen, Frauen und Älteren wirksam helfen“, so Tumpel. ■

Platz 2 in der Euro-Zone

Allianz und Lisbon Council präsentieren aktuelle Studie »Euro Monitor« – Österreich liegt bei ausgewogenem Wachstum an zweiter Stelle

Die Ergebnisse des „Euro Monitor“ der Allianz und des „Lisbon Councils“ zeigen: 13 von 16 Staaten sind nur Mittelmaß, Griechenland und Irland gefährden gar die Stabilität der Eurozone. Um die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Währung beizubehalten, muß sich in Sachen Wirtschaftspolitik einiges ändern, erklären die Allianz Experten.

„Die 16 Länder der Eurozone müssen mehr leisten, um die Stabilität ihrer gemeinsamen Währung und deren Glaubwürdigkeit an den Finanzmärkten zu sichern“, erklärt Wolfram Littich, Vorstandsvorsitzender der Allianz Gruppe in Österreich. Dazu zählen der Abbau staatlicher und privater Schulden ebenso wie die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Mittelfristig ist ein jährliches reales Wirtschaftswachstum von mindestens 2 Prozent notwendig, um substanziell die Verschuldung und Arbeitslosigkeit im Euro-Raum abzubauen. Für 2011 werden nur 1,7 Prozent erwartet.

Europameister bei Beschäftigung, Produktivität und Ressourceneffizienz

Wirft man einen Blick auf die einzelnen Indikatoren der Studie, so zeigt sich, daß sich Österreich im Vergleich gut schlägt. Österreich konnte gegenüber dem Vorjahr in Relation zu vielen anderen Mitgliedern der Euro-Zone seine Platzierungen halten. In der Kategorie „Finanzielle Nachhaltigkeit“ wurde Rang 4 erreicht, die „Verschuldung privater inländischer Sektoren und Nettoauslandsvermögenssituation“ liegt mit Platz 3 ebenso auf Vorjahresniveau, bei der „Wettbewerbsfähigkeit und Inlandsnachfrage“ konnte Platz 2 gefestigt werden. Bei „Beschäftigung, Produktivität und Ressourceneffizienz“ ist Österreich „Europameister“. Über alle insgesamt 15 quantitativen Indikatoren gerechnet, bedeutet das für Österreich einen guten zweiten Platz hinter Deutschland.

Wirtschaftspolitische Reformen notwendig

Deutschland konnte neben Malta als einziges Land seine Bewertung gegenüber 2005 verbessern und führt die Rangliste vor Österreich, Luxemburg und den Niederlanden an. Keines der 16 Länder zeigt jedoch unmittel-

bar nach der Finanz- und Wirtschaftskrise einen ausreichend stabilen Wachstumskurs frei von wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen. So sieht der Monitor auch bei drei der vier führenden Länder – Deutschland, Österreich und den Niederlanden – Handlungsbedarf bei der vergleichsweise schwachen Inlandsnachfrage und beim Schulden-



Wolfram Littich, Vorstandsvorsitzender der Allianz Gruppe in Österreich

abbau. Alle drei verletzen das Maastricht-Kriterium mit einem Schuldenstand von mehr als 60 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die größten Divergenzen innerhalb der Eurozone stellt der Monitor in den Bereichen „Wettbewerbsfähigkeit und Inlandsnachfrage“ sowie „Verschuldung privater inländischer Sektoren und Vermögenspositionen gegenüber dem Ausland“ fest. Letzteres gilt vor allem für die vier Schlußlichter Portugal, Spanien, Irland und Griechenland. Während Irland und Griechenland die Stabilität der Eurozone akut gefährden, drohen Portugal und Spanien bei einer wirtschaftlichen Abkühlung zu einem Risiko zu werden.

Strukturelle Reformen notwendig

Seit der Einführung des Euro haben sich bedeutende Ungleichgewichte in der EWU entwickelt, welche die Glaubwürdigkeit des Euro gefährden. Praktisch alle Staaten in der Eurozone haben ihre Haushalte noch nicht im Griff. Jedes Zögern droht zu einer Belastung für den Euro zu werden. „Glaubwürdige Konsolidierungsschritte und Reformen müssen in den verschuldeten Ländern schnell eingeführt und umgesetzt werden. Ebenso dringend ist eine Verbesserung

der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität“, so Littich.

Dabei sei man in der Allianz überzeugt, daß das von der EU-Kommission vorgeschlagene Verfahren bei einem übermäßigen Ungleichgewicht (Excessive Imbalance Procedure) ein gutes Instrument wäre, um Ungleichgewichte zu vermeiden und zu korrigieren. Aber letztlich liege die Verantwortung bei den Ländern selbst, jetzt zu handeln. Der „Euro Monitor“ soll mit seiner Analyse die notwendige Transparenz dafür bieten und den Prozeß begleiten. Die Autoren des „Euro Monitors“ empfehlen für die bevorstehende Sitzung des EU-Ministerrats, die von der EU-Kommission befürwortete Gesetzgebung für eine bessere Kontrolle der Finanzpolitik und makroökonomischer Ungleichgewichte schnell und ohne eine weitere Verwässerung einzuführen. Dazu benötige die Eurozone nicht nur ein verbessertes Monitoring, sondern auch klare und verbindliche Regeln für die Mitgliedsstaaten. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte ebenso eindeutige Regeln und wirksame Sanktionsmöglichkeiten erhalten. Den Sparprogrammen in den einzelnen Ländern sollten umgehend strukturelle Reformen folgen.

„Der Euro Monitor 2010: Indikatoren für ausgewogenes Wachstum“ ist die erste Studie ihrer Art nach der Eurokrise. Gemeinsam herausgegeben von den Volkswirten der Allianz SE und der Brüsseler Denkfabrik The Lisbon Council analysiert der Monitor die 16 Staaten der Eurozone auf Basis von 15 quantitativen Indikatoren in vier Kategorien: Finanzielle Nachhaltigkeit; Wettbewerbsfähigkeit und Inlandsnachfrage; Beschäftigung, Produktivität und Ressourceneffizienz sowie Verschuldung privater inländischer Sektoren und Vermögenspositionen gegenüber dem Ausland. Als makroökonomisches Monitoring- und Frühwarnsystem dient der Monitor dazu, bestehende und neu aufkommende wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen aufzudecken. Erstmals werden bei dieser Analyse auch Faktoren wie der demografische Wandel und der Umgang mit natürlichen Ressourcen einbezogen, weil sie aus Sicht der Allianz Volkswirte einen wesentlichen Einfluß auf das nachhaltige Wachstum einzelner Länder haben. ■

Österreichs Industrie schwungvoll in den Winter

Bank Austria EinkaufsManagerIndex im Oktober auf konstant hohem Niveau – Starke Produktionsausweitung trotz abnehmendem Auftragsplus

Nach der guten Auftragsentwicklung in den Vormonaten hat die österreichische Industrie im Oktober kräftig Personal aufgestockt und die Produktion stark ausgeweitet. Die Neuaufträge nehmen zwar weiter zu, aber nicht mehr so rasch wie bisher. Gleiches gilt für die Auftragsbestände und die stark steigenden Inputkosten belasten weiterhin die heimischen Betriebe“, skizziert Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer die aktuellen Trends in der Verarbeitenden Industrie Österreichs.

Der Bank Austria EinkaufsManagerIndex (EMI) gibt einen Überblick über die Lage in Österreichs Industrie in einer Gesamtzahl. „Im Oktober liegt der Bank Austria EinkaufsManagerIndex mit 56 Punkten nur einen Tick unter dem Wert vom Vormonat und signalisiert damit weiterhin ein hohes Wachstumstempo“, so Bruckbauer. Seit mittlerweile einem Jahr befindet sich die österreichische Industrie im Aufwind. Der Indikator liegt seitdem über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Wenn auch die Dynamik mittlerweile etwas nachgelassen hat, die Erholung in der Industrie verläuft sehr robust.

Das Umfeld der österreichischen Industrieunternehmen hat sich in den vergangenen Monaten erheblich günstiger entwickelt, als ursprünglich erwartet. „Der starke Rückenwind aus Deutschland hält die Geschäfte in Österreich am Laufen, die Belastungen durch steigende Rohstoffpreise und stark schwankende Wechselkurse können weggesteckt werden. Die Produktion wurde im Oktober deutlich ausgeweitet und zwar erheblich stärker als in den beiden Vormonaten“, sagt Bruckbauer. Der Produktionsindex stieg auf 58,1 Punkte und liegt damit weiterhin deutlich über dem langjährigen Durchschnittswert.

„Das kräftige Produktionswachstum erforderte ein deutliches Aufstocken der Personalkapazitäten. Im Oktober wurde die Beschäftigung in der Industrie so stark wie seit Herbst 2006 nicht mehr erhöht“, so Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Im Zuge der Krise blieb der Personalabbau hinter dem Produktionsrückgang zurück. Die Produktion

Bank Austria EinkaufsManagerIndex



in der Verarbeitenden Industrie fiel 2009 um 12,6 Prozent, die Beschäftigung sank um nur rund 6 Prozent. Viele Fachkräfte wurden – oft öffentlich unterstützt durch die Kurzarbeitsregelungen – in den Betrieben gehalten, sodaß die Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde in der heimischen Industrie 2009 um etwa 5,5 Prozent sank. Seit Beginn der Erholung nimmt die Produktion deutlich rascher als die Beschäftigung zu, die Produktivität steigt wieder. Auch im Oktober hat sich daran nichts geändert, das Beschäftigungswachstum ist trotz höherer Dynamik weiterhin geringer als die Produktionsausweitung.

Mit Blick auf die Ertragslage werden intensive Anstrengungen zur Steigerung der Produktivität unternommen, zumal der Handlungsrahmen der österreichischen Industrie in den vergangenen Monaten durch die Preisentwicklungen auf den Rohstoffmärkten schwierig war. Höhere Energie- und Vormaterialpreise belasten, wenn auch die durchschnittlichen Einkaufspreise nicht mehr so rasch wie vor einem halben Jahr steigen. Die Anhebung der Verkaufspreise fiel im Oktober deutlich geringer aus. „Aufgrund des scharfen Wettbewerbs ist es derzeit nicht möglich, die zusätzliche Kostenbelastung durch die höheren Einkaufspreise in vollem Umfang an die Kunden weiterzuleiten“, hält Pudschedl fest. Hinsichtlich der weite-

ren Industrieentwicklung gibt der aktuelle Bank Austria EinkaufsManagerIndex ein etwas uneinheitliches Bild ab. Zum einen ging das Wachstum des Neugeschäfts im Oktober geringfügig zurück, insbesondere die Exportaufträge haben spürbar an Dynamik verloren. Auch die Auftragspolster wachsen nicht mehr so rasch wie bisher. Zum anderen sind die Lieferzeiten gestiegen und das Verhältnis zwischen Auftragseingängen und den Lagerbeständen zeigt im Vergleich zu den Vormonaten wieder einen Anstieg – ein in der Vergangenheit sicheres Anzeichen für eine dynamische Entwicklung der Industrie. „Da sich die Anzeichen für eine Beschleunigung sowie eine Verlangsamung der Industriedynamik die Waage halten, scheint gesichert, daß die österreichische Industrie das im Oktober eingeschlagene Wachstumstempo in den kommenden Monaten zumindest weitgehend beibehalten kann. Wir gehen für das Gesamtjahr 2010 mittlerweile von einem Anstieg der Industrieproduktion von bis zu 7 Prozent real aus“, so Bruckbauer. Die Industrie bleibt auch über den Jahreswechsel hinaus kräftig in Schwung und wird ganz wesentlich zur Fortsetzung der Erholung der Gesamtwirtschaft im kommenden Jahr beitragen. ■

Anm.: Dieser Beitrag enthält die Originaldaten aus der Monatsumfrage unter Einkaufsleitern der Industrie Österreichs.

Geringste Weinernte seit 13 Jahren

2010 wird zum Jahr der Herausforderung für die Winzer

Der Witterungsverlauf des Jahres 2010 hat den österreichischen Winzern ihr gesamtes Know-How und Können abverlangt. Nach einem Winter, der mit Kälte und im Februar fast frühlingshaften Temperaturen spielte, begann auch der März mit eisigen Temperaturen und endete frühlingshaft. Der April hielt den Westen und Süden Österreichs trocken, in den Weinbaugebieten gab es starke Regenfälle, Hagelschauer und Überflutungen. Im Mai folgten teils viele Niederschläge, dafür wurde an Sonne gespart. Auch der Juni war eher ein holpriger Start in den Sommer. So sorgte Regen und Kälte während des Blütezeitpunktes für Befruchtungsprobleme und verbreitet schwachen Fruchtansatz. Der Zeitpunkt der Blüte war ca. zwei Wochen später als im letzten Jahr, was wieder einmal einen „normalen“ Blütezeitpunkt bedeutete. Während die Witterung bis Ende Juli relativ trocken war, prägten ab August viele Niederschläge das weitere Vegetationsjahr. Das resultierte in einem hohen Infektionsdruck und damit viel Arbeit zur Erhaltung der Traubenqualität. Zum Glück spielte Hagel keine so große Rolle wie in den letzten Jahren. Die eher kühle und feuchte Witterung im September führte dazu, daß nicht auf eine höhere Gradation der Trauben gewartet wurde, sondern die Lese möglichst gesunder Trauben im Vordergrund stand. Auch Ende Oktober erschwerte die feuchte Witterung noch die Lesearbeit.

Geringe Erntemenge

Ging man im August noch von einem um 14 % unter dem Durchschnitt liegenden Ergebnis von 2,2 Mill. hl aus, so wurde mittlerweile diese Schätzung deutlich nach unten revidiert. Erwartet wird laut Josef Pleil, Präsident des Österreichischen Weinbauverbandes eine Ernte die deutlich unter 2 Mill. hl liegt, eine derart kleine Ernte gab es zuletzt 1997. Besonders hohe Einbußen verzeichnet heuer Niederösterreich, wobei vor allem das Weinbaugebiet Weinviertel fast um ein Viertel weniger erwartet, aber auch im Gebiet Wagram sowie dem Kamptal und der Wachau wird mit deutlich geringerer Menge gerechnet.



Foto: BMLFUW

Die Pflege eines Weingartens erfordert viel Handarbeit.

Burgenland

Wie in den anderen Weinbaugebieten, wurde es nach einem grundsätzlich guten Wetterverlauf im August richtig feucht. Eisenstadt war mit 255 l/m² Regen nicht nur der niederschlagreichste Ort, dies ist sogar der höchste Wert der letzten 65 Jahre. Somit wurde der Lese von gesunden Rotweintruben der Vorzug vor einer möglichen höheren Gradation gegeben. Im Seewinkel war die Lese mit Anfang Oktober weitgehend abgeschlossen, nur noch Spezialitäten wurden am Stock belassen. Auch im Mittelburgenland war Zweigelt zu diesem Zeitpunkt weitgehend geerntet, bei Blaufränkisch wurde noch zugewartet, solange es die Traubengesundheit erlaubte. Im Südburgenland begann die Hauptlese erst Mitte Oktober, hier freut man sich auch über mehr Ertrag und weitgehend gesunde Weingärten, da sie von der Witterung dieses Jahr begünstigt waren – die Regemengen waren geringer als in den anderen Gebieten.

Die zeitgerecht gelesenen Trauben lassen heuer einen sehr fruchtigen, kernigen Jahrgang erwarten, der guten Sorten- und Gebietscharakter aufweist und nicht zu breit und üppig wirken wird. Auch wenn man sich über gute Qualität freut ist ein Wermutstropfen dabei: bei der Menge wird mit einem Minus von 40 % gerechnet.

Steiermark

In der Steiermark liegt die Erntemenge heuer etwas über dem Vorjahr, aber ebenfalls wetterbedingt unter dem Durchschnitt. Eine vergleichsweise gute Blüte mit wenig Verrieselung sowie ein relativ trockener Sommer mit nur geringen Unwetterschäden ließen auf gute Menge und Qualität hoffen. Doch dann wurde die Steiermark förmlich „zugeschüttet“. Über 400 Millimeter Regen seit August zwang teilweise zu schneller Lese, um die bis dahin gute Traubengesundheit nicht zu verlieren und Einbußen durch den plötzlichen Fäulnisdruck in Kauf

Wirtschaft

nehmen zu müssen. Somit war die Lese 2010 vielerorts bereits Mitte Oktober zu Ende. Laut Weinbaudirektor Werner Luttenberger wird man sich mit rund 170.00 Hektoliter zufriedengeben müssen. Legt man den steirischen Pro-Kopf-Verbrauch zugrunde, wären rein rechnerisch die Keller in einem halben Jahr geleert. Wenn auch die Menge die Erwartungen nicht erfüllt hat – die Qualität des Jahrgangs wird durchaus positiv. Die Weine werden sich sehr frisch präsentieren, eine hervorragende Fruchtigkeit haben und ausreichend Alkohol besitzen. Die Säure wird „knackiger als in den vorigen Jahren sein“ so Luttenberger.

Wien

Durch gewissenhafte Weingartenarbeit wurde eine etwas größere Erntemenge als im Vorjahr erreicht, doch die Folgeschäden des großen Hagels aus dem Jahr 2009 an den Rebstöcken drücken immer noch auf den Ernteschnitt. Regional unterschiedlich war bezirksweise die Traubenqualität und der Fäulnisdruck, so gibt es beim Regen Unterschiede diesseits und jenseits der Donau von bis zu 300 mm! Auch in Wien zeigt sich heuer welcher Betrieb seine Weingartenarbeit gut im Griff hatte. Neben leichten Weinen wer-

den ebenfalls gehaltvolle lagerfähige Weine zu finden sein, die sich durch ein gutes Säurerückgrat und Fruchtigkeit auszeichnen.

Niederösterreich

Neben dem schlechten Blütewetter war heuer auch ein schwächerer Traubenansatz festzustellen, womit die Erntemenge weit unter dem Durchschnitt liegt. Wettermäßig war Mitte September bereits fast die eineinhalbfache Jahresniederschlagsmenge zu verzeichnen. Das stellte hohe Ansprüche an die Weingartenarbeit – einerseits wettermäßig zeitgerecht zu Spritzen, andererseits vorsorglich nochmals zu Spritzen und dadurch aufgrund der Wartezeiten mögliche – und dann auch leider auch wirklich eintretende – Regenfälle in Kauf zu nehmen. Oder das Risiko zu wagen – und sollte die Traubengesundheit leiden dann auch sofort zu lesen.

Keine leichte Entscheidung, und sie wurde unterschiedlich getroffen, wobei die Regenmengen auch sehr unterschiedlich ausfielen. Von Vorteil war dabei, daß das sehr feuchte Wetter durch die niedrigen Temperaturen im September die Fäulnis nicht weiter gefördert hat. Und so waren Anfang Oktober zwar die ersten Jungweine schon fertig gefüllt am Markt, die Lese für

den Grünen Veltliner wurde aber erst richtig begonnen. Die gebietsweise unterschiedlichen Lesezeitpunkte lassen schon dadurch einen interessanten Jahrgang in Niederösterreich erwarten.

Die Qualität 2010

Von schlank, fruchtig und säurebetont bis zu reifen, voll ausbalancierten Weinen wird mit dem Jahrgang 2010 in Österreich alles zu finden sein. Der weithin der Traubengesundheit wegen gewählte frühere Lesezeitpunkt ergibt moderate Alkoholgehalte, die den Trinkfluß unterstützen. Freuen kann man sich auf jeden Fall über gute fruchtige und duftige Weißweine, die mit einer pikanten Säure und vor allem einer ausgezeichneten Fruchtbrillanz ausgestattet sind. Auch bei Rotweinen wird es ein fruchtig – würziger Jahrgang.

Der Jahrgang 2010 war bereits im Weingarten eine große Herausforderung für die WinzerInnen. Die Eigenheiten des Wetterverlaufes verlangten schnelles Reagieren bei der Weingartenarbeit, aber genauso bei der Lese, und letztendlich bei der Vinifikation. Dieses Jahr beweisen die österreichischen WinzerInnen wieder, daß sie ihr Handwerk beherrschen! ■

Jedes fünfte Lebensmittelgeschäft steht in NÖ

In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Lebensmittel-Einzelhandelsgeschäfte wie in Niederösterreich. Nach einer Studie des Handelsforschungsinstitutes RegioPlan Consulting, die dem NÖ Wirtschaftspresse-dienst vorliegt, wurden 2009 im Gebiet zwischen Enns und Leitha 1.324 Lebensmitteläden gezählt. Das sind mehr als ein Fünftel aller rund 6.000 Standorte in Österreich und deutlich mehr als in Wien, das bei einer ähnlich großen Bevölkerung wie in Niederösterreich nur von 804 Lebensmittelgeschäften versorgt wird.

Platzhirsch im Land ist der Rewe-Konzern, der mit seinen Billa-, Merkur-, Penny- und Adeg-Filialen in Niederösterreich 438 Lebensmittelgeschäfte betreibt. Auf Platz zwei folgt mit 386 Standorten die Zentrale Einkaufs- und VertriebsgmbH (ZEV) - die Dachorganisation der von den beiden Waldviertler Großhandelsunternehmen Kastner und Kiennast gesteuerten Nah&Frisch-Läden.

Den dritten Rang nimmt die Spar AG ein. Die Handelskette mit der Tanne im Logo führt in Niederösterreich 220 Spar-, Euro-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

spar- und Interspar-Märkte. Schon deutlich abgeschlagen die übrigen Marktteilnehmer: Die Diskonter Hofer und Lidl kommen in Niederösterreich auf 83 bzw. 47 Standorte, Zielpunkt auf 71 und der sonstige Lebensmittel-Einzelhandel auf 79 Standorte. ■

Flugplan 2010/2011

Die Wintersaison 2010/2011 beginnt am Flughafen Wien mit der Aufnahme von vier neuen Destinationen und zahlreichen Aufstockungen von Flugverbindungen. Er-sichtlich sind diese Neuigkeiten im ab 31. Oktober 2010 gültigen und erhältlichen Winterflugplan des Flughafen Wien.

Austrian Airlines startet mit Beginn des Winterflugplanes einmal wöchentlich eine Direktverbindung nach Male. Ab 24. Dezember 2010 wird diese Verbindung auf zweimal wöchentlich aufgestockt. Zusätzlich nimmt Austrian Airlines die Strecke Wien – Mumbai wieder auf, geflogen wird fünfmal pro Woche. Beginnend mit Februar 2011 startet NIKI direkte Flüge nach Valencia. Diese neue Destination wird zweimal wöchentlich angefliegen. Wataniya Airways bietet ab dem Winterflugplan eine direkte Verbindung dreimal pro Woche nach Beirut an.

Der Taschenflugplan ist von 31. Oktober 2010 bis 26. März 2011 gültig und gibt eine genaue Übersicht über Direktflüge, ausgewählte Umsteigeverbindungen und nützliche Informationen rund um den Flughafen. ■

<http://www.viennaairport.com>

74 Mio. Euro durch Ballsaison

Bis 8. März werden 365.000 Ballgäste auf 450 Wiener Bällen erwartet – laut Umfrage dürfen die Wiener Unternehmer mit einem guten Geschäft rechnen.

Am Höhepunkt der Wirtschaftskrise lassen sich die WienerInnen das Tanzen und Feiern nicht nehmen, jetzt, wo es wieder aufwärts geht, wird es sogar noch besser werden. Der Optimismus ist ungebrochen und äußert sich nicht nur in positiven Erwartungen, sondern auch in steigenden Ausgaben in den Höhepunkt der Wiener Lebensfreude – den klassischen Wiener Ball.

„Noch mehr Wienerinnen und Wiener als bisher planen in dieser Saison Bälle zu besuchen, und auch internationale Gäste zieht das einzigartige Flair der Ballstadt Wien in zunehmenden Maße an“, sagt Brigitte Jank. 250.000 Wiener (Vorjahr: 235.000) wollen in dieser Saison einen Ball besuchen, jeder Vierte auch mehrere. Rund 115.000 Gäste (Vorjahr: 80.000) werden aus den Bundesländern und dem Ausland erwartet. „Die Wiener tanzen in den Aufschwung und unterstützen damit die positive Stimmung, die die Wirtschaft braucht“, so Jank, die sich auf eine aktuelle Studie der KMU-Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Wien stützt. Im Schnitt planen die Besucher 220 Euro (Vorjahr: 215 Euro) auszugeben. Durch die gestiegene Zahl der Ballgäste bedeutet das eine Gesamtwertschöpfung von rund 74 Millionen Euro. In der letzten Saison betrug die Gesamtwertschöpfung 67 Millionen Euro.

Einen schönen Abend mit der/dem PartnerIn zu verbringen, das Flair zu genießen und Freunde zu treffen sind die wichtigsten Motive für einen Ballbesuch. Daran wird sich auch in der kommenden Ballsaison nichts ändern. Aber auch die Möglichkeit zu tanzen und die Musik zu genießen „lockt“ die WienerInnen auf die zahlreichen Bälle in Wien.

Unmittelbare Ausgaben steigen

An direkten Ausgaben planen die Wiener Ballbesucher in der kommenden Saison rund 38 Millionen Euro für Ballkarten und Tischreservierungen sowie für Speisen/Getränke am Ball (Vorjahr: 33 Millionen Euro). Für neue Ballgarderobe, Schuhe und Accessoires/Schmuck rechnen die Ballbesucher mit Ausgaben in der Höhe von 22 Millionen Euro (Vorjahr: 17 Millionen Euro). In den Friseurbesuch und die Kosmetikbehandlung

werden rund 9 Millionen Euro (Vorjahr: 8 Millionen Euro) veranschlagt. Die Gastronomie erwartet Einnahmen von 5,4 Millionen Euro (Vorjahr: 5 Millionen Euro), die Taxiunternehmen 3,6 Millionen Euro (Vorjahr: 3 Millionen Euro).

Vorbereitungen vor dem Ball entwickeln sich unterschiedlich gegenüber dem Vorjahr

der Vorbereitungen 220 Euro aus. Der Frisurentrend: klassisch-elegant Weg von ungezähnten hochgesteckten Locken und hin zum klassisch eleganten Look. Das ist auch heuer wieder der Trend für die nächste Ballsaison. Sauber gekämmte extravagante Frisuren mit glänzendem Haar und wenige große glamouröse Locken verbunden mit

Gründe für einen Ballbesuch in Prozent



Quelle: KMU Forschung Austria, Grafik: Der Bock

sind die Ausgaben, die unmittelbar für den Ball getätigt werden, in etwa gleich geblieben. Rund die Hälfte der Besucher will einen Friseur aufsuchen, einen Besuch im Kosmetiksalon haben auch heuer nur 10 Prozent der Frauen auf jeden Fall vor.

Leicht gestiegen ist die Investitionslust in eine neue Garderobe. 30 Prozent der Ballbesucher wollen in neue Schuhe (Vorjahr: 25 Prozent), 20 Prozent in eine neue Ballgarderobe (Vorjahr: 15 Prozent) und 20 Prozent in Schmuck und Accessoires (Vorjahr: 20 Prozent) investieren. Mit 5 Prozent der Befragten ist, wie auch im Vorjahr, die Bereitschaft, sich unter professioneller Anleitung bei Tanzkursen vorzubereiten, eher gering.

Ausgaben für die Wiener Bälle

Durchschnittlich geben die Wienerinnen und Wiener für einen Ballbesuch inklusive

flachen Seiten oder Nackenpartien machen den Besuch beim Friseur unumgänglich. Um Üppigkeit und Volumen zu erzielen kommen Füllmaterialien, Haartressen und feine unsichtbare Haarnetze zum Einsatz. Auch Flechteffekte finden beim Romantiklook ihre Verwendung, werden dort aber ebenfalls zum Eyecatcher. „Big-Hair“ heißt der neue Look! Mit Verwendung von mehreren Haarteilen kann sich auch die Kurzhaarträgerin vor diesem Trend nicht verstecken. Grundsätzlich richtet sich das Frisurenstyling nach dem Ballkleid und dem Typ der Trägerin. Mutige Damen bleiben beim hochtoupierten „Big-Hair-Look“, dürfen dabei aber neben glatten Partien auch unfrisierte filzige Elemente belassen. Perfektion in der Gestaltung, sowie Erfahrung beim Kreieren der Proportionen setzen die Hohe Kunst des Frisierens voraus und die überläßt man dem Profi! ■

Wasseraufbereitungsanlage für die Slowakei

Siemens Österreich hat den Auftrag erhalten, für das neue Stahlwerk von Slovakia Steel Mills, a.s (SSM) in Stráßké, eine Wasseraufbereitungsanlage zu liefern.

Das Kompaktstahlwerk von Slovakia Steel Mills in Stráßké ist für die Erzeugung von rund 600.000 Tonnen Baustahl pro Jahr ausgelegt. Dazu verfügt es über die komplette Prozesskette aus Lichtbogenofen, Sekundärmetallurgie, einer dreisträngigen Stranggießanlage und einem Walzwerk. Die Stahlerzeugung erfordert große Mengen von aufbereitetem Wasser, das für die direkte und indirekte Kühlung eingesetzt wird.

Wasserkompetenz »Made in Austria«

Siemens Water Technologies Slowakia, das Kompetenzzentrum für komplexe Wasserprojekte der Siemens AG Österreich, hat den Auftrag bekommen. Das Kompetenzzentrum wird von der Division Industry Solutions (Sektor Industrie) Österreich gesteuert. „Die zentrale Aufbereitungsanlage von Siemens wird pro Stunde etwa 7.000 Kubikmeter behandeltes Wasser bereitstellen. Neben Kühltürmen, Pumpstationen und Drucksandfiltern beinhaltet die technische Ausrüstung unter anderem Dosierstationen und Einrichtungen zur Schlammbehandlung“, erklären Siemens-Vorstand Kurt Hofstädter und Robert Monsberger, Leiter der Division Industry Solutions (IS). Monsberger, der auch dem gesamten CEE-Cluster leitet, freut sich, daß das Wasser-Kompetenzzentrum mit Sitz in Wien zum Zug gekommen ist. „Wir verfügen im gesamten CEE-Cluster – der insgesamt 19 Länder umfaßt – über ein einzigartiges Know-How in diesem Bereich“. „Siemens arbeitet an innovativen Lösungen. Es ist für uns wichtig, dass die Wasserkompetenz ‚Made in Austria‘ weltweit Anklang findet“, erklärt Hofstädter.

Das stark belastete Wasser aus der Direktkühlung von Gießanlage und Walzwerk wird zunächst in einen Fließkraftabscheider geleitet, um Zunder zu entfernen. Anschließend wird Öl mithilfe eines Skimmers abgeschieden. Über nachgeschaltete Drucksandfilter werden die noch verbleibenden Feststoffe herausfiltriert. Im anschließenden Kühlturm wird die Temperatur des Wassers um 10 bis 15 °C abgesenkt, bevor es wieder in die Kühlsysteme zurückgeführt



Foto: Siemens

Die Wasseraufbereitungsanlage für das neue Stahlwerk in der Slowakei schont die Umwelt, da das Kühlwasser des Kompaktstahlwerks wiederverwertet wird.

wird. Das weniger verschmutzte Wasser aus der Sekundärkühlung durchläuft eine Nebenstrom-Filtration. Diese senkt die Konzentration gelöster Feststoffe und Schwebstoffe, bevor das Wasser in die Kühltürme gepumpt wird.

Die zugehörige Schlammbehandlungsanlage dient der Aufbereitung des schlammhaltigen Rückspülwassers aus den Sandfiltern. Zur Trennung von Wasser und Schlamm wird ein Lamellenabscheider eingesetzt. Um die Abscheidung von Feststoffen zu erleichtern, wird der Schlamm zunächst mit geeigneten Polymeren versetzt. Das so vorgeklärte Wasser durchläuft erneut einen Sandfilter und kann danach ebenfalls wieder dem Kühlsystem zugeführt werden. Der verbleibende Schlamm wird eingedickt und in einer Filterpresse entwässert. Ein Teil des metallhaltigen Schlammes kann in der Produktion wiederverwendet werden.

Simatic automatisiert komplette Wasseraufbereitungsanlage

Automatisiert wird die gesamte Wasseraufbereitungsanlage mittels speicherprogrammierbarer Steuerungen vom Simatic

Typ S7 300. Die Visualisierung erfolgt mit dem HMI-System WinCC. Darüber hinaus liefert Siemens auch die Prozeßinstrumentierung zur Überwachung der Wasserqualität, darunter Messgeräte für Durchfluß, Druck, Temperatur oder Füllstände. Sämtliche Pumpenantriebe sind mit Frequenzumrichtern ausgestattet. Dies ermöglicht die gezielte Ansteuerung und damit einen energiesparenden Betrieb der Pumpen.

Siemens Österreich hat die Geschäftsverantwortung des 19 Länder umfassenden Siemens-Cluster „Central Eastern Europe“ (CEE). Mit Juli 2009 wurde der Cluster CEE um die Länder Türkei und Israel erweitert. Im gesamten Cluster arbeiten über 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von 9,5 Milliarden Euro erwirtschafteten.

Der Industry Sector ist der größte der drei Siemens Sektoren Industry, Energy und Healthcare. Weltweit sind 222.000 MitarbeiterInnen in diesem Sektor beschäftigt, 4.800 davon im Cluster CEE. Mehr als 100.000 Kunden weltweit vertrauen auf Industrielösungen von Siemens. ■

<http://www.siemens.com/water>

Zehntausende beim Wiener Sicherheitsfest

Am 25. und 26. Oktober 2010 fand am Wiener Rathausplatz die alljährliche Leistungsschau der Wiener Einsatz- und Hilfsorganisationen unter dem Motto »Mit Sicherheit für Sie da« statt.

Obwohl sich die Sonne kaum zeigte, strömten Zehntausende WienerInnen vor das Rathaus um sich mit den Organisationen bekannt zu machen. Modernste Einsatzfahrzeuge, darunter auch ein Notarztbuschrauber des ÖAMTC, neueste Ausrüstungsgegenstände, spektakuläre Einsatzvorführungen, Rettungshunde, Sicherheitstipps der Blaulichtorganisationen, Informationen durch zahlreiche Magistratsabteilungen und ein spannendes Unterhaltungsprogramm für die ganze Familie waren die Highlights dieser Veranstaltung.

»K-Kreis« – Baustein für sichere Stadt

Der sogenannte „K-Kreis“ bildete den Mittelpunkt der Veranstaltung. „Der ‚K-Kreis‘ steht weltweit als einzigartiges Symbol für die Zusammenarbeit der freiwilligen und beruflichen Wiener Hilfs- und Einsatzorganisationen sowie zahlreicher Magistratsabteilungen. Die Mitglieder dieser Sicherheits-Plattform demonstrierten ihr perfektes Zusammenspiel und zeigten, warum Wien zu den sichersten Städte der Welt zählt. Der „K-Kreis“ bietet:

- Katastrophenschutz
- Katastrophenhilfe
- Kommunikation und
- Kompetenz.

Drehscheibe und gemeinsame Anlaufstelle des „K-Kreises“ ist die Stadt Wien, Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen und die Helfer Wiens (Wiener Zivilschutzverband).

Von Seiltechnikvorführungen bis zu »Sofortmaßnahmen«

Als Publikumsmagneten erwiesen sich nicht nur spektakuläre Einsatzvorführungen von Mensch und Tier, wie etwa Darbietungen der Polizeidiensthunde. Rettungsteams zeigten, worauf es beim Leben retten wirklich ankommt und gaben durch spektakuläre Einsatzvorführungen Einblicke in ihre oft gefährlichen Einsätze. Darüber hinaus demonstrierte die WEGA (Wiener Einsatzgruppe Alarmabteilung) ihren hohen



Fotos: Die Helfer Wiens

Einsatzvorführungen beim Wiener Sicherheitsfest

Ausbildungsstand in einer spannenden Seiltechnikvorführung. Nicht fehlen durfte auch die Wiener Berufsfeuerwehr mit modernsten Einsatzfahrzeugen und ihren neuesten Ausrüstungen. Aber auch das Magistrat, wie etwa die Magistratsdirektion Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen (MDKS) gab Einblicke in ihren spannenden Alltag.

Ein buntes Rahmenprogramm für Groß und Klein sorgte für abwechslungsreiche Unterhaltung und das Konzert der „Polizei Musik Wien“ ließ die gefühlten Temperaturen ansteigen. Die Vereinigten Bühnen Wien rundeten das Programm mit einem Best of aus „Tanz der Vampire“ ab. ■

<http://www.diehelferwiens.at>

»Haus der Natur« und Nationalpark - eine starke Symbiose

Im „Haus der Natur“ in Salzburg fand am 17. Oktober die Unterzeichnung der Partnerschaftvereinbarung zwischen dem „Haus der Natur“ und dem Nationalpark Hohe Tauern statt. Der derzeitige Vorsitzende des länderübergreifenden Nationalparkrates, Nationalparkreferent und Kärntens Landeshauptmann-Stv. Uwe Scheuch, die Salzburger Nationalparklandesrätin Doraja Eberle, der Tiroler Landesumweltreferent LHStv. Hannes Gschwentner und der Leiter des Hauses der Natur, Norbert Winding, bekennen sich damit zu einer über Jahrzehnte gewachsenen Zusammenarbeit, die nun in einigen Eckpunkten auch für die Zukunft ein fester Bestandteil der Weiterentwicklung des Nationalparks Hohe Tauern sein soll.

Bereits seit der Gründung des Nationalparks besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen diesem und dem Haus der Natur. Das Nationalparkzentrum Mittersill, zahlreiche Ausstellungen, Infostellen, Lehrwege, Publikationen und eine umfassende Datenbank zur Fauna und Flora der Hohen Tauern sind sichtbare Ergebnisse dieser Kooperation.

„Die bisherige Zusammenarbeit zwischen dem Haus der Natur und dem Nationalpark Hohe Tauern ist seit Jahren im Bereich Know-how und Umweltbildung besonders erfolgreich“, freut sich Scheuch. „Mit diesem Partnerschaftsübereinkommen



Foto: Büro LHStv. Scheuch

Wolfgang Urban, LH-Stv. Uwe Scheuch (Kärnten), Norbert Winding LH-Stv. Hannes Gschwentner (Salzburg) und die vier Nationalparkranger Matthias Berger, Valeria Hochgatterer, Gerald Sturm und Jonathan Pucher (vordere Reihe, v.l.)

wird dieser Symbiose nun ein würdiger Rahmen gegeben, welcher über die nächsten Jahre weiterhin die Entwicklung des Nationalparks im Bereich Wissenschaft und Umweltbildung bereichern wird.“

Schwerpunkte der vereinbarten Zusammenarbeit sind die Biodiversitätsdatenbank des Nationalparks, die Aus- und Weiterbildung der Nationalpark-Ranger sowie die Kooperation bei wissenschaftlichen Projekten. „Wir profitieren beide immens voneinander. Das Haus der Natur stellt wissenschaftliches Know-how zur Verfügung, der Nationalpark und sein Management sind

Voraussetzung, daß sich sowohl die Wissenschaft als auch die Umweltbildung qualitativ hochwertig entfalten kann“, sind sich die Direktoren des Hauses der Natur und des Nationalparks, Norbert Winding und Peter Rupitsch, Direktoriumsvorsitzender des Nationalparkrates, einig.

Nicht umsonst gilt der Nationalpark Hohe Tauern heute als „größtes Freiluftlabor“ sowie als „größtes Klassenzimmer“ Österreichs. Der Nationalpark Hohe Tauern und das Haus der Natur leisten mit der heute unterzeichneten Kooperation außerdem einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie und der österreichweiten Nationalparkstrategie.

An diesem Tag absolvierten auch vier Nationalpark-Ranger erfolgreich ihre Abschlußprüfung im Haus der Natur. Valeria Hochgatterer, Gerald Sturm, Jonathan Pucher und Matthias Berger sind nun nach dreijähriger theoretischer und praktischer Ausbildung im Nationalpark Hohe Tauern geprüfte Nationalpark-Ranger. Die Rangerausbildung wurde zusammen mit dem Haus der Natur entwickelt.

Die einzelnen Ausbildungsmodule werden über die Nationalparkakademie Hohe Tauern abgewickelt. Die Ranger sind das Aushängeschild des Nationalparks Hohe Tauern. Mit ihrer umfassenden Ausbildung vermitteln sie den Besuchern die einzigartige Natur des Parks.

<http://www.hohetauern.at>



Foto: Nationalpark Hohe Tauern

Ein Gletscherlehrweg demonstriert eindrucksvoll die Folgen der rasanten Veränderungen – auch im Nationalpark.

Individuellere Trauerfeiern

Wie würden die WienerInnen eine Bestattung gestalten?



Der Wiener Zentralfriedhof: 500 FriedhofsbesucherInnen wurden vor Allerheiligen zu ihren konkreten Wünschen befragt.

Diese Frage stellte das Meinungsforschungsinstitut Peter Hajek Public Opinion Strategies kurz vor Allerheiligen 500 Wienerinnen und Wienern im Auftrag der B&F Wien – Bestattung und Friedhöfe GmbH. Die Antworten zeigen, daß der allgemeine Trend zur Individualisierung auch vor einem traditionellen Ritus wie der Trauerfeier nicht Halt macht. 49 Prozent wünschen sich mehr Individualität und weniger Tradition bei der eigenen Bestattung. Neun Prozent sind unentschieden und 25 Prozent setzen auf die bewährten Rituale.

Eine tiefere Befragung hat die konkreten Wünsche der Wienerinnen und Wiener für den letzten Weg abgefragt. Die Befragten haben zum Teil sehr genaue Vorstellungen, wie ihre eigene Bestattung ablaufen sollte: Die Wünsche gehen vom Verlesen des Lieblingsgedichts über das Abspielen spezieller Musikstücke bis zum Trauerkondukt mit Pferdekutsche

44 Prozent der Befragten wünschen sich eine alternative Bestattung wie Einäscherung, See-, Baum- oder sogar Diamantbestattung. Auch bei Kleidung, musikalischer Begleitung und Blumenschmuck reicht die Spannweite von schlicht bis individuell und geht oft bis ins Detail (Ergebnisse siehe beiliegende Charts). Spezielle, für sie wichtige, Lieder als Begleitung auf der Trauerfeier wünscht sich knapp die Hälfte der

Befragten. Immer mehr WienerInnen würden sich an einen professionellen Nachrufredner wenden: Immerhin 30 Prozent der Befragten ziehen diese weltliche Begleitung einer geistlichen vor.

Bei der Wahl der Bestattungsform sind die Wienerinnen und Wiener zurzeit noch konservativ: „Die traditionelle Erdbestattung mit Sarg ist nach wie vor die häufigste Art der Bestattung in Wien“, berichtet Christian Fertinger, Geschäftsführer der B&F Wien. Die Bestattung und Friedhöfe Wien spüren den Trend zur Individualisierung seit geraumer Zeit in den Beratungsgesprächen und setzen auf höchstmögliche Flexibilität und ein großes Angebot von Gestaltungsmöglichkeiten. Fertinger: „Natürlich versuchen wir, möglichst alle Wünsche der Hinterbliebenen umzusetzen. Allerdings müssen diese den geltenden Gesetzen entsprechen.“

Erst kürzlich mußte das Ansinnen eines Wieners abgelehnt werden, der verfügen wollte, daß nach seinem Ableben die Asche von der Mittelfeldauflage des Hanappi-Stadions verstreut werden solle. Das Wiener Sanitätsgesetz untersagt das Verstreuen der Asche eines oder einer Verstorbenen.

Einen noch ungewöhnlicheren Wunsch kann die Bestattung Wien gegebenenfalls erfüllen: „Es hat zwei Anfragen von Wienern für eine kryonische Konservierung nach dem Ableben gegeben. Bei diesem Verfahren

wird der Körper des Verstorbenen bei minus 196 Grad auf Trockeneis gelagert und in ein spezielles Institut in der Nähe von Detroit, USA, überführt. Dort hofft man, eines Tages in der Lage sein zu können, den Toten wieder zu erwecken“, erklärt Fertinger. Die Überführung in die USA sowie die entsprechende Konservierung auf Trockeneis kann die Bestattung Wien auf Wunsch durchführen.

Generell gibt es kein anderes Bestattungsunternehmen in Österreich, das vergleichbare Erfahrung mit internationalen Überführungen hat, erklärt Fertinger. „Wir organisieren rund 150 Flug-Überführungen pro Jahr. Viele davon in Länder wie Israel, Iran oder Saudi Arabien.“ Bei manchen Konfessionen kommt neben der aufwendigen Bürokratie auch noch erheblicher Zeitdruck aus religiösen Gründen dazu: Menschen mosaischen oder muslimischen Glaubens sollten innerhalb von 24 Stunden nach dem Ableben bestattet werden. „Unser Team schafft das in vielen Fällen – auch wenn der Ort der Bestattung Tausende Kilometer von Wien entfernt liegt“, so Fertinger.

Für Bestattungen in Wien steht den Hinterbliebenen ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur Verfügung, um den letzten Weg eines Angehörigen so individuell wie gewünscht zu gestalten. ■

<http://www.bestattungwien.at>

Fest des jugendlichen Ideenreichtums

Beeindruckender Präsentationsabend zum Jugendprojektwettbewerb 2010



Fotos: VLK/Ch. Kees

Beeindruckender Präsentationsabend zum Jugendprojektwettbewerb 2010 im ORF-Landesstudio Dornbirn

Wenn engagierte junge Menschen ihre Kreativität und ihren Ideenreichtum im Teamwork einbringen, dann kommen dabei unterhaltsame und zugleich hochinteressante Projekte heraus.“ Mit diesen Worten lobte Vorarlbergs Landesrätin Greti Schmid die Darbietungen beim regionalen Präsentationsabend zum Jugendprojektwettbewerb 2010 am 16. Oktober in Dornbirn.

12 Projektgruppen mit insgesamt 80 beteiligten Jugendlichen aus ganz Vorarlberg stellten sich im ORF-Landesstudio dem Publikum. Sie waren von der Jury in einer Vorbewertung ausgewählt worden, um am Präsentationsabend die Besten zu ermitteln. Im Anschluß an die bunten und informativen Projektvorstellungen sowie die Juryberatung stand das Ergebnis fest: Der Sieg ging an die Gruppe der Offenen Jugendarbeit Bregenzerwald mit ihrem Projekt „Schlagkräftig mit Verstand“. Die Jury begründete ihre Entscheidung insbesondere damit, daß gerade im Zeitalter wo Mobbing ein großes Thema ist, dieses auch angesprochen werden darf und soll.

Die Gruppe Culture Factory Y schaffte es mit „Politik on Tour“ auf den zweiten Rang.



Landesrätin Greti Schmid gratulierte

Mit „Bio-Bücher-Ei“ landete die Gruppe Junge Bibliothek, Walsertal auf Platz drei. Und die Gruppe Offene Jugendarbeit Dornbirn erreichte mit ihrem Projekt „Fenster-salat“ den vierten Rang. Aufgrund des besonderen Sozialen Engagements durfte sich die Hoch-Einradgruppe aus Götzis über einen Sonderpreis freuen.

Auch das Rahmenprogramm am Präsentationsabend konnte sich sehen lassen. Die Dancecrews „PPM, PPG und die Dance Crasher“ der Jugendarbeit Westend sorgten für Stimmung und beste Unterhaltung. Und das leibliche Wohl der Gäste, Freunde und Fans wurde mit einer klimagerechten Jause des Jugendarbeitsprojektes „Gute Geister“ aus Lustenau bedient.

Die prämierten Jugendprojekte werden Vorarlberg beim interregionalen Finale vertreten, das am 20. November im Kulturlokal Kreppele in der Schweizer Stadt Buchs über die Bühne gehen wird. Dort präsentieren sie sich gemeinsam mit den GewinnerInnen der Jugendprojektwettbewerbe aus Lichtenstein und St. Gallen. ■

KWP-Geburtstagsfest mit Bürgermeister Häupl

Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser feierte 50. Geburtstag

Genau vor 50 Jahren, nämlich am 7. Oktober 1960, wurde der gemeinnützige Fonds „Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser“ (KWP) vom Wiener Gemeinderat gegründet. Aus diesem Grund feierten die rund 300 BewohnerInnen und MitarbeiterInnen im Pensionisten-Wohnhaus Margareten am 17. Oktober ein großes Geburtstagsfest. Unter den Gratulanten: Bürgermeister Michael Häupl, die Präsidentin des KWP, Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely sowie Bezirksvorsteher Kurt Wimmer.

„Die Häuser zum Leben haben sich in den vergangenen 50 Jahren dynamisch entwickelt. In den 1960er Jahren haben sie leistbare, neue Wohnstandards gesetzt, jetzt geht es den BewohnerInnen zusätzlich auch um ein sozial sicheres Wohnen mit Betreuung im Alltag. Darüber hinaus bieten die Häuser zum Leben neben gelebten Hausgemeinschaften ein abwechslungsreiches Freizeitprogramm, das seinesgleichen sucht“, strich Bürgermeister Häupl die Vorzüge der Häuser zum Leben hervor. Gleichzeitig betonte Häupl die Zukunftsperspektive: „Die Häuser zum Leben werden auch in Zukunft ein attraktives Angebot für die WienerInnen bieten. Die vier innovativen Wohn- und Pflegehäuser, zwei werden bereits gebaut, sind ein Garant dafür.“

Die 31 „Häuser zum Leben“ bieten selbstbestimmtes Wohnen und damit Lebensqualität für rund 9300 BewohnerInnen in fast allen Bezirken. Gemeinsam mit den 172 Pensionistenklubs und Seniorentreffs der Stadt Wien ist das KWP österreichweit der größte Anbieter von SeniorInnenbetreuung.

Die „Häuser zum Leben“ waren bei ihrer Gründung unter Bürgermeister Franz Jonas und Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi 1960 als wichtige soziale Leistung der Stadt für einen gesicherten Lebensabend der Kriegsgeneration eingerichtet worden. In den darauffolgenden Jahrzehnten entwickelte sich die Organisation weiter und ist heute in Österreich führend bei Wohn- und Pflegeeinrichtungen für SeniorInnen.

Während zu Beginn der häufigste Einzuggrund die komfortablere Wohnung war,



Foto: Schaub-Walzer / PID

Bürgermeister Michael Häupl, Präsidentin des KWP, Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely, die Geschäftsführerin des KWP, Gabriele Graumann, und die 90jährige Josefa Capek feierten den 50. Geburtstag des KWP.



Foto: KWP

»Häuser zum Leben«: Partnerschaftliches Zusammenleben wie in der eigenen Wohnung

so stehen heute für die SeniorInnen die Betreuungssicherheit bei Erkrankung oder Pflegebedürftigkeit, die Erhaltung der sozialen Kontakte und eine aktive Freizeitgestaltung im Vordergrund. Der Marktentwicklung entsprechend wurde das KWP daher in den letzten Jahren einem starken Wandel unterzogen. Zeitgemäße Ausstattungs- und Dienst-

leistungsstandards wurden umgesetzt, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Gefeiert wurde der Geburtstag zeitgleich in allen 31 „Häusern zum Leben“ mit den BewohnerInnen sowie 3400 MitarbeiterInnen.

<http://www.kwp.at>

Viel Vergnügen im alten Wien

Having a Good Time in Old Vienna



Foto: Österreich Journal

Das Riesenrad im Wiener Prater zählt – neben dem Stephansdom – zu den weltbekanntesten Wahrzeichen der Stadt.

Technik dominiert heute die Welt der Unterhaltung – MP3-Player, Internet, Fernsehen. Die Menschen im Wien des 19. Jahrhunderts konnten davon nicht einmal träumen und doch setzten sie Maßstäbe des Vergnügens für die damalige Zeit und teilweise auch für die Gegenwart. In Tanzsälen, die bis zu 10.000 Gäste faßten, ließen sie sich zu den Klängen von Joseph Lanner oder Johann Strauß verzaubern. Im Prater wurde Venedig samt Lagunen und echten Gondeln nachgebaut, Buffalo Bill zeigte seine „Wild West Show“. In Hietzing stand eine Kopie der Alhambra von Granada und die größten Zirkusse der Welt waren zu Besuch. Das Buch „Viel Vergnügen im alten Wien“ von Erich Vorrath, erschienen im Carl Gerold's Sohn Verlag, lädt zu einer fröhlichen Reise in die Vergangenheit der einstigen Kaiserstadt ein.

Das 19. Jahrhundert war für Wien eine bewegte Zeit. Am Anfang hallte Kanonendonner der Schlachten von Aspern und Deutsch-Wagram bis in die Innenstadt. Napoleon residierte für kurze Zeit in Schönbrunn bis sich der Wiener Kongreß einnistete,

um über die Neuordnung Europas zu beraten und sich dabei köstlich zu amüsieren. Staatskanzler Metternichs strenges Regiment führte zum Revolutionsjahr 1848. Auf Befehl des jungen Kaisers Franz Joseph wich die mittelalterliche Stadtmauer der Ringstraße und ihren Prachtbauten. Wien verschmolz mit seinen Vorstädten und wuchs rasant. Als Begleitmusik zu diesen historischen Ereignissen eroberte ein neuer Tanz im Dreivierteltakt die Welt.

Wiener Tanzvergnügen und Theaterzauber

Die Hauptstadt der Donaumonarchie wurde zur Weltstadt der Musik. Der Siegeszug des Walzers war nicht mehr aufzuhalten. Längst vergessene Tanzpaläste von monumentalem Ausmaß stillten die Sehnsucht der Menschen nach glanzvollen Festen. Das Apollo mit seinen 36 Sälen bot bis zu 10.000 Gästen Platz, ähnlich das Odeon oder Schwendner's Kolosseum. Johann Strauß Sohn gab sein Debut im Dommayers Casino in Hietzing 1844. Vom Hofball bis

zum Sperl oder Sophienbadsaal, alles drehte sich im Walzertakt.

Auch das Theater erlebte im Wiener Biedermeier seine Blütezeit. Einige der berühmtesten Bühnen der damaligen Zeit fielen jedoch der Umgestaltung der Innenstadt zum Opfer und sind heute nur noch Erinnerung. Das alte Hofburgtheater am Michaelerplatz, das Kärntnertheater an der Stelle des heutigen Hotel Sacher oder das Carltheater in der Praterstraße. Erhalten blieben: Das Theater an der Wien, ewig verbunden mit dem Schauspieler und Librettisten von Mozarts „Zauberflöte“, Emanuel Schikaneder, oder das Theater in der Josefstadt. Große Namen wie Ferdinand Raimund und Johann Nestroy, die auch selber in ihren Stücken spielten, oder Josef Anton Stranitzky, dem Schöpfer des Wiener Wursttels, bilden den Grundstein für die vielseitige Wiener Theaterszene der Gegenwart.

Prater und Zirkus

In Erich Vorraths Buch kommt auch der älteste Vergnügungspark der Welt mit seiner

Chronik

Abbildungen: commons.wikimedia / Autor: unbekannt



Das Kärntnertortheater um 1830 – an seiner Stelle steht heute das Hotel Sacher.

abwechslungsreichen Geschichte nicht zu kurz. Der Prater, der sich vom kaiserlichen Jagdrevier zur Erlebnismeile der Superlative entwickelte, hatte schon immer einen besonderen Platz im Herzen der WienerInnen. Für die Kleinsten eröffnete 1835 das erste Kasperltheater, das Fernweh der Erwachsenen wurde mit dem Bau einer Miniaturausgabe Venedigs mit echten Lagunen und Gondeln gestillt. 1897 erhielt Wien sein berühmtes Wahrzeichen – das Riesenrad.

Der Prater diente auch als Kulisse für Aufführungen der berühmtesten Zirkusse jener Zeit – allen voran Barnum & Bailey's „Größte Schaustellung der Welt“. Auch jener Mann, der lange vor John Wayne für die Menschen im 19. Jahrhundert der Inbegriff des amerikanischen Cowboy war, Buffalo Bill, machte mit seiner „Wild West Show“ zweimal in Wien Station. Amerikanische Ureinwohner, Coltduelle vor dem Saloon und Rodeos – hautnah im Wiener Prater.

Könige des Walzers und der Operette

Die Entstehungsgeschichte des Walzers ist untrennbar mit seinen berühmtesten Schöpfern verbunden. Allen voran Joseph Lanner und Johann Strauß Vater, die sogar eine Zeit lang zusammen auftraten. Beide hinterließen ein großes musikalisches Vermächtnis. Strauß schenkte der Welt aber auch drei Söhne: Johann, Joseph und Eduard, die in die Fußstapfen ihres Vaters traten und die bedeutende Walzer-Dynastie begründeten. Johann Strauß Sohn wurde bald der größte und weltberühmte Walzerkönig. Er beließ es aber nicht nur beim Dreivierteltakt, sondern

wanderte auch in die Welt der Operette, ermuntert von keinem geringeren als Jacques



Johann Strauß Sohn (1825-1899)

Offenbach. „Glauben Sie mir, Walzertänze, so charmant sie auch sein mögen, sind nicht genug für einen Mann Ihrer Begabung. Sie müssen sich aufraffen, für die Bühne zu schreiben. Operetten“, sagte Offenbach bei ihrer ersten Begegnung.

„Was uns so wienerisch erscheint, stammt in Wahrheit aus Paris – Jacques Offenbach gilt als der eigentliche Schöpfer der Operette“, schreibt Erich Vorrath in seinem Kapitel über diese Musikform. Aber der „Wiener

Beitrag“ ließ nicht lange auf sich warten. Franz von Suppé, Karl Millöcker, um nur einige zu nennen, bis hin zu Emmerich Kálmán oder Franz Lehár drückten der Operette ihren eigenen Stempel auf. Und natürlich Johann Strauß Sohn. Vorrath erinnert auch an die großen Sängerinnen und Sänger sowie Schauspieler jener Zeit, wie Marie Geisinger, Josefine Gallmeyer oder Alexander Girardi.

Beim Heurigen und den Schrammeln

Eine Vergnügungsreise durch das alte Wien wäre nicht komplett ohne die traditionsreiche und unsterbliche Institution des Heurigen und des Wiener Liedes. In drei Kapiteln widmet sich Erich Vorrath den berühmten Buschenschänken und ihren Weinbauern, die sich bis heute erhalten haben sowie den Volkssängern, die das Wiener Lied unsterblich gemacht haben. Allen voran die legendären Schrammeln, aber auch Edmund Guschelbauer, Emilie Turecek alias Fiakermilli oder Josef Bratfisch, im Hauptberuf eigentlich Leibfiaker von Kronprinz Rudolf. Ihre größten Erfolge feierten sie alle in den berühmten Heurigen der Stadt, wie dem Stahlehner, dem Gschwandner oder der 10er Marie.

Erich Vorraths Buch „Viel Vergnügen im alten Wien“ ist zugleich Einladung und Streifzug in die Vergnügungswelt der Donaumetropole im 19. Jahrhundert. Mit unterhaltsamen und zugleich wissenswerten Anekdoten und Details erzählt Vorrath, wie die WienerInnen trotz oder vielleicht wegen großer und folgenreicher historischer Ereignisse eine Leichtigkeit des Seins zelebrierten, die ihresgleichen auch in der Gegenwart sucht. Die wichtigsten Protagonisten dieser fröhlichen Seiten des damaligen Lebens schufen musikalische und literarische Kunstwerke von Weltgeltung und gaben „ihrem“ Wien jenen Esprit, der diese Stadt weiterhin prägt und weltberühmt macht. ■

<http://www.cgs-verlag.at>

**Viel Vergnügen im alten Wien
Having a Good Time in Old Vienna**

Von Erich Vorrath
Verlag: Carl Gerold's
Sohn Verlagsbuch-
handlung KG, Wien,
Mai 2009, Hardcover,
230 x 250 mm, 144 S.
Deutsch/Englisch
Viele Farb- und SW-
Abbildungen
Euro 39,-, ISBN: 978-3-9502631-2-1
<http://www.cgs-verlag.at>



Er hieß Maurer...

er war ein Bauer – und er wurde zum Baumeister Niederösterreichs. Am 26. Oktober starb Altlandeshauptmann Andreas Maurer im 91. Lebensjahr.

Von Herbert Pollak und Hans Maad *)

Andreas Maurer hat das schönste Denkmal erhalten, das ein Mensch bekommen kann, sagt Landtagspräsident Hans Penz in seiner berührenden Trauerrede, Maurer stehe in den Herzen der Mitmenschen.

Die Sonne lacht vom Himmel, doch die Stimmung im Landtagssaal ist am Mittag des 29. Oktober mehr als gedrückt, als der Präsident des Landtags zu seiner „schmerzlichsten und gleichzeitig auch ehrenvollsten Aufgabe“ schreitet. Es ist eine Trauerrede, in der Hans Penz sichtlich bewegt nach jenen Worten sucht, die dem Verstorbenen gerecht werden sollten.

»Man ist fassungs- und sprachlos«

Natürlich müsse man bei einem Menschen, der 91 Jahre sei, damit rechnen, daß jener Tag nicht mehr fern sei, wo man für immer Abschied nehmen müsse. „Und doch, ist es dann so weit, ist man fassungslos, sprachlos und wortlos“, artikuliert Penz leise und doch zugleich auch voller Emotion.

„Sei der, der Du bist“, riet Andreas Maurer immer, ein Grundsatz, den der Alt-Landeshauptmann selbst wie kein anderer verkörperte und den er seinen Weggefährten immer wieder in Erinnerung rief. Mit diesem Grundsatz habe Andreas Maurer Unschätzbare für unser Land geleistet, sowohl menschlich wie politisch. „Er besaß schier unerschöpfliche Kraft, Leidenschaft und Überzeugung. Eigenschaften, die in Maurers schrecklichen Erfahrungen aus der Zeit des Kriegs und des Nationalsozialismus wurzeln“, erinnert Penz. Es sind dies Erlebnisse, die den Betroffenen nicht mehr los lassen. „Er sprach noch vor wenigen Tagen davon, als ich ihn in seinem Haus in Trautmannsdorf besuchte.“

Die großen Leistungen eines großen Politikers

Andreas Maurer hat am Beginn seiner Ära als Landeshauptmann gewaltige Herausforderungen meistern müssen. Er hat ein Land, das durch einen Skandal erschüttert war,

*) Herbert Pollak ist seit 1. August 2007 Redaktionsleiter der NÖ Ausgabe der „Österreichischen Bauernzeitung“, Hans Maad schreibt dort seit August 2005.

Foto: ZVG

LH Pröll: »Das Land trägt seine Handschrift«



LH Erwin Pröll gratulierte 2009 Alt-LH Andreas Maurer zum 90. Geburtstag.

Er hat dieses Land geliebt. Er war diesem Land bis in die tiefste Seele verbunden und er hat sein Leben diesem Land gewidmet“, sagte Landeshauptmann Erwin Pröll im Rahmen der Trauersitzung der NÖ Landesregierung zum Tod von Landeshauptmann a. D. Andreas Maurer.

Ohne Andreas Maurer wäre Niederösterreich „nicht das, was es heute ist, und nicht dort, wo es heute ist“, so Pröll in seiner Trauerrede: „Er hat das Fundament für das heutige Niederösterreich gelegt. Er war der Baumeister Niederösterreichs.“

Den Bau von Straßen und Brücken, die Verbesserung von Schulstruktur und Schulorganisation, den Beschluß einer neuen Landesverfassung, die Abwicklung von großen Betriebsansiedlungen und die Neuordnung der Gemeindestruktur nannte Landeshauptmann Pröll u. a. als Beispiele für das Wirken seines Vor-Vorgängers. „Andreas Maurer hat Spuren hinterlassen. Das Land trägt seine Handschrift“, so Pröll.

Durch seine Persönlichkeit sei Andreas Maurer ein „Vorbild im Dienst und Dienen an der Heimat“, gewesen, betonte der Landeshauptmann weiters. Für ihn persönlich, so Pröll, sei Andreas Maurer bis zu-

letzt „ein aufrichtiger Begleiter, ein hilfreicher Ratgeber und ein väterlicher Freund“ gewesen.

Andreas Maurer habe auch nach seinem Ausscheiden aus der Landesregierung „das Land nie aus den Augen verloren“, sagte der Landeshauptmann abschließend: „Andreas Maurer war ein großer Sohn unseres Landes, eine große Persönlichkeit und ein großartiger Mensch.“

Andreas Maurer war über 16 Jahre Mitglied der NÖ Landesregierung und hat an rund 700 Regierungssitzungen teilgenommen. Von November 1966 bis Jänner 1981 bekleidete er das Amt des Landeshauptmannes.

Nach der Trauersitzung der NÖ Landesregierung trat auch der NÖ Landtag zu einer Trauerkundgebung zusammen. Danach folgte der Abschied durch die Landesregierung und die Landtagsabgeordneten in der Landhauskapelle. Nach der Verabschiedung der Vereine hat Diözesanbischof Klaus Küng die feierliche Einsegnung vorgenommen. Im Anschluß erfolgte die Überführung des Sarges nach Trautmannsdorf, wo am 30. Oktober die Beisetzung stattfand.

Personalia

wieder geeint, er hat den Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben, er hat Niederösterreich wirtschaftlich auf die Überholspur gebracht – unter seiner Ägide wurden die Donaubrücken in Krems, Hainburg und Melk gebaut und die Landesausstellungen in den Regionen eingeführt.

Andreas Maurer habe damit die Saat für ein neues Selbstbewußtsein, für ein niederösterreichisches Landesbewußtsein gelegt.

Oft gab es heftige Widerstände

Heftig war der Widerstand gegen die Gemeindezusammenlegungen, die Maurer initiiert hat. Er habe Niederösterreich vom Agrarland zum Industrieland gemacht, war Wegbereiter eines neuen Demokratieverständnisses, in dem Niederösterreich als erstes Bundesland eine Verfassung erhielt, in der die Mitbestimmungsrechte von Bürgern und Gemeinden festgeschrieben wurden. Vorreiter war Niederösterreich auch in anderen Dingen. Als erstes Bundesland erhielt es ein Raumordnungsgesetz, ein Sportförderungsgesetz, ein Landwirtschaftsgesetz und eine Umweltschutzanstalt.

Der verstorbene Alt-Landeshauptmann sei ein Mensch klarer Wertvorstellungen gewesen. Maurer seien die Achtung vor anderen, der Respekt vor der Schöpfung und sein tiefer Glaube ein festes Fundament gewesen. Und Maurer, so der Landtagspräsident, hat mit seiner starken Persönlichkeit bewiesen, daß sich menschliche Größe und politischer Erfolg nicht ausschließen müssen.

Warum Maurer ein moderner Politiker war

Andreas Maurer war wahrscheinlich der modernste Politiker seine Zeit. Dies argumentiert Penz mit Maurers Bereitschaft und Fähigkeit auf Menschen zuzugehen, zuzuhören und immer auch dazuzulernen. Das sei auch Maurers Gabe zuzuschreiben, mit jedermann auf Augenhöhe zu sprechen, er konnte mit gekrönten Häuptern genauso kommunizieren, wie mit Gemeindefunktionären.

Legendär auch Maurers Liebe zum Land und seinen Menschen, seine Verbundenheit mit der Blasmusik, die sich auch so dokumentiert hat, daß Maurer das Mundstück für sein geliebtes Baßflügelhorn immer in seiner Hosentasche mit gehabt habe.

Lebensleistung schon zu Lebzeiten anerkannt

Andreas Maurer habe jenen Mut und Weiblick gezeigt, der heute in der Tages-



LH Erwin Pröll bei der Trauersitzung der NÖ Landesregierung



Einsegnung in der Landhauskapelle durch Bischof Klaus Küng



Die Mitglieder der Landesregierung vor dem Niederösterreichischen Landhaus

Fotos: NLK Johann Pfeiffer



Foto: NLK Johann Pfeiffer

Landeshauptmann Erwin Pröll verabschiedet sich von seinem Vor-Vorgänger in der Kirche von Trautmannsdorf.

politik so oft vermißt werde. Er hat Politik gemacht, aber nicht indem er Papiere vorlegte, sondern Politik vorlebte. Das „Wir“ sei ihm immer wichtiger als das „Wer“ gewesen.

Daß dies alles offenbar auf fruchtbaren Boden gefallen ist, zeige die Tatsache, daß Maurers Lebensleistung schon zu seinen Lebzeiten erkannt und anerkannt wurde. „Das ist eine Gnade“, urteilt Penz.

Und in christlicher Überzeugung sagt Hans Penz: „Danke für alles, was Du für uns gewesen bist und was Du für dieses Land geleistet hast.“

Begräbnis unter großer Anteilnahme

Requiem und Beisetzung von Altlandeshauptmann Ök.-Rat Andreas Maurer haben am 30. Oktober im Heimatort des Verewigten in Trautmannsdorf an der Leitha stattgefunden. Gemeinsam mit Hunderten Trauergästen haben zahlreiche Wegbegleiter dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen. Aus der Politik erwähnt seien Landeshauptmann a.D. Siegfried Ludwig, Außenminister a.D. Alois Mock sowie Vizekanzler

und ÖVP-Chef Josef Pröll. Angeführt von Erwin Pröll und Landtagspräsident Hans Penz war die gesamte NÖ Landesregierung bei dem Begräbnis anwesend.

Zelebriert hat des Requiem der ememalige Wiener Weihbischof Helmut Krätzl, der als „Freund dem Freund“ dankte und Maurer als „erdverbunden, lebensnah und unerschrocken“ charakterisierte. Namens Kardinal Christoph Schönborn und der Erzdiözese Wien würdigte Bischof Krätzls den Verstorbenen für sein glaubwürdiges christliches Lebenszeugnis, für sein Beispiel als Familienvater und für seine hervorragende Politik. Ganz besonders galt Bischof Krätzls Dank auch der Gattin des Verstorbenen, Hermine. Assiiert bei der Meßfeier haben der Klosterneuburger Propst Bernhard Backovsky, der Herzogenburger Propst Maximilian Fürnsinn und der Melker Abt Burkhard Ellegast. Auch der Evangelische Superintendent Paul Weiland hat an den Feierlichkeiten teilgenommen. ■

Danke der „Österreichischen BauernZeitung“, daß wir diesen Beitrag übernehmen durften!
<http://www.bauernzeitung.at>

Aus den Kondolenzen

Bundespräsident Heinz Fischer

Bundespräsident Heinz Fischer hat in einem Schreiben der Witwe des verstorbenen niederösterreichischen Alt-Landeshauptmanns Andreas Maurer kondoliert. Darin würdigte das Staatsoberhaupt, daß Maurer als Gemeindevandatar, Landesrat und vor allem während seines 15jährigen Wirkens als Landeshauptmann maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur Modernisierung Niederösterreichs beigetragen habe. Vom Tod Maurers habe er mit großer Betroffenheit gehört. Dieser habe Niederösterreich und seinen Menschen mit großer Hingabe gedient. Weit über die Grenzen des Bundeslandes würden sich daher viele Menschen mit Dankbarkeit und großem Respekt seiner erinnern – „und auch ich werde ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren“, schreibt der Bundespräsident.

Bundeskanzler Werner Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann würdigte Andras Maurers Lebenswerk: „Österreich verliert mit Andreas Maurer einen großen

Personalia

Patrioten, der sich um Österreich und sein Land Niederösterreich im höchsten Maße verdient gemacht hat. Die österreichische Bauernschaft verliert eine ihrer prägenden Persönlichkeiten des letzten Jahrhunderts.“

Andreas Maurer sei in allen seinen Funktionen als Gemeinderat in Trautmannsdorf an der Leitha, als Landtagsabgeordneter, Landesrat und von 1966 bis 1981 als Landeshauptmann von Niederösterreich in der ihm eigenen, sympathischen Art der Volksverbundenheit immer bei den Sorgen und Nöten der Menschen gewesen. „Sein Herz und seine ganze politische Kraft galten seinem Heimatland Niederösterreich und der österreichischen und niederösterreichischen Bauernschaft“, so Faymann.

„Namens der Bundesregierung und in meinem eigenen Namen möchte ich der Familie von Alt-Landeshauptmann Maurer und dem Land Niederösterreich mein tiefempfundenes Mitgefühl über den Verlust dieser großen politischen Persönlichkeit zum Ausdruck bringen. Wir werden Andreas Maurer in guter Erinnerung bewahren“, schloß der Bundeskanzler.

Vizekanzler Josef Pröll

Tief betroffen über das Ableben des langjährigen Landeshauptmannes von Niederösterreich, Andreas Maurer, zeigte sich ÖVP-Bundesparteiobmann Finanzminister Josef Pröll. „Die Volkspartei verliert mit Andreas Maurer einen großen Niederösterreicher, der wesentlich am Aufbau des Bundeslandes nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligt war und sich stets mit ganzer Seele für die Menschen in Niederösterreich, speziell für den Bauernstand, eingesetzt hat“, so Pröll.

„Andreas Maurer war ein großer Europäer und Niederösterreicher. Er war auch ein großer Reformator, der stets die Zeichen der Zeit erkannt hat und der mit seinem unermüdeten Einsatz für die Weiterentwicklung seines Bundeslandes die Grundlagen für die beispiellose Erfolgsgeschichte Niederösterreichs gelegt hat. Unser Mitgefühl gilt in diesen Stunden seiner Familie und seinen Angehörigen“, so Pröll abschließend.

Bundesratspräsident Martin Preiner

„Andreas Maurer war nicht nur ein Baumeister des modernen Niederösterreich, er war auch ein bodenständiger und prinzipientreuer Politiker, der von seiner bäuerlichen Herkunft tief geprägt war“, sagte der Bundesratspräsident und Stellvertretende Obmann des NÖ Bauernbundes Martin Preiner zum Ableben des ehemaligen nieder-

österreichischen Landeshauptmannes. „Ich bin sehr betroffen von Maurers Ableben, der viele Weichen für ein fortschrittliches Niederösterreich gestellt hat. Mein Mitgefühl gilt besonders seiner Witwe Hermine, mit der er über 60 Jahre lang verheiratet war“, so Preiner.

„In all seinen Funktionen hat er stets die bäuerlichen Werte hochgehalten. Mit Andreas Maurer verliert die Bauernschaft eines ihrer großen Vorbilder. Andreas Maurer wird aber nicht vergessen werden. Seine Vorbildfunktion wird über seinen Tod hinaus erhalten bleiben“, so Preiner abschließend.

Bauernbund-Präsident Fritz Grillitsch

„Andreas Maurer war eine politische Persönlichkeit, die Sachpolitik, Handschlagqualität und Wertorientierung auf sich vereinen konnte. Das macht den NÖ Alt-Landeshauptmann auch zum Vorbild für unser heutiges politisches Entscheiden und Handeln“, bedauert Bauernbund-Präsident Fritz Grillitsch das Ableben des 91jährigen Politikers. „Tief im Bauernstand verwurzelt, verstand Maurer die Sorgen und Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung. Zugleich ist es ihm aber auch gelungen, notwendige Neuerungen durch- und umzusetzen und das Land Niederösterreich mit Sorgfalt und Umsicht für alle Bevölkerungsteile weiterzuentwickeln“, so Grillitsch. Wie kein Zweiter habe Maurer somit die 70er- und 80er-Jahre in seinem Bundesland und darüber hinaus geprägt. „Seine Ära als Landeshauptmann und als Obmann des NÖ Bauernbundes wirkt auf seine Nachfolger bis heute positiv

nach. Mit Maurer verliert Österreich eine echte und äußerst verdiente Politiker-Persönlichkeit“, schloß Grillitsch.

Landesrätin Barbara Rosenkranz

„Mit Alt-Landeshauptmann Maurer verliert Niederösterreich einen verdienten Politiker, die Maxime seines Tuns waren immer die Menschen in diesem Land!“, sagte LR Barbara Rosenkranz. „In seiner Amtszeit wurde der Grundstein für das heutige Niederösterreich gelegt, herausragende Verdienste hat sich Maurer in der Neuaufstellung der Infrastruktur in unserem Bundesland erworben“, so die Landesrätin weiter.

„Ich möchte daher seiner Familie meine aufrichtige Anteilnahme ausdrücken, Andreas Maurer wird in den Herzen der Niederösterreicher bleiben“, schloß Rosenkranz.

Klubobfrau der NÖ Grünen, Marlene Petrovic

Madeleine Petrovic, Klubobfrau der Grünen Niederösterreich, konnte den Tod von Alt-Landeshauptmann Andreas Maurer „noch gar nicht fassen: Er war stets präsent bei allen festlichen Anlässen in Niederösterreich oder im Palais Niederösterreich in Wien. Erst vor kurzem hat er ein Buch präsentiert. Sein Tod ist noch sehr unwirklich“, so Petrovic. Die Grüne ist sich aber sicher, daß er auch weiterhin präsent sein wird. „Sein Herz schlug für Niederösterreich. Er war ein ruhiger und besonnener Landeshauptmann, der das Land mit seinen Worten und Taten geprägt hat – so einen Mann verißt man nicht“, so Petrovic. ■

Andreas Maurer, Erinnerungen Bearbeitet von Gerda Mraz

Andreas Maurer, Jahrgang 1919, gilt als Urgestein der österreichischen Politik. Sein Lebensplan war, die Bauernwirtschaft der Eltern zu übernehmen. Aber es kam anders. Als Mittzwanziger lehnte er sich gegen Maßnahmen des Bezirksbauernrates auf und wurde anschließend in dieses Gremium berufen. Das war der Anfang einer steilen politischen Karriere. Andreas Maurer war von 1964 bis 1966 Landesrat unter Leopold Figl und 1966 bis 1981 Landeshauptmann von Niederösterreich. Die wichtigsten Neuerungen seiner Zeit sind der Ausbau des Straßennetzes, der Bau von drei Donaubrücken, zahlreiche bildungspolitische Maßnahmen wie ein flächendeckendes Netz von kostenfreien Kindergärten und Schulen und das Ende der achtklassigen Volksschule und die Einführung der Hauptschulpflicht bzw. den

Ausbau des höheren Schulwesens. 1980 eröffnet er in Niederösterreich die 1000. Schule.

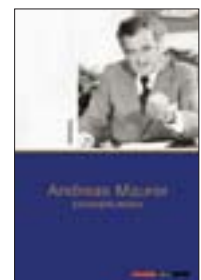
Die Historikerin Gerda Mraz hat die autobiographischen Texte aufgezeichnet und um eine sorgfältig recherchierte, umfangreiche Fotodokumentation über Persönlichkeit und Lebensweg des Autors ergänzt.

Andreas Maurer, Erinnerungen *Bearbeitet von Gerda Mraz*

2009, 208 S.
149 s/w u. farb. Abb.
23,5 x 15,5 cm
Gb. mit SU.

Preis: € 24,90
978-3-205-78314-5

<http://www.boehrlau.at/978-3-205-78314-5.html>



Goldene Ehrenmedaille an Albert Hochleitner

Würdigung des Engagements des langjährigen
Siemens Generaldirektors durch die Stadt Wien

Wiens Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Vizebürgermeisterin Renate Brauner überreichte am 3. November im Beisein von Bürgermeister Michael Häupl sowie zahlreicher hoher Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in feierlichem Rahmen die „Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold“. Träger dieser hohen Auszeichnung ist Albert Hochleitner, langjähriger Vorsitzender des Vorstandes der Siemens AG Österreich sowie ehemaliger Präsident der Industriellenvereinigung (IV) Wien.

In ihrer Laudatio bezeichnete Brauner Hochleitner als „exzellenten Manager und profunden Kenner der österreichischen Wirtschafts- und Politiklandschaft, der in verschiedensten Funktionen den Wirtschafts- und Industriestandort Wien nachhaltig positiv geprägt hat“. Unter seiner Führung entwickelte sich Siemens Österreich zur viel zitierten „Perle“ und ertragreichsten Tochter innerhalb des weltweiten Konzerns. Siemens Österreich bekam zusätzliche Verantwortung für zahlreiche Landesgesellschaften und entwickelte sich zu einem Anbieter einer vielfältigen Angebotspalette von hochinnovativen Produkten und Dienstleistungen. „Albert Hochleitner hat damit nicht nur das Unternehmen in eine viel versprechende Zukunft geführt, er hat auch den Standort Wien nachhaltig aufgewertet“, so Brauner. Hochleitner habe stets „visionär in die Zukunft geblickt“ und durch sein Engagement gerade auch im Forschungs- und Technologiebereich maßgeblich zur erfolgreichen Entwicklung Wiens als Wissenshauptstadt beigetragen. Hochleitner habe „den europäischen Gedanken mit Leben erfüllt“ und durch die Forcierung überregionaler Kooperationen auch zur Positionierung Wiens als Wirtschaftsdrehscheibe im Herzen von Zentral- und Osteuropa wesentlich beigetragen, betonte die Vizebürgermeisterin.

Albert Hochleitner

Albert Hochleitner wurde am 4. Juli 1940 in Wien geboren. Nach der Matura begann er an der Technischen Hochschule Wien Tech-



Foto: media wien / PID

Albert Hochleitner erhält »Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold«, im Bild mit Bürgermeister Michael Häupl (l.) und Vizebürgermeisterin Renate Brauner.

nische Physik zu studieren. 1965 schloß er das Studium mit der Sponson zum Diplomingenieur ab. Seine berufliche Laufbahn begann bei den damaligen Wiener Schwachstromwerken, wo er 1967 Abteilungsleiter der Softwareentwicklung für den Bereich Energietechnik wurde. Im Jahr 1977 übernahm er die Leitung der Abteilung Entwicklungen für Automatisierungs- und Leitchnik des Bereiches Programm- und Systementwicklung bei der 1971 gegründeten Siemens AG Österreich. Unter seiner Führung entwickelte sich die Siemens Programm- und Systementwicklung (PSE) zu einem der international größten Softwarehersteller.

Nach einigen Jahren beruflicher Tätigkeit im Ausland, erfolgte im Jahr 1992 die Ernennung zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Siemens AG Österreich. 1993 wurde Hochleitner stellvertretender Vorsitzender, 1994 Vorsitzender des Vorstandes

und 2005, nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand, Mitglied des Aufsichtsrates der Siemens AG Österreich. Neben seiner Funktion bei Siemens war Albert Hochleitner u.a. auch langjähriger Präsident der Industriellenvereinigung Wien, Obmann des Fachverbandes der Elektro- und Elektronikindustrie sowie Mitglied des Rats für Forschung- und Technologieentwicklung.

Hochleitner wurde für seine außerordentlichen Verdienste um die stete Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Wien bereits mehrfach ausgezeichnet. Wie zum Beispiel mit dem „Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“, mit dem „Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“, der „Ehrenmedaille der Wirtschaftskammer Wien“, dem „Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ oder dem Ehrendoktorat der technischen Wissenschaften der TU Wien. ■

Schwungräder speichern Öko-Energie

Auf der Suche nach Energiespeichermethoden verbindet man an der Technischen Universität (TU) Wien modernste Technologie mit bewährten Ideen: High-Tech-Schwungräder sollen Energie stundenlang konservieren.

Was nützt eine Solarzelle, wenn man den elektrischen Strom tagsüber erzeugt, aber erst in der Nacht benötigt? Was nützt ein Windkraftwerk, wenn die stärksten Böen nicht genutzt werden können? Energie stundenlang effizient speichern zu können ist ein wichtiges Forschungsziel, ganz besonders im Zusammenhang mit alternativen Energieformen wie Photovoltaik oder Windkraft. An der TU Wien versucht man nun dieses Problem mit elektronisch geregelten Schwungradspeichern zu lösen.

Mächtige Karbonfaserschwungrmassen sollen in Zukunft Energie speichern. „Ein erster Prototyp wiegt 160 kg und erreicht eine Drehzahl von 500 Umdrehungen pro Sekunde“, erklärt Alexander Schulz, der gemeinsam mit Prof. Johann Wassermann Forschungsprojekte zu dieser Thematik am Institut für Mechanik und Mechatronik der TU Wien leitet. In einem einzelnen Rotor ist dabei eine Energie von mehreren Kilowattstunden gespeichert – genug, um einen ganzen Haushalt stundenlang zu versorgen, solange die Sonneneinstrahlung für Photovoltaik nicht stark genug ist.

Schwebende Schwungräder

Schwungräder werden bereits heute als Kurzzeit-Energiespeicher eingesetzt. Allerdings führen Reibungsverluste dazu, daß schon nach Minuten ein beträchtlicher Teil der gespeicherten Energie für die Nutzung verloren geht. Der rotierende Karbonzylinder bewegt sich an der Außenseite mit bis zu 3400 km/h – also etwa viermal so schnell wie ein Jumbojet. Wenn er sich im Vakuum stundenlang ohne große Reibungsverluste drehen soll, muß ein berührungsloses Magnetlager verwendet werden. Die Entwicklung solcher Schwungräder wurde erst durch extrem starke Permanentmagnete aus einer Neodym-Eisen-Borverbindung interessant. „Der ganze Rotor schwebt mit etwa einem Millimeter Abstand zum Stator“, erklärt Prof. Wassermann. Allerdings genügt es nicht, den Rotor einfach magnetisch zu lagern. Das Lager muß sich selbstständig an



Alexander Schulz wechselt den Magneten des Schwungrades aus

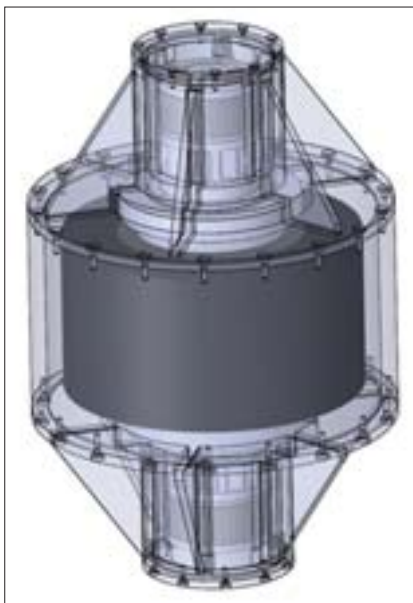
den jeweiligen Betriebszustand des Rotors anpassen und kleine Abweichungen ständig korrigieren. „Schon allein die Wärmeausdeh-

nung des Rotors verändert seinen Abstand zum Magnetlager und kann zu Problemen führen“, meint Harald Sima, einer der Wissenschaftler, der am Projekt arbeitet. Aus diesem Grund werden komplexe mechatronische Komponenten entwickelt, mit denen die Position des Rotors ständig genau erfaßt und gegebenenfalls mit Elektromagneten rasch reguliert werden kann. Das System optimiert sich laufend selbst.

Wenn das Schwungrad dazu dienen soll, Energie stundenlang ohne große Verluste zu speichern, darf auch die Steuerelektronik nicht viel Energie benötigen. Darin liegt eine der größten Herausforderungen für das Forschungsteam. „Jeder Steuerungseingriff mit den aktiven Magnetlagern erfordert Energie, doch der permanente Energiebedarf, der unter normalen Betriebsbedingungen auftritt, soll bei diesem System minimiert werden“, erklärt Alexander Schulz. Viele anspruchsvolle Forschungsfragen – von der Regelungselektronik bis zum Rotordesign – müssen dafür gelöst werden.

Umweltfreundlicher Lösungsansatz

Gewöhnliche Akkus weisen eine sehr eingeschränkte Lebensdauer auf und bestehen zum Teil aus ökologisch bedenklichen und zudem nur schwer verfügbaren Materialien. Hier soll das Schwungrad-System punkten: 25 Jahre soll die Lebensdauer des neuen Energiespeichers betragen, und selbstverständlich darf keine Gefahr vom hochtourigen Rotor ausgehen. Die komplette Lagerung inklusive Regelungselektronik ist redundant ausgelegt, sodaß selbst ein Ausfall einzelner Komponenten nicht zu einem ernstesten Problem führt. In diesem Fall kann der Rotor unbeschädigt zum Stillstand gebracht werden. Die Forschungsarbeit des Flywheel-Teams an der TU Wien mündete bereits in zwei Patentanmeldungen. Bis man einen Schwungrad-Energiespeicher für zuhause kaufen kann, wird wohl noch einige Zeit vergehen, doch Interesse von Kooperationspartnern aus der Industrie zeichnet sich bereits ab. ■



Skizze des Schwungrades mit Karbon-Mantel

Fotos: TU Wien

Paketbomben: Frühwarnung ist möglich

Neue Technologie riecht sofort winzigste Sprengstoffspuren

Vor Paketbomben, wie sie momentan weltweit auftauchen, ist eine frühzeitige Warnung möglich. Forscher aus Österreich haben dafür einen „Sprengstoff-Schnüffler“ entwickelt. Diese neue, hochempfindliche Technologie kann winzigste Konzentrationen explosiver Stoffe in der Luft sofort aufspüren. Damit können jene Sicherheitslücken, die derzeit weltweit wieder für Terrorangst sorgen, geschlossen werden. Das erklären die Wissenschaftler des Instituts für Ionenphysik und Angewandte Physik sowie des Spin-off-Unternehmens Ionicon Analytik in Innsbruck.

„Der neue Gefahren-Spion reagiert bereits auf einzelne Moleküle gefährlicher Substanzen in der Luft, die von solchen Paketen ausgehen. Er kann Sprengmittel, wie das zuletzt in den Paketbomben in London und Dubai gefundene stabile und hochexplosive zur Nitroglycerin-Familie zählende Pentaerythryltetranitrat (PETN) in Echtzeit, das heißt sofort, detektieren“, sagt der Physiker Prof. Tilmann Märk von der Universität Innsbruck und Geschäftsführer der Ionicon Analytik GmbH.

Das Innenleben des neuen „Schnüfflers“ basiert auf Protonen-Tausch-Reaktions-Massenspektrometrie (PTR-MS). Die Masse von Teilchen wird bei diesem Verfahren im Verhältnis zu ihrer elektrischen Ladung bestimmt. Einzelne, in der analysierten Luft enthaltene Substanzen können so schnell und einfach nachgewiesen und auch sicher identifiziert werden. „Eines unter 10.000 Milliarden Teilchen in der Luft ist für den Nachweis und die Erkennung eines bedenklichen Stoffes ausreichend. Das gilt auch für chemische Kampfstoffe und weitere gefährliche Substanzen oder Drogen. Sicherheitsbehörden könnten durch den Einsatz solcher Schnüffler sofort wegen Terrorgefahr Alarm schlagen“, betont Märk.

Das neue Gerät ist extremst empfindlich und im mobilen Einsatz äußerst präzise. Eingesetzt wurde es bisher in militärischen Einrichtungen, der Umweltforschung und der Lebensmittelkontrolle. Die Analyse ist so ausgefeilt, daß auch Stoffe ähnlicher Struktur und Zusammensetzung unterschieden werden können. Der Anzahl der untersuch-



Foto: Ionicon

Das Innenleben des neuen »Schnüfflers« basiert auf Protonen-Tausch-Reaktions-Massenspektrometrie (PTR-MS).

ten Stoffe sind dabei kaum Grenzen gesetzt. Dies zeigen auch die Ergebnisse umfangreicher internationaler Tests, die die österreichischen Wissenschaftler in Kooperation mit Einrichtungen, die Sprengmittel oder chemische Kampfstoffe verwenden dürfen, durchgeführt haben. Das Institut für Ionenphysik und Angewandte Physik in Innsbruck arbeitet bei diesen Entwicklungen mit den Universitäten New York (USA), Prof. Kurt Becker und Birmingham (Großbritannien), Prof. Chris Mayhew zusammen.

Als Spin-off-Unternehmen der Universität Innsbruck ist das Unternehmen Ionicon-

Analytik in Innsbruck als Weltmarktführer technologisch ausgefeilter PTR-MS Analyseinstrumente etabliert. Mit Grundlagenforschungen für die hochempfindliche neue Technologie, die jetzt auch direkt für unsere Sicherheit unter anderem auf Flughäfen einsetzbar ist, begannen die Wissenschaftler des Institutes für Ionen- und Angewandte Physik der Universität Innsbruck unter damaliger Leitung von Prof. Werner Lindinger und Prof. Tilmann Märk bereits in den 1980er Jahren. Damals ging es um grundlegende Eigenschaften von Elektronen und Ionen und deren kollektives Verhalten in Plasmen. ■

Infrarot-Halbleiterlaser entwickelt

Zwei Forschergruppen rund um a.Univ.Prof. Dr. Gunther Springholz und a.Univ.Prof. Wolfgang Heiss vom Institut für Halbleiter- und Festkörperphysik haben neue Infrarot-Halbleiterscheiben-Laser entwickelt, die neue Wellenlängen ermöglichen.

Diese kleinen Laser führen zu neuen Anwendungen wie beispielsweise in den Bereichen der Umweltanalytik, Klimaforschung, medizinische Diagnostik, Abgasanalytik oder Fertigungstechnik. Diese erfolgreiche Entwicklung wurde in der renommierten Wissenschaftszeitschrift „*Nature Photonics*“ als ein Forschungshighlight ausgewählt.

Durch die Verwendung von Materialien wie den Blei-Salz Halbleitern und durch ein verbessertes Design in Form von sogenannten Mikrodisk-Resonatoren konnten neue Laser für den mittleren infraroten Wellenlängenbereich von bis zu 4.3 Mikrometer bei einer Betriebstemperatur von bis zu 2 Grad Celsius entwickelt werden. Laser für das mittlere Infrarot (unsichtbare gebündelte Lichtquellen) werden typischerweise in Bereichen wie Umweltanalytik, Klimaforschung, oder medizinische Diagnostik eingesetzt. Durch die Erschließung dieses wichtigen Wellenlängenbereichs mit den neuen, einfachen und kostengünstigen Halbleiter-Bauelementen werden die vielfältigen Anwendungen vereinfacht, da es bisher dafür nur sehr teure und spezielle Laser gegeben hat. Beispielsweise könnten damit noch günstigere, einfache und genauere medizinische Analysen oder Autoabgas-Kontrollen durchgeführt werden. „Mit unseren neuen Infrarot-Halbleiterscheibenlaser können Lasersysteme entwickelt werden, die noch kleiner, energieeffizienter, langlebiger und kostengünstiger sind“, sagt Springholz.

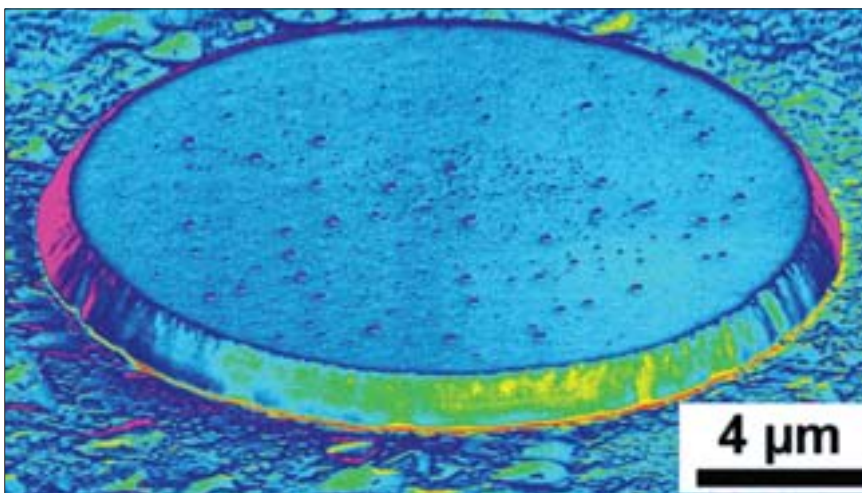
Vergleichsweise geringe Verluste

Die Lichtemission von herkömmlichen Halbleiterlasern war bisher bei Raumtemperatur auf Wellenlängen kürzer als 3.3 Mikrometer limitiert. Im längerwelligen Spektralbereich treten üblicherweise starke „nicht-strahlende“ Verluste auf womit die Anregung des Lasers nicht mehr als Licht abgestrahlt wird, sondern in Form von Wärme verloren geht. Bei den neuen Infrarot-Halbleiterscheibenlasern aus Blei-Salz Halbleitern treten dagegen vergleichsweise geringe Verluste auf. „Diese Laser erfordern daher nur sehr geringe Anregungsleistungen und strahlen bei einer einzigen scharf defi-



a.Univ.Prof. Dr. Gunther Springholz

nierten Laserwellenlänge ab“, sagt der Wissenschaftler. Das aktive Lasermaterial besteht aus hauchdünnen, nur circa 30 Atomlagen dicken Bleiselenid (PbSe)-Quantenfilmen. Die „Mikrodisk“-Laser besitzen eine laterale Größe von nur 15 Mikrometer Durchmesser und wurden mittels Lithographieverfahren im Reinraum des Instituts hergestellt. Dieser Reinraum ist nur einer von zwei Reinräumen in ganz Österreich, die ausschließlich der Forschung gewidmet sind. „Durch die Weiterentwicklung der Halbleiter-Bauelemente könnte in naher Zukunft auch der ganz ungekühlte Betrieb bei Raumtemperatur ermöglicht werden, was noch effizienter wäre“, betont Springholz. ■



Rasterelektronen-Mikroskopieaufnahme eines Infrarot-Mikrodisk-Lasers



Laser für das mittlere Infrarot werden typischerweise in Bereichen wie Umweltanalytik, Klimaforschung, oder medizinische Diagnostik eingesetzt.

Alle Fotos: JKU Linz

Forschungszentrum für Wölfe und Hunde

Am 21. Oktober wurde das Wolf Science Center (WSC) zur Erforschung der geistigen Leistungen und der Kooperationsfähigkeit von Wölfen und Hunden eröffnet.



Alle Fotos: Wolf Science Center

Wölfe sind wie Menschen hochsozial und kooperieren bei der Jagd, bei der Aufzucht von Jungen und beim Verteidigen des Reviers.

Unter der Leitung der ForscherInnen Kurt Kotrschal, Friederike Range und Zsófia Virányi von der Universität Wien entstand im niederösterreichischen Ernstbrunn ein weltweit einzigartiges Zentrum mit neuen Forschungsansätzen und ausgezeichneter Tierhaltung. Die Universität Wien unterstützt das große wissenschaftliche Potential des WSC maßgeblich.

Wölfe sind wie Menschen hochsoziale Wesen und kooperieren bei der Jagd, bei der Aufzucht von Jungen und beim Verteidigen des Reviers. „Wahrscheinlich deshalb wurde der Wolf in Form des Hundes zum engsten tierischen Begleiter des Menschen. Daher ist es besonders interessant, zu erforschen, wie klug Wölfe sind – wie sie ihre geistigen Fähigkeiten einsetzen, wie sie ihre Zusammenarbeit organisieren und wie sich Wölfe von Hunden unterscheiden“, erklärt Kurt Kotrschal, Professor am Department für Verhal-



tensbiologie der Universität Wien und einer der Initiatoren des Wolf Science Center.

Wölfe und Hunde nach gleichem Muster aufgezogen

Die längste Zeit lebten Menschen als Jäger und Sammler. Diese zeigten große Achtung vor Wölfen, die sie als „Brüder“ und sogar als Botschafter zur Geisterwelt betrachteten.

Diese positive Einstellung änderte sich radikal mit dem Wechsel zu Ackerbau und Viehzucht. Der Wolf wurde vom Freund zum Feind, während sich Hunde rasch zu vielseitig einsetzbaren Partnern entwickelten. Aber immer noch üben Wölfe eine geheimnisvolle Faszination auf Menschen aus. Sie werden geliebt und gefürchtet, sie lassen niemanden unberührt.

Die Menschen eroberten in Begleitung der Hunde erfolgreich die Welt. Dank der

Wissenschaft & Technik

Hilfe des Menschen zählen Hunde heute zu den erfolgreichsten Wirbeltieren.

Dies bedeutete allerdings den Niedergang von „Stammvater Wolf“. Einst erfolgreichster Jäger der Nordhemisphäre, lebt der Wolf nun in zersplitterten Rückzugsgebieten, lokal immer noch vom Aussterben bedroht.

Für ihre Forschung benötigen die WissenschaftlerInnen kooperative Wölfe und Hunde, die nach gleichem Muster aufgezogen und trainiert werden. „Durch Beobachtung alleine ist es unmöglich, auf die geistigen und psychischen Mechanismen der Tiere zu schließen. Daher arbeiten wir derzeit mit elf gut trainierten und kooperativen Timberwölfen sowie vier Hunden, die wie Wölfe aufgezogen und trainiert werden“, sagt Kotrschal. In zwei Jahren sollen es bereits 20 Wölfe und ebenso viele Hunde sein. Die Wölfe, darunter „Kaspar“ und „Nanuk“, hören auf ihre Namen, beherrschen etwa 20 unterschiedliche Kommandos und können an der Leine geführt werden.

Partner auf Augenhöhe

Ausgezeichnete Tierhaltung ist ein großes Anliegen des Forschungsteams. „Unsere Wölfe und Hunde betrachten wir als Partner auf Augenhöhe; die Tiere werden zu nichts gezwungen, das Training erfolgt ausschließlich über positive Anreize. Entsprechend gerne arbeiten die Wölfe und Hunde mit uns. Sie bekommen damit jene Herausforderungen und Förderungen, die Wölfe in Gehegehaltung allzu oft fehlen“, erläutert Kotrschal. Im Wildpark Ernstbrunn, nur 40 Kilometer von Wien entfernt, entstanden Großgehege für Wolfs- und Hunderudel sowie ein Arbeitsgebäude und ein Testgehege. Dieses ermöglicht BesucherInnen, die Forschung an Wölfen und Hunden hautnah zu erleben. Ab Herbst stehen den Wölfen 16.000 m² Fläche zur Verfügung, den Hunden weitere 4000 m². Führungen werden an Wochenenden angeboten.

Das Wolf Science Center

wurde vor drei Jahren als Verein von Kurt Kotrschal (Verhaltensbiologe) sowie Friederike Range und Zsófia Virányi (Kognitionsbiologinnen) gegründet – WissenschaftlerInnen mit jahrelanger Erfahrung in Verhaltens- und Kognitionsforschung an Affen, Hunden, Vögeln und Wölfen. Sie forschen zu den biologischen Wurzeln der Kooperation beim Menschen ebenso wie zu Grundlagen für die Beurteilung von wildlebenden Wölfen und zum Konfliktmanagement zwischen Wölfen und Menschen. ■

<http://www.wolfscience.at>



In zwei Jahren sollen in Ernstbrunn bereits 20 Wölfe und ebenso viele Hunde leben.



Die GründerInnen: Friederike Range, Kurt Kotrschal und Zsófia Virányi (v.l.)



Gruppenfoto vom 26. Oktober, dem Eröffnungstag des Wolf Science Centers

Da fährt der Zug d'rüber

Eine Betriebssimulation FH St. Pölten zeigt das Potential der berühmten Mariazellerbahn

Die Mariazellerbahn rollt bald in eine betriebsame Zukunft – mit schnellerem Tempo, nostalgischen Dampfloks und einem Taktfahrplan. Diese erfolversprechenden Zukunftsaussichten sehen WissenschaftlerInnen der Fachhochschule St. Pölten. Welche konkreten Maßnahmen zum Erfolg führen, analysierten sie anhand einer Betriebssimulation am Studiengang Eisenbahn-Infrastrukturtechnik.

Über 21 Viadukte, durch 19 Tunnel, hinauf auf 890 Meter Seehöhe: Seit mehr als 100 Jahren bringt die Mariazellerbahn PendlerInnen, TouristInnen und PilgerInnen vom niederösterreichischen St. Pölten in den 84 Kilometer entfernten steirischen Wallfahrtsort Mariazell. Dabei gleicht die knapp zweieinhalbstündige Fahrt in der historischen Schmalspurbahn einer nostalgischen Panoramafahrt. Das liegt nicht nur an der malerischen Landschaft, sondern auch an der Infrastruktur und den Bahnhöfen: Diese wurden seit ihrer Errichtung in den Jahren der k. u. k. Monarchie wenig verändert und können ihr Alter nicht verbergen. Jetzt steht die Übernahme der Regionalbahn durch das Land Niederösterreich bevor; das bietet die Gelegenheit, sich über die Streckensanierung Gedanken zu machen. Daß diese sogar mit wirtschaftlicher Attraktivität einhergehen kann, zeigen ExpertInnen der FH St. Pölten.

Im Rahmen einer Bachelorarbeit am Studiengang Eisenbahn-Infrastrukturtechnik wurden dazu die Infrastruktur und der Betrieb dieser einzigartigen Bahnstrecke genauer unter die Lupe genommen. Auf Basis einer Betriebssimulation konnten Maßnahmenvorschläge entwickelt werden, deren Umsetzung der Mariazellerbahn als Nahverkehrsmittel und auch als Touristenattraktion mehr Bedeutung geben würden. So könnte die Mariazellerbahn in Zukunft für PendlerInnen eine echte Alternative zum Straßenverkehr darstellen – und gleichzeitig TouristInnen und WallfahrerInnen ein historisches Erlebnis aus dem Dampflokalter in malerischer Landschaft bieten.

Da fährt der Zug drüber

„Unsere Analyse zeigt, daß eine Modernisierung in zwei getrennten Stufen erfolgen



Foto: Philipp Mackinger

Die Mariazellerbahn fährt seit 100 Jahren über 21 Viadukte, durch 19 Tunnel, hinauf auf 890 Meter Seehöhe – eine technische Meisterleistung damaliger Zeit.

kann. Das ermöglicht eine budgetgerechte Planung und Umsetzung: In einer ersten Stufe sollten gewisse Mindestanforderungen des modernen Fahrgastes erfüllt werden – wie z. B. moderne Fahrzeuge und komfortable Haltestellen. Ein Taktfahrplan würde dann die Attraktivität der Bahn enorm steigern. Dazu sind bauliche Maßnahmen notwendig, die wir mit unserer Simulation klar definieren konnten. Durch eine optimierte Streckenführung wäre als zweite Stufe sogar ein S-Bahn-ähnlicher Betrieb möglich“,

erklärt Philipp Mackinger, Autor der Bachelorarbeit an der FH St. Pölten.

Zu den baulichen Maßnahmen, die für einen Taktfahrplan nötig wären, gehören zum einen die Renovierung der Langsamfahrstellen und der Um- und Ausbau der Kreuzungsbahnhöfe. Dadurch kann an vielen Stellen schneller gefahren werden. Zum anderen müßte der Betrieb auf einen „signalisierten Zugleitbetrieb“ umgestellt werden. Das bedeutet, daß die Bahnhöfe mit Rückfallweichen, Lichtsignalen und Gleisfrei-

Foto: Priwo / GNU Free Documentation License



Ziel der FH St. Pölten ist es, das Angebot der Mariazellerbahn attraktiver zu machen und damit mehr TouristInnen und Eisenbahnfans auf die Strecke locken.

meldeanlagen ausgestattet werden müssen. So können einzelne FahrdienstleiterInnen dann zentral mit einer Fernsteueranlage die gesamte Strecke bedienen – und bei unerwarteten Störungen rasch und effizient reagieren. Insgesamt garantiert das einen zuverlässigen Betrieb und regelmäßige Zugfolgen – zwei für PendlerInnen sehr bedeutende Kriterien. Gleichzeitig würde diese Neuerung die optimale Kombination von planmäßigem Verkehr und touristischen Sonderfahrten ermöglichen.

Auf Basis dieser Neuerungen könnte dann sogar ein weiterführender Ausbau bis hin zum S-Bahnverkehr passieren. Diesem steht nicht einmal die besonders schmale Spurweite der Mariazellerbahn im Wege. Denn, wie Vergleiche aus der Praxis zeigen, die maximale Fahrtgeschwindigkeit kann auch auf diesen Spurweiten bedeutend angehoben werden. Auf Streckenteilen der Mariazellerbahn, wie etwa zwischen St. Pölten und Loich, sind sogar zwischen 70 und 100 Kilometer pro Stunde möglich. Die dafür notwendigen Umbauten würden nicht einmal die ganze Strecke betreffen, wie Bernhard Rüger, Fachexperte von der FH St. Pölten, ausführt: „Die engsten Kurven müßte man begradigen, an einigen Stellen schlankere Weichen einbauen und Trassierungen optimieren. Bedenkt man aber, daß die Strecke ohnehin saniert werden muß, um einen Weiterbetrieb zu gewährleisten, relativiert sich der Aufwand durch die Vorteile eines S-Bahn-ähnlichen Verkehrs.“

Kundenstrom

Tatsächlich könnten Teile der Modernisierung der Mariazellerbahn auf einer – zur Zeit der Erbauung – revolutionären Ingenieurleistung aufbauen: Die Bahnstrecke wurde als eine der weltweit ersten ihrer Art elektrifiziert. So könnten moderne Elektrotriebwagen zum Einsatz gebracht werden. Diese sind besonders spurtstark und schaffen sogar im Winter die Bergstrecken mit Leichtigkeit. Zusätzlich würden die Fahrgäste darin auch viel komfortabler reisen. Die An-

schaffung einer neuen Fahrzeugflotte bedeutet aber keinesfalls, daß die Originallokomotiven, die zum Teil schon seit 1911 tagtäglich im Einsatz sind, in Zukunft am Abstellgleis verrostet werden. Ganz im Gegenteil – sie könnten vermehrt für Nostalgiefahrten genutzt werden. Das würde das Angebot noch attraktiver machen und mehr TouristInnen und Eisenbahnfans auf die Strecke locken. Insgesamt könnten diese Maßnahmenvorschläge die Mariazellerbahn zu einem effizienten und modernen Nahverkehrsmittel machen – das wirtschaftlich attraktiv auf der Schmalspur unterwegs ist. Die Arbeit des Studiengangs Eisenbahn-Infrastrukturtechnik zeigt damit auch den smarten Einsatz von spezieller Simulationssoftware auf, die rasch und kostengünstig realistische Alternativen für technische und betriebswirtschaftliche Probleme liefern kann.

Über die Fachhochschule St. Pölten

Die Fachhochschule St. Pölten ist Anbieterin praxisbezogener und leistungsorientierter Hochschulausbildung in den Bereichen Technologie, Wirtschaft und Gesundheit & Soziales. In mittlerweile 14 Studiengängen werden mehr als 1800 Studierende betreut. Neben der Lehre widmet sich die FH St. Pölten intensiv der Forschung. Die wissenschaftliche Arbeit erfolgt innerhalb der Studiengänge sowie in eigens etablierten Instituten, in denen laufend praxisnahe und anwendungsorientierte Forschungsprojekte entwickelt und umgesetzt werden. ■

<http://www.fhstp.ac.at>

Foto: Herbert Ortner / GNU Free Documentation License



Frisch hauptuntersuchte Lok 4 der Salzkammergut-Lokalbahn und die Mh.6 der Mariazellerbahn im Bahnhof Steinakirchen am Forst an der Schmalspurbahn Wieselburg - Gresten in Niederösterreich.

Picasso: Frieden und Freiheit

Die Ausstellung in der Albertina zeigt den bedeutendsten Maler des 20. Jahrhunderts von einer bislang nahezu unbekanntem Seite – bis 16. Jänner 2011.



Pablo Picasso, *Das Leichenhaus*, Paris 1944-1945; The Museum of Modern Art, New York © Succession Picasso/VBK, Wien 2010.

Die Albertina präsentiert Pablo Picasso in Kooperation mit der Tate Liverpool als politisch und sozial engagierten Künstler und hinterfragt so das gängige Bild dieses Jahrhundertgenies. Anhand von 200 Exponaten aus über 60 internationalen Sammlungen veranschaulicht die Ausstellung in historisch-chronologischer Reihenfolge, wie Picasso in seinen Bildern dem Krieg und seinen Greueln Ausdruck verlieh. Die Palette der Betrachtungen dieser Ausstellung reicht von Picasso als Historienmaler über sein Schlüsselmotiv der Friedenstaube –

eines der wichtigsten Hoffnungssymbole und Zeichen der Friedensbewegung – bis hin zu Stillleben mit subtilen und versteckten Kommentaren zum Weltgeschehen und Hinweisen auf Picassos politische Einstellung.

Im Jahr 1944 tritt Picasso der Kommunistischen Partei Frankreichs bei und wird dieser bis zu seinem Tod im Jahr 1973 treu bleiben. Im gleichen Jahr arbeitet Picasso an dem Gemälde „Das Leichenhaus“, das auch am Beginn der Ausstellung in der Albertina steht. Mit dieser Dokumentation der Ermor-

dung einer spanischen republikanischen Familie schafft er eines der neben *Guernica* wichtigsten Bilder gegen das Franco-Regime in Spanien.

Wie ein roter Faden ziehen sich die gravierenden globalen Krisen seiner Zeit – der Spanische Bürgerkrieg, die Kubakrise, der Koreakrieg, der algerische Unabhängigkeitskrieg – durch sein Werk. Wenige Tage nach Ausbruch der Kubakrise 1962, als Präsident Kennedy die Blockade bekannt gibt, beginnt Picasso an der Reihe der Sabinerinnen zu arbeiten. Inspiriert wird er dazu von Nico-

las Poussins „Raub der Sabinerinnen“ von 1637/38 und Jacques Louis Davids „Die Sabinerinnen“ von 1799. Mit seinen freien Paraphrasen auf die große Krise des Römischen Reichs reagiert Picasso auf die drohende Katastrophe eines dritten Weltkriegs und atomaren Armageddons.

Den algerischen Unabhängigkeitskrieg dokumentiert er mit den Frauen von Algier – Picasso beginnt noch im ersten Monat der kriegerischen Auseinandersetzungen daran zu arbeiten. Der Künstler beruft sich auf das gleichnamige Werk Delacroix'. Während dessen „Frauen von Algier“ von 1834 für den Beginn der französischen Kolonialisierung Algeriens stehen, symbolisieren Picassos Variationen das Ende der französischen Fremdherrschaft.

Eine wichtige Position in der Ausstellung nimmt auch die 1949 geschaffene Friedens-Taube ein, die zum internationalen Zeichen der Friedensbewegung und zum Symbol der Hoffnung im Kalten Krieg wurde. Viele Werke Picassos aus dieser Zeit dienten ausdrücklich Propagandazwecken für die kommunistische Sache und die Friedensbewegung.

20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer wirft die Ausstellung einen zeitgemäßen Blick auf Picassos Werk aus der Ära des Kalten Kriegs und beleuchtet, wie sich der Künstler über ideologische und ästhetische Ideale von Ost und West hinwegsetzte.

„Ich kam zum Kommunismus, wie man an einen Brunnen kommt.“

(Picasso)

Für Picasso, der sein Heimatland Spanien unter Francos Regime verlassen und im französischen Exil die Besetzung von Paris durch die Nazis erlebt hatte, war die Zuwendung zur kommunistischen Partei nur natürlich. Er sah den Kommunismus und dessen Friedensideal als Weg, den Faschismus aus der Welt zu verbannen, trat selbst 1944 der kommunistischen Partei Frankreichs bei und blieb bis an sein Lebensende Mitglied.

Aus einer enormen Großzügigkeit und Überzeugung heraus spendete Picasso der kommunistischen Partei viel Zeit und Geld und stellte darüber hinaus auch seine Kunst in ihre Dienste. Die von Picasso betriebene Propaganda war für die Partei von immenssem Wert: Der zu diesem Zeitpunkt bereits weltbekannte Künstler gestaltete zahlreiche Poster und Flugblätter und schuf auf Anfrage auch immer wieder Zeichnungen für parteinahe Zeitungen.



Pablo Picasso, *Stillleben mit Gitarre*, 1942, Öl auf Leinwand
Albertina, Wien © Succession Picasso/VBK, Wien 2010

Das Leichenhaus

Ebenso entstanden höchst politische Gemälde, wie unter anderem das Monumentalwerk „Das Leichenhaus“ von 1945. Neben den erschreckenden Bildern der Konzentrationslager inspirierte Picasso hierzu ein Dokumentarfilm über eine republikanische spanische Familie, die in der eigenen Küche brutal ermordet wurde. „Das Leichenhaus“ ist nach „Guernica“ seine bedeutendste politische Arbeit. Picasso, der im Krieg viele Freunde und Kameraden verloren hat, betrauert mit diesem Gemälde, so wie auch mit dem Denkmal für die für Frankreich gefallenen Spanier, seine Familie – das spanische Volk.

Stilleben

Auch in zahlreichen eindrucksvollen Stilleben finden Kriegsstimmung, Verlust und Entbehrung Ausdruck. In seinen Betrachtungen über die Vergänglichkeit des Handelns und die Sterblichkeit des Menschen spiegelt

sich Picassos eigene existenzielle Bedrohung, aber auch sein Widerstand gegen jede Form der Unterdrückung wider.

Mit schlichten Gebrauchsgegenständen reflektiert Picasso die Härte und Entbehrungen dieser Zeit. Traditionelle Vanitas-Symbole wie der menschliche Totenkopf oder Tierschädel erinnern als Memento mori an die ständige Präsenz des Todes. Die Eule ist für Picasso ein Totenvogel, der an die Vergänglichkeit des Daseins gemahnt. Anlaß für das Motiv war eine verwundete Jung-eule, die der Künstler erfolgreich aufgezogen hat.

Las Meninas

Zwischen August und Dezember 1957 entstehen Picassos Variationen nach Velázquez' bedeutendstem Gemälde, „Las Meninas“ von 1656. Picasso verwandelt dieses Meisterwerk in eine unverhohlene Anklage des Franco-Regimes und dessen royalistischer



Stillleben mit Totenkopf, Porree und Kanne, 14. März 1945

Fine Arts Museums of San Francisco © Succession Picasso/VBK, Wien 2010

Politik. Seine Paraphrasen entpuppen sich als bittere Satire auf Francos Spiel mit der Monarchie. Die königlichen Gestalten mutieren zu Karikaturen der Gegenwart. Die vielen Varianten der Infantin Margarita Maria beziehen sich auf den ersten offiziellen Auftritt von Juan Carlos' Schwester, der Infantin Maria Pilar, und das Selbstporträt Velázquez' verwandelt Picasso in einen Inquisitor: Auch zwanzig Jahre nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs sind immer noch zahlreiche Republikaner im Gefängnis. Picasso unterstützt aktiv die Kampagne „Amnestie für Spanien“ und fordert die Freilassung der Inhaftierten. In seiner Meninas-Serie protestiert er zugleich gegen die unmenschliche Behandlung der Gefangenen: Die auf dem Gemälde Velázquez' erscheinenden Geistlichen liegen in Picassos kritischer Neuformung ermordet in Särgen. Die Stuckrossetten des Originalgemäldes verwandelt Picasso in bedrohliche Fleischerhaken, auf denen die Opfer der Tortur aufgehängt werden.

Der Raub der Sabinerinnen

Die Serie „Der Raub der Sabinerinnen“, entstanden im Herbst 1962, fängt den Machtkampf zwischen Ost und West wäh-

rend der Kubakrise ein. Picasso ist sich der generalisierenden Wucht des antiken Mythos sehr bewußt und sieht darin eine Möglichkeit, die Gegenwart zu verarbeiten und zu verstehen. Wie zuvor in „Guernica“ und dem „Leichenhaus“ geißelt der Künstler in dieser Serie die Gewalt. Seine Vorstellung von Krieg und dessen Auswirkungen konzentriert sich deutlich auf das Leid der Opfer, vor allem der Frauen und Kinder: Deformierte, von Soldaten zertrampelte Körper bringen Hilflosigkeit und Verzweiflung zum Ausdruck.

Die Taube – Picassos Symbol für Frieden und Freiheit

Durch seine Taube, die zum ersten Mal auf dem Poster des I. Internationalen Weltfriedenskongresses in Paris 1949 zu sehen war, eröffnete sich Picassos Kunst für Millionen von Menschen. Unzählige weitere Male fand das Motiv von da an Verwendung, schmückte unter anderem die Plakate der Friedenskonferenzen in Breslau, Paris, Stockholm, Sheffield und Rom. Sie wurde zum allgegenwärtigen Zeichen der Friedensbewegung und zu einem der bis heute wichtigsten Hoffnungssymbole schlechthin. Die Taube zierte Schals, Tassen, Poster, T-Shirts und Briefmarken in der Sowjetischen Union

und der Volksrepublik China. Mit zahlreichen Varianten des Motivs unterstützte Picasso die kommunistische Partei in Frankreich und anderen Ländern sowie radikale Organisationen im Westen. Der Künstler gab sogar seiner Tochter das spanische Wort für Taube als Namen: Paloma. In den 1950er Jahren war dieses Schlüsselmotiv seiner Kunst so populär, daß es auch als Karikatur für die anti-kommunistische Propaganda benutzt wurde. In der New York Times etwa spottete man über „Picassos fette kleine Taube“.

Krieg und Frieden

1951 und 1952 arbeitet Picasso im Auftrag der kommunistischen Stadtverwaltung von Vallauris in Südfrankreich an den Wandgemälden „Krieg und Frieden“. Sie sind für die säkularisierte Schloßkapelle geplant, die zum Friedenstempel umgestaltet werden soll. Die nach Leo Tolstois napoleonischem Epos benannten Kompositionen sind Picassos bedeutendste politische Statements seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Krieg und Frieden stellt mit großer Kraft und Anschaulichkeit dar, wozu der Mensch fähig ist: Er ist Bestie und Monster, aber auch Humanist.

Zu den Fresken der Kapelle in Vallauris gibt es über 200 Vorstudien. Picasso malt die beiden Wandgemälde schließlich auf Panneele, die an den Seitenmauern der kleinen Kirche befestigt werden. 1958 fügt er an der Stirnwand ein weiteres Gemälde hinzu: Vier Figuren in den Farben Schwarz, Weiß, Gelb und Rot symbolisieren das friedliche Zusammenleben der vier Menschenrassen.

1958 wird die Kapelle in Vallauris eröffnet, jedoch bald darauf wegen der Spannungen zwischen Picasso und der rechtsgerichteten gaullistischen Regierung wieder geschlossen.

Das Frühstück im Freien

Zwischen 1959 und 1962 paraphrasiert Picasso Édouard Manets berühmtes Gemälde „Frühstück im Freien“ (1863) in zahlreichen Gemälden, Zeichnungen und Druckgrafiken. Picasso ist von der schnellen, skizzenhaften Malweise Manets ebenso fasziniert wie von dessen unkonventioneller Kühnheit, dieses antibürgerliche Sujet mit dem

hohen Anspruch einer klassischen Bildkomposition zu verbinden. Manet thematisierte ein Tabu – die Prostitution im Bois de Boulogne – und löste mit der unverblühten Darstellung im Pariser Salon des Refusés 1863 einen Skandal aus. Picassos Auseinandersetzung mit Manets provokantem Thema ist nicht zuletzt eine Sympathiekundgebung für die beginnende sexuelle Revolution und die Hippiebewegung mit ihrer Forderung nach freier Liebe. Wieder ist in Frankreich der Pariser Bois de Boulogne Brennpunkt dieser gesellschaftlichen Revolution.

Picasso bewundert Manet aber nicht nur als Künstler, sondern auch als überzeugten Republikaner und politischen Aktivisten: Manet war tief enttäuscht über den Sturz der Pariser Kommune 1871, die versuchte, Paris nach sozialistischen Vorstellungen zu verwalten. Nach ihrer Niederschlagung erfolgte die Proklamation der Dritten Republik. Für Picasso wiederholt sich 1958 die Geschichte, als General de Gaulle die politisch schwache und durch häufigen Regierungswechsel

instabile Vierte Republik beendet und ohne Wahlen die präsidial geführte Fünfte Republik ausruft.

Mütter und Musketiere

In Picassos letztem Lebensjahrzehnt überwiegen in seinem Werk zwei Themen: Frauen und Musketiere. Die Frau – als Allegorie der Liebe und in ihrer Rolle als Mutter – gilt als Inbegriff für Harmonie und Geborgenheit und für die Sehnsucht nach dem Frieden. In ihrer starken erotischen Ausstrahlung versinnbildlicht sie Fruchtbarkeit und Empfängnis und verweist auf den Ursprung des Lebens in der sexuellen Begierde. Musketiere verkörpern dagegen die Kämpfer, die gierig nach Abenteuer und Beute Ausschau halten. Picasso stellt sie als überhebliche Soldaten dar, geckenhaft und lächerlich in ihrer selbstgefälligen Virilität. Für den überzeugten Pazifisten und Unterstützer der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung symbolisiert der Musketier, diese gerade in den 1950er und 1960er Jahren durch Dumas'



Stillleben mit Kerzenhalter, 8. April 1944

Roman populärste Figur des Soldaten, nicht Heroik, sondern Krieg und Barbarei.

Sichtweisen auf Picasso

In den USA war Picassos Sympathie für den Kommunismus nicht gerne gesehen. Sie brachte dem Künstler, der als „staatsfeindlicher Fremder“ galt, sogar eine Klage beim FBI ein, die bis zu seinem Tod offen blieb. Im paranoiden Amerika der McCarthy-Ära wurden Personen, die Picasso nahestanden – wie z. B. Charlie Chaplin –, als verdächtig betrachtet, und am Höhepunkt des Kalten Kriegs in den 1950er Jahren war Picassos Ruf aufgrund seiner kommunistischen Einstellung in Amerika so stark in Mitleidenschaft gezogen, daß ihm die Behörden, als er 1950 zum ersten Mal in die USA einreisen wollte, um an der dortigen Friedenskonferenz teilzunehmen, die Ausstellung eines Visums verweigerten.

Die Arbeiten der Schaffensperiode nach 1944, vor allem die Wandgemälde Krieg und Frieden, galten im Westen als Picassos am wenigsten erfolgreiche Werke, wohingegen der Künstler im Osten auf Kritik stieß, weil er sich nicht auf einer Linie mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion befand, was den Sozialistischen Realismus betraf. Zwischen diesen beiden Polen entwickelte Picasso seine eigene künstlerisch-politische Haltung, die er selbst wie folgt beschrieb: „Ich habe nicht den Krieg gemalt, weil ich nicht zu den Malern gehöre, die hinausgehen und etwas abbilden wie ein Fotograf. Aber ich habe keinen Zweifel daran, daß auf diesen Gemälden Krieg herrscht.“ Picasso machte mit vielen seiner Arbeiten offen Propaganda für die kommunistische Sache und die Friedensbewegung und protestierte damit gegen Krieg und Unterdrückung. Er nahm in seinem Werk explizit Stellung zu den globalen politischen Krisen seiner Zeit. Gleichzeitig enthielten seine Stillleben, die zahlreichen Interpretationen von Themen aus der klassischen Mythologie (wie Raub der Sabinerinnen) und Varianten von Meisterwerken der Kunstgeschichte (Velázquez' „Las Meninas“ und Manets „Frühstück im Freien“) subtile und versteckte Kommentare zum Weltgeschehen und Hinweise auf Picassos politische Einstellung.

Picassos Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei ab 1944 und der Niederschlag, den sein politisches Engagement in seinem Werk fand, sind wohl das letzte nahezu unerforschte Terrain bei der Beschäftigung mit diesem Künstler. Die Ausstellung – Ergebnis der siebenjährigen intensiven



Raub der Sabinerinnen (nach David), Mougins, 2.-4. November 1962

Fondation Beyeler, Riehen/Basel © Succession Picasso/VBK, Wien 2010 Foto: Robert Bayer, Basel

Forschungsarbeit von Lynda Morris – versucht, eine eingehende wissenschaftliche Analyse dieser Schaffenszeit unter Einbeziehung von Sichtweisen zu Picasso aus Nordamerika, Westeuropa, Osteuropa und der Russischen Föderation vorzunehmen. „Picasso: Frieden und Freiheit“ ist eine umfassende Schau mit Meisterwerken zum Thema Krieg und Frieden ab den 1940er Jahren, die durch tagespolitische Drucksorten und zeitaktuelles biografisches Textmaterial wie Briefe, Archivadokumente, Publikationen und Zeitungen ergänzt wird.

Während die Ausstellung sich generell mit der globalen Rolle Picassos und seiner Kunst unter dem Gesichtspunkt seiner Unterstützung der kommunistischen Partei und der Friedensbewegung auseinandersetzt, bot sich als Schwerpunkt für die Präsentation in Liverpool der Besuch des Künstlers in Großbritannien aus Anlaß seiner Teilnahme am Friedenskongreß in Sheffield 1950 an. Auch Wien ist als Stadt, die nach dem Zweiten

Weltkrieg an der Schnittstelle zwischen Ost und West lag, ein idealer Ausstellungsort: Im Jahr 1952 war die Stadt Gastgeberin des Weltfriedenskongresses, auf dessen Veranstaltungsplakat Picassos Zeichnung einer Taube in einem Kreis aus miteinander verbundenen Händen zu sehen war.

Die von der Tate Liverpool in Kooperation mit der Albertina Wien organisierte Ausstellung verändert, erweitert und revolutioniert möglicherweise das bislang gängige Bild, das wir von Picasso haben. Der häufig ausschließlich als extrovertierter Frauenheld wahrgenommene Künstler erscheint hier in einem sozialen und kulturellen Kontext, der in der bisherigen Beschäftigung mit diesem systematisch entpolitisierten Maler oft ausgeblendet wurde.

„Nein, die Malerei ist nicht dazu gedacht, Wohnungen zu schmücken. Sie ist ein Werkzeug des Angriffs und der Verteidigung im Krieg gegen den Feind.“ (Picasso)
<http://www.albertina.at>

Pablo Picassos Leben im Zeitraffer

1881 25. Oktober: Pablo Ruiz P. (P.) wird in Málaga geboren.

1918 P. heiratet Olga Koklova. Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs in Spanien 1936 ist P. weitgehend unpolitisch; sein Werk entsteht unabhängig von zeitgeschichtlichen Ereignissen. P. ist mit der Erfindung des Kubismus ebenso wie mit der Rückkehr zum Klassizismus in der 1920er Jahren der führende Bahnbrecher der Moderne.

1936 Die Republikaner ernennen P. in Anerkennung seines Widerstands gegen die Machtergreifung Francos zum Direktor des Prado.

1937 26. April: Bombardement der baskischen Stadt Guernica. P. malt als Reaktion darauf das gleichnamige Gemälde, das weltweit zum Symbol gegen den Krieg wird. Es wird im spanischen Pavillon der Pariser Weltausstellung gezeigt.

1940 14. Juni: P. lehnt Einladungen der USA und anderer Länder ab, aus dem besetzten Frankreich zu fliehen. Aus dem freiwilligen Exil unterstützt er die Widerstandsbeziehung. **25. August:** Wegen der Bedrohung durch deutsche Truppen in Royan kehrt P. für die verbleibende Zeit des Kriegs nach Paris zurück.

1944 August: Nach der Befreiung von Paris wird P. als führender Vertreter einer von den Faschisten verdammt Kunst als Held gefeiert. Junge Schriftsteller, Fotografen, Künstler, Intellektuelle und GIs statten ihm wochenlang Besuche in seinem Atelier ab.

5. Oktober: Die kommunistische Tageszeitung L'Humanité meldet, daß P. der PCF (Kommunistische Partei Frankreichs) beigetreten ist. Er glaubt, daß der Kommunismus einen Ausweg aus den faschistischen Greueln des Spanischen Bürgerkriegs und des Zweiten Weltkriegs bietet.

1945 Februar-Mai: Fertigstellung von Das Leichenhaus. Es beruht auf einem spanischen Filmbericht über eine republikanische Familie, die in ihrer Küche ermordet wurde. **Juni:** Die PCF (Kommunistische Partei Frankreichs) ehrt P. bei ihrem zehnten Parteikongreß, bekräftigt aber noch einmal ihre Forderung nach Realismus in der Kunst.

1946 Juli: P. zieht ins Obergeschoß des Museums von Antibes an der Côte d'Azur. Er kümmert sich um eine verletzte Eule; bald findet man das Tier als Symbol für den

Tod in einer Serie von Stilleben.

1947 August: P. beginnt in der Manufaktur Madoura in Vallauris (bei Nizza) Keramiken anzufertigen.

1948 P. unterstützt die Proteste der Veteranen der Abraham-Lincoln-Brigade, der USamerikanischen Division der internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. **23.-28. August:** P. nimmt am Friedenskongress im polnischen Breslau teil. Er besucht das Konzentrationslager Auschwitz, wo ihm der polnische Präsident einen Orden verleiht. **Oktober:** P. spendet eine Million (alte) Francs für den Bergarbeiterstreik in Nordfrankreich.

1949 Februar: Louis Aragon besucht P. im Atelier und wählt die Lithografie einer Taube als Motiv für das Plakat des Weltfriedenskongresses in Paris aus. Die Darstellung wird als „Friedenstaube“ weltweit bekannt. **19. April:** Geburt von Françoise Gilots und Picassos Tochter Paloma.

1950 29. Januar: Der kommunistische Gemeinderat von Vallauris ernennt P. zum Ehrenbürger. **März:** P. wird als einer von zwölf „Kämpfern für den Frieden“ ausgewählt, um dem amerikanischen Kongress in Washington 50 Millionen Unterschriften des Stockholmer Appells gegen Atomwaffen zu überreichen. Die USA verweigern P. das Einreisevisum. **November:** P. erhält zusammen mit Paul Robeson (1898-1976) und Pablo Neruda (1904-1973) den Preis des Weltfriedenskongresses.

1951 18. Januar: P. beginnt mit der Arbeit an Massaker in Korea, einer offenen politischen Stellungnahme zur US-Militärintervention in Korea.

1952 Empört über den Koreakrieg, malt P. für eine säkularisierte Kirche in Vallauris zwei gegenüberliegende Wandgemälde: sie zeigen den Krieg und den Frieden.

1954 P. beginnt kurz nach Ausbruch des Algerienkriegs an der Serie „Die Frauen von Algier“ zu arbeiten.

1955 P. erwirbt die Villa La Californie oberhalb von Cannes.

1956 25. Oktober: Picassos 75. Geburtstag wird in der Manufaktur Madoura gefeiert. Werke Picassos aus dem Besitz des sowjetischen Staates werden in Moskau und Leningrad (heute St. Petersburg) in einer von Ilja Ehrenburg organisierten Ausstellung gezeigt.

1957 Mai: Große Retrospektive im New Yorker Museum of Modern Art; die Ausstellung reist weiter ins Art Institute of Chicago und ins Philadelphia Museum of Art. Wegen Picassos Verbindungen zum Kommunismus ist es unmöglich, ihn in die USA einzuladen. **August:** P. beginnt mit der Arbeit an der Serie Las Meninas (nach Velázquez). Es handelt sich um eine Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten Werke der Geschichte der spanischen Malerei, aber auch um eine kritische Stellungnahme zu den aktuellen politischen Ereignissen unter General Franco in Spanien. **Herbst:** Im Auftrag der UNESCO entwirft P. ein Wandbild für den Hauptsitz der Organisation in Paris.

1959 P. beteiligt sich an einer internationalen Kampagne, die eine Amnestie für die immer noch inhaftierten republikanischen Häftlinge im franquistischen Spanien fordert. **Ab August:** P. malt Variationen zu Édouard Manets Frühstück im Freien (bis 1962).

1961 2. März: Heirat mit Jacqueline Roque in Vallauris. **25. Oktober:** P.s 80. Geburtstag; Feierlichkeiten drei Tage später in Vallauris.

1962 Die sowjetische Regierung verleiht P. den Internationalen Lenin-Friedenspreis. **Im Herbst:** Nur zehn Tage nach Ausbruch der Kubakrise beginnt P. an der Serie „Raub der Sabinerinnen“ und seinen Bildern des „Kampfes zwischen Hummer und Katze“ zu arbeiten.

1965 P. erkrankt an einem Magengeschwür und wird in Paris operiert. Es ist sein letzter Aufenthalt in der Stadt.

1966 Eine Picasso-Ausstellung im Moskauer Puschkin-Museum wird mithilfe von Ilja Ehrenburg organisiert.

1967 P. lehnt die Aufnahme in die französische Ehrenlegion ab.

1968 23. März: P. übermittelt eine schriftliche Solidaritätserklärung zum Tag der Intellektuellen für den Frieden in Vietnam. P. stellt für das Plakat zum Marsch auf Washington (Mitte November 1968) der amerikanischen Vietnamkriegsgegner die Zeichnung Physiognomie des Kriegs zur Verfügung.

1971 Zu Picassos 90. Geburtstag findet eine Ausstellung im Louvre statt.

1973 8. April: P. stirbt in Mougins.

Harun Farocki

Weiche Montagen / Soft Montages

Von 23. Oktober 2010 bis 9. Januar 2011 im Kunsthaus Bregenz



Harun Farocki, *Immersion*, 2009, 2-Kanal-Videoinstallation, Farbe, Ton, 20 Min.

Courtesy Galerie Thaddaeus Ropac, Salzburg/ Paris

Mit Harun Farocki stellt das Kunsthaus Bregenz einen Filmemacher und Künstler vor, dessen Werk die Geschichte des politischen Films seit den späten 1960er-Jahren maßgeblich geprägt hat. Neben über 100 Produktionen für Fernsehen und Kino hat Farocki seine Überlegungen zum Verhältnis von Gesellschaft, Politik und bewegtem Bild auch als langjähriger Autor und Redakteur der Zeitschrift „Filmkritik“, als Kurator sowie als Professor in Berkeley und Wien vermittelt. Seine große Bedeutung für die bildende Kunst spiegelt sich sowohl in Überblickspräsentationen seiner Filme in Institutionen wie der Tate Modern in London als auch in Einzelausstellungen im Wiener MUMOK, dem Jeu de Paume in Paris und dem Kölner Museum Ludwig wider. Wie wichtig seine Filme und Installationen im Kunstkontext sind, läßt sich nicht zuletzt an seiner zweimaligen Teilnahme an der „documenta“, in den Jahren 1997 und 2007, ermes- sen.

Die vom Kunsthaus Bregenz organisierte, bis dato umfangreichste Überblicksausstellung in Österreich umfaßt den Zeitraum von

1968 bis heute und präsentiert erstmals in Europa drei speziell für diesen Anlaß entstandene Videoinstallationen, die Teil der Serie *Ernstes Spiel* sind und mit Unterstützung des KUB realisiert wurden. Für diese neuen, jeweils acht Minuten langen Videoinstallationen hat Farocki Aufnahmen in Militäreinrichtungen der USA gedreht und die eigenen Sequenzen mit Ausschnitten aus Computersimulationen kombiniert. Die an *Ernstes Spiel* erinnernden Programme werden von Soldaten genutzt, um an ihren Rechnern den Ernstfall im Irak, in Afghanistan und in potenziellen Krisengebieten zu proben. Eine weitere Variante stellt die ebenfalls zur Serie *Ernstes Spiel* zählende Arbeit *Immersion* dar, bei der es um Reinszenierungen traumatischer Kriegserlebnisse der Soldaten mithilfe solcher Simulationstechnologien geht, die in diesem Fall zu therapeutischen Zwecken eingesetzt werden.

Das Verhältnis von Technik und Krieg spielt bereits in früheren Arbeiten des Künstlers eine entscheidende Rolle. In der aus drei separaten Installationen bestehen-

den Serie *Auge/Maschine* (2001-2003), die zusammen mit *Ernstes Spiel* im ersten Obergeschoß des KUB vorgestellt wird, setzt Farocki dieses zu wirtschaftlichen Produktionsbedingungen in Beziehung. Er zieht Vergleiche zwischen Überwachungsmechanismen in kriegerischen Auseinandersetzungen und dem Einsatz von Kameras in zivilen Situationen wie zum Registrieren von Bewegungen an öffentlichen Orten und zur Kontrolle von Arbeitsabläufen in hoch technisierten Industrieanlagen. Aus seiner Sicht ersetzen Krieg und Industrie gleichermaßen zunehmend das menschliche Auge durch Computer, natürliche Augenarbeit wird in beiden Bereichen immer stärker von Maschinen übernommen.

Ein genaues Schauen, ein visuelles und kognitives Abtasten der ästhetisch eindrücklichen Bilder von drei geografisch verschiedenen Produktionsstätten ist bei der 2-Kanal-16-mm-Filminstallation *Vergleich* über ein Drittes von 2007 gefragt. Diese wird zusammen mit der Doppelvideoinstallation *Gegenmusik*, 2004, und einer umfangreichen Film-

Kultur

bibliothek mit 25 Arbeiten im zweiten Stock präsentiert. Vergleich über ein Drittes zeigt in einer Doppelprojektion Aufnahmen von Ziegelproduktionen und der Verarbeitung von gebrannten Steinen zu Bauwerken in Afrika, Indien und Europa. Im sachlichen Modus des Dokumentarfilms gedreht, kommt diese Arbeit ohne gesprochenen Kommentar aus und wirkt allein über die suggestive Atmosphäre des Gezeigten. Auch wenn im Vergleich zwischen kollektiver Produktion in Afrika und dem in Europa durch Maschinen bestimmten Herstellungsprozeß emotional Unterschiede zu spüren sind, entzieht sich der Film doch einer eindeutigen Stellungnahme. Allerdings macht er allein durch das Aufzeigen archaisch wirkender Produktionsbedingungen bei indischen Hochhausbauten die Parallelität von verschiedenen Industrialisierungsstufen innerhalb einer Gesellschaft bewußt und verdeutlicht so die Fragwürdigkeit einer traditionellen Fortschrittsvorstellung. In Gegen-Musik verwendet Harun Farocki fast ausschließlich bereits existierendes Material. Hierzu zählen Aufnahmen aus Schlaflabors sowie von Überwachungs- und Kontrollkameras, die den Auto-, Zug- und U-Bahn- Verkehr ebenso im Blick haben wie die Fußgänger. Er vergleicht Bilder der Kanalisation und abstrahierte Schautafeln zum Funktionieren

eines Ortes mit lebenden, organisch pulsierenden Körpern und entwirft ein Porträt dieser Stadt, das in der Tradition von Filmen aus den 1920er- Jahren wie *Der Mann mit der Kamera* von Dziga Vertov oder *Berlin - Die Sinfonie der Großstadt* von Walter Ruttmann steht. Von beiden Filmen sind in Farockis Installation Ausschnitte zu sehen. Gegen-Musik entstand im Rahmen von „Europäische Kulturhauptstadt Lille 2004“ und rekurriert mit seinem Originaltitel *Contre-Chant*, der gesprochen ähnlich klingt wie „Contrechamp“ (dt. Gegenschuß), ebenso auf filmimmanente Aspekte, die gerade auch in der Doppelprojektion der Arbeit verdeutlicht werden. Und es ist die für Harun Farocki charakteristische Form der Doppelprojektion, die es ihm ermöglicht, sowohl einen regulären sukzessiven Ablauf einzelner Bilder als auch eine Gleichzeitigkeit in ihrer Beziehung herzustellen. Durch das Hin- und Herspringen der Bilder entstehen trotz der teilweise harten und unvorhersehbaren Schnitte weiche Montagen, die der Ausstellung in Bregenz ihren Titel geben.

Zu den bekanntesten und beliebtesten Arbeiten Farockis zählt sicherlich die auf der letzten „documenta“ für viel Aufsehen sorgende und im dritten Stockwerk des KUB präsentierte Arbeit *Deep Play*. Auf zwölf Projektionsflächen wird der Besucher mit

verschiedenen Blicken auf das WM-Endspiel von 2006 konfrontiert. Gezeigt werden nicht nur die für die regulären Zuschauer damals sichtbaren Bilder des Spiels, sondern auch computergenerierte Abstraktionen des Spielflusses, Vektorvermessungen von Spielerkörpern und einzelne Spieler in der Nahsicht. Wir hören und sehen, wie die Analysten das Spiel kommentieren, und beobachten die Reaktionen der Trainer. Aber Farockis Arbeit enthält auch die weniger spannenden Bilder von Kameras, die leere Versorgungswege und verlassene U-Bahn-Stationen oder den sich im Verlauf des Spiels verfärbenden Sommerhimmel einfangen. Das Spiel, das im Sommer 2006 1,5 Milliarden ZuschauerInnen auf der ganzen Welt verfolgt haben und das auch wegen des unrühmlichen Kopfstoßes Zidanes Fußballfans und Laien gleichermaßen beschäftigte, wird hier zu einer Metapher für das komplexe Verhältnis von Unterhaltung, Kontrolle, Kampf und Medien.

Bemerkenswert an der Bregenzer Ausstellung ist nicht allein die außergewöhnliche Vielfalt der gezeigten Arbeiten, sondern auch ihre verschiedenen Präsentationsformate, die raumgreifende Installationen, eine Filmbibliothek und eine Werkschau im örtlichen Metrokino umfassen. ■

<http://www.kunsthhaus-bregenz.at>



Foto: Markus Tretter / © Kunsthhaus Bregenz, Harun Farocki

Harun Farocki, *Ernste Spiele I: Watson ist hin*, 2007, *Auge/Maschine II*, 2002, *Ausstellungsansicht 1. OG*, Kunsthhaus Bregenz

POWER UP – Female Pop Art

Evelyne Axell, Sister Corita, Christa Dichgans, Rosalyn Drexler, Jann Haworth, Dorothy Iannone, Kiki Kogelnik, Marisol, Niki de Saint Phalle
von 5. November 2010 bis 20. Februar 2011 in der Kunsthalle Wien



Foto: Kunsthalle Wien, Foto/photo: Stephan Wyckoff

Ausstellungsansicht/exhibition view Kunsthalle Wien "POWER UP.

We choose to LOOK at LIFE all the TIME, and though we realize that they are in one sense adult comic books, they are also full of things that speak ...“ Die Welt der Zeichen, der Werbeslogans und der Logokultur war für Sister Corita nicht weites Ödland, sondern bot ihr den Stoff für eine Kunst, die sich aus dem Alltag nährt. Das Werk von Sister Corita steht exemplarisch wie auch das von Evelyne Axell, Christa Dichgans, Rosalyn Drexler, Jann Haworth, Dorothy Iannone, Kiki Kogelnik, Marisol und Niki de Saint Phalle für feminine Strategien der künstlerischen Selbstermächtigung in der Zeit der Popkunst, maßgeblich in den 1960er Jahren. Kunstgeschichtlich primär mit männlichen Protagonisten verbunden, will „POWER UP – Female Pop Art“ eine Revision der Pop Art durch herausra-

gende weibliche Positionen erreichen. Im Spannungsverhältnis von Abstraktion und Figuration, Warenkult und Kapitalismuskritik, High & Low ähnelt das Werk der ausgestellten Künstlerinnen in Material, Thema und Arbeitsweise an vielen Stellen dem ihrer männlichen Kollegen. Die Künstlerinnen dokumentieren und hypostasieren die Prosperität der Nachkriegsjahre, reflektieren die Oberflächlichkeit der Konsumkultur, entlarven wie Christa Dichgans den Mythos Ware als leere Hülse der zivilisatorischen Errungenschaft oder affirmieren wie Jann Haworth in Soft Sculptures Gegenstände zu überdimensionierten Kitschobjekten. In der Plakativität der einfachen Formensprache, der Verwendung von neuen Materialien wie Plastik sowie einer grellen Farbauswahl treffen die Popfrauen den Geschmack der Masse und

bleiben als feministische Vorreiterpositionen, die mit Selbstinszenierungen wie Evelyne Axell, Niki de Saint Phalle und Kiki Kogelnik maximales Aufmerksamkeitspotential bündeln, doch kämpferisch, kritisch und außergewöhnlich. Die Ausstellung postuliert keine genuin feminine Kunst, sondern will den Fokus der Pop Art auf hervorragende Künstlerinnen, deren identitätsbildende Arbeit und ihre Perspektive auf die Rolle der Frau in einer Gesellschaft richten, die in den 1960er Jahren stark patriarchalisch ausgerichtet war.

Die Sicht dieser Künstlerinnen revidiert ein männliches Blickregime und die Darstellungen von Frauen wie Tom Wesselmanns entindividualisierte Matrizen des weiblichen Körpers, Mel Ramos malerische Verschmelzungen von Warenpreisungen und lasziv

Kultur

dargestellten Akten als Objekte des Begehrens und Allen Jones sado-masochistisch arrangierte Sexgefährtninnen. Stattdessen beschreiben sie wie Jann Haworth, Kiki Kogelnik und Marisol das Korsett, in dem die Fremd- und Selbstdarstellung der Frau in dieser Zeit gefangen ist, zeigen wie Christa Dichgans den Versuch mit der Kunst aus einem häuslichen Leben auszubrechen und öffentlich sichtbar zu werden und stellen wie Evelyne Axell sowie Dorothy Iannone den weiblichen Körper, Liebe und Sexualität provokativ zur Schau. In einer ikonoklastischen Geste überpinselt Rosalyn Drexler Zeitungsvorlagen, setzt sich mit Klischeebildungen und Gendertypisierungen in Hollywood Filmen sowie Superstarkonstruktionen auseinander. Offen für die populäre Kultur um sich herum verwendet Sister Corita in einem frühen Akt des culture jammings Werbepropaganda als Teile einer neuen Message, die demokratisch und serigrafisch produziert sowie billig veräußert wird. Ihre Arbeiten beinhalten genauso wie diejenigen von Kiki Kogelnik, Marisol und Niki de Saint Phalle kritische Kommentare auf Ereignisse der Zeit und politische Gegebenheiten wie den Vietnamkrieg.

Die Damen der Années Pop führen Selbstermächtigungsstrategien vor, feiern weibliche Sexualität und Lust, verwenden in Bad-Girl-Manier Pin-Ups, Exzerpte der Konsumkultur und Fragmente einer manchmal allzu banalen Alltagswelt, sie kommentieren gesellschaftliche Veränderungen und machen in deutlich autobiografisch gefärbten Werken das Persönliche zum Politischen. In protofeministischen Arbeiten konterkarieren sie den affektiven Tod, den coolen und anonymen Stil klassischer Pop Art. Ihre Werke stellen eine idiosynkratische Erweiterung des etablierten Kanons auch durch eine tradierte weibliche Formensprache, die Verwendung von Textilien, ornamentalen Elementen und einer naiven Bildsprache dar. Gemein sind ihnen mit der Stilrichtung der Humor und die Nonchalance einer Lebenseinstellung, die sich bis heute in verschiedensten Facetten und Spielarten der zeitgenössischen Kunst fort-schreibt.

Ausstellungskatalog: „POWER UP – Female Pop Art“ Hg.: Kunsthalle Wien, Gerald Matt, Angela Stief. Erscheint bei Dumont. Mit Texten von Belinda Grace Gardner, Anke Kempkes, Thomas Mießgang, Kalliopi Minioudaki, Mark Rappolt, Aaron Rose, Sid Sachs, Angela Stief, Martin Walkner. 288 Seiten, deutsch und englisch. € 29,95
<http://www.kunsthallewien.at>



© Estate of Evelyne Axell und/and VBK, Wien, 2010, Foto: Paul Louis

Evelyne Axell, Ice Cream, 1964, Courtesy Serge Goisse, Belgium



Esra und John Hartung, Courtesy Contemporary Fine Arts, Foto: Jochen Lüttkemann, Berlin

Christa Dichgans, Stilleben mit Frosch, 1969

Window Shopping

Eine Fotogeschichte des Schaufensters von 25. November 2010 bis 13. März 2011 im Wien Museum am Karlsplatz



Foto: Wien Museum

Hemdkragensauslage des Warenhauses Herzmansky in der Wiener Mariahilfer Straße, um 1938/39; Anonym; Silbergelatine

Das Schaufenster entwickelte sich seit dem 19. Jahrhundert zu einem zentralen und vielschichtigen Ort moderner Konsumkultur und trug wesentlich zum Antlitz der modernen Stadt bei. Es präsentierte die unglaubliche Fülle einer neuen Warenwelt ähnlich wie in Ausstellungen und etablierte eine bis dahin unbekannte Form des Flanierens und Schauens: das „Window Shopping“. Als Bühne für die Wareninszenierung übte das Schaufenster eine enorme Anziehungskraft aus – nicht nur auf PassantInnen und Kauflustige, sondern auch auf VertreterInnen der Literatur, Kunst und Fotografie. Neben der Fotokunst popularisierte auch die Dokumentarfotografie die neuen visuellen Codes, nicht zuletzt über die seit der Zwischenkriegszeit boomenden illustrierten Zeitschriften und über die Reklameliteratur. Die Ausstellung, die im Rahmen von „Eyes On. Monat der Fotografie Wien“ eröffnet wird,

zeigt bisher noch nie präsentierte dokumentarische Aufnahmen aus der Sammlung des Wien Museums ebenso wie Beispiele aus dem Bereich der künstlerischen Fotografie. Neben Arbeiten von August Stauda, Emil Mayer, Martin Gerlach jun., Franz Hubmann, Barbara Pflaum, Lucca Chmel, Gerhard Trumler, Trude Lukacsek oder Didi Sattmann sind historische Auslagendokumentationen von Warenhäusern und Geschäften wie Herzmansky, Gerngross oder Palmers zu sehen. Ergänzt werden sie durch Schaufensterzeitschriften und Fotobildbände.

Die Inszenierung der Waren

Das Schaufenster ist unmittelbar mit der industriellen Massenproduktion verbunden. Die Zurschaustellung und Inszenierung von Waren war sowohl für die HändlerInnen als auch für die ProduzentInnen notwendig geworden, um im Konkurrenzkampf überleben

zu können – erst das Schaufenster konnte das enorme Warenangebot öffentlich vermitteln. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts war die Herstellung großflächiger Glasscheiben technisch möglich, mit der Elektrifizierung wurde der zweite wichtige Schritt getan, der zur rasanten Verbreitung der Schaufenster führte. Die „Bühne der Warenwelt“ entfaltete ihre volle Wirkung erst in der Nacht, „eine Märchenpracht, wie sie die Virtuosen der arabischen Nächte nicht träumen konnten“, so ein begeisterter Zeitgenosse. Nicht immer waren die Reaktionen so positiv, so kritisierten kirchliche Vertreter die Allgegenwart des Kommerzes, die Heimatschutzbewegung bekämpfte die „Verschandelung“ des Stadtbildes durch die „Reklameseuche“, nicht zuletzt, weil Einbauten von Schaufenstern auf alte Bausubstanz oft wenig Rücksicht nahmen.

Pioniere des modernen Schaufensters waren die Warenhäuser, die zum Schauplatz

und Symbol der modernen Konsumgesellschaft wurden, neben dem Kohlmarkt, dem Graben und der Kärntner Straße entwickelte sich die Mariahilfer Straße mit Shopping-Tempeln wie dem Warenhaus Herzmansky und Stefan Esders' „Zur großen Fabrik“ im späten 19. Jahrhundert zur führenden Geschäftsstraße: „Hier sind wir Großstadt“, jubelte die Neue Freie Presse 1895. Um den richtigen „Shop-Appeal“ zu erreichen, wurden DekorateurInnen engagiert, vor allem in der Textilindustrie etablierten sich Schaufensterfiguren, beliebt waren auch „Stapelfenster“, bei denen wenige Artikelsorten in großer Zahl symmetrisch angeordnet wurden. Die professionelle Schaufenstergestaltung inszenierte eben nicht nur Luxus, sondern auch Massenware und trug somit wesentlich zu deren Ästhetisierung bei. Der Schaufensterbummel war nicht nur Teil einer neuen Konsumpraxis, sondern gehörte zur Stadtwahrnehmung und -erfahrung. „Window Shopping“ war gleichbedeutend mit „in der Stadt sein“ und bot darüber hinaus Frauen eine willkommene „legitime“ Möglichkeit, sich unbegleitet in der Öffentlichkeit bewegen zu können.

Eine Geschichte der Wiener Schaufensterkultur

Das Schaufenster wurde schnell zum beliebten Motiv der fotografischen Stadtdokumentation und der künstlerischen Fotografie, für die u. a. die Spiegelungseffekte der Auslagenscheiben eine ästhetische Herausforderung darstellten. Alle in der Ausstellung gezeigten Fotos wurden in Wien aufgenommen, wobei es auffällig ist, daß sie häufig das Alte, Relikthafte und Kuriose und weniger das Innovative oder Moderne zeigen. So hielt der Dokumentarfotograf August Stauda um 1900 vor allem jene Formen von Auslagen fest, die zum „aussterbenden Alt-Wien“ gehörten, also etwa Vitrinen an Portalen oder „normale“ Fenster, die als Schaufenster benutzt wurden. ArchitekturfotografInnen wie Martin Gerlach jun. oder Lucca Chmel konzentrierten sich auf moderne Gebäude, Vertreter der Moment- und Straßenfotografie wie Emil Mayer beobachteten die PassantInnen beim Schauen und „Gustieren“, in der sozialkritischen Fotografie wird dieser Blick noch einmal geschärft auf jene, die sich die ausgestellten Waren nicht leisten können. Den Fokus auf die Präsentation der Waren legen FotografInnen wie Trude Lukacsek, die sich seit den 1980er Jahren vor allem für jene Geschäfte interessiert, die im Verschwinden begriffen sind. ■

<http://www.wienmuseum.at>

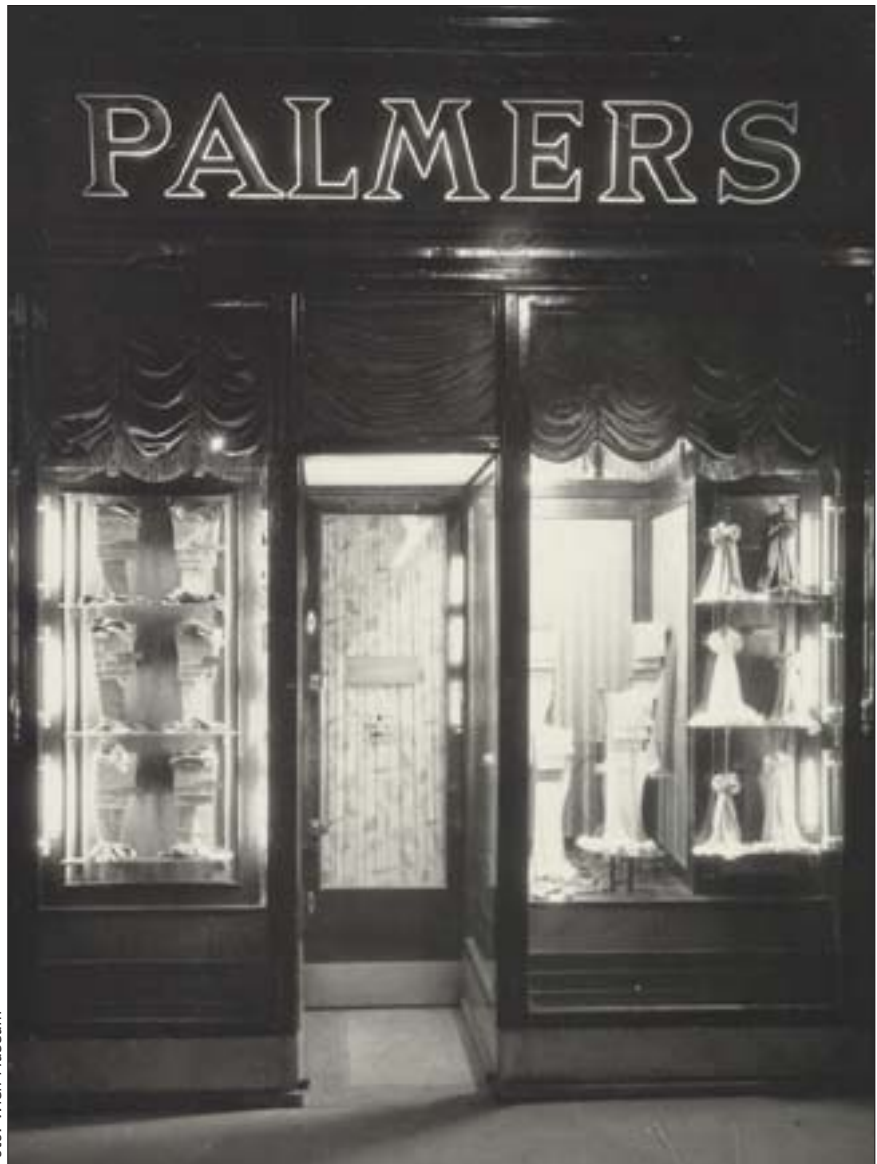


Foto: Wien Museum

Postkarte mit Nachtsansicht einer Auslage der Fa. Palmers, 1950er Jahre



Foto: Wien Museum / Foto Votava

Auslage mit Fernsehapparaten, 1955

50 Jahre Österreichische Mediathek...

... das sind mehr als 100 Jahre österreichische Kultur- und Zeitgeschichte in Ton und Bild.



Im Jahr 1960 als Sammelstelle für Schallplatten gegründet, hat sich die Institution in diesen 50 Jahren weit über ihre ursprüngliche Aufgabe hinaus entwickelt. Heute liegen in den Archiven mehr als 1,5 Millionen Tonaufnahmen aus den unterschiedlichsten Sammlungen, die in diesen 50 Jahren zusammengetragen wurden: Die wichtigsten politischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts, Musik, Literatur, Zeitdokumentation – für jedermann frei zugänglich – alles vor Ort, aber auch schon sehr vieles im Internet <http://www.mediathek.at>

Gedächtnisort

Audiovisuelle Medien schaffen eine lebendige Erinnerung, audiovisuelle Archive bewahren dieses Gedächtnis. Medien spielen eine bedeutende Rolle in der kollektiven Erinnerung, die apparative Abbildung von Tönen und Bildern ist eine Technik, die die menschliche Erinnerung revolutioniert hat. Zitate wie, die „...sauren Wiesen...“ (Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, 1985),

„...das alles ist sehr kompliziert...“ (Bundeskanzler Fred Sinowatz, 1983), „Österreich ist frei“ (Außenminister Leopold Figl, 1955) und viele andere gehören zum Gedächtnis der Nation und haben sich im Laufe ihrer Geschichte verselbständigt, der korrekte Zusammenhang oder auch das korrekte Zitat ist vielfach verloren gegangen – hier sind es dann Archive wie die Österreichische Mediathek, die nicht nur für die dauerhafte Bewahrung und die öffentliche Zugänglichkeit sorgen, sondern auch dafür, daß der Kontext gewahrt wird.

Historischen Tonaufnahmen kommt eine besondere Bedeutung zu, allein schon deshalb, weil sie rare Dokumente sind. Wer denkt schon daran, daß die Aufnahme mit Kaiser Franz Joseph aus dem Jahr 1915 (eine Schellackplattenedition des k.k. Militär-Witwen- und Waisenfonds) zum ersten Mal die Gelegenheit bot, die Stimme des Kaisers einer breiteren Bevölkerungsschicht zugänglich zu machen? Oder, daß eine Sitzung des NÖ Landtages vom 30. 10. 1934 das einzige

Tondokument einer parlamentarischen Körperschaft der 1. Republik ist? – Diese und viele historische andere Tonaufnahmen mehr sind auf der Website der Österreichischen Mediathek online abrufbar:

<http://www.mediathek.at/akustische-chronik>

Für alle zugänglich

Bewahren und Sammeln ist ein Aspekt, die Zugänglichkeit ein anderer. Heute ist es das Bestreben der Österreichischen Mediathek, möglichst viele Medien online zur Verfügung zu stellen. Die Idee einer ortsunabhängigen Benutzung entstand in der damaligen Phonotheek jedoch bereits viele Jahre vor den heutigen Möglichkeiten, die das Internet bietet. Schon 1970 kam der Gedanke auf, die Bestände der Phonotheek über Telefon zugänglich zu machen: 1973 wurde der „TÜD“, der „Telefonische Übertragungsdienst“ eingerichtet. Man konnte sich telefonisch aus einer wachsenden Zahl von aufbereiteten Vorträgen und Interviews ein Dokument auswählen und anschließend

über Telefon – und zu den Kosten der geltenden Telefongebühren – anhören. Trotz dieser, für ein AV-Archiv damals revolutionären Idee, die im bescheidenen Umfang einen Teil der heutigen Möglichkeiten des Internet vorwegnahm, konnte sich diese Form der Benutzung nicht durchsetzen und der TUD wurde nach wenigen Wochen wieder eingestellt: „Die Möglichkeit, dass Archivaufnahmen auf solche Weise vielleicht – gewollt oder ungewollt – aktuelle Akzente im gesellschaftspolitischen Alltag erhalten könnten, rief mit einem Male Befürchtungen hervor, weshalb sich Stimmen vernehmen ließen, die den TUD sogar ein gefährliches Instrument für eine ‚unkontrollierbare Information‘ der Bevölkerung zu erblicken glaubten“, so Eckehard Bamberger, ehemaliger Leiter der Österreichischen Phonotheek.

Foto: Österreichische Mediathek



Digitalisierungsanlage in der Österreichischen Mediathek

Dokumentieren

Die Phonotheek widmete sich, neben dem Sammeln als ihrer Hauptaufgabe, schon in der Frühzeit ergänzenden Betätigungsfeldern, wie der Produktion von Tonträgern oder dem aktiven Herstellen von Quellenmaterial. Die Phonotheek dokumentierte regelmäßig Musikaufführungen, literarische Lesungen, Diskussionsveranstaltungen, wissenschaftliche Symposien oder Pressekonferenzen. Dieser Bestand an Aufnahmen, vor allem aus den 60er-, 70er- und 80er-Jahren stellt heute einen Kernbestand der Sammlung dar, nicht zuletzt deshalb, weil hier einmalige Aufnahmen dokumentiert und erhalten werden wie etwa Lesungen von Ingeborg Bachmann, Ilse Aichinger, Peter Handke, Ernst Jandl, Gerhard Rühm, Peter Weibl, Hans Weigl, Friedrich Torberg, Christine Busta, Friederike Mayröcker oder Andreas Okopenko, wissenschaftliche Vorträge von Anna Freud oder Theodor Adorno sowie eine umfangreiche Sammlung an eigens produzierten Interviews mit Persönlichkeiten aus dem Geistes- und Kulturleben.

Daneben wurden seit den 1970er Jahren die Plenarsitzungen des Österreichischen Nationalrats mitgeschnitten und ab Mitte 1976 die Hörfunkjournale des ORF (*online unter <http://www.journale.at>*). Der Aufgabe der Institution, die Zeit akustisch zu dokumentieren, kam man, mit den damals vorhandenen Mitteln möglichst umfassend nach. Die Aufnahmen sind heute charakteristische audiovisuelle Zeitdokumente und wurden damals, obwohl zum Teil ursprünglich Massenmedien, kaum bis gar nicht dokumentiert, was auch noch nachträglich als Leistung dieser Institution geschätzt werden muß.

Foto: Österreichische Mediathek / R. Hubert



Eine der neuen Voxboxen im Publikumsbetrieb der Österreichischen Mediathek.

Sammeln

Die Sammlungen sind das Herzstück des Archivs. Im Laufe ihrer 50jährigen Geschichte konnten von der Mediathek wichtige Sammlungen übernommen werden, so etwa 1987 die Sammlung Teuchtlar, mit rund 80.000 Schellack-Platten, in den 90er-Jahren ORF-Bestände, Bestände des Kreisky-Archivs, Interviews aus dem Österreichischen Staatsarchiv und Bestände des Senders Rot-Weiß-Rot. Im folgenden Jahrzehnt ist die Übernahme von Bändern und Platten des Medienservice, die Platten des Technologischen Gewerbemuseums, weitere ORF-Bestände, Holocaust-Interviews, Bestände der Wienbibliothek, der Musikuniversität, des Theaters in der Josefstadt, der Wiener

Kammeroper zu erwähnen, der letzte große Sammlungszuwachs war die Sammlung Günther Schifter mit über 24.000 Schellacks.

Heute bewahrt die Österreichische Mediathek in ihren Archiven rund 500.000 Träger mit insgesamt mehr als 1,5 Millionen Einzelaufnahmen.

50 Jahre sind ein Anlaß, auf vergangene Erfolge zurückzublicken, aber viel mehr ein Anlaß, einen Blick auf die laufenden zukunftsweisenden Projekte zu werfen: Von ganz neuen, in der Österreichischen Mediathek entwickelten Ansätzen im Bereich der Videodigitalisierung bis hin zu weiteren Internetprojekten. Die Inhalte des Archivs werden so nachhaltig gesichert und bewahrt, der Zugang wird vereinfacht. ■

eBooks, eAudios, ePapers

Virtuelle Bücherei Wien geht an den Start – Ausleihen rund um die Uhr in den Büchereien Wien

Seit Anfang Oktober bieten die Büchereien Wien ein neues Online-Service an: Unter <http://www.virtuellebuecherei.wien.at> können über 2300 digitale Medien per Download ausgeliehen werden. Voraussetzung ist eine gültige Büchereikarte und ein Computer mit Internetzugang. Die Virtuelle Bücherei ist 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche geöffnet. Die Medien können bequem von Zuhause aus entliehen werden. „Die Büchereien Wien reagieren damit auf den veränderten Medienkonsum. Es ist ein zeitgemäßer Service für eine Generation für die digitale Medien selbstverständlich sind“, erklärte Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch. Er lud sich als erster Nutzer der Virtuellen Bücherei das eBook „Der Feind im Schatten“, den neuen Wallander-Krimi des Bestseller-Autors Henning Mankell, auf den Laptop.

Foto: Pressefoto Votava / PID



Die Bücherei kommt nach Hause: Büchereien Wien Leiter Markus Feigl, Stadtrat Christian Oxonitsch und Katharina M. Bergmayr, Büchereien Wien-Online (v.l.)

Breites Angebot

Einen Schwerpunkt bilden Ratgeber zum Thema Beruf und Karriere; zahlreiche eBooks und eAudios geben Tipps für die perfekte Bewerbung und das Weiterkommen im Job. SchülerInnen finden Lernhilfen und Sachbücher zu sämtlichen Fachgebieten. Aber natürlich kommen auch die Unterhaltung und das Vergnügen nicht zu kurz: Wer einen spontanen Trip nach Paris plant, kann schnell den entsprechenden Reiseführer downloaden und einen Französisch-Sprachkurs als eAudio auf seinem MP3-Player mitnehmen. Entspannende (Urlaubs-)Lektüre bieten zahlreiche Bestseller von Henning Mankell über Jo Nesbo bis zu Michael Köhlmeier. Infos aus Politik, Wirtschaft und Kultur können tagesaktuell in den digitalen Ausgaben von „Spiegel“ oder „FAZ“ nachgelesen werden. Der Bestand der Virtuellen Bücherei wird laufend erweitert und aktualisiert.

Klare Vorteile

Diese Innovation bringt zahlreiche Vorteile für die KundInnen der Büchereien Wien: Die virtuelle „Zweigstelle“ der Büchereien Wien kennt keine Schließzeiten. Die Ausleihe kann an jedem Ort mit Internet-Anschluß erfolgen und funktioniert ganz einfach: Man deponiert das gewünschte Medium wie beim Online-Shopping im „eMedienkorb“, wo es 30 Minuten reserviert bleibt.



Entscheidet man sich für eine Ausleihe, kann das Medium nach dem Download entweder direkt geöffnet oder abgespeichert werden. eBooks im ePub-Format können auch auf E-Book-Readern gelesen werden, eAudios lassen sich auf MP3-Playern abspielen. Eine Rückgabe der eMedien ist nicht erforderlich, nach Ablauf der Leihfrist (bei eBooks z.B. 2 Wochen) läßt sich das Medium nicht mehr

öffnen und steht sofort wieder anderen NutzerInnen zur Verfügung. Das bedeutet, es können auch keine Mahngebühren durch verspätete Rückgabe entstehen! Das Service ist für alle NutzerInnen mit einer gültigen Büchereikarte kostenlos. ■

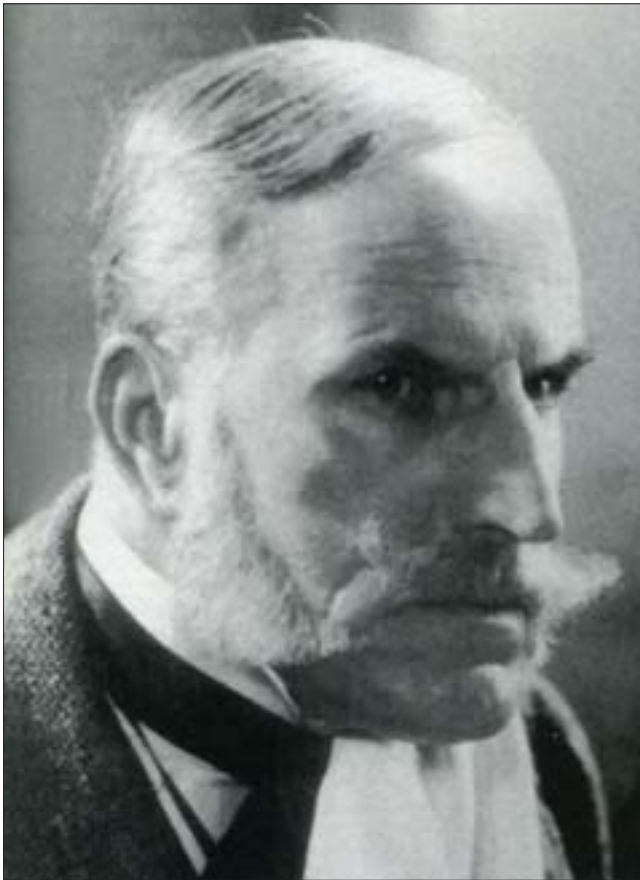
<http://www.virtuellebuecherei.wien.at>
Die Einscheidung muß persönlich erfolgen, der Hauptwohnsitz muß in Österreich sein.

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Gustav von Seyffertitz

Schauspieler/Regisseur



Akke Fotos: Archiv Ulrich

Gustav von Seyffertitz

Karl Viktor Bodo Maria von Seyffertitz, geboren am 4. August 1862¹⁾ im Schloß Haimhausen (unweit nördlich von München) entstammte väterlicherseits einer Tiroler Familie, deren männliche Mitglieder hohe Beamten- und Offiziersränge in Diensten des Kaisers einnahmen. Der Vater Guido Baron von Seyffertitz aus Innsbruck agierte zu dieser Zeit als Ministerialkonzipient in Wien, die Mutter Anna Gräfin von Butler Clonebough, genannt Haimhausen, blickte auf namhafte irische Vorfahren zurück. Gustav, der zweite Sohn des Ehepaares, verbrachte seine Jugend weitgehend in Wien (sein Vater starb 1866 in Innsbruck, die Mutter vermählte sich 1868 in Wien erneut), und wandte sich nach der Schulzeit und Ausbildung im Benediktinerstift Melk im Alter von 21 Jahren im Gegensatz zu den Vorstellungen seiner Familie der Schauspielerei zu.

Seyffertitz verfügte gemäß alten amerikanischen Zeitungsberichten bereits über eine mehr als zehnjährige Erfahrung als Schauspieler, Sänger und Regisseur in häufig wechselnden Engagements, an Bühnen in Straßburg, im Opernensemble des Berliner Konzerthauses, in Colmar und als Mitglied am berühmten Hoftheater im sächsischen Meiningen (wo zur selben Zeit auch Albert Bassermann tätig war),

bevor ihn der Theaterimpresario Heinrich Conried (aus Bielitz, Österreichisch-Schlesien) 1895 von Wien an das deutschsprachige Irving Place Theatre in New York engagierte. Seyffertitz, begabt auch als Komiker, glänzte in bekannten Rollen, führte Regie und gehörte (lange Zeit kaum englisch sprechend) zehn Jahre dem Haus an der Fourteenth Street an. Nachdem sich der Produzent Charles Frohman für ihn interessierte wechselte er in dessen Imperium. Der noble adelige Akteur inszenierte für den mehrfachen Theaterbesitzer und Manager zahlreiche Stücke, „The Silver Girl“ von Edward Peble (1907), Arthur Conan Doyles „The Fires of Fate“ (1909), „L’Aiglon“ von Edmond Rostand (1910), in dem er auch als Kaiser Franz I. von Österreich erstmals in einem englischsprachigen Part auftrat, „The Argyl Case“ eines Autorenkollektivs (1912) oder „The Prodigal Husband“ (1914) von Nicodemi/Morton und führte dabei die Frohman-Stars Maude Adams, Margaret Anglin, John Drew und Ethel Barrymore zu herausragenden Erfolgen. Als Charles Frohman, Freund und Förderer, bei der Torpedierung und Versenkung des englischen Passagierschiffes „Lusitania“ im Mai 1915 durch ein deutsches Unterseeboot vor der südirischen Küste ums Leben kam, endete Seyffertitz’ Broadway-Karriere.

Bei seinem Filmdebüt 1917 im kalifornischen Lasky Studio in der Douglas-Fairbanks-Produktion „Down to Earth“, stand Seyffertitz bereits im sechsten Lebensjahrzehnt. Die hagere Erscheinung und sein markantes Profil prädestinierten ihn, steife höhere Offiziere zu spielen, Ärzte, finstere Wissenschaftler und klassische Erzschurken. Zu den größten wie prominenten Screen Heavies und Menace Players der Stumm- und frühen Tonfilm-Ära zählend, brachte ihm seine Interpretation oft bedrohlicher Typen enthusiastische Kritiken ein. Vor allem als den Film tragender Holmes-Gegenspieler Professor



Gustav von Seyffertitz als Leiter des österreichischen Geheimdienstes und der deutsche Star Marlene Dietrich als feindliche Agentin X-27 in Josef von Sternbergs auf dem Mata Hari-Thema basierenden Paramount-Spionagestreifen »Dishonored« von 1931.

Serie »Österreicher in Hollywood«



Gustav von Seyffertitz und Wanda Hawley in einer Produktion der Artcraft Pictures Corporation "Old Wives for New" (1918). Das von Cecil B. DeMille inszenierte, schon vom Titel her skandalträchtige Drama schockte das Publikum, sorgte aber an den Kinokassen für großen Andrang.

Moriarty in Samuel Goldwyns „Sherlock Holmes“ (teilweise in Europa gedreht) neben John und in der Cosmopolitan-Produktion „The Face in the Fog“ (beide 1922), neben dessen Bruder Lionel Barrymore, als ausgesprochener Scene Stealer in der Rolle des bössartigen, inhumanen Protektors einer Kinderfarm in Mary Pickfords Horror-Vehikel „Sparrows“ („Sperlinge Gottes“, 1926), aber auch als zaristischer General Alexandroff und Partner Greta Garbos im MGM-Spionagedrama „The Mysterious Lady“ (1928) entfaltete er alle Facetten seiner Schauspielkunst.

Hollywood hat ihn letztlich doch nie ganz typisiert, wie einige seiner sympathischen Einsätze in charmanten Komödien, „Grounds for Divorce“ (1925) oder „Vamping Venus“ (1928), beweisen. Während des Ersten Weltkriegs, der Zeit großer Antipathie gegen alles Teutonische (und der Zurückhaltung der amerikanischen Filmindustrie beim Engagement von Akteuren mit deutsch klingenden

Namen), nannte sich Gustav von Seyffertitz (wenn auch sehr ungern) unter Verwendung einer veränderten Version des Mädchennamens seiner Mutter kurzfristig G. Butler Clonblough²⁾. Der Darsteller warb in Liberty-Bond-Filmen in Gestalt des Uncle Sam, parodierte in „To Hell with the Kaiser“ und „Swat the Kaiser“ (1918) den deutschen Kaiser und nahm 1919 für die Famous Players-Lasky Corporation bei der filmischen Adaption des Kinderbuch-Klassikers „The Secret Garden“ von Frances Hodgson Burnett erstmals im Regiesessel Platz. 1921 stellte er bei Vitagraph in den drei gut aufgenommenen Romanzen und Dramen „Princess Jones“, „Closed Doors“ sowie „Peggy Puts It Over“ den heute vergessenen Star Alice Calhoun heraus. Die 20er-Jahre zählten zu seiner kreativsten Schaffensperiode, viele substanzielle und pivotale Rollen waren besonders auf sein Talent zugeschnitten, in speziellen Close-ups mit Bodenlicht akzentuierten Kameraleute Seyffertitz' charakteristische Physio-

gnomie. Er brachte in der neuen Dekade des Tonfilms, der ihm (obwohl stark akzentbehaftet) keine Umstellungsschwierigkeiten bereitete, gleichfalls effektvolle, wenn auch weniger spektakuläre Parts auf die Leinwand, so in „Seven Faces“ („Sieben Gesichter“, 1929) von Berthold Viertel, in zwei Filmen seines Wiener Freundes Josef von Sternberg, dem Marlene-Dietrich-Melodram „Dishonored“ („Entehrt“, 1931) und „Shanghai Express“ (1932), in „Queen Christina“ („Königin Christine“, 1933), erneut mit der mit ihm befreundeten Greta Garbo oder in der Kriminalkomödie „Remember Last Night?“ („Was geschah gestern Nacht?“, 1935). Die Regisseurgilde, darunter Cecil B. DeMille, Raoul Walsh, Ernst Lubitsch, Rouben Mamoulian und Frank Capra, schätzte sein Können.

Die Rolle des Fürsten Metternich in dem 1939 in Mexiko von Warner Brothers produzierten historischen Drama „The Mad Empress“, das tragische Mexiko-Abenteuer

Serie »Österreicher in Hollywood«



Greta Garbo in einem ihrer frühen Erfolge und Gustav von Seyffertitz (Mitte sitzend) im MGM-Drama »The Mysterious Lady« des Regisseurs Fred Niblo (1928). Der Film basiert auf dem 1915 bei Ullstein erschienenen Roman »Der Krieg im Dunkel« des Altösterreichers Ludwig Wolff aus Bielitz.

von Kaiser Franz Josephs Bruder Maximilian und seiner Gattin Carlotta, markierte das Ende der filmischen Tätigkeit des inzwischen 77jährigen bei großen Studios und kleineren Independents wie Mascot und Monogram. In einer über zwei Jahrzehnte umfassenden interessanten und produktiven Karriere bereicherte der Darsteller, Partner einer Reihe legendärer Leinwandidole und einer der wirklichen Aristokraten Hollywoods, mit seinem Gesamtwerk von über 120 vollendeten und memorablen Portraits das Horror-, Abenteuer- sowie Mystery-Genre, Crimes und Historiendramen, wovon viele zu Schlüsselwerken der Filmgeschichte zählen.

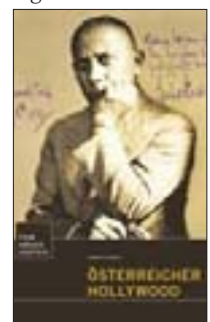
Gustav von Seyffertitz, der sich in den Jahren von 1903 bis 1924 mehrfach in Europa aufhielt, seit 1922 US-Bürger, fünfmal verheiratet, starb am 25. Dezember 1943 im Motion Picture Relief Home in Los Angeles, in dem er sein letztes Lebensjahr verbrachte. Die Urnen-Beisetzung erfolgte im Great Mausoleum des Forest Lawn

Memorial Parks in Glendale, Los Angeles County. ■

- 1) Gustav von Seyffertitz wird in der älteren Fachliteratur als gebürtiger Wiener bezeichnet, mit Geburtsdatum 4. August 1863. Letzteres beruhte darauf, daß sich der Schauspieler zwischen 1903 und 1909 aus unerfindlichen Gründen um ein Jahr jünger machte. Das Certificate of Death (Nr. 1901-1970) des County of Los Angeles enthält ebenfalls die unzutreffende Jahresangabe 1863, diese ist zudem auch auf der Urnen-Grabplatte im Forest Lawn Memorial Park in Glendale (L.A.) enthalten. Seyffertitz' Geburtsjahr 1862 ist indes in Unterlagen des katholischen Pfarramts Haimhausen belegbar und fand inzwischen auch Eingang in neuere biografische Angaben.
- 2) In Seyffertitz' Filmografie finden sich dazu auf ihn selbst zurückgehende Namensvariationen: Clonbough, Cloneblough und Clonebaugh. Der Schauspieler variierte aber auch seinen richtigen Namen, in Gustave Seyffertitz, George von Seyffertitz und G. V. von Seyffertitz.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten,
 zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>

Das altösterreichische Abbazia

Auch Österreich hatte einst seine »Riviera«, die von mondänen Gästen und Genießern des Reiches schon im Frühjahr gerne aufgesucht wurde.

Von Michael Ellenbogen *)



Alle Fotos: Michael Ellenbogen

Hotelier Wilfried Holleis erwarb die ehemalige »Villa Neptun« und ließ sie zum Luxusressort »Hotel Miramar« ausbauen.

Abbazia, heute Opatija, einst ein verschlafenes Fischerdorf, erweckte ob seiner lieblichen Gestade in der Bucht von Kvarner das Interesse österreichischer Unternehmer, die alsbald die Möglichkeit wahrnahmen, aus dem kleinen Nest eine mondäne „Curstadt“ zu schaffen, in der sich der Adel ebenso wie Unternehmersdynastien und Bankiers ein Stelldichein gaben. Eigentlich heißt der Ort Sankt Jakobi, doch der Name ist heute nur wenigen Liebhabern der Region ein Begriff. Doch wie begann einst der Aufstieg vom kleinen Dörfchen zur Erholungsmetropole Europas?

Die erste heute noch bestehende Villa Angiolina ließ der aus Fiume stammende Unternehmer Iginio Scarpa in den 40er Jah-

ren des 19. Jahrhunderts zu Ehren seiner Gemahlin errichten. Sein Sohn, Paolo Scarpa, beabsichtigte, die Villa zu einem Kurhotel, in dem man den Gästen alle Behandlungen und Therapien wie in einem Sanatorium zu Teil werden lassen wollte, umzugestalten. Doch Scarpa fehlte für die notwendigen Adaptierungen seines Hauses die nötigen finanziellen Mittel. Im Zuge des Ausbaus der Eisenbahnlinie von Wien nach Rijeka, die an Opatija vorbeiführte, wurde das Städtchen schließlich auch für die Südbahngesellschaft interessant und sie erstand schließlich die „Villa Angiolina“ und ließ daraus das erste Luxushotel Abbazias entstehen. Der „Grundstein“ für rasante Entwicklung zum international renommierten Kurort war gelegt. Gediegene Bleiben, die höchsten Ansprüchen genügten entstanden ebenso wie Sanatorien, die in jener Epoche dem letzten Stand wis-

senschaftlich begründeter Therapien entsprachen. Vom Bahnhof Opatija-Matulji führte eine elektrische Straßenbahn durch die Stadt bis ins benachbarte Lovran.

Doch die Zeiten änderten sich alsbald. Die Stadt fiel nach dem Ende des I. Weltkrieges in den italienischen Herrschaftsbereich und nach 1945 gehörte die einst mondäne Küstenstadt zur Volksrepublik Jugoslawien. In dieser Ära legten die prunkvollen Baulichkeiten Zeugnis von ruhmreicheren Zeiten ab. Opatija fiel bis 1991 in eine Art Dornröschenschlaf, bis sich die verantwortlichen Entscheidungsträger der Gemeinde wieder der glanzvollen Vergangenheit erinnerten und die Hotels ebenso wie die Infrastruktur den Standards der Gegenwart anpaßten.

Heute knüpft der stilvolle Kurort wieder an seine Blütezeit an. Auch österreichische

*) Michael Ellenbogen lebt und arbeitet als freier Journalist in Wien und hat sich auf Geschichte und militärhistorische Themen spezialisiert.

ÖJ-Reisetip



Die Gäste der Urlaubsdestination in Kroatien genießen die Vielfalt ausgewählter Wellness-Angebote, die gerade im »Hotel Miramar« ein besonderes Maß an Qualität besitzen. Man kann aber auch »nur« faulenzen (siehe unten).



ÖJ-Reisetip

Unternehmer, wie der erfolgreiche Hotelier Wilfried Holleis, erkannten das Potential der Stadt und erwarb die ehemalige „Villa Neptun“, die er zum Luxusressort „Hotel Miramar“ ausbauen ließ. Das im Jahre 1876 erbaute Gebäude wurde dem eklektischen Baustil des Schlosses Miramar bei Triest nachempfunden und ließ sich bereits nach der Fertigstellung als architektonisches Juwel bezeichnen. Das Haus wurde bereits damals als Hotel geführt und stand eine Zeit lang im Eigentum von Laure Gräfin Henckel-Donnersmarck. Die schloßähnliche Bauweise überstand den I. und den II. Weltkrieg ebenso, wie die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte. Bereits als Kind verbrachte Wilfried Holleis viele Sommer bei seinen Großeltern in Abbazia und entdeckte den Charme und den Wert der ehrwürdigen Villa.

Die einstige, bereits vom österreichischen Schriftsteller Alexander Roda Roda literarisch verewigte Stadt scheint gegenwärtig eine Renaissance zu erfahren. Wer in der Epoche des Fin de Siècle auf sich hielt und gesellschaftliche Relevanz vermittelte, verbrachte die Sommermonate im Seebad an der oberen Adria. Heute genießen die Gäste der Urlaubsdestination in Kroatien die Vielfalt ausgewählter Wellness-Angebote, die gerade im Hotel Miramar ein besonderes Maß an Qualität besitzen. In einer streßgeprägten Gegenwart sind Orte der Ruhe und Muse besonders wertvoll, vor allem, wenn erschöpfte Gäste „ihre Batterien wieder aufladen“ und die beschaulich, ja sinnliche anmutende Landschaft rund um die Bucht von Kvarner genießen wollen.

Jedes Wohlfühl-Arrangement wird auf die Wünsche des jeweiligen Besuchers abgestimmt. Damen wie Herrn haben bestimmte Auswahlmöglichkeiten, die auch nach persönlichen Vorstellungen zusammengestellt werden. Der Genuß beginnt mit einem Meerwasserbrandungsbad, danach folgt eine klassische Thalgo-Gesichtsmassage, die schließlich mit einer klassischen Mani- und Pedicure kombiniert wird. Als krönender Abschluß folgt noch eine Aroma-Ganzkörpermassage und man fühlt sich wie neu geboren.

Ein bereits in der Antike bekanntes und neuerdings wiederentdecktes Wohlfühlrezept nennt sich Thalasso, das bei den alten Griechen so viel wie Meer bedeutete. Mit den wertvollen Gaben der unendlich scheinenden Wasserflächen, vor allem dem ursprünglichen und reinen Meerwasser, aber auch ausgewählten Arten bestimmter Algen



werden Rheuma, aber auch chronisch auftretende Haut- und Atemwegkrankungen auf präventive Weise behandelt. Alle Gäste, die von diesen Erkrankungen nicht betroffen sind, lassen bei einer Thalasso-Therapie die Energie und die daraus resultierende regenerierende Wirkung des Meeres auf sich wirken. Die gesundheitsbewußten weiblichen Gäste erwartet diesbezüglich ein wirklich außergewöhnlicher Genuß, bei dem mit einem Peeling des ganzen Körpers begonnen und mit einer Entschlackungspackung aus Algen auf wohltuende Weise fortgesetzt wird. Danach folgen eine erfrischende Ganzkörpermassage sowie eine Gesichtsymphdrainage. Die abschließende Hydramaske rundet dieses Erlebnis ab. Eine engagierte Gruppe junger Damen und Herren verwöhnen die Hausgäste in angenehmer und entspannender Atmosphäre, in der Alltagsdenken keinen Platz mehr haben und angenehme Träume die Seele reinigen. Esprit und Vitalität sind jene Zauberworte, mit denen Männer wie Frauen den Besonderheiten und Belastungen des Lebens optimal begegnen können. Dieses Wissen war bereits in der Hochkultur der alten Ägypter bekannt. Heilende und energispendende Elemente wie Mineralien und Meersalz aus dem Toten Meer befreien den belasteten Körper vom alltäglichen Ballast.

Was ist nun das geheime Rezept dieser paradisiisch anmutenden Oase in der Kvarnerbucht? Es ist ein ideales Zusammenspiel verschiedener auf einander abgestimmter Genußebenen, deren gemeinsame Wirkung den Wohlfühleffekt bildet. Dafür verantwortlich sind die Kosmetikerinnen, aber auch die Physiotherapeuten und Kosmetiker, die in Österreich ausgebildet wurden. Im Jahre 2004 wurde die Hotelanlage in Anwesenheit von Otto von Habsburg, Sohn des letzten Kaisers, Karl I., eröffnet und entwickelte sich mittlerweile zu einer Destination für vornehmlich europäische Gäste, die das gehobene Service des Hauses schätzen.

Aber nicht nur die wohltuenden Angebote des Adria-Relax-Ressorts sind die Highlights, die Freunde wahrer Genuße schätzen, sondern auch außergewöhnliche Arrangements mit wahrhaft historischem Background, wie die Reise mit dem Majestic Emperor Zug vom 14. bis 17. April 2011. Wer das Erlebnis einer wahren Zeitreise vom Südbahnhof in Wien bis zum Bahnhof Abbazia-Mattuglie genießen will, wird nicht nur das außergewöhnliche Ambiente, sondern auch die feine Speisenauswahl auf sich wirken lassen. ■

<http://www.hotel-miramar.info>

<http://www.grandhotel-zellamsee.at>

<http://www.imperialtrain.com>

Übernachten einmal anders

Abseits der klassischen Unterkünfte lassen sich neue Facetten des österreichischen Winters entdecken. Egal, ob im Iglu-Camp, in einem Hüttendorf direkt im Ski-gebiet, in einer Luxushütte oder einem Hotel mit eindrucksvoller Architektur – diese Winternächte versprechen besonderes Erlebnis.



Foto: SkiWelt Wilder Kaiser - Brixental

Wer eine Iglu-Suite im Alpeniglu®-Dorf in der Tiroler Skiwelt Wilder Kaiser Brixental bucht, erwirbt damit pure Winterromantik.

Unter der Kuppel eines Iglus in Tiefschlaf fallen, diese Erfahrung machen die Gäste auf dem Feuerkogel hoch über dem Traunsee in Oberösterreich. Zuvor gilt es, die Behausung eigenhändig auf den Berg zu stellen. Beim Iglu-Baukurs erfahren die Teilnehmer die Kniffe und Tricks der Inuits <http://www.capricorn-adventures.at>.

Wer eine Iglu-Suite im Alpeniglu®-Dorf in der Tiroler Skiwelt Wilder Kaiser Brixental bucht, erwirbt damit pure Winterromantik: ein funkelnder Sternenhimmel, Fondue auf Eistischen, Drinks aus Eisgläsern und wohlige-warme Gemütlichkeit beim Kuschneln auf Rentier-Fellen im typischen Inuit-Rundbau <http://www.skiwelt.at>.

Auf Augenhöhe mit den Baumwipfeln befindet sich das Baumhotel in Kopfung in Oberösterreich. Sechs Blockhütten auf Stelzen öffnen in zehn Metern Höhe ihre Pforten. Nach einem Saunagang zu ebener Erde klettern die Gäste in ihre Baumhäuser, die mit Heizung, Kochnische, Fernseher, Toilette und Dusche ausgestattet sind <http://www.baumkronenweg.at/bkw/baumhotel>

Das Wort Lodge ist die englische Bezeichnung für Loge: ein komfortabler Aufenthaltsort mit bestem Blick auf die Bühne der Natur. Die Lodge am Krippenstein in Oberösterreich zählt mit ihrer Lage auf 2000 Metern wohl zu den höchst gelegenen ihrer Art. Der aus Holz gezimmerte Bau inmitten der verschneiten „Wildnis“ des Dachsteinplateaus ist Basislager für Freerider, aber auch für Schneeschuh- und Mushingtourengerher <http://www.lodge.at>.

Eingebettet in die steppenartige Naturlandschaft am Rande des Nationalparks Neusiedler See liegt die burgenländische St. Martins Therme & Lodge. Wie es sich für eine Lodge gehört, gilt das Hauptaugenmerk der Gäste dem Entdecken und Erleben der Natur. Auf einer Jeep-Safari geht es zum Beispiel in die Territorien der gefiederten Bewohner des Naturschutzgebiets <http://www.stmartins.at>

Im Tal und am Berg halten Stilsicherheit und Design Einzug. Die Holzboxen auf der steirischen Planneralm auf 1600 Metern Höhe beherbergen Familien-Appartments für Wintersportler. Jede der 41 m² großen

Wohnungen ist eine eigenständige „Boxeneinheit“ aus Holz und Glas, die mit den übrigen Boxen zu einem zweistöckigen Komplex verschraubt wurde.

<http://www.holzboxen-planneralm.at>

Mitten im Tiroler Zillertal, in Ramsau, zieht ein flippiges und buntes Lifestyle Hotel die Blicke auf sich. Das Mountain & Soul beherbergt zwei Suiten und 19 Zimmer, wobei kein Refugium dem anderen gleicht: Wände und Fliesen in kräftigen Farben, Mustertapeten und Einzelstücke für die Möblierung sind hier ebenso wie zeitgenössische Kunstwerke State of the Art.

<http://www.mountainandsoul.at>

Im Vorarlberger Bregenzerwald tritt geballte architektonische Schönheit auf. Das Hotel am Holand in Au zeichnet sich durch die Kombination aus reduziertem, modernem Stil und traditionellem Wälderhaus aus. <http://www.amholand.at>

Der Zubau des Hotels Adler in Warth ist eine schlichte Holzbox, die auf Stelzen über dem Bach ruht.

<http://www.hoteladler.at>

An urigem Ambiente kaum zu übertref-

ÖJ-Reisetip

fen ist das liebevoll sanierte, Jahrhunderte alte Nazes Hus (Ignaz-Haus) in Mellau.

<http://www.nazes-hus.at>

Massive Blockhäuser rücken im neuen Feriendorf Wood Ridge in Werfenweng im SalzburgerLand aneinander. Die Trapper-Idylle bietet eine Reihe an Annehmlichkeiten wie etwa einen Outdoor-Whirlpool auf der Veranda, eine private Sauna oder einen täglichen Bio-Frühstückskorb.

<http://www.woodridge.at>

Ebenso luxuriös präsentieren sich die Chalets im Bergdorf Priesteregg in Leogang im SalzburgerLand. Jede der Edelhütten auf 1100 Metern Höhe verfügt über eine eigene Sauna, offenen Kamin, eine freistehende „Wellness-Badewanne“ und einen Jacuzzi für ein Blubberbad.

<http://www.priesteregg.at>

Auf den Höhen des Tiroler Tuxertals, in Lanersbach, scheint es auf den ersten Blick, als wäre die Zeit stehen geblieben. Im Sommer eröffnete das Feriendorf „Anno Dazumal“, in dem sich modern konzipierte Raumstruktur und authentisch nachempfundene, historische Kulisse treffen. Neben den uralten Almhütten und den weitläufigeren Chalets versammeln sich hier ein Dorfgasthaus und die Alpinvital Hütte, wo sich Wellness



Wem der Sinn nach Winterschlaf steht, der reist ins Faulenzerhotel Schweighofer.

nach alten Tiroler Rezepten abspielt, rund um Kirche und Gottesacker.

<http://www.annodazumal.at>

Wem der Sinn nach Winterschlaf steht, der reist am besten ins Faulenzerhotel Schweighofer in Friedersbach nahe Krems in Niederösterreich. Das Langschläferfrühstück wird bis 16 Uhr aufs Zimmer serviert.

Zur Berieselung mit Literatur stehen Leih-iPods mit Hörbüchern aus der Vorlesebibliothek zur Verfügung. Gegen Voranmeldung lassen sich Oberfaulpelze in der Sänfte durch die Winterlandschaft tragen, um sich danach in der Faulenzeroase, sprich im SPA-Bereich, von dem Ausflug zu erholen.

<http://www.faulenzerhotel.at>



Massive Blockhäuser rücken im neuen Feriendorf Wood Ridge in Werfenweng im SalzburgerLand aneinander.

Auf Kufen über Schnee und Eis

Serfaus-Fiss-Ladis hat Platz für Schlittler und
Eisläufer – Langläufer können himmlisch gleiten



Foto: Serfaus-Fiss-Ladis / Andreas Kirschner

Eine gut 3,5 Kilometer lange Rodelbahn auf dem Hochplateau läßt kleine und große Schlittenfahrer das Herz höherschlagen.

Papa! Wo geht's denn jetzt hier auf die Rodelpiste?“, ruft die kleine Annett ungeduldig und ist kurz davor, sich in den Schnee zu werfen. Die Fünfjährige will mit ihrem Papa auf den Schlitten, und zwar sofort. An der Ausschilderung am Komperdell in Serfaus hapert's nicht: vorbei an der Kinderschneealm, die Sportalm und das Murmli-nest links liegen gelassen – und schon ist man im Wald. Auf einer gut 3,5 Kilometer langen Rodelbahn, die so manchem Draufgänger vor lauter Fahrtwind die Tränen in die Augen treibt.

Fröhliches Jauchzen ist – auch von den Liften aus – immer wieder zu hören; nicht selten gefolgt von einem dumpfen Geräusch und schnellen Schritten im Schnee, um den Schlitten wieder einzufangen. Sanft geht es los im Wald, auf rund 1800 Metern – aber wer einmal Fahrt aufgenommen hat, wird so schnell nicht wieder bremsen. Wellen, Rampen, steile Abfahrten und fünf Mal eine 90-

Grad-Kurve – da kommt Freude auf beim Schlitten fahren. Vorsicht ist geboten, wenn die Schlittenbahn die Waldabfahrt kreuzt – aber die meisten Skifahrer wissen schon, daß ihnen dort Wagemutige auf zwei Kufen durch die Bahn fahren.

Auf der zweiten Rodelstrecke im Gebiet Serfaus-Fiss-Ladis, im Fisser Skigebiet, kreuzen eher die Ski- und Snowboardfahrer in die Domäne der Rodler. Denn auf dem schmalen Weg, auf den sich gelegentlich auch Winterwanderer verirren, liegt ein Geheimtipp unter den Jausenstationen im Fisser Gebiet. Laut rufen ist dort also nicht nur vor Freude angesagt, sondern auch, um Mitnutzer der Bahn vor dem Ansausen zu warnen und ihnen die Gelegenheit zu geben, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Die Fisser Strecke allerdings würde mancher Englischsprachige mit „acquired taste“ beschreiben – man muß sie mehrfach fahren, damit sie richtig Spaß macht. „Mei Michi –

du schaust ja aus wie ein gestrandeter Wal“ – so klingt es, wenn sich bei Erstfahrern die Ehefrauen über den ungewollten Stopp der bäuchlings gleitenden Männer lustig machen. Denn die oberen Abschnitte sind mitunter flach – und die Fahrt will nicht so recht aufkommen bei dem, der es langsam angehen läßt. Dann aber ist der Weg garniert mit steilen Stückchen und scharfen Rechts-Links-Kurvenkombinationen. Da kommt jeder Fahrer auf seine Kosten.

Die Ankunft ist schließlich oberhalb des Parkplatzes und des Sportgeschäfts, das die Rodel verleiht – beste Voraussetzungen also auch für all jene, die mal eine kurze Skipause einlegen und auf dem Schlitten den Berg hinuntersausen wollen. Wintersport bedeutet in den drei Tiroler Bergdörfchen Serfaus, Fiss und Ladis schon lange nicht mehr nur Skifahren und Snowboarden. Besonders am Serfauser Komperdell hält das Take-Off-Center Fungeräte wie Schneefahr-

ÖJ-Reisetip

räder, Melkschemel, Scooter und Monoski ebenso bereit wie alles, das sich eignet sitzend oder auf dem Bauch über den Schnee zu brettern.

Aber auch der kleinste Ort in dem Dreiergespann kann mit einem einzigartigen Angebot für Kufenfans dienen: am romantischen Burgweiher in Ladis treffen sich Schlittschuhläufer und Eisstockschießer. Im Schatten der mächtigen Burg, die mitunter leicht im Nebel liegt – bei einem guten Glühwein oder Jagatee – fällt das Fallen nicht so schwer. Auch am „Pavillon“ im Serfauser Ortszentrum entsteht im Winter eine große Eisfläche, die zum Pirouetten drehen ebenso einlädt wie zum Versuch, das kleine Holzklötzchen mannschaftsweise beim Eisstockschießen zu treffen. Beide Plätze sind am Abend beleuchtet, die Ausrüstung wird verliehen.

Wer die Tiroler Bergwelt am Tag oder in den Abendstunden genießen, sich dabei aber nicht übermäßig anstrengen will, ist mit einer Kutschenfahrt bestens bedient – eingemummelt in dicke Decken – so geht der Weg zu einem gemütlichen Abendessen schneller vorbei, als er sollte.

Langläufer können himmlisch gleiten

In Serfaus führt eine auf gut 2000 Meter gelegene Höhenloipe nach genußvoller Abfahrt direkt in die „Serfauser Hölle“, um von dort mit anspruchsvollen Anstiegen wieder die Hänge des Komperdell zu erklimmen. Wer in dieser Höhenlage gewesen ist, weiß, wie der Himmel für Langläufer aussieht.

Das kupierte Hochplateau mit der längsten Sonnenscheindauer des Landes ist ob der Höhenlage zwischen 1200 und 2000 Meter nahezu schneesicher und bietet Geländeformationen, die für den Langlauf geradezu ideal sind. Viele Kilometer Loipen verbinden die Orte des Plateaus, mit leichten bis mittelschweren Aufstiegen und zahlreichen flachen, aber aussichtsreichen Abschnitten.

Ein Großteil der Loipenkilometer befindet sich auf gut 2000 Meter Höhe, wo die berühmte Champagnerluft schon etwas dünner wird und der grandiose Ausblick den Rest des Atems raubt. Die Anstrengung in dieser Höhenlage wird durch sagenhafte Panoramablicke auf die 3000er-Gipfel vollends entschädigt, wenn man im rhythmischen Wiegeschritt durch Wälder und Berge gleitet. Anspruchsvolle schätzen die 26 km lange Wanderloipe in Fiss, die gut 500 Höhenmeter überwindet. ■

<http://www.serfaus-fiss-ladis.at>



Die Höhenloipe in Serfaus liegt auf 2000 Metern Seehöhe.



Serfaus-Fiss-Ladis hat Platz für Schlittler und Eisläufe.